

Rot für  
Grün



Jg. 12 Nr. 225 20.9.82

Chemischer Krieg in Europa? S. 10 - 13

# Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM  
Förderer:  
DM 8

## Massaker und Vertreibung: Die Endlösung der Palästinenserfrage

Der systematische Massenmord an mehr als 1000 Bewohnern palästinensischer Flüchtlings-Lager in Westbeirut hat weltweit starke Reaktionen hervorgerufen. Daß dieses Massaker mit Wut und mit Duldung der israelischen Armee durchgeföhrt wurde, wird sich nicht bestreiten lassen.

Das Massaker war völlig vorhersehbar. Israel hat mit der Vertreibung der PLO aus Beirut und der Besetzung des halben Libanon bisher nur einen palästinensischen Flüchtlings-Lager in Westbeirut hat weltweit starke Reaktionen hervorgerufen. Daß dieses Massaker mit Wut und mit Duldung der israelischen Armee durchgeföhrt wurde, wird sich nicht bestreiten lassen.

Das Massaker war völlig vorhersehbar. Israel hat mit der Vertreibung der PLO aus Beirut und der Besetzung des halben Libanon bisher nur einen palästinensischen Flüchtlings-Lager in Westbeirut hat weltweit starke Reaktionen hervorgerufen. Daß dieses Massaker mit Wut und mit Duldung der israelischen Armee durchgeföhrt wurde, wird sich nicht bestreiten lassen.

Das Massaker von Beirut ist kein Versehen, keine verrückte und unkontrollierte Einzelaktion radikaler israelischer Militärs. Das Massaker als Methode ist Bestandteil der zionistischen Politik in Palästina von Anfang an gewesen. Hauptzweck dieser Methode ist es, Furcht und Panik unter den Palästinensern zu produzieren

und damit die psychologischen Rahmenbedingungen für Massenschuß und Massenvertreibung zu schaffen. Im Libanon sind in den vergangenen 10 Jahren politische Strukturen der Palästinenser entstanden, die Israel nun durch neue Vertreibungen und Deportationen vollständig zerstören will.

Man darf sich daran erinnern, daß alles damit begann, daß Israel ein dubioses Attentat auf seinen Botschafter in London zum Vorwand einer „Strafaktion“ gegen den Südlibanon nahm. Nachdem israelische Aggression gut vorankam, ließ es plötzlich, es sollte ein „Sicherheitsrisiko“ von 40 - 50 Kilometern im Südlibanon geschaffen werden. Dann standen die israelischen Truppen vor Beirut und Israels Regierung verkündete ihre Absicht, die PLO aus Beirut zu vertreiben. Kaum ist das gelungen, besetzt Israel ganz Beirut, diesmal unter dem zynischen Vorwand, nach der Ermordung des Faschisten-Führers Gemayel „Blutvergießen und Gewalt“ verhindern zu müssen. In Wahrheit jedoch, um weiteres Blutvergießen und Gewalt überhaupt erst möglich zu machen. Und das nächste, was Israel anpacken will, ist ohne jeden Zweifel die Eroberung des gesamten Libanon, um die bewaffneten Einheiten der Palästinenser auch aus dem Nord-Libanon und dem Bekaa-Tal zu vertreiben. Falls dieser Feldzug erfolgreich beendet werden kann, wird Israels Regierung feststellen, daß

es im Libanon ja immer noch Palästinenser gibt, so daß erstens die israelische Besetzung noch ein bißchen dauern muß und zweitens die Faschisten noch ein paar Massaker veranstalten dürfen, die der israelischen Regierung hinterher selbstverständlich sehr peinlich sind und deren Hintergründe man dann ganz streng untersuchen wird.

Das schwerste Stück der „Endlösung der Palästinenserfrage“ steht allerdings nicht im Libanon, sondern in den seit 1967 besetzten Gebieten (Gaza-Streifen und Westjordanland) bevor. Die Regierung Begin will diese Gebiete „für immer und ewig“ in den Staat Israel integrieren. Darin ist sie sich im Prinzip sogar mit der „Arbeiterpartei“-Opposition einig, die während ihrer Regierungszeit mit einer systematischen Siedlungspolitik zur Schaffung vollendeter Tatsachen in den besetzten Gebieten begonnen hat.

Problematisch ist lediglich, daß in diesen Gebieten heute schon rund 1,3 Millionen Palästinenser leben. Wenn das so bleibt, wird es (zumal bei der hohen Geburtenrate der Palästinenser) eines Tages mit dem von Zionismus proklamierten „Judenstaat“ vorbei sein. Hinzu kommt, daß weltweit die Forderung nach Verwirklichung der nationalen Rechte der Palästinenser eher stärker geworden ist. Der Druck auf Israel, den Palästinensern in

Fortf. S. 3



Das 'kleinere Übel' verabschiedet sich, jetzt kommt das grössere

Das 'kleinere Übel' verabschiedet sich, jetzt kommt das grössere

Noch ein paar Wochen früher, als allgemein erwartet hat die sozialliberale Koalition in Bonn den Löffel abgegeben. Mit der Auflösung der Koalition ist Helmut Schmidt in letzter Minute in die Offensive gegenüber der FDP-Spitze gegangen, die den ganzen Vorgang lieber erst nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern über die Bühne bringen wollte. Gestützt auf eine breite Mehrheitsmeinung im Volk kann die SPD nun sofortige Neuwahlen fordern, die der Albtraum der

FDP sind. Neuwahlen sind selbstverständlich auch den Grün-Alternativen sehr willkommen, die dann mit Sicherheit eine solide Fraktion in den Bundestag schicken werden. Und an baldigen Neuwahlen ist auch die CSU interessiert, weil nur auf diesem Weg der berühmte Kanzlerkandidat auf Warteposten, Franz Josef Strauß, doch noch zu den Ehren kommen könnte, denen er so lange vergeblich nachgejagt hat.

Wenn die CDU/CSU nur

„Bei der FDP kann man sich auf einen verlassen, nämlich eine berechnende Komponente, ihre Charakterlosigkeit. Wenn sie in der Dummheit noch treu wäre, wäre es für uns schlimmer als so, wie sie in der Dummheit unvernünftig ist. Denn wenn es ihr so den Kragen geht, kann man sich darauf verlassen, daß sie noch mit zum Schwanz erhobener Hand der SPD Treue gelobt und mit uns den Koalitionsvertrag zu unterschreiben bereit wäre. Die Charakterlosigkeit der FDP, verbunden mit ihrem Selbsterhaltungstrieb, ist eine der zuverlässigsten berechnenden Komponenten.“

Eine augenblicklich in Bonn immer häufiger zitierte Einschätzung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in seiner „Sonthofen-Bede“ vom 18. November 1974.

von den Leuten gewählt würde, denen sie tatsächlich nutzt, so wäre sie schon längst eine Splitterpartei. Man wird sich aber darauf einrichten müssen - Neuwahlen hin oder her - daß es erst einmal eine Mehrheit im Volk gibt, die bereit ist, für eine Politik zu stimmen, die den bisherigen Kurs der SPD/FDP-Koalition noch weit in den Schatten stellt. Das bedeutet Grünes Licht für den verschärften Abbau des „sozialen Netzes“, Ausbau des Polizei-Staates, Exzesse Kriegsrüstung und Kriegspolitik. Es bedeutet Grünes Licht für massenhafte Verdrängung sozialer Massenselbstlosigkeit. Die Tatsache, daß der Kapitalismus wieder einmal an die Grenzen seiner Möglichkeiten stößt, soll nicht nach vorne (in Richtung Sozialismus), sondern nach rückwärts gelöst werden: Durch gesteigerte Ausbeutung des arbeitenden Volkes und durch

Nationalismus und Krieg. Die Entwicklung in den USA, wo Reagan genau diese Politik praktiziert, zeigt aber auch ihre Schranken: Der soziale und politische Widerstand wächst.

Die CDU/CSU wird es schwerer haben als die SPD, die beabsichtigte Rechtschwende praktisch durchzusetzen. Wählen zu gewinnen, nachdem man sich 13 Jahre lang in der Opposition von der Last des eigenen Scheiterns erholen konnte, ist eine verhältnismäßig leichte Sache. Diese Politik durchzusetzen gegen die Gewerkschaften, die aus keine parteipolitische Zurückhaltung üben müssen, gegen die SPD, die sich als Oppositionspartei erst wieder von der Scheiße distanzieren muß, die sie selbst angerichtet hat, gegen die grün-alternative und sozialistische Radikalopposition, die

Fortf. S. 3

Leider ist der herrliche Wahlkampf nicht - oder jedenfalls bisher noch nicht - der Triumphzug geworden, den sich viele noch zu Beginn des Jahres erhofft hatten: Von der Startbahnmauer und mit der Sympathiewelle des Volksgerechts im Rücken hinein in den heilsamen Landtag, um auch dort die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Nach allem, was an Protesten gegen die Startbahn, aber auch in der Friedensbewegung gelaufen war, hätte man glauben können, daß Hessen nach dieser Wahl nicht mehr so regiert werden könnte wie bisher. Heute ist die Situation eine andere. Die FDP hat eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU getroffen, und es scheint, als ob Dräger es - mit oder ohne Liberale - schafft. Dann sind jedoch auch die Tage der Bonner sozialliberalen Koalition gezählt; am Wahlkampf wird dies bereits sichtbar. Wer heute noch glaubt, ein solcher Wechsel sei weiter nicht tragisch und für eine „Demokratie“ normal, wird bald ein böses Erwachen erleben. Die Arbeitslosenzahlen werden noch einmal gewaltig in die Höhe schnellen, bewußt gesteigert werden - siehe England oder USA. Soziale Errungenschaften werden nach dem Motto „Alle müssen den Gürtel enger schnallen“ drastisch zurückgenommen werden. Wer „abspecken“ soll, sind allerdings diejenigen, die ohnehin keinen „Speck“ haben, während die Privilegierten ihre Schäfchen ins Trockene bringen. Es ist ja bezeichnend, daß im Chor der CDU oder FDP gerade Kapitalisten, Ärzte, leitende Angestellte usw. am lautesten gegen das sog. „soziale Netz“ agitieren. Sie wissen genau, daß sie nichts zu befürchten haben... Die „Wende“ wird sich keinesfalls darin erschöpfen, daß ein paar andere Figuren die Ministerstellen besetzen.

chen werden. Wer „abspecken“ soll, sind allerdings diejenigen, die ohnehin keinen „Speck“ haben, während die Privilegierten ihre Schäfchen ins Trockene bringen. Es ist ja bezeichnend, daß im Chor der CDU oder FDP gerade Kapitalisten, Ärzte, leitende Angestellte usw. am lautesten gegen das sog. „soziale Netz“ agitieren. Sie wissen genau, daß sie nichts zu befürchten haben... Die „Wende“ wird sich keinesfalls darin erschöpfen, daß ein paar andere Figuren die Ministerstellen besetzen.

## KB-Aufruf zur Hessenwahl

Wer sich dieser Illusion hingibt, sollte sich noch einmal mit der Geschichte der fünfziger Jahre beschäftigen. Die bundesrepublikanische Rechte ist nicht schwach (wie auch die deutsche Rechte in der Vergangenheit nie schwach war... - aber häufig unterschätzt wurde). Hat sie erst einmal die Macht, so wird sie dieser Gesellschaft ihren unverwechselbaren Stempel aufdrücken, ein anderes, noch aggressiveres „Modell Deutschland“ prägen. Antidemokratische Hetze gegen alle Außenseiter, Minderheiten, gegen Gewerkschafter, Linke und insbesondere Ausländer wird in jedem Fall dazugehören. Es gibt nicht eine einzige gesellschaftliche Emanzipationsbewegung, die davon nicht betroffen wäre. Es wird schwerer sein, sich auf kleine Freiräume, gesellschaftliche Nischen und Inseln zurückziehen, wie es viele Linke seit Mitte der siebziger Jahre getan haben. Einmal ganz abgesehen von der Frage, inwieweit der Begriff Freiraum unter dem „atomaren Schild“ von Cruise Missiles und Pershing 2 nicht absurd ist.

Als die Startbahn-Gegner Holger Börner vor fast genau einem Jahr versprachen, er werde die Fertigstellung dieses Monstrums nicht als Ministerpräsident erleben (wenn es überhaupt durchgesetzt werden kann), da meinten sie damit gewiß nicht Dräger als Nachfolger. Und sie sind auch nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn es so kommen sollte. Vielmehr hat die SPD-Führung selbst alles ordentliche getan, um den Rechten den Weg zu ebnen. Das läßt sich für den Wechsel berechnen. Selbst der Beschluß, die atomare Wiederaufbereitungsanlage zu bauen, wurde noch schnell über die Bühne gebracht, um künftigen Nachfolgern das Geschäft zu erleichtern. Wer von dieser Partei erhofft, sie werde in der Opposition endlich einen Kurswechsel weiter nach links vornehmen, der möge nach Frankfurt schauen, wo sie seit über drei Jahren Gelegenheit dazu gehabt hätte. Tatsächlich gaben die SPD-Rechten nach Arndts Abgang nicht ein Zupfechen ihrer innerparteilichen Macht ab. So herrscht in den Reihen der SPD - von rechts bis links - die totale no-future-Stimmung vor und das mit Recht. Die Zukunft liegt woanders.

Doch es interessiert im Grunde wenig, ob die SPD aus 3 oder 10 % an Stimmen verliert. Viel heißer ist die Frage, ob eine andere Partei wenigstens ein bißchen mehr als 1,6 % verliert, und das ist die FDP (1978: 0,6 %).

Fortf. S. 44

## »Nachrüstung« — Bauarbeiten für die Stationierung beginnen jetzt!

Bereits im Oktober 1982 sollen in der Bundesrepublik die Bauarbeiten für eine erste neue US-Air-Force-Basis zur Stationierung von Cruise missiles beginnen. Bereits Anfang 1980 war zwischen Bundesregierung und US-Administration der Standort Wiesdorf in der Eifel ausgewählt worden. 200 Mio. Dollar soll die Einrichtung dieser Basis für 1500 Soldaten und 1200 Familienangehörigen kosten; 30 Mio. Dollar allein der Sicherheits-Zaum, der unliebsame Despotenstrassen abhalten soll. Ab 1. Oktober 1982 stehen für die 1. Bauphase 40 Mio. US-Dollar im Haushalt bereit, ähnliche Summen sind im BRD-Haushalt vorgesehen. Auf Anfrage aller Fraktionsvorsitzenden im Rheinland-Pfälzischen Landtag wurde von der Landesregierung erklärt, daß sie „keine Informationen“ habe. Schon früher hatte die Bundesregie-

lung auf Anfragen erklärt, daß „über Sonderwaffen, Beispiel Cruise missiles, und deren Lagerung ... keine Auskünfte erteilt“ würden.

Obwohl in Genf immer noch angeblich darüber verhandelt wird, eventuell gar keine neuen Mittelstreckenraketen zu stationieren, obwohl heute schon klar ist, daß Cruise missiles und Pershing II allerfrühestens 1984 einsatzfähig sein könnten, wenn nicht sogar noch weitere Verzögerungen eintreten, soll jetzt schon mit dem Bauvorbereitungen für die Stationierung begonnen werden.

In dieser Situation hat die Bundesvorsitzende der Grünen und Mitinitiatorin des Krefelder Appells, Petra Kelly, im Rahmen des Künstler-Frieden-Festivals in Bochum dazu aufgerufen, den geplanten Bauplatz in Wiesdorf (bei Bitburg) „gewaltfrei zur Besetzung“; die Bauar-

beiten müßten „gewaltfrei und phantasievoll“ verhindert werden.

Die Friedensbewegung, die immer wieder an die Regierenden in diesem Lande appelliert hat, ihre Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß zurückzuziehen, hat hier eine erneute Ohrfeige von den Herrschenden bekommen. Wer noch auf Möglichkeiten in der SPD gehofft hatte, sie könnte 1983 einen anderen Beschluß in dieser Sache fassen, wird nur mit einer CDU/CSU-Regierung konfrontiert, die für solche Hoffnungen nun wirklich keinen Spielraum mehr läßt. Am 9./10.10. wird die 2. Aktionskonferenz der westdeutschen Friedensbewegung in der Kölner PH stattfinden. Es muß sich zeigen, ob wir dieser Entwicklung gemeinsam eine gebührende Antwort erteilen können.



## »2. Juni«: Hungerstreik für Normalvollzug

Seit dem 30. August sind Ralf Reinders und Ronald Fritsch im Hungerstreik. Erreichen wollen sie ihre Verlegung in den sogenannten Normalvollzug, in die Berliner Vollzugsanstalt Tegel. Wegen der Lorenz-Entführung durch die Bewegung »2. Juni« seit sieben Jahren in Haft, gehörten sie nach der Fertigstellung des Moabiter Hochsicherheitstraktes im Januar 1980 zu den ersten Gefangenen in diesem »Mausoleum«. Der damalige Justizsenator, Moritz Meyer, belegte den Hochsicherheitstrakt mit den Angeklagten im Lorenz-Dreckmann-Verfahren trotz massiver Proteste selbst aus FDP-Kreisen, Kirche und Strafverteidigerverbänden. Als Legitimation diente ihm u. a. die Sicherung des laufenden Prozesses. Im September 1980 wurden die Urteile gesprochen: zwischen fünf und 15 Jahre für die Angeklagten Ralf Reinders, Till Meyer, Ronald Fritsch, Gerald Klöpper, Fritz Teufel und Andreas Vogel. Anfang 1982 wurden die Revisionen abgelehnt, die Urteile rechtskräftig und die Untersuchungshäftlinge Strafgefangene. Für Einzelne veränderte sich die Situation: Fritz Teufel hatte seine fünf Jahre abgesessen und wurde entlassen, Gerald Klöpper wurde Mitglied der AL und kam in den Reformvollzug. Andreas Vogel wurde auf eigenen Wunsch in den Hochsicherheitstrakt nach Celle verlegt. Übrig geblieben sind Ralf Reinders, Ronald Fritsch und Till Meyer. Ihre Anwälte stellten im Mai 1982 Anträge zur Erstellung von Vollzugsplänen, die den weiteren Haftverlauf im Hinblick auf familiäre Bindungen und Arbeitsmöglichkeiten beinhalten. Die Justiz reagiert mit Erpressungsversuchen: Eine Verlegung aus dem Hochsicherheitstrakt in den Normalvollzug komme nur in Frage, wenn die Inhaftierten sich distanzieren. Inzwischen ist Till Meyer in den Normalvollzug verlegt, Ronald Fritsch und Ralf Reinders befinden sich weiter im Trakt. Ihnen droht die Verlegung in eine westdeutsche Haftanstalt. Die Verlegung von Till Meyer wird von einigen Leuten dahingehend interpretiert, daß er »abgeschworen« habe. Tatsächlich ist seine Kritik an der Politik der »Querflur« sowohl seinen Mitgefangenen und der »Szene« als auch dem Staatsschutz seit langem bekannt.

Auß-Repressionen AG/HH  
(i. d. M. IKAH)

### Erklärung von Ralf und Ronald

Auß-Repressionen AG/HH  
(i. d. M. IKAH)

### Erklärung von Ralf und Ronald

„Seit über sieben Jahren Isolation und Kleingruppenisolation, die letzten 32 Monate im Moabiter Hochsicherheitstrakt in einer immer kleiner werdenden Gruppe. Jetzt reicht's!“

Nachdem die Verhandlungen zwischen uns und den Vertretern der westberliner Justizverwaltung über eine Verlegung aus dem Hochsicherheitstrakt Moabit in den sogenannten »Normalvollzug« nach Tegel an den Erpressungsversuchen der Justizvertreter gescheitert sind, treten wir am 30. August 1982 in den unbefristeten Hungerstreik!

Die Vertreter der Justizverwaltung weigern sich, in den Verhandlungen Vollzugsvorstellungen, die unsere weitere Isolierung ausschließen, zu erörtern, solange wir nicht bereit sind, als Vorleistung öffentlich eine politische Erklärung abzugeben, durch die wir uns von der Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele oder von politischen Positionen, die das nicht ausschließen, distanzieren.

Bei Verweigerung einer Distanzierungs Erklärung will die Justizverwaltung — unter Bruch der Zusagen nach dem Hungerstreik im Februar 1981 — unsere Verlegung in einen Hochsicherheitstrakt in Westdeutschland betreiben.

Für die Abgabe einer Distanzierungs Erklärung wurden uns Vollzugslockerungen in vielen schönen Varianten und die Garantie, in Berlin bleiben zu können, in Aussicht gestellt.

Wir sind auf diesen Erpressungsversuch nicht eingegangen. (Auf unseren Verhandlungsvorschlag, eine Gewaltverzichtserklärung abzugeben, wenn der Senat von Westberlin im Gegenzug die Gefängnisse auflöst, die Polizei entwaffnet und ebenfalls in Zukunft auf die Anwendung von Gewalt verzichtet, wollten sie nicht eingehen.)

Erpressung dieser Art sind in deutschen Gefängnissen an der Tagesordnung. Mit Zuckerbrot und Peitsche wollen die Friedhofstrafe herstellen.

Die Maßnahmen der Justiz in und durch die Knäste zielen auf die Identität, um den Gefangenen zu brechen. Dabei ist es egal, ob der Gefangene sich politisch bestimmt, oder ob er es noch nicht gelernt hat, sich und ein Handeln politisch zu begreifen. Gegen Gefangene, die ihre menschliche Würde, ihre Identität behaupten, sich nicht brechen lassen, stehen eine Vielzahl von Repressionsmöglichkeiten zur Verfügung, um jeden Widerstandswillen zu zerschlagen. Sie reichen von Besuchs- und Ausgangsperre bis zur totalen Isolation.

Wir haben in den letzten sieben Jahren einige ihrer Möglichkeiten erfahren. Von Hausstrafen, Bunker, Kleingruppenisolation, Hochsicherheitstrakte bis Totalisolation und Kontaktsperre.

Die Bedingungen des Hochsicherheitstraktes sind unerträglich!

Die Bedingungen des Hochsicherheitstraktes sind unerträglich!

Für uns hat sich die Situation noch zusätzlich verschärft, weil die Kleingruppe hier von ehemals sieben auf nur noch drei Gefangene geschrumpft ist. Gefangene, die schon seit Jahren aufeinander hängen und sich unter diesen Bedingungen keine neuen Impulse mehr geben können. Die Situation heute im Hochsicherheitstrakt kommt für uns einer Totalisolation gleich.

Den sozialen Kontakt zu anderen Menschen, den wir zum Überleben im Knast brauchen, werden wir uns jetzt — nach sieben Jahren Isolation — erkämpfen.

Wir fordern:  
— Abschaffung der Hochsicherheitstrakte und jeder Form von Isolation!!!  
— Gleichstellung aller Gefangenen!!!  
— Verlegung in den Normalvollzug nach Tegel!!!

Ralf Reinders  
Ronald Fritsch

Elementares Recht eines jeden beschuldigten Bürgers ist sein gesetzlicher Anspruch auf jederzeitigen Kontakt mit einem Rechtsanwalt, § 137 StPO. In verschiedenen Fällen mußten wir feststellen, daß Beschuldigte durch die Polizei daran gehindert wurden, zu ihrem Verteidigern Kontakt aufzunehmen. Das hat die Strafverteidigung veranlaßt, bei den niedersächsischen Ministern nachzufragen, ob es bei der Verweigerung des Anspruchs von beschuldigten Bürgern auf Kontakt zu ihrem Anwalt um bloße Einzelfälle handelt.

Der Verdacht auf eine systematische Einschränkung des Beschuldigtenrechtes auf jederzeitigen Kontakt mit einem Verteidiger hat sich nun bestätigt.

Nachdem die erste Anfrage unbeantwortet blieb, teilte der niedersächsische Innenminister am 26. Juli 1982 mit: „Ihr o. g. Schreiben wurde mir vom Niedersächsischen Minister der Justiz zuständigkeitshalber zur Bearbeitung überandt.“

In Ergänzung meines o. g. Schreibens erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß aus kriminaltaktischen Gründen während einer polizeilichen Maßnahme — z. B. einer laufenden Durchsuchungs- oder Festnahmekontrolle — eine sofortige Benachrichtigung eines Rechtsanwalts auf Verlangen des Betroffenen kurzfristig nicht zugelassen werden kann, wenn zu befürchten ist, daß durch eine solche Maßnahme andere Personen gefährdet werden könnten und damit die Gefahr droht, daß die Ermittlung der Wahrheit erschwert (Verdunkelungsgefahr).“

## Gesinnung ist strafbar — Prozeß gegen Karl Grosser und Jürgen Schneider

Im April 1981, während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF, wurden Karl Grosser und Jürgen Schneider in Heidelberg verhaftet. Im März dieses Jahres wurde der Prozeß eröffnet: gegen Jürgen wegen Unterstützung der RAF, er soll an er Hungerstreik-Erklärung (Februar 81) mitgearbeitet und auf einem »konspirativen« Treffen mit Carlos (Karl Grosser) Funkgeräte ausgetauscht haben, die für die RAF bestimmt gewesen wären; gegen Carlos wird Anklage erhoben wegen Mitgliedschaft in der RAF. Ihm wird von dem Staatsschutzbehörden vorgeworfen, er habe für die RAF Depots angelegt. Kfz-Doppelkennzeichen, den Kontakt zwischen Legalen und Illegalen aufrechterhalten und sei im Herbst 80 selbst in die Illegalität abgetaucht. Als »Beweis« für diese Konstruktionen muß herhalten: daß er — sich die Haare abgeschnitten hat, — selten zu Hause war, — sich exmatrikuliert hat, — von den Observationskommandos der Polizei seit längerem nicht mehr auf Demos und Veranstaltungen gesehen worden war, — bei seiner Verhaftung seine echten Papiere bei sich hatte, »was bei einer Personenkontrolle auch am unauffälligen gewesen wäre« (aus der Anklageschrift).

Carlos und Jürgen sind gegen das Schahregime auf die Straße gegangen, haben gegen die US-Headquarters in Heidelberg demonstriert (1979). Carlos hat zusammen mit anderen Genossen aus Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen das Amerika-Haus in Karlsruhe besetzt (1979), 1981 haben beide für die Erfüllung der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF während deren kollektiven Hungerstreiks gekämpft.

Seit Beginn des Verfahrens versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) ihre Konstruktion von der »legalen RAF« durchzusetzen. Carlos erklärte im Prozeß:

„... ich habe mich mit dem kollektiven Hungerstreik gekämpft.“

Seit Beginn des Verfahrens versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) ihre Konstruktion von der »legalen RAF« durchzusetzen. Carlos erklärte im Prozeß:

„Angefangen hat das hier mit der Verlegung des Urteils gegen Angela Speidel, was sich in den verschiedensten Varianten durch das ganze Verfahren zieht: die RAF soll hier als militärische Kollaboration hingestellt werden, die alle möglichen Bewegungen für sich funktionalisieren will, und wir, der antimperialistische Widerstand, dann analog als die Handlanger oder »Hilfstruppe«, die in einem »starken Organisationsgefüge« auf Abruf bereit steht und in irgendwelche »Jobs« gezwungen werden. Das reicht von der Uralt-Konstruktion des »Kuriere«, über »Werbeagenten« zur »Beschaffung« usw. bis hin zur blinden Unterwerfung unter einen »Verhaltenskodex«, so die Anklageschrift.“

Die politische Bedeutung des Verfahrens soll im kriminalistischen Müll der Konstruktionen erstickt werden: „Entsprechend werden dann hier Geld, schnelle Autos, Funkgeräte, Knarren usw. vorgeführt und verhandelt.“ (Prozeßklärung von Carlos).

(Prozeßklärung von Carlos).



Um jede politische Auseinandersetzung zu verhindern, werden Briefe von und an Carlos beschlagnahmt, Besuchsverbote gegen viele Genossen erteilt, die mit Carlos und Jürgen über den Prozeß diskutieren wollen, hat Oberstaatsanwalt (OSA) Lampe eine Mitschreiberverbot während des Prozesses durchgesetzt, mit der Begründung, die Prozeßbesucher würden die Mitschriften zur Propaganda benutzen.

Die Anklage gegen Carlos ist inzwischen drei mal erweitert worden: die BAW ist nun bei der Beteiligung an der Aktion der RAF gegen Kroesen im September 81 (Carlos soll da schon ein halbes Jahr im Knast), der Beteiligung an vierfachen Mordversuch angelangt.

Trotz dünner Beweislage und mehrerer Haftentlassungsanträge der Verteidigung, versucht die BAW hartnäckig die Verurteilung durchzusetzen. Die Anklage des Prozesses in den Medien als »neuer RAF-Prozeß«, die Wahl des Prozeß-Ortes im Staatsschutzsaal um Stuttgart-Stammheim, die Konstruktionen der Anklage, die Art und Weise, wie der Prozeß durchgeführt wird, sind offensichtlich auf ein Ziel ausgerichtet: mit dem Prozeß die Konstruktion »legale RAF« durchzusetzen und damit ein Urteil, das bis zu 15 Jahren gehen kann.

„Es soll demonstriert werden, daß ab sofort jeder mit allem konfrontiert wird, und es soll — über die Kriminalisierung und den § 129a — verschleierte werden, daß es hier um die Bekämpfung von antimperialistischen Widerstand geht und unsere Verurteilung durchgesetzt werden soll. Zum Zweiten — und das hängt damit zusammen — versuchen sie so, ihre eigene Gewalt und Hierarchie, die jeder hier haßt — und gegen die wir im Kampf zumindest eine Ahnung von etwas anderem bekommen haben — zum Inhalt unseres Widerstands zu machen.“

Im Grunde wird hier alles, was die Mobilisierung zum Streik (der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF im Frühjahr 81 — Anbn. d. Verf.) und die antimperialistischen Kämpfe seit mehr als einem Jahr an Neuem eröffnet haben, hier im Prozeß ganz bruchal abgerechnet werden — da sind wir ja auch verhaftet worden...“ (Prozeßklärung von Carlos).

Mit diesem Prozeß bereitet sich der Staatsschutz auf kommende Ausein-

dersetzungen vor. Betroffen werden soll die neue antimperialistische Bewegung: Seit der Demonstration gegen die Rekrutierung in Bremen 80 die Ansätze von entschlossenen und zielgerichteten Angriffen gegen US- und Nato-Einrichtungen und das BRD-Regime, während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und zuletzt die militante Demonstration gegen den Reagan-Besuch am 11.6. in Berlin, gegen die in der Presse mit dem Tenor demobilisiert wurde: »die legale RAF reist an«.

So hat der Prozeß zum einen die Funktion der Abschreckung, eben zu verhindern, daß diese Ansätze, die oft noch spontan und nebeneinander her entstehen, organisierte und kontinuierliche Politik werden; zum anderen — in der sicheren Ahnung, daß sich viele von der Gewalt des Staates nicht mehr abschrecken lassen — soll mit dem Prozeß ein Richtlinien-Urteil durchgesetzt werden, »mit dem der Staatsschutz in jeder gewünschten Situation und ohne eine »konkrete Tat« zu brechen, antimperialistische Militante hinter Gitter bringen will — und das für sehr lange.“ (Prozeßklärung v. Carlos). Entsprechend kündigte OStA Lampe gleich zu Beginn des Verfahrens an, daß die BAW solche Prozesse demnächst in drei Tagen durchziehen werde.

Der Ausgang des Prozesses gegen Carlos und Jürgen wird direkte Auswirkungen auf den Herbst angezeigten Prozeß gegen Helga Rose haben, der, wie Carlos, Mitgliedschaft in der RAF und die Beteiligung an der Aktion gegen Kroesen vorgeworfen wird. So versucht der Staatsschutz mit juristischen Mitteln eine Entwicklung in den Griff zu bekommen, die er tatsächlich nicht begreifen kann: eine Entwicklung, in der immer mehr Menschen in der Konfrontation mit staatlicher Gewalt die »Gewaltfrage« nicht mehr ausklammern und sich auch mit bewaffneter Politik auseinandersetzen, eine Entwicklung, in der immer mehr Menschen durch ihre Kämpfe gegen das imperialistische System eine Nähe zu der Politik der Guerilla herstellen können, die für den Staat tatsächlich gefährlich werden wird und die er nicht anders zu fassen bekommt, denn als »Mitgliedschaft« in der Guerilla.

Fortf. nächste Seite

## Presseerklärung der Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger

Wir stellen mit großer Besorgnis fest, daß nicht nur von der Legislative, sondern auch von Executive eine weitere Verschärfung durch Abbau von Beschuldigtenrechten in Angriff genommen wird.

Wir fordern Justiz- und Innenminister auf, das Gesetz zu respektieren und ihre untergeordneten Behörden entsprechend anzuweisen.

Hannover, den 30. August 1982

### Anhang: Material zur Presseerklärung gegen die Einschränkung von § 137 StPO

§ 137 Abs. 1 S. 1 StPO lautet: „Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Verteidigers bedienen“. Nach Gesetz kann sich ein Beschuldiger also jederzeit des Beistandes eines Verteidigers bedienen. Das ist nur möglich, wenn er sich jederzeit an einen Anwalt wenden kann, dieses Recht ist also logisch in § 137 StPO enthalten.

Von diesem Recht gibt es nur eine einzige Ausnahme im Gesetz: das Kontaktsperre-Gesetz vom 30.9.1977, das sich ausschließlich auf Verfahren nach § 129 a StGB und dort weiter genannte schwerste Straftaten richtet, §§ 31 ff. EGOWG. Auch dieses Gesetz wurde und wird von den Strafverteidigern abgelehnt.

§ 137 StPO wird z. B. durch § 140 StPO ergänzt, wo es in Abs. 1 heißt:

„Dem Beschuldigten ist, auch wenn er sich nicht auf freiem Fuß befindet, schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet.“

Auch dazu gibt es Ausnahmen im Verfahren nach § 129 a StGB, Überwachung der Verteidigerpost durch einen Richter und Kontaktbeschränkung durch Trennscheibeneinsatz.

Zwei Zitate aus Strafakten als Beweis für die gesetzwidrige Einschränkung des Rechts auf jederzeitigen Kontakt des Beschuldigten mit einem Verteidiger:

1. Zitat: „Mir steht es nach dem Gesetz frei, mich zur Sache zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen oder aber vor einer verantwortlichen Vernehmung einen von mir zu wählenden Rechtsanwalt zu befragen. Herr M. möchte seinem Anwalt anrufen, dieses kann jedoch aus kriminaltaktischen Gründen zur Zeit nicht erfolgen. Die Vernehmung wird abgebrochen.“ — Unterzeichnet: KOKIN F.“ — aus der Akte der Staatsanwaltschaft Hannover KLA 31 Js 474/81, Vernehmung vom 4.8.1981, Blatt 29 R.

2. Zitat: „Nach dem Gesetz steht es mir frei, mich zu diesen Anschuldigungen zu äußern oder auch nicht oder auch schon vor meiner verantwortlichen Vernehmung einen von mir zu wählenden Rechtsanwalt zu befragen. Mir wird dazu gesagt, daß aufgrund des Ermittlungsstatus im Moment noch nicht mit meinem Rechtsanwalt gesprochen werden kann...“ — Unterzeichnet: KOKIN F.“ — aus der Akte der Staatsanwaltschaft Hannover 31 Js 6834/82, Vernehmung vom 15.3.1982, Blatt 70 R.

Zwei Berichte eines Verteidigers über entsprechende Erfahrungen beim Versuch, einen festgenommenen Mandanten zu sprechen:

1. Bericht: Ich war von der Festnahme meines Mandanten informiert worden, hatte in Erfahrung gebracht, wo er sich gerade bei der Polizei befand. Ich telefonierte mit dem zuständigen Beamten und wollte wissen, wo genau sich mein Mandant gerade befand, weil ich ihn sprechen wollte. Der Beamte sagte, ich könne ihn nicht sprechen, er wolle ihn vorher vernehmen. Ich verwies auf die Rechtslage und verlangte sofortige Gesprächsmöglichkeit. Dies wurde verweigert. Über die Einschaltung eines Staatsanwalts erhielt ich die Erlaubnis. Im Polizeigewahrsam hieß es dann plötzlich, ich könne den Mandanten nur in Anwesenheit eines Polizisten sprechen. Nach erneuter Einschaltung des Staatsanwalts konnte ich ihn sprechen, inzwischen waren über drei Stunden vergangen.

2. Bericht: Ich kam auf die Polizeiwache im Polizeipräsidium und bat, mich zum Polizeigewahrsam durchzuschleusen, weil ich einen festgenommenen Mandanten sprechen wollte. Ein Beamter fragte, ob ich eine Benachteiligung hätte. Ich sagte, ich hätte eine Vollmacht, und zeigte diese. Der Beamte meinte, die reiche nicht. Da mußte eine richterliche Erlaubnis vorliegen, bei einem Anwaltsbesuch bedürfte Verdunkelungsgefahr. Nach einer heftigen Debatte über die Rechtslage konnte ich mich durchsetzen und den Mandanten sprechen.



## Botschaftsbesetzung in Bern Wer bestellte die Provokation?

Am 5. September stürmte ein schwerbewaffnetes Kommando die polnische Botschaft in Bern, nahm 13 Anwesende als Geiseln und erklärte, dies sei nur der Auftakt. Sie hätten rund 200 Mann unter Waffen und würden „alle drei Tage, sowohl im Westen wie im Osten“ ähnliche Aktionen durchführen. „Das Kommando der aufständischen Landesarmee bekundet, daß es die Kriegserklärung des faschistischen Regimes Polens vom 13. Dezember annimmt. (...) Wir werden die Botschaft verlassen und alle Diplomaten und Mitarbeiter freilassen, wenn der Kriegszustand in Polen aufgehoben wird, wenn alle polnischen politischen Gefangenen freigelassen werden und wenn die Repressionen gegen das polnische Volk gestoppt werden.“ (nach FR, 7.9.). Widrigenfalls wolle man sich samt den Geiseln in die Luft jagen. Der Kommandeur der Gruppe, der sich Oberst Wysocki nannte, bestritt jegliche Verbindung zu Solidarnosc und KOR (FAZ, 8.9.). Die Form der Aktion und die Beziehung auf die historische „Heimatarmee“ lassen es glaubwürdig erscheinen, daß die Gruppe mit Solidarnosc nichts zu tun hat. Wenn überhaupt irgendeine Verbindung zu polnischen Organisationen bestehen sollte, dann zur reaktionären KPN (Konföderation Unabhängiges Polen), die sich durchaus in der Tradition des militanten Antisowjetismus & d. h. „Heimatarmee“ sieht.

Aber auch eine solche Verbindung ist nicht unbedingt wahrscheinlich. Bemerkenswert ist nur, daß sich die „Polnische Exilregierung“ in London, ein Reklüt aus dem II. Weltkrieg, von dem lange Zeit nichts mehr zu vernehmen war, genötigt sah, sich sofort von der Besetzung zu distanzieren („Welt“, 7.9.). Tatsächlich war die „Heimatarmee“ (Armia Krajowa) während des II. Weltkrieges der bürgerlich-nationalistischen Exilregierung unter General Sikorski unterstellt.

Fortis, von voriger Seite

„Zugleich sagen wir auch, daß die Hauptursache, von der wir hier sprechen, jene ist, die den Richter zwingt, jedes Subjekt, das nicht eingeordnet erscheint, in die „Legitimität“ der historischen Linken... in die Schublade der einen oder anderen bewaffneten Organisation zu packen. So, als sei jeder anders und jeder beliebige Ort außer dem der bewaffneten Organisation ausgeschlossen oder besser nicht vorhanden, um Subjekte aufzunehmen, deren Standpunkt bestimmt ist durch radikalen sozialen Antagonismus“ (aus der Prozeßklärung des Rechtsanwalts S. Spazzali, der der Mitgliedschaft in den Brigade Rose beschuldigt wird, zum Prozeß von Torino 81).

Entsprechend wird auch bereits in der gerade angelaufenen Fahndung gegen die Genossen/Genossinnen aus der RAF die Verhaftung und Verurteilung von Genossen aus dem legalen antikapitalistischen Widerstand, sog. „Helferstellern“, mitverbreitet. „Diese Leute können nicht verhaftet werden, weil sie noch keine Straftaten begangen haben“ klagt die „Bild am Sonntag“ in ihrem „Wanted“-Artikel. Damit das anders wird, kriminalisiert die BAW auch die Arbeitsbedingungen jeglichen ernsthaften Widerstandes: sich der permanenten Kontrolle, Computerisierung, Observation, „beobachtenden Fahndung“ (sic!) u. Spitzeln zu entziehen.

Zu dem Prozeß Öffentlichkeit herzustellen, zu verhindern, daß dieses Staatsschutz-Kalkül aufsteht, muß unser vordringliches Anliegen sein, zum einen, weil wir wissen, was es bedeutet, in der BRD politischer Gefangener zu sein: jahrelange Isolationshaft, Spezialprogramme gegen jeden einzelnen Gefangenen, Kontrolle von Briefen, Trennscheibe bei Besuchen etc. Zum anderen, weil wir nicht zulassen können, daß durch diesen Prozeß ein juristisches Instrument geschaffen wird, das auf die Zerschlagung der neuen antikapitalistischen Bewegung abzielt, noch bevor diese zu einer organisierten Kraft geworden ist, und mit dem unsere Genossen für Jahre von uns getrennt, in den Knästen verschwinden sollen.

Prozeßberichte, Briefe von Carlos und Jürgen, Prozeßklärung von Carlos über Informationsbüro f. politische Gefangene, c/o W. Orell, Oktavusstraße 72, 1011 70

Genossinnen von „Frauen gegen imperialistischen Krieg“

Die „Heimatarmee“ war jene militärische Widerstandsorganisation in Polen, die die deutschen Truppen bekämpfte. Nach dem Krieg kämpfte die „Heimatarmee“ gegen die polnischen Kommunisten und die sowjetischen Truppen (bis 1947).

Das das „Kommando“ in Bern sich in diese Tradition stellt, spricht eindeutig gegen eine Verbindung zum KOR; denn das KOR verfolgt eine Linie des Kampfes gegen Jaruzelski bei gleichzeitiger Garantie der sowjetischen Interessen (verg. AK 222). Das Kommando erklärte dann auch in dankenswerter Offenheit: „Wir sind keine Arbeiter, wir sind Nationalisten und Antikommunisten“ (faz, 8.9.).

Die Koordinierungsbüros der Solidarnosc im Ausland distanzieren sich scharf von der Aktion. Das Büro in Zürich sah in der Aktion einen „Akt der Provokation“ und bot den Schweizer Behörden Vermittlerdienste zur Beendigung der Besetzung an. Ebenso erklärte das Büro in Brüssel, es handle sich um „einen gegen das polnische Volk gerichteten Akt“ (NZZ, 9.9.). Das Büro in Paris äußerte sich ähnlich.

### Ein ganz schräger Vogel

Am 9. September stürmte eine Spezialeinheit der Schweizer Polizei die Botschaft und befreite die Geiseln.

Was die Identifizierung des „Oberst Wysocki“ dann ans Tageslicht brachte, spottet jeder Beschreibung.

Florian Kruszyk heißt der Mann und verkaufte sich an alles und jeden. Ausgebildet auf einer polnischen Offizierschule war er von 1962 bis 65 bei dem Sicherheitskorps in Warschau, hernach beim Nachrichtendienst. 1969 wurde er in der Schweiz verhaftet und wegen Juwelendiebstahl in Verbindung mit Geiselnahme verurteilt. (faz, 11.9.). Aufgefallen war er in der Schweiz weiterhin wegen „Ausplünderens polnischer Flüchtlinge“ (FAZ, 11.9.). Als er 1978 aus dem Knast kam, lobte die Schweiz sein Asylgesuch ab; er hatte nun politische Asyl beantragt. Die polnischen Behörden haben über die Vielschichtigkeit dieses Zeitgenossen weitere Details mitgeteilt. Kruszyk sei 1967 in Polen steckbrieflich wegen Unterschlagung gesucht worden und habe daraufhin mitgeteilt, Kruszyk sei 1967 in Polen steckbrieflich wegen Unterschlagung gesucht worden und habe daraufhin 1968 Österreich der Polizei angeboten, bei der Kontrolle polnischer Flüchtlinge zu helfen. In Österreich allerdings verurteilte man den Herrn erstmalig zu zehn Monaten wegen Visaflüchtung. 1969 bot er in Österreich dem westdeutschen Geheimdienst seine Dienste an und ersuchte um Asyl in der BRD. (Des schlug offenbar fehl, denn im selben Jahr verschwand er im Schweizer Knast).

Hochinteressant sind auch folgende Details aus der Lebensgeschichte Kruszyk's: Im Januar 1968 wurde er von der österreichischen Polizei verhaftet. Damals sagte Kruszyk aus, er sei im Auftrag des polnischen Geheimdienstes Kontrawind nach Österreich gekommen. Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit wurde er daraufhin zu elf Monaten Haft verurteilt („Welt“, 11.9.82). Mag sein, daß Kruszyk hinsichtlich seiner Tätigkeit für den polnischen Geheimdienst damals aus irgendeinem Grund gelogen hat — aber immerhin mußte er ja wissen, daß ihn diese Lage (wenn es denn eine war!) geradewegs in den Knast bringen würde. Sekundum, oder? Ein zweites Detail: In Den Haag, wo Kruszyk seit 1980 ein Restaurant betreibt, verärgerte er seine eulpolnischen Landsleute, „weil Kruszyk sich weigerte, Plakate der polnischen Gewerkschaft 'Solidarnosc' in seinem Lokal anzubringen. Er erklärte, das könne er nicht tun wegen seiner Kontakte zu Funktionären der polnischen Botschaft in Den Haag, die sein Restaurant besuchten“ (FAZ, 11.9.).

Wenn der Herr Kruszyk zur Zeit dient, ist nicht bekannt. Skurrilerweise forderte er vor dem Sturm der Polizei auf die Botschaft (als deutlich wurde, was von Anfang an klar war, nämlich, daß Jaruzelski nicht im Traum daran dachte, seine Forderungen zu erfüllen), „drei Millionen Franken und einen Flug nach China oder Albanien“ (FAZ, 11.9.). Wieso er gerade für diese Länder besondere Sympathie hegen sollte, blieb bisher unklar.

### „Die Extremisten der 'Solidarnosc' gehen jetzt ... zur terroristischen Tätigkeit über“

Für das Jaruzelski-Regime kam der Terrorakt wie gerufen und die Schuld-

gen entlarvte man sofort: 1. Solidarnosc, 2. das KOR, 3. „trotskistische Terrorgruppen“ und 4. über allem thronend der Weltimperialismus. Ein solcher Akt „barbarischer Ereignisse in Bern“ sei überhaupt nur denkbar in einem Klima der Verharmlosung des Terrors, wobei Flugzeugentführungen und die Demonstration vom 31. August gleichermaßen unter Terror gezählt werden.

Radio Warschau meldete (obwohl „Oberst Wysocki“ jede Verbindung zu Solidarnosc bestritt), er habe solche Verbindungen bestätigt; es bezeichnete Jacek Kuron (KOR) als Inspirator des Überfalls (NZZ, 9.11.). (Kuron ist nach wie vor in Polen interniert!).

Die polnische Regierungzeitung „Rzeczpospolita“: „Als man die Massen nicht mitreißen konnte“ (mit den Demonstrationen am 31. August), „griff man zur Piraterie“, und sie verwies auf die Ähnlichkeit der Forderung des Kommandos mit denen der Solidarnosc (FAZ, 8.9.). Auch die Armeezeitung „Zolnierz Wolnoci“ holte aus:

„Die Besetzung der Botschaft ist ein Folge der koordinierten und konzentrierten langfristig angelegten Kampagne der imperialistischen Staaten unter der persönlichen Patronage und der aktiven Einmischung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan (...) Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, wie die Bewertung des sogenannten Solidaritätsbüros mit der vom Sender „Freie Europa“ in Bezug auf die Ereignisse übereinstimmen — und dies in Bezug auf die barbarischen Ereignisse in Bern und die Straßenzusammenstöße in Juni und August...“ (nach FAZ, 9.9.). Die Distanzierungen der Solidarnosc von der Besetzung in Bern wurden als raffiniert Versuch der Ehrenrettung verachtet.

Ein Übersoll an total überzeugender politischer Argumentation leisteten die Schreiber des DKP-Parteiorgan „UZ“ (2.9. und 10.9.). Sie haben die Springerpreme jahrelang gründlich gelesen und auch dem Herrn Löwenthal in seinem „ZDF-Magazin“ genau aufs Maul geschaut. Daher wissen sie, daß es da, wo Terrorismus passiert, immer auch einen „geistigen Nährboden“ gibt. Der „Nährboden“ ist in diesem Fall selbstverständlich die Kampagne gegen das Kriegrecht in Polen. Mühelos macht die DKP auch die „Sympathisanten-Szene für die Berner Terroristen“ (das ein Original-Zitat!) aus: Das sind alle, die in der Solidarnosc und in den Zigaretten von demonstrierenden polnischen Werktätigen etwas mehr sehen als bloß einen „konterrevolutionären Abschaum“, der auf die Kommandos des CIA und westlicher Rundfunkstationen hört und den man am besten von der Polizei zusammenknöpfeln läßt. (Nebenbei: Ein Duell mit Dachstein zwischen Holger Börner und dem „UZ“-Chefredakteur Polke hat vielleicht seinen Reiz?).

### Wer gab den Auftrag?

Die Frage nach dem Auftraggeber der Provokation von Bern wird sich wahrscheinlich nie mit letzter Sicherheit beantworten lassen. Stellt man sich einfach nur die Frage „Wem nutzt das?“ so lautet das Ergebnis: Die Botschaftsbesetzung hat, genau getimed mit den bisher größten Massendemonstrationen in Polen seit Verhängung des Kriegrechts, nur dem polnischen Regime und seinem großen Bruder genutzt. Wer am Sturz des polnischen Regimes interessiert ist, wird vernünftigerweise auf Massenaktionen setzen, und dabei sich aller Erfahrung nach terroristische Aktionen wie die von Bern eher ein Hindernis als eine Hilfe. Daß indes so ist, weiß gerade die DKP selbstverständlich sehr gut, die aus eben dieser Überlegung ständig (und zum Teil auch in sehr überzogener Weise) gegen den Terrorismus im Westen Front gemacht hat. Wenn es logisch sein sollte — wie es die DKP immer wieder getan hat — hinter dem Terrorismus im Westen die Hand des CIA zu vermuten, dann wäre es ganz genauso logisch, hinter dem Überfall von Bern die Regie des KGB zu wittern.

Das bedeutet aber nicht, daß es nicht vielleicht in Wirklichkeit ganz anders war, immerhin könnte hinter der Aktion auch eine Fraktion der imperialistischen Geheimdienste stehen, die die gesellschaftliche Realität in Polen ganz falsch einschätzt und die vielleicht mit spektakulären Aktionen wie der von Bern ein Signal zum bewaffneten Aufstand in Polen zu geben hofft.

## Massaker und Vertreibung

Fortis, von S. 1

den besetzten Gebieten Autonomie oder sogar einen eigenen Staat zuzugestehen, wird vermutlich weiter zunehmen.

Für die Regierung Begin bedeutet das: Man muß sich beeilen, wenn man das Problem lösen will. Das bisherige Tempo einer allmählichen israelischen Durchdringung der besetzten Gebiete reicht bei weitem nicht mehr aus. Das bedeutet erstens eine Ausweitung und Beschleunigung der Siedlungspolitik. Das bedeutet zweitens aber auch mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eine gezielte Ausreisepolitik gegen die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete. Das wird, sobald im Libanon die Arbeit im Wesentlichen abgeschlossen ist, das nächste Ziel der Regierung Begin sein.

Dall die Palästinenser durch die israelische Politik wieder einmal zu verzweifelter Wut getrieben werden, so daß ebenso verzweifelte neue Terroraktionen in nächster Zeit wahrscheinlich sind, ist von der Regierung Begin einkalkuliert und begünstigt nur ihr strategisches Ziel. Eine Bombe in einem israelischen Schulbus, eine palästinensische Wahnsinnsaktion gegen ein israelisches Kibbuz wird vor der Weltöffentlichkeit die Verbrechen Israels und seiner faschistischen Verbündeten im Libanon relativieren. Ein zusätzlicher Gesichtspunkt ist, daß Israels Terrorpolitik es sehr schwer machen wird, aus den ersten zarten Ansätzen eines jüdisch-palästinensischen Dialogs und einer Verständigung zwischen beiden Völkern etwas Lebensfähiges und Dauerhaftes zu entwickeln. Das kann dem imperialistischen Zionismus nur recht sein, der kaum etwas auf der Welt so sehr fürchten muß wie Koexistenz und Verständigung zwischen Palästinensern und Juden.

Ohne den Sturz der Regierung Begin, lieber heute als morgen, werden neue Katastrophen kaum noch aufzubleiben sein.

## Demo-Aufruf

Israels raus aus dem Libanon! Demonstration: 25. September, 11 Uhr im Bonner Hofgarten

- Sofortiger und bedingungsloser Abzug Israels aus dem Libanon!
- Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten!
- Freilassung aller von Israel gefangengehaltenen Palästinenser und Libanesen!
- Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einstehen, seines Rechts auf einen eigenen Staat in Palästina!
- Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung!
- Für einen ungeteilten, arabischen Libanon!

Es rufen u.a. auf: Palästinensischer Arbeiterverein, Palästinensischer Studentenverein, Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Palästina-Libanon-Plenum Frankfurt, SDAJ, SJD - Die Falken, Verband deutscher Studentenschaften

gung zwischen Palästinensern und Juden.

Ohne den Sturz der Regierung Begin, lieber heute als morgen, werden neue Katastrophen kaum noch aufzubleiben sein.

## Das 'kleinere Übel' verabschiedet sich, jetzt kommt das größere

Fortis, von S. 1

erst noch am Anfang ihrer Entwicklung steht, wird mit Sicherheit ein harter Brocken werden. Die Klassenkämpfe, in den 70er Jahren fast bis zum Nullpunkt versumpft, werden wieder an Schärfe zunehmen.

Viel wird für die weitere Entwicklung davon abhängen, ob relevante Teile der SPD wirklich zu einem politischen Umdenken und einer großen Wende ihrer Politik bereit und fähig sind. Die SPD-Spitze träumt offensichtlich davon, im Wesentlichen weitermachen zu können wie bisher und trotzdem mit dem gelegentlichen Verbalradikalismus einer Oppositionspartei in der Lage zu sein, die in den letzten Jahren parlamentarisch gewordenen Protestpotentiale wieder einzufangen und integrieren zu können. Und in 4 oder 6 Jahren könnte man dann vielleicht einfach wieder als Regierungspartei dort weitermachen, wo man eben aufhören mußte.

Diese Sichtweise ist auf jeden Fall unrealistisch, weil so oder so dieses Land in 4 oder 6 Jahren nicht mehr dasselbe sein wird wie heute. Es kommt hinzu, daß die SPD nicht mehr wie in den 60er Jahren mit einem totalen Kredit bei politischen und sozialen Reformen rechnen kann. 13 Jahre sozialliberale Regierungspolitik haben zu einigen Erfahrungen geführt, und die rund 10 %, auf die die grün-

alternative Radikalsoption heute vermutlich bundesweit rechnen kann, sind ein Ausdruck dieser Erfahrungen. Es wäre unrealistisch und vermessend, wenn man heute einfach behaupten würde: Diese Radikalsoption läßt sich von der SPD nicht mehr mit dummen Sprüchen leimen und vereinnahmen. Aber weitaus schwerer als in den 60er Jahren würde das Geschäft für die SPD schon werden, und es bliebe allemal ein solider sozialistischer „Bodensatz“, der mit erheblich mehr Erfahrungen und Realitätstüchtigkeit operieren wird als die aus der APO hervorgegangene „Neue Linke“ der 70er Jahre.

Unser eigenes Ziel muß allerdings weiter gesteckt werden: Notwendig ist ein starker „Reform-Block“, der eine Alternative sowohl zur bisherigen Regierungspolitik der SPD/FDP-Koalition wie auch zu deren verschärfter Fortführung durch die CDU/CSU entwickelt und dafür erhebliche Teile des Volkes gewinnen kann. Dieser „Reform-Block“ kann aber nur zustande kommen, wenn es zu massenhaften Brüchen und Spaltungen in der SPD und FDP kommt. Die Chancen dafür sind vorhanden, auch wenn sie derzeit nicht gerade riesig erscheinen.



# Staat oder Autonomie?

## Reagans »Friedensplan« richtet sich gegen die PLO

Während Israel im Libanon weitermarschiert und die Eingliederung der seit 1967 besetzten Gebiete Palästinas in den israelischen Staat vorantreibt, soll ein von der US-Regierung vorgelegter „Friedensplan“ das arabische Lager verwirren und spalten. Die ersten Reaktionen zeigen, daß dieses imperialistische Manöver bis in die PLO-Führung hinein Wirkung zeigt. Trotzdem haben sich die arabischen Staaten (lediglich mit Ausnahme Ägyptens und Libyens) und die PLO auf der Konferenz von Fes auf einen eigenen Friedensplan geeinigt, der zu völlig anderen Forderungen als die US-Regierung kommt. Die wesentlichen Punkte der unterschiedlichen Projekte sollen hier dargestellt werden.

### Die Charta von Fes

1. Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalem.
2. Auflösung der von Israel seit 1967 in den besetzten arabischen Gebieten errichteten Siedlungen.
3. Garantie der Freiheit der Religionsausübung an den „heiligen Stätten“.
4. Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Ausübung seiner Rechte unter Führung der PLO, seiner einzigen und rechtmäßigen Vertreterin. Entschädigung all jener, die nicht zurückkehren möchten.
5. Unterstellung der Westbank (Westjordanland) und des Gaza-Streifens unter UN-Aufsicht für eine Übergangszeit von einigen Monaten.
6. Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt.
7. Der UN-Sicherheitsrat garantiert den Frieden zwischen allen Staaten der Region.
8. Der UN-Sicherheitsrat garantiert insgesamt die Friedenslösung entsprechend dieser Grundsätze.

### Der Fahd-Plan

Der Acht-Punkte-Plan von Fes entspricht in Aufbau und Inhalt fast völlig dem Fahd-Plan der saudi-arabischen Regierung von 1981. Der Fahd-Plan war von den „radikalen“ arabischen Staaten und von der Mehrheit der PLO-Führung abgelehnt worden, da er im Grunde als ein von Saudi-Arabien stellvertretend lanciertes Projekt der

USA verstanden wurde. Allerdings geht die Charta von Fes nicht unwesentlich über den Fahd-Plan hinaus: Im Punkt 4 des Fahd-Plans war die PLO nicht erwähnt worden; auch fehlte der ausdrückliche Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, das aber indirekt durch die Forderung nach einem selbstständigen palästinensischen Staat (Punkt 6) schon enthalten war.

Der einzige relevante Unterschied zwischen Fahd-Plan und Charta von Fes ist also die Einführung der PLO und ihre Anerkennung als Führerin und Vertreterin des palästinensischen Volkes. Ansonsten sind beide Pläne fast wortgleich, nicht einmal die Anordnung der Punkte wurde verändert.

### Der Reagan-Plan

Der Reagan-Plan besteht eigentlich, wie die US-Regierung selbst erklärt hat, nur aus Vorschlägen, ist also kein präzise formulierter Plan, sondern eher eine Diskussionsgrundlage. Der Vorschlag besteht aus folgenden Einzelpunkten:

1. Die palästinensische Bevölkerung in den 1967 besetzten Gebieten soll eine Autonomie erhalten. Ein palästinensischer Staat darf nicht entstehen.
2. Jerusalem soll ungeteilt (also unter israelischer Souveränität) bleiben, aber der endgültige Status der Stadt soll noch in Verhandlungen (zwischen wem?) genau definiert werden.
3. Als Zeichen guten Willens soll Israel seine Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten auf dem bereits erreichten Stand „einfrieren“. Das bedeutet, wie US-Regierungssprecher erläuterten, daß zwar weitere Israelis in den besetzten Gebieten zuziehen dürfen, aber daß keine neuen Siedlungen angelegt werden sollen.

Um die Konsequenzen dieses Plans zu verstehen, muß man die Politik betrachten, die Israel seit 1967 mit den besetzten Gebieten betrieben hat: Dort ist ein genau durchdachtes strategisches Netz von rund 130 israelischen Siedlungen mit insgesamt rund 33.000 Bewohnern entstanden. Außerdem wurde planmäßig Land aufgekauft bzw. enteignet und geraubt. Nach unterschiedlichen Angaben befinden sich 40 bis 60 % des Bodens der besetzten Gebiete bereits in israelischem Besitz. Das ganze System ist so angelegt, daß es die dichtbesiedelten palästinensischen Ge-

biete in viele Einzelteile zerlegt, die untereinander nicht verbunden sind.

Es ist daher ein krasses Mißverständnis, wenn der „Reagan-Plan“ so interpretiert wird, als sollten die seit 1967 besetzten Gebiete letztlich an Jordanien abgetreten werden. Eher läuft es darauf hinaus, daß die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu jordanischen Staatsbürgern werden und daß sie ansonsten eine kommunale Autonomie ausüben sollen, die sie teilweise heute schon haben.

### Allon-Plan und Begin-Plan

Im Grunde kommen Reagan's Vorschläge früheren israelischen Projekten, vor allem dem Allon-Plan, sehr nahe.

Bereits die damals regierende „Arbeiterpartei“ begann gleich nach dem Eroberungskrieg von 1967 mit einer planmäßigen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Mit dem Namen des „Arbeiter-Partei“-Politikers Allon verband sich damals ein Plan, der praktisch auf Teilung der Westbank in israelische und jordanische Sektoren hinauslief, d.h. auf eine Rückgabe von Teilen der Westbank an Jordanien. Dieser Plan wurde allerdings sehr schnell durch die geschaffenen Tatsachen überholt.

1977 legte Begin dem israelischen Parlament einen eigenen „Autonomieplan“ vor, der u.a. folgende Punkte enthielt:

1. Aufgabe der Militärverwaltung in den besetzten Gebieten.
2. „Administrative Autonomie“ der Bewohner der besetzten Gebiete.
3. „Sicherheit und öffentliche Ordnung“ in den besetzten Gebieten bleibt Angelegenheit der israelischen Behörden.
4. Die Bewohner der besetzten Gebiete haben die Wahl zwischen der israelischen und der jordanischen Staatsbürgerschaft.
5. Bildung eines Komitees von Vertretern Israels, Jordaniens und des „Verwaltungsrats“, das praktisch gesetzgebende Kraft für die besetzten Gebiete haben sollte. Das Komitee sollte nur einstimmig beschließen können.
6. Israel besteht auf seiner Souveränität über die besetzten Gebiete.

Dieses Projekt Begins war nach Konsultationen mit der US-Regierung zustande gekommen. Vergleicht man diesen Plan mit den jetzigen Vorschlägen Reagans, so ergibt sich:

1. Im Gegensatz zum Reagan-Plan hielt das Begin-Projekt die Möglichkeit der Siedlungspolitik und des Landraubs offen. Der Reagan-Plan hingegen sieht „Einfrieren“ des Status quo zumindest während des Zeitraums von Verhandlungen vor.

2. Der Reagan-Plan beantwortet nicht die Frage nach der Souveränität im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Praktisch läßt er auf eine eingeschränkte Souveränität Israels in diesen Gebieten hinaus. (Reagan hat sich allerdings damit einverstanden erklärt, daß Israel nicht näher definierte Teile der seit 1967 besetzten Gebiete auch einfach annektieren darf; keinesfalls sollte Israel zur „Rückkehr auf die Grenzen vor 1967“ veranlaßt werden).

Am deutlichsten hat sich Ägypten positiv zum Reagan-Plan geäußert: Der Plan enthält „positive Punkte“. Der in Fes beschlossene Plan sei zwar „wunderbar“, aber vermutlich nicht durchsetzbar. (Ägypten ist wegen der alt Verfall benachteiligten Friedensverhandlungen mit Israel aus der arabischen Gemeinschaft ausgeschlossen und war nicht nach Fes eingeladen worden).

3. Ohne die de facto erzwungene Souveränität Israels über das ganze Jerusalem (die arabische Altstadt war erst im Krieg von 1967 besetzt worden) in Frage zu stellen, befürwortet Reagan Neuverhandlungen über die genaue Festlegung des Status von Jerusalem.

### Die Reaktionen auf den Reagan-Plan

Israel Trotz der offensichtlichen Nähe zu den eigenen Vorstellungen hat die Regierung Begin nach Bekanntwerden des Reagan-Plans ein großes Spektakel veranstaltet: Über den Reagan-Plan wurde man nicht einmal diskutieren. Dabei wurde vor allem der Anspruch der zionistischen Ideologie betont, daß „Juda und Samaria“, d.h. die seit 1967 besetzten Gebiete, „für ewige Zeiten“ Bestandteil des Staates Israel seien.

Positiv zum Reagan-Plan äußerte sich die „Arbeiterpartei“. Parteichef Peres sieht den Reagan-Plan als „realistische Basis“ einer Friedenslösung an, auch wenn er kleinere Bedenken äußerte, die sich wohl vor allem auf die verschwommenen Ausführungen zum Status von Jerusalem beziehen.

Das israelische Parlament billigte mit 50 zu 36 Stimmen die Ablehnung des Reagan-Plans durch die Regierung Begin.

### Die PLO

Obwohl zu hören war, die PLO-Führung habe über den Reagan-Plan beraten, gibt es keinerlei offizielle Stellungnahme der PLO dazu. Es gibt lediglich persönliche Äußerungen einzelner PLO-Führer: Der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Kaddumi, erklärte, der Reagan-Plan enthalte „positive Elemente“. Arafat Stellvertreter Abu Ijad sagte in einem „Spiegel“-Interview, der Reagan-Plan enthalte „viel Positives“. Das seien „neue Töne, die man nicht überhören kann“. Der Reagan-Plan sei zwar „nicht ganz“ befriedigend, „aber als Anfang gar nicht schlecht“.

Scharf ablehnend äußerte sich die FDLP. Hawatmeh's zum Reagan-Plan. Die FDLP hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr zum Sprachrohr der Sowjetunion innerhalb der PLO entwickelt. Ihr Protest gegen den Reagan-Plan ist für die PLO recht unüblich, da die FDLP bisher die PLO-Mehrheit gegen die Organisationen der „Ablehnungsfront“ massiv unterstützt hatte. Stellungnahmen aus der „Ablehnungsfront“ (insbesondere PFLP und PFLP-GC) sind uns nicht bekannt; es darf aber als gewiß angenommen werden, daß sie den Reagan-Plan ganz entschieden zurückweisen.

### Zusammenfassung

Am deutlichsten hat sich Ägypten positiv zum Reagan-Plan geäußert: Der Plan enthält „positive Punkte“. Der in Fes beschlossene Plan sei zwar „wunderbar“, aber vermutlich nicht durchsetzbar. (Ägypten ist wegen der alt Verfall benachteiligten Friedensverhandlungen mit Israel aus der arabischen Gemeinschaft ausgeschlossen und war nicht nach Fes eingeladen worden).

Positiv zum Reagan-Plan äußerten sich auch Jordanien, Tunesien, Saudi-Arabien und libanesischen Politiker — allerdings mit dem Vorbehalt, daß letztlich entscheidend die Haltung der PLO sei.

### Ablehnungen

Besonders scharf hat sich die Sowjetunion gegen den Reagan-Plan ausgesprochen: Der Plan sei ein Manöver, das lediglich dazu diene, die amerikanisch-israelischen Vorherrschaft im Nahen Osten zu zementieren. Durch die Vorschläge werde eine weitere Verschärfung der Beziehung zwischen den Völkern der Region vorprogrammiert. Den Palästinensern werde im Reagan-Plan noch weniger angeboten als in der Vergangenheit.

Libyen hat sich als einziger arabischer Staat geweigert, Vertreter zur Konferenz nach Fes zu schicken, da dort doch bloß Verrat an den arabischen Interessen betrieben würde. Libyen lehnt nicht nur den Reagan-Plan, sondern auch die Charta von Fes scharfste ab. Allerdings gibt es außerhalb Libyens wohl niemand mehr in der arabischen Welt, der in solchen Verlautbarungen mehr als folgenloses Maulheidentum Ghadaffis sehen würde.

Ähnlich sind die Verlautbarungen der Führung des Iran einzuordnen, die allen islamischen Ländern „Vergeltung“ androht hat, falls sie dem Reagan-Plan zustimmen.

Als „irreführendes Spiel“ und Manöver zur Spaltung der arabischen Welt hat Syrien den Reagan-Plan verurteilt. Gefordert wurde, daß die Konferenz von Fes den Reagan-Plan ausdrücklich verurteilen solle.

### Bruchlinien im arabischen Lager

Daß die Konferenz von Fes dieser Aufforderung nicht gefolgt ist, verdeutlicht den Stand der Dinge im arabischen Lager. Grob geordnet gibt es drei unterschiedliche Gruppen: 1. diejenigen, die den Reagan-Plan eindeutig ablehnen; 2. diejenigen, die ihn eigentlich gegenüber der Charta von Fes für das realistischere und interessantere Projekt halten; 3. diejenigen, die eine mittlere Position einnehmen, aber jedenfalls den Reagan-Plan nicht als taktisches Manöver des Hauptfeindes der arabischen Völker verurteilen.

Entsprechend brüchig ist die mit der Charta von Fes scheinbar erreichte Überwindung der bisherigen Zerspaltung der arabischen Welt. Es muß befürchtet werden, daß entlang der jetzt schon erkennbaren Bruchlinie neue Zerwürfnisse — bis in die PLO hinein — aufbrechen werden, wenn die Dinge

der arabischen Welt. Es muß befürchtet werden, daß entlang der jetzt schon erkennbaren Bruchlinie neue Zerwürfnisse — bis in die PLO hinein — aufbrechen werden, wenn die Dinge erst einmal in das Stadium konkreter Verhandlungen eintreten.

Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang die Reaktion einiger PLO-Führer, die noch vor dem blutigen Hintergrund der Komplizenschaft USA-Israel bei der Aggression im Libanon bereit sind, mit dem Reagan-Plan zu kokettieren und die damit eine neue ernsthafte Spaltung des palästinensischen Widerstands geradezu provozieren.

## »Viel Positives für die Palästinenser«? Annäherung an Reagan

„Viel Positives für die Palästinenser“ sieht Theo Mehlen (KBW) in den jüngsten Vorschlägen von Ronald Reagan für eine politische Lösung im Nahen Osten („KVZ“, 10.9.). Theo Mehlen kann sich bei dieser Einschätzung vielleicht auf Abu Ijad (PLO) berufen, der kürzlich in einem „Spiegel“-Interview zu Protokoll gab: „Ich sehe in Reagans Rede viel Positives“ (6.9.). Bestimmt kann Theo Mehlen sich aber nicht auf die offizielle Position der PLO berufen, wenn er den Reagan-Plan („palästinensische Selbstverwaltung in Assoziation mit Jordanien“) als Maximum des Erreichbaren und als „großer Erfolg für das palästinensische Volk“ interpretiert. Theo Mehlen's Thesen laufen darauf hinaus, die Geschicke des palästinensischen Volkes der Hoffnung auf die Widersprüche zwischen den USA und Israel anzuvertrauen. Seine Überlegungen sind ein typisches Produkt der chinesischen „Drei-Welten-Theorie“, die alle Dinge in erster Linie vom Standpunkt des Kampfes gegen die Sowjetunion betrachtet und beurteilt.

### Der Reagan-Plan richtet sich gegen die PLO

Um die Überlegungen von Theo Mehlen (ihm) richtig würdigen zu können, muß man zunächst den Inhalt des Reagan-Plans betrachten: In erheblichen Teilen der von Israel seit 1967 besetzten Gebiete (Gaza-Streifen und Westbank) soll die palästinensische Bevölkerung eine „Autonomie“ erhalten,

Jedoch mit einer engen Bindung an Jordanien. Ein palästinensischer Staat soll ausdrücklich nicht entstehen. Um die Einleitung von Verhandlungen zu erleichtern, soll Israel keine neuen Siedlungen in den besetzten Gebieten mehr anlegen, d.h. der Status quo soll vorerst eingefroren werden.

Man stellt sich so dar, als habe Reagan praktisch eine Rückgabe der seit 1967 besetzten Gebiete an Jordanien vorgeschlagen und als werde schließlich Jordanien den Palästinensern gestatten

können, in diesen Gebieten ihren Staat zu errichten. Davon stimmt aber gar nichts. Israel hat seit 1967 in den besetzten Gebieten eine Siedlungspolitik betrieben, die darauf abzielt, die Annektion dieser Gebiete, d.h. ihre völlige Eingliederung in den Staat Israel vorzubereiten. Zwar leben bisher in den besetzten Gebieten kaum mehr als 30.000 Juden gegenüber etwa 1,3 Millionen Palästinensern. Diese jüdische Minderheit lebt jedoch in rund 130 Siedlungen und Orten, die bewußt und

„Die Amerikaner ignorieren noch immer das Hauptproblem im Nahen Osten, die palästinensische Sache und das palästinensische Selbstbestimmungsrecht. Wir greifen nicht nach dem Mond. Wir verlangen nur internationale Garantien für eine Heimat, für einen unabhängigen Staat und für Selbstbestimmung.“ (Arafat; „Spiegel“-Interview, 13.8.82)



planmäßig so über das besetzte Gebiet verteilt sind, daß nirgendwo noch ein zusammenhängender palästinensischer Raum besteht. Nach Angaben von ihm selbst („KVZ“, 30.7.) befindet sich heute schon rund 40 % des Bodens der besetzten Gebiete in israelischem Besitz.

Reagan hat keineswegs gefordert, diesen Zustand rückgängig zu machen und die Bedingungen in den besetzten Gebieten aufzuheben. Demnach deckt Reagans Vorschlag sich fast vollständig mit früheren Plänen der damals noch regierenden israelischen „Arbeiterpartei“: Teilung der besetzten Gebiete in jüdische und palästinensische Regionen und auf dieser Basis „Autonomie“ (Selbstverwaltung) der palästinensischen Bevölkerung unter „Mitwirkung“ Jordaniens. Die „Arbeiterpartei“ hat denn auch sofort erklärt, daß sie mit dem Reagan-Plan weitgehend übereinstimmen könne.

Die „autonomen“ palästinensischen Gebiete würden bei Realisierung des Reagan-Plans ungefähr das Aussehen eines Flickenteppichs haben, mit einer „Selbstverwaltung“ auf dem Niveau der südafrikanischen Bantustans. Ein Staat könnte auf diesem zerrissenen Territorium nicht einmal mit jordanischem Wohlwollen errichtet werden. Zudem ist die Annahme unbegründet, daß Jordanien nach Realisierung des Reagan-Plans gegen den Willen der USA und Israels die Bildung eines palästinensischen Staates zulassen würde.

### Eine Strategie der Kapitulation

Es fragt sich, warum ihm der PLO trotzdem der Reagan-Plan als „großer Erfolg“ und realistische Option empfohlen wurde. Immerhin hatte ihm selbst ja noch kürzlich wiederholt in der „KVZ“ darauf hingewiesen, daß ein eigener Staat in den besetzten Gebieten das mindeste ist, was von der PLO durchgesetzt werden muß (Anm. 1).

Ihm's Aufforderung an die PLO, zukünftig nur ganz kleine Brötchen zu backen, basiert auf einer extrem pessimistischen Sicht der zukünftigen Möglichkeiten der Palästinenser: Die PLO verfüge nicht „über Machtmittel, um ihre Interessen zumindest teilweise durchzusetzen. Jedenfalls wird das weder der bewaffnete Kampf bringen können noch das arabische Lager. Die PLO kommt also nicht daran vorbei, die USA einzubeziehen“. Und: „Eine Durchsetzung (des palästinensischen Staates) ist aber nicht durch die Palästinenser allein, selbst mit Unterstützung der arabischen Staaten möglich. Auf eine innere Umwälzung in Israel kann absehbar nicht gehofft werden, auch wenn dort schon einiges in Bewegung gekommen ist. Das Ziel ist nur durch internationale Garantie durchsetzbar. Die von der PLO vorgeschlagene UNO-Konferenz ist zwar nützlich, aber auch machtlos. Die einzige Macht, die diese internationale Garantie gegenüber Israel ausüben könnte, wären die USA. An ihnen führt kein Weg vorbei“ („KVZ“, 27.8.).

Anzunehmen ist, daß ihm für einen über Israel ausüben könnte, wären die USA. An ihnen führt kein Weg vorbei“ („KVZ“, 27.8.).

Anzunehmen ist, daß ihm für keine einzige seiner Behauptungen über die Ohnmacht der Palästinenser Argumente anführt. Fast scheint es, als würde er seine Behauptungen nicht einmal mit Bedauern, sondern mit einem leisen Triumph uttern. Unüberschaubar ist dieser Triumph jedenfalls, wenn ihm meint, nun müsse die PLO sich auf eine „Neurotenisierung“ ihrer Politik „einlassen“, nämlich auf „einen politischen Kampf ohne Guerilla-Pathos“ und auf das, was ihm „Realpolitik“ nennt („KVZ“, 30.8.82).

Das Fazit der Behauptungen von ihm: Über praktische Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele verfügt die PLO nicht mehr. Den Palästinensern bleibt gar keine andere Wahl als die Auslieferung an ihren bisherigen schlimmsten Feind, die USA. Freilich formuliert ihm diesen Gedanken sehr viel freundlicher: Er spricht von der „Einbeziehung“ der USA. In Wirklichkeit kann es sich aber (in Ermangelung praktischer Druckmittel) um gar nichts anderes handeln als um eine Unterwerfung unter das Friedens diktat der USA. Und dieses Diktat schließt auf jeden Fall einen palästinensischen Staat aus.

### Das Problem mit den Widersprüchen

In der Weltanschauung des KBW spielt die vorgebliche „Ausnutzung“ der Widersprüche und Interessenskonflikte zwischen den imperialistischen und kapitalistischen Staaten eine dominierende Rolle. Dieses Phänomen läßt sich leicht erklären: Der KBW negiert mehr und mehr alle autonomen Kampfperspektiven gegen den Imperialismus, insbesondere aber den bewaffneten Kampf (Anm. 2). Neben einigen

hausgemachten Bedingungen, die mit dem stetigen Niedergang der bündendeutschen Linken zusammenhängen, steht hinter dieser Negation die chinesische „Drei-Welt-Theorie“. Diese Theorie behandelt die Widersprüche zwischen den Völkern und Staaten der Dritten Welt einerseits und den kapitalistischen/imperialistischen Staaten andererseits als *sekundär* gegenüber dem Hauptwiderspruch zur Supermacht Sowjetunion. Deshalb wird für die Widersprüche zwischen Dritter Welt und Imperialismus ein friedlicher Ausgleich durch Verhandlungen, gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen usw. empfohlen. Konfrontation auch mit militärischen Mitteln wird Völkern der Dritten Welt zwar im Einzelfall noch als Nothelfer zugestanden, aber auf jeden Fall mit Skepsis und vielen Bedenken betrachtet. Solche Konfrontationen bieten der Sowjetunion Gelegenheit zur „Einmischung“ (wie beispielsweise an der Unterstützung der PLO durch die Sowjetunion deutlich gemacht wird) und stören damit erheblich den Kampf gegen den wirklichen Hauptfeind, der nun einmal die Sowjetunion ist.

Wenn man das ganze Weigeschehen auf diese Weise betrachtet, wird zwangsläufig die Spekulation auf politische Balance-Akte („Ausnutzung der Widersprüche“) zwischen den Hauptmächten des Kapitalismus/Imperialismus zur wichtigsten und langfristig einzig relevanten Kampfform.

Theo Mehlen, der überhaupt in den letzten Monaten der Feilbisse Autor der „KVZ“ ist, hat seit Beginn der israelischen Invasion im Libanon in jeder Ausgabe der wöchentlich erscheinenden „KVZ“ aufs Neue sehr gewundene Betrachtungen angestellt, wie es sich denn nun eigentlich im Fall Libanon/Nahost mit den Widersprüchen im weitlichen Lager verhält und welchen Nutzen die Palästinenser davon vielleicht haben könnten. Man muß ihm immerhin bezeichnen, daß er es sich bei seinen Betrachtungen nicht leicht gemacht hat. Da er nicht einfach von einer vorgefaßten Meinung her die Tatsachen „ordnet“, sondern sich wirklich ins Gestrüpp der Realitäten tief hinein begibt, ist er in seinen vielen Artikeln immer wieder auf die Erkenntnis gestoßen, daß sich mit der „Ausnutzung der Widersprüche“ für die PLO wohl sehr wenig Staat machen lassen wird — und das sollte man in diesem Fall ruhig wörtlich verstehen. Beispielsweise hat ihm sehr wohl registriert, daß die Wirkung der Einwände der EG-Regierungen gegen die israelische Invasion „fast null“ ist (Anm. 3) und daß die „eigenständigen Maßnahmen Großbritanniens und Frankreichs“ (gegen Israel) „auch kaum ernsthaft“ seien (Anm. 4). Nicht entgangen ist ihm auch, daß die USA „keinerlei ernsthaften Schritt unternehmen“ haben, um die israelische Aggression im Libanon zu stoppen (Anm. 5). Zu den Entwürfen Kissingers (die der Verklammerung des Reagan-Plans um einige Wochen vorangingen und mit diesem weitgehend identisch sind) konstatierte ihm:

„Bei diesen Vorstellungen wäre das Plans um einige Wochen voranzutreiben und mit diesem weitgehend identisch sind“ konstatierte ihm:

„Bei diesen Vorstellungen wäre das Beste, was für die Palästinenser herauskommen könnte, eine Autonomie in geteilten Westjordanien im Rahmen eines jordanischen Staates. Der nicht abgemacht ist, ob die Israelis sich überhaupt auf so etwas einlassen bei dem minimalen Druck, der von den USA zu erwarten wäre.“ (Anm. 6). An späterer Stelle zitierte ihm den neuen US-Außenminister Shultz: „... Deshalb hat Shultz sofort erklärt, er wolle sehr vorsichtig und ohne Druck auf Israel operieren. Wie denn aber Israel zu Israel gestandenen gebracht werden soll, ist fraglich... Einmal abgesehen davon, daß ... die USA sich ja gerade nicht besonders fähig bzw. willig gezeigt haben, auf Israel Druck auszuüben, wird dieser Prozeß für die Palästinenser nicht sehr viel bringen. Denn die USA sind sich mit den Israelis bisher einig, daß ein Staat eben nicht sein soll.“ (Anm. 7). Angesichts dieser offensichtlich Verlogenheit griff ihm noch einmal in die Kiste „Ausnutzung der Widersprüche“ und zauberte folgendes Angebot hervor: „Positiv wäre es hier also, wenn die westeuropäischen Regierungen zu einer Nahostpolitik gezwungen werden könnten, die eng mit den arabischen Staaten an einer Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser — im Sinne einer schrittweisen Durchsetzung eines palästinensischen Staates statt einer dubiosen Autonomie — zusammenarbeiten.“ (Anm. 7). Andererseits hat ihm aber selbst schon festgesetzt (s.o.), daß bisher der Druck der EG-Regierungen auf Israel (und die USA) minimal bis Null ist. Ihm ist sogar auf die Tatsache gestoßen, daß die EG-Staaten „eine solche Politik“ (Kooperation mit den arabischen Staaten gegen die Interessen der USA) gar nicht „konsequent ausüben“ können: „Mit den USA teilen

sie das Interesse an möglichst weitgehender ökonomischer Infiltrierung der arabischen Ökonomien. Sie wollen die USA die islamische Revolution begrenzt und die Sowjetunion aus dem Raum heraushalten.“ (Anm. 8). Es bliebe noch die Frage, wie denn die von ihm befürwortete Änderung der EG-Nahostpolitik „erzwingen“ soll. Vom „Druck auf die Bundesregierung“, den wir zugunsten der Palästinenser ausüben sollen, spricht der KBW inzwischen fast genauso gern wie die DKP. Wenn man einmal den enormen Umfang der Friedensbewegung mit dem bisher erreichten Ergebnis für die Regierungspolitik vergleicht (praktisch gleich Null!), kann man einen Begriff davon bekommen, wie wenig realer Druck vermutlich auf abschbare Zeit in Sachen Nahostpolitik von uns ausgeht werden kann (9).

Obwohl ihm eigentlich selbst alle Argumente irgendwann genügt hat, mit denen sich demonstrieren läßt, daß die „Ausnutzung der Widersprüche“ USA-EG-Israel wenig Raum für die PLO bieten kann, empfiehlt er in der „KVZ“ vom 10.9. den Reagan-Plan als *den* Ansatz für palästinensische „Realpolitik“. Es hat ihm sicher die Entscheidung erleichtert, daß der Reagan-Plan (erwartungsgemäß) auf starken Protest der Sowjetunion gestoßen ist. Ihm schreibt dazu: „Von der Sowjetunion und diversen kommunistischen Parteien, wie der KP in Israel, ist diese Initiative sofort kritisiert worden. Es handelt sich um einen Trick, israelisch-amerikanische Differenzen vorzutäuschen, von der amerikanischen Komplizenschaft im Libanon-Krieg abzulenken und insgesamt die US-Vorherrschaft über die Region auszubauen. Sehr wahr, daß die USA einen derartigen Vorschlag nicht aus Liebe zu den Palästinensern gemacht haben, sondern aus den ihnen eigenen imperialistischen Interessen heraus. Offensichtlich handelt es sich aber auch um eine klare Annäherung an das arabische Lager und eine offene Konfrontation mit der israelischen Regierung. Dies ist kein Trick, sondern entspricht den amerikanischen Interessen.“ Übergeht ihm jetzt — im totalen Widerspruch zu seinen bisherigen Spekulationen — plötzlich davon aus, daß die USA auch in der Lage und bereit seien, den Reagan-Plan gegenüber Israel mit Druck durchzusetzen; zu diesem Zweck wolle die US-Regierung zunächst Beginn stützen („KVZ“, 10.9.).

### Welche Ziele verfolgt die US-Regierung?

„Es gibt ihn schon, den israelisch-amerikanischen Gegensatz“, schrieb ihm in der „KVZ“ vom 13.8. als Überschrift einer Betrachtung, aber er relativierte sofort wieder in der Unterzeile: „Seine Wirkung hält sich allerdings in Grenzen“. Soweit hat ihm wohl recht.

Die USA streben die vollständige Hegemonie über den arabischen Raum an. Ein hochgerüstetes und aggressives Israel im Zentrum der Region ist für dieses strategische Ziel von höchstem Wert. Andererseits darf Israels Aggression, ein hochgerüstetes und aggressives Israel im Zentrum der Region ist für dieses strategische Ziel von höchstem Wert. Andererseits darf Israels Aggression aber auch nicht dazu führen, daß die arabischen Staaten zu strategischen Bündnissen mit der Sowjetunion veranlaßt werden. Um wirklich als Hegemonialmacht über den gesamten Raum anerkannt zu werden, müssen die USA zumindest dem Anschein nach auch ihre Fähigkeit und Bereitschaft demonstrieren, Israel zu rügen und die israelische Politik ihrem Willen zu unterwerfen. In diesem Sinn hat der Camp-David-Prozeß (insbesondere die Rückgabe der seit 1967 besetzten Sinai-Halbinsel an Ägypten) das strategische Ziel der USA sehr gefördert. Druck auf Israel hat die US-Regierung dabei allerdings kaum ausüben müssen, weil der Tausch des für Israel insgesamt eher belastenden Sinai gegen die Befriedung der künftigen arabischen Militärmacht selbst der extrem nationalistischen Begin-Regierung als gutes Geschäft erscheint. Mit dem seit 1967 besetzten Westjordanien (Westbank) verhält sich die Sache aber völlig anders: Dieses Gebiet gehört zum Kern des vom Zionismus beanspruchten Raums (Eretz Israel), und schon die früheren „Arbeiterpartei“-Regierungen haben dort eine Politik der vollendeten Tatsachen betrieben, deren Ziel letztlich die Aneignung der besetzten Gebiete (bzw. erheblicher Teile davon) war und ist. Der Spielraum für Kompromisse, die nicht an die Substanz des zionistischen Selbstverständnisses, also der ganzen Legitimationsideologie des israelischen Staates, gehen, ist somit sehr gering.

Die Politik der Reagan-Regierung beinhaltet generell eine zunehmende Bereitschaft zur Konflikt-Austragung mit den eigenen Verbündeten. Die absolute Hegemonie, die der US-Imperialismus weltweit anstrebt, soll auch gegenüber den verbündeten Staa-

ten durchgesetzt werden. Wenn man dieses Ziel im Auge hat, läßt sich auch das scheinbare Rätsel um den Rücktritt von Alexander Haig, der bezüglich Europa mehr zu den „Tauben“ zählte (er widersetzte sich einer Verschärfung des Streits um das Erdgas-Geschäft), während er gegenüber Israel als „Falke“ agierte (er ermutigte sehr offen die israelische Aggression gegen den Libanon und die Palästinenser). In beiden Fällen trat Haig für das gleiche Prinzip ein: den Verbündeten der USA einen größeren Spielraum für deren autonome Interessen zu überlassen, statt die Widersprüche zu offenen Konflikten zu verschärfen. Haigs Ablösung bedeutet demnach vor allem den Entschluß der US-Regierung zum Konflikt-Kurs.

Es zeichnet sich jedoch schon im Streit um das Erdgas-Geschäft ab, daß dieser Konflikt-Kurs den USA wenig Nutzen bringen wird, zumal sich mit Blick auf die notwendige Einheit gegen die Sowjetunion die Konflikte nicht einfach beliebig verschärfen lassen.

Im Falle Israels sind zudem die Druckmittel der USA sehr schwach. Zwar hängt Israel in jeder Hinsicht absolut von der Unterstützung der USA ab; Ohne die USA würde Israels Ökonomie in wenigen Monaten total zusammenbrechen, ohne permanente militärische Lieferungen könnte Israel keinen Krieg gegen die arabischen Staaten überleben. Gerade diese totale Abhängigkeit lähmt aber die Handlungsmöglichkeit der US-Regierung. Wirksame Maßnahmen kann sie gar nicht ergreifen (selbst wenn sie es wollte und wenn sie zu den sich daraus ergebenden Konflikten mit der zionistischen Lobby in den USA bereit wäre), weil im Interesse der USA jede Schwächung Israels verhängnisvoll wäre. Da man das in Israel sehr gut weiß, wäre selbst die bloße Androhung von US-Sanktionen wenig glaubwürdig und somit ziemlich wirkungslos (Anm. 10).

Wer sich an die Tatsachen hält, wird zudem registrieren müssen, daß Israel im Libanon seine Invasion gegen den Libanon mit Billigung der USA gestartet hat und daß es auch mit den angeleglichen Anstrengungen der USA, Israels Aggression wenigstens zu rügen, nicht sehr weit her ist. Die US-Regierung kann sich mit dem bloßen Anschein einer Distanz zum israelischen Vorgehen zufriedengeben, weil die meisten arabischen Regierungen gar nicht wesentlich mehr verlangen (Anm. 11).

Schwer zu übersehen ist auch, daß Reagans „Friedensinitiative“ in Israel erst einmal diejenigen Kräfte sogar noch stärkt und antreibt, die möglichst schnell möglichst viele vollendete Tatsachen zusätzlich schaffen wollen, an denen schließlich so oder so keine US-Regierung mehr vorbei könnte. Die *Forcierung der Siedlungsprojekte im besetzten Westjordanland* ist deshalb vorerst der *größtenteils Effekt des Reagan-Plans*. In ähnlicher Weise treibt auch im Libanon der Widerspruch zu den US-Interessen (Anm. 12) die Regierung Begin erst einmal zu weiterer Expansion und größerer Eile an.

Auf der anderen Seite erzielt der Reagan-Plan, so nutzlos er auch in die Regierung Begin erst einmal zu weiterer Expansion und größerer Eile an.

Auf der anderen Seite erzielt der Reagan-Plan, so nutzlos er auch in praktischer Hinsicht für das palästinensische Volk ist, eine politische Wirkung im arabischen Lager, ihm spekuliert zwar über die Entschlossenheit der USA, den Reagan-Plan gegen Israel durchzusetzen. Er übersieht aber, daß es dem USA weit mehr um die Durchsetzung ihrer „Friedenspläne“ gegenüber den arabischen Staaten und vor allem gegenüber den Palästinensern geht. Der Reagan-Plan steht nicht nur alternativ, sondern gegensätzlich und konkurrierend zu dem Friedensplan, auf den sich die arabischen Staaten (mit Ausnahme Ägyptens und Libyens) bei ihrer Konferenz in Fez vor kurzem geeinigt haben.

Praktisch bedeutet der Plan von Fez, daß sich die „radikalen“ arabischen Staaten (mit Ausnahme Syriens) und vermutlich auch der „radikale“ Teil der PLO unter dem Zwang der Verhältnisse auf Vorstellungen eingelassen haben, die seit längerem von den „gemäßigten“ arabischen Staaten befürwortet wurden (Anm. 13). Damit ist der alte Konflikt scheinbar bereinigt, aber mit dem Reagan-Plan tut sich gleich eine neue Bruchlinie im arabischen Lager auf. Ägypten hat bereits deutlich erkennen lassen, daß es den Plan von Fez zwar verbal mittragen wolle, aber daß es eigentlich den Reagan-Plan als realistischere Projekt favorisiert (Anm. 14). In der PLO geben leichtfüßige Äußerungen wie die von Abu Ijad (Anm. 15) Anlaß zu der Befürchtung, daß die Spekulation des US-Imperialismus auf die Entfaltung neuer unnützer Pseudo-Debatten und Spaltungen innerhalb der PLO nicht völlig unbegründet ist (Anm. 16).

Am Ende wird es wohl so sein, daß die „Ausnutzung der Widersprüche“ USA-Israel-EG durch die Palästinenser im wesentlichen ein Traum bleiben

wird, während die Ausnutzung der Widersprüche innerhalb der arabischen Welt durch den Imperialismus etwas ganz Reales ist.

### Kl., Hamburg Anmerkungen

1) Beispielsweise druckte ihm in der „KVZ“ vom 9.7. „Die PLO wird sich jetzt voraussichtlich darauf einstellen, in den Westbanken und in Jordanien... einen entscheidenden Kampf zu führen, um die israelischen Absichten wie auch den amerikanischen Versuch einer Autonomie unter israelischen oder jordanischen Vorzeichen zu verhindern... Ein selbständiger palästinensischer Staat in den heute besetzten Gebieten ist das legitime Recht der Palästinenser“. Und in der „KVZ“ vom 30.7.: „Für die PLO ist eine Anerkennung des israelischen Staates vollkommen unakzeptabel, solange nicht Israel einseitig die PLO anerkennt und einen palästinensischen Staat in Westbank und Gaza“.

2) Von besonderem Interesse für dieses Thema sind die Artikel „Brauchen wir einen anderen Internationalismus?“ (Ihm in der „KVZ“ vom 18.8.82) und „Ausbildung dreier Welten oder großer Durchdringung?“ (H.G. Schmierer in der „KVZ“ vom 18.8.82). Der KBW nimmt in wesentlichen das Staffelfeld der 1990 aufgetretenen KPD wieder auf: Sie habe verkündet, daß der Internationalismus der Neuen Linken gescheitert sei, und zwar 1. an einseitigem Anti-Amerikanismus und 2. an Überbetonung des bewaffneten Kampfes in der Dritten Welt.

3) Ihm, „KVZ“ vom 2.7.  
4) Ihm, „KVZ“ vom 23.7.  
5) Ihm, „KVZ“ vom 13.8.  
6) Ihm, „KVZ“ vom 8.7.  
7) Ihm, „KVZ“ vom 20.8.  
8) Ihm, „KVZ“ vom 23.7.  
9) Das praktische Elend seiner Spekulationen bringt ihm voll auf den Punkt mit dem Satz: „Druck auf die Bundesregierung, inneren Druck auf Israel auszuüben, ist also eine wichtige Aufgabe der israelischen Solidaritätsbewegung“ („KVZ“, 18.7.).

10) Da es so ist, kann die US-Regierung an ihren zionistischen Freunden auch offen mitteilen: „Wir haben das Recht darauf, angehört zu werden. Wir haben zugleich nicht die Absicht, unsere Unterstützung der Sicherheit Israels als Mittel zum Aufwinden unserer Ansichten zu verwenden“, verspricht Außenminister Shultz in einer Rede vom „United Jewish Appeal“, einer der wichtigsten zionistischen Organisationen der USA (nach „FAZ“, 14.8.). Auch dem israelischen Finanzminister Andor versicherte Shultz, „... daß die Vereinigten Staaten nicht versuchen wollten, diesen Widerstand (Israelis gegen den Reagan-Plan; Anm. Kl.) mit Hilfe einer Korzierung der Wirtschaftshilfe zu brechen“ (nach „FAZ“, 18.8.). Das bedeutet, um präzise zu sein, nicht, daß sich die US-Regierung nicht in einzelnen faktischen Fragen gegen Israel durchsetzen wird, aber nicht in Fragen, die „ans Eingemachte“ des zionistischen Staates gehen.

11) Es ist daran zu erinnern, daß nahezu die gesamte arabische Welt dem Überhebungs-kampf der PLO im Libanon sehr passiv zugehört hat. Irgendeine Art von Druck-Politik gegen die USA seitens der arabischen Staaten ist bisher nicht einmal Gesprächsthema.  
12) Es läßt sich vermuten, daß es das Ziel der US-Regierung ist, möglichst bald PLO, Syrien und Israelis aus dem Libanon herauszubekommen, um dann mit einer von den USA direkt kontrollierten Zentralregierung in Beirut arbeiten zu können. Die Pläne der Regierung Begin deuten hingegen darauf hin, daß zumindest der Status des Südlibanon als Vorkriegsgebiet Israels erhalten bleiben soll, wenn nicht gar eine Annexion von Teilen des Libanon angestrebt wird.

13) Der Friedensplan von Fez lehnt sich sehr eng an den Pado-Plan Bauchi-Arabs an, der von den „radikalen“ arabischen Staaten und auch von der PLO-Mehrheit bisher abgelehnt worden war.

14) Ägyptens Präsident Mubarak hat erklärt, daß er vorerst von einer geplanten ägyptisch-französischen Friedensinitiative Abstand nehmen wolle, er halte es „zu Zeit für am besten, den Nahostplan des amerikanischen Präsidenten Reagan zu unterstützen“ („FAZ“, 13.8.). Die geplante ägyptisch-französische Initiative hatte ein klares Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes enthalten sollen, ihm hatte diese Initiative in der „KVZ“ (18.7.) noch als positive Beispiel für die „Ausnutzung der Widersprüche“ gewürdigt.

15) In einem „Spiegel“-Interview äußerte der stellvertretende PLO-Vorsitzende Abu Ijad: „Ich sehe in Reagans Rede viel Positives. Zum ersten Mal spricht er von einem palästinensischen Staat (um ihn abzulehnen) und keineswegs zum ersten Mal — Anm. Kl.) sowie von einem israelischen Rückzug aus Gaza und Westjordanien. Er spricht von den Interessen des palästinensischen Volkes und lobt noch dazu unseren Auszug aus dem Libanon. Das sind neue Töne für mich, die man nicht überhören kann. Die Rede bedingt uns zwar nicht ganz, aber ein Anfang ist es gar nicht schlecht. Um das Palästina-Problem zu lösen, muß jedoch ein umfassendes politisches Geschäft gemacht werden“ (S. 5).

16) Da ihm wirklich mitten zwischen den Realitäten spekuliert, ist ihm irgendwann auch dieser Punkt aufgefallen: „Mit einer Spaltung der PLO ist zu rechnen, und die Frage ist, welche Strömung innerhalb der palästinensischen Bewegung die Oberhand behält. Eine Verwirklichung der amerikanischen Vorstellungen ohne das Placet der PLO-Führung wäre unmöglich. Der radikale Flügel der PLO würde solchen Verhandlungen niemals zustimmen.“ („KVZ“, 2.7.). — Spaltungen sind nicht immer zu vermeiden, manchmal sind sie sogar notwendig. Bricht sie aber, wenn sich die PLO erneut wie in der Vergangenheit an der Frage des „Mini-Staates“ an einem von US-Imperialismus gezielt hingeworfenen Köder zerstreuen würde, der mit der realen Politik (die eben doch etwas anderes ist als die heute in der Libanon populäre „Realpolitik“) sehr wenig zu tun hat.



# „Nachrüstung“ und Rassismus

## Parlamentswahlen in den Niederlanden

Mensch stelle sich vor: Die niederländischen Sozialdemokraten hätten bei den Parlamentswahlen am 8.9. (alleine oder zusammen mit den kleinen linken Parteien) die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. Dann hätten sie doch tatsächlich zu ihrem „entschiedenen Nein“ zur „Nachrüstung“ stehen müssen ...

Nun, dies Schicksal hat die Sozialdemokraten nicht ereilt. Die Wähler haben die christdemokratische und die rechtsliberale Partei mit einer Mehrheit ausgestattet, die es ihnen problemlos erlaubt, eine Koalitionsregierung zu bilden, die der „Nachrüstung“ in den Niederlanden unstandslos zustimmen wird. Nicht minder unerfreulich ist, daß aufgrund des Wahlergebnisses ein Abgeordneter einer offen rassistischen Partei ins niederländische Parlament einziehen wird.

### Das Wahlergebnis

Die letzte niederländische Koalitionsregierung — gebildet von Sozialdemokraten (PvdA), Christdemokraten (CDA) und Liberalen (D '66) — hatte kein Jahr überstanden und war im Mai dieses Jahres aufgrund gegensätzlicher Auffassungen von PvdA einerseits, CDA und D '66 andererseits über die Bewältigung der Krise durch den Austritt der PvdA aus der Regierung gesplatzt. CDA und D '66 hatten als Minderheitsregierung, unterstützt von der drittgrößten Partei, den Rechtsliberalen (VVD), das Geschäft weiterbetrieben. Am 8.9. fanden die vorgezogenen Neuwahlen zur Zweiten Kammer (= Bundestag) des niederländischen Parlaments statt.

Die Wahlbeteiligung war gegenüber den Wahlen zur Zweiten Kammer im letzten Jahr um 6% auf 80% gesunken.

Von den 150 Sitzen der Zweiten Kammer erhielt die PvdA 47 (1981:44) und konnte damit eine leichte Wende ihres bisherigen Niedergangs (sie war in den letzten Jahren schon auf über 50 Sitze geklettert) herbeiführen; die CDA 45 (48) Sitze; die rechtsliberale VVD 36 (26) Sitze und konnte damit den für niederländische Verhältnisse sensationellen Zuwachs von 6% der Stimmen verbuchen; nicht minder sensationell ist auch der Niedergang der liberalen D '66, die — obwohl weder Fisch noch

„66, die — obwohl weder Fisch noch Fleisch — in den letzten Jahren kontinuierlich bis auf 17 Sitze anwuchs und nun, ein Jahr nach ihrem besten Ergebnis, auf 6 Sitze zusammengeschrumpft ist.

Die Radikallinke Partei (PPR), die in den letzten Jahren zunehmend an „linkem Profil“ verlor, hat nur noch 2 statt 3 Sitze (35.000 ihrer Wähler von 1981 gingen zu anderen Parteien über oder blieben zuhause). Dieser Verlust in den Reihen der „Nachrüstungs“gegner wird — zumindest was die „Nachrüstungs“frage speziell angeht — dadurch wettgemacht, daß die (progressive) Evangelische Volkspartei (EVP) mit 0,7% (= 56.000 Stimmen) gerade einen Sitz errungen hat. Pazifistisch-

Sozialistische Partei (PSP) und Kommunistische Partei (CPN) haben ihre jeweils drei Sitze zwar behalten, die PSP hatte aber einen Verlust, wenn nicht sogar fünften Parlamentsitz in diesen Wahlen als sicher angesehen, die CPN hat sogar 30.000 Stimmen verloren (1981:178.000 Stimmen).

### Rassismus

Als offen rechtsextrem bis faschistoide Partei hatte in den Niederlanden erstmals seit 1945 bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 1977 die „Niederländische Volksunie“ (NVU) kandidiert und war mit 0,4% der Stimmen nicht so weit von einem Parlamentsitz entfernt geblieben. In einigen der alten Großstadtviertel mit einer Zusammenballung sozialer Probleme hatte sie bis zu 3% der Stimmen bekommen. Bei den jetzigen Wahlen wäre ein Ergebnis der NVU mit insgesamt 1.633 Stimmen prozentual nur in der zweiten oder dritten Stelle hinter dem Komma zu erfassen gewesen.

Dieses eigentlich hocherfreuliche Ergebnis ist jedoch gänzlich wertlos gegenüber dem erschreckenden Umstand, daß die offen rassistische Centrumpartij mit ihrem Spitzenkandidaten Hans Janmaat mit 68.363 Stimmen (= 0,8%) einen Sitz in der Zweiten Kammer erhalten hat.

Weit werde „diese ungute Gesellschaft“ mit ihrem Ausnutzen bestimmter Sentiments und dem Profitieren aus der Krisensituation nicht kommen, sagt der Leitartikel der sozialdemokratisch orientierten „Volkskrant“ (9.9.) voraus. „Aber es ist schon schlimm genug, daß dieser Geruch sich auch im Parlament verbreitet und dieser Außenwider extra Propaganda-Möglichkeiten erworben hat. Hoffentlich strömt die Kammer leer bei der ersten rassistisch gefärbten Äußerung.“

Das Wort dieses Leitartiklers in Gottes Ohr — Kläger jedoch als Spekulationen anzustellen über die geringen Erfolgsaussichten der Centrumpartij scheint es, sich genauer anzusehen, wo-

her und von wem die Rassen ihre Stimmen bekommen haben.

Bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten (Statenverkiezingen) im letzten Jahr, bei denen die Centrumpartij zum ersten Mal auftrat, lag sie mit 0,14% (= 12.242 Stimmen) noch weit hinter dem Ergebnis, daß die NVU 1977 erzielt hatte. Binnen eines Jahres aber ist der Stimmenanteil der Centrumpartij auf 0,8% (= 68.363 Stimmen) angestiegen.

Während die Centrumpartij bei diesen Wahlen in sechs der ländlichen Provinzen (mit vor allem Klein- und Mittelstädten) nur jeweils 0,2-0,3%, in zwei der ländlichen Provinzen 0,4 bis 0,5% der Stimmen bekam, erreichte sie in den (industriellen) Ballungsgebieten diese Ergebnisse:

— In der Provinz Noord-Holland (mit Amsterdam) 1,4% (= 18.259 Stimmen),

— In der Provinz Zuid-Holland (mit Rotterdam und Den Haag) 1,7% (= 30.287 Stimmen),

— In der Provinz Utrecht (mit Utrecht) 0,9% (= 4.538 Stimmen).

Rund 53.000 der insgesamt gut 68.000 Stimmen erhielt die Centrumpartij im Bereich dieser drei großstädtisch bestimmten Provinzen. Anders ausgedrückt: 78% der Stimmen für die Centrumpartij stammen aus einem Gebiet, das nur 45% der Wählerschaft stellt — die Rassenpartei ist also in diesem Gebiet extrem überrepräsentiert.

Noch flatterter wird das Bild, wenn man sich die Wahlergebnisse der Großstädte alleine ansieht: In Den Haag erhielt die Centrumpartij 2,2% der Stimmen, in Amsterdam 2,8%, in Rotterdam 4% und ist damit — nach Sozialdemokraten, Christdemokraten und Rechtsliberalen — die viertgrößte Partei dieser Stadt!

In einzelnen der alten Stadtteile Rotterdams — und zwar nicht in jenen, in denen die meisten Ausländer

wohnen — kam die Centrumpartij auf Stimmenanteile zwischen 7,2 und 8,2%; im Rotterdamer Oude Westen hingegen, wo die meisten Ausländer wohnen, auf „nur“ 6,5%.

Joke Kniemeijer von der Anne-Frank-Stiftung: Die Probleme in den alten Stadtvierteln gibt es schon lange. Aber jetzt ist die Aussichtslosigkeit auf Besserung hinzugekommen, gerade in jenen Vierteln, in denen die sozialen Probleme sich aufstürmen. „Die Einfachheit der Centrumpartij, die Ausländer haben das alles getan, bietet den Menschen dann etwas. Sie wollen einfach an eine simple Lösung der Probleme glauben, das ist ihr einziger Ausweg.“

Ist das wirklich so einfach zu „erklären“? Immerhin gaben 1981 von den jetzigen Centrumpartij-Wählern 24% der sozialdemokratischen PvdA ihre Stimme, 10% sogar der kommunistischen Partei! Weitere 12% kamen von der liberalen D '66, 20% von der rechtsliberalen VVD, nur 7% von der Christdemokratie, 10% hatten 1981 nicht gewählt.

### Antifaschistischer Protest

Mit einer zwar kleinen, aber nicht wirkungslosen Demonstration hatte Janmaat (auch Janmaat — Janmaat — genannt) schon am Wahlabend zu tun. Die angemieteten Räume für die Triumphfeier von Janmaat und seiner Rassenpartei wurden ihm kurzerhand wieder abgesagt, als der Besitzer herausbekam, was für eine Horde sich da einstellen würde.

Am 15.9. demonstrierten einige Tausend Menschen in Amsterdam am Dokerwerf, dem antifaschistischen Mahnmal, gegen die Centrumpartij. Es sprach u.a. ein Vertreter der Plattform demokratischer Ausländerorganisationen.

Am 16.9. hatten sich 7.000 Men-

schen — ehemalige Widerstandskämpfer, Lesben, Schwule, Ausländer — unter der Parole „Kein Faschismus in den Niederlanden — Kein Rassismus in der Zweiten Kammer“ vor dem Parlament versammelt. Anlaß war die Vereidigung der neuen Abgeordneten, darunter auch Janmaat. Janmaat mußte auf dem Weg in die Zweite Kammer mittelschwere Prügel einstecken.

Die (tatsächlich bzw. laut eigener Darstellung) demokratischen Parlamentarier sind hinter der Initiative der Massen mal wieder zurückgeblieben. Über den Vorschlag einiger linker Parteien der Zweiten Kammer zu einer gemeinsamen Erklärung aller Abgeordneten gegen Janmaat ist noch keine Einigung erzielt worden.

### Nachrüstung

Fast zwei Drittel der Wähler entschieden sich für Parteien, die größtenteils offene, kleinerenteils nur wenig verhohlene Befürworter der „Nachrüstung“ sind; diese Parteien haben zusammen 94 der 150 Sitze, 81 davon halten die Christdemokraten und die Rechtsliberalen, die allem Erwarten nach die neue Regierungskoalition stellen werden. Die Gegner der „Nachrüstung“, tatsächliche wie zweifelhafte, verfügen nur über 56 der Sitze.

Dieses Ergebnis nimmt vor allem dann Wunder, wenn man sich an die oftmals (und auch im AK zitierte) Darstellung erinnert, daß zwei von drei Niederländern Gegner der Nachrüstung seien. Hier liegen jedoch neuere bzw. erst in den letzten Tagen bekanntgewordene Umfrageergebnisse vor.

Eine amerikanische Langzeit-Untersuchung, deren Ergebnisse nicht in die Hände der Friedensbewegung oder überhaupt der niederländischen Öffentlichkeit gelangen sollten, wurde jetzt von einem Mitglied des Interkirch-

Partei, nächste Seite

## »Eine Blamage für die Nation...«

Deutsche im Ausland — das ist manchmal schon ein rechter Spaß. Bundesdeutsche Kommentatoren, die übers Ausland reden sind gelegentlich sogar zum Brüllen komisch. Eine Ausnahme ist Günter C. Vieten, Anwalt (groß)deutscher Interessen in den Niederlanden, selbsternannter Berater des niederländischen Staatsoberhauptes, Königin Beatrix, in Regierung Angelegenheiten — was er (vorher noch) ehrenamtlich verrichtete, sowie — wofür er dann Geld bekommt — Mitarbeiter so progressiver Zeitungen wie „Rheinischer Merkur“ und Den Haager Korrespondent deutschsprachiger Rundfunkanstalten, in welcher letzterer Eigenschaft und anläßlich seines Kommentars zu den Parlamentswahlen in den Niederlanden (ausgestrahlt vom NDR II am 9.9.) wir ihn im folgenden zitieren werden.

Studio: „Günter Vieten in Den Haag, wie sehen jetzt die Mehrheitsverhältnisse in Holland aus?“

Vieten: „Ja, einfach so, daß die Holländer schlagartig konservativer geworden sind und in ihrer neuen Volksvertretung ... aber eine stabile Mehrheit von 81 der 150 Mandate verfügen. (Der Christdemokrat Van Agt und der Rechtsliberale Nijpels) sind koalitionsfähig und schließen die Linke praktisch schon aus ... Das Land könnte bereits vor Ende des Monats eine neue Regierung haben. Aber die Sozialdemokraten von Joop den Uyl ... sind mit ihren 47 Sitzen wieder die größte Fraktion, und es ist Haager Gepflogenheit, daß sich daher eben die Sozialdemokraten als erste um ein Bündnis mit anderen Parteien bemühen dürfen. Es ist aber auch denkbar, daß Königin Beatrix Realitätsinn zeigt und ich würde fast sagen, auch staatsmännische Courage, und der Nation dieses Ritual erspart. Wir wissen alle, daß den Uyl bei seinen Gegnern, Van Agt und Nijpels ... einfach keinen Fuß mehr zwischen die Tür kriegt.“

Studio: „Herr Vieten, Sieger des Tages waren die Rechtsliberalen. Was hat den Ausschlag für diesen Erfolg gegeben?“

Vieten: „Einfach ein Trend in der Gesellschaft. Es ist klar, daß sicher ein Viertel des niederländischen Volkes ganz einfach den konservativen Kurs bevorzugt, nachdem der progressive Kurs das Land ja in ein fantastisches finanzielles Dilemma gestürzt hat. Dieser

sogenannte Erdgas-Sozialismus der letzten 15 Jahre hat zwar einen scheinbaren Wohlstand hervorgebracht. Es zeigt sich aber jetzt, daß diese Gasblase dabei ist, ihr Volumen zu verlieren, jedenfalls dieser Ballon hat nicht mehr die Tragfähigkeit, die gefordert wird, und alles, was dieser Wohlstandstaat für seine Bürger bisher geleistet hat, was er ihnen in Aussicht gestellt hat, nun, das kann er gar nicht mehr finanzieren. Der ganze Haushalt, das ganze Sozialgefüge muß rekonstruiert werden. Es sind Sanierungen unvermeidlich, die der Staat erstens einmal vor sinkenden Einnahmen steht, zweitens vor immer noch steigenden Ausgaben, drittens vor einer irrationalen Verschuldung in Höhe eines Jahreseinkommens der ganzen Volksgemeinschaft (sic!).“

Studio: „Was wird denn nun eine Mitte-Rechts-Koalition in den Niederlanden innen- und außenpolitisch bedeuten?“

Vieten: „Nun, zuerst einmal in den finanziellen und wirtschaftlichen Fragen wird diese Regierung ganz einfach viel forscher vorgehen gegen alle möglichen ... Komforterscheinungen der Wohlfahrtsgesellschaft und in außenpolitischen Fragen wird diese Koalition ganz sicher in Richtung Kreuz-Rakete marschieren, denn die Konservativen, die Liberal-Demokraten haben ja ohnehin von vornherein schon ja gesagt zur Stationierung dieser neuen Waffensysteme und der Christdemokrat Van Agt ... hat sich in diesem Sinne bereits ausgelassen. Die Partei selber schwankt da, aber wenn man sich die Wahl anschaut, dann kann man die etwa so interpretieren, daß rund zwei Drittel der niederländischen Wähler gegen die Stationierung der Kreuz-Raketen nicht grundsätzlich etwas einzuwenden haben. Ein besonders behagliches Gefühl hat natürlich hier niemand, aber es läuft doch wohl darauf hinaus, daß von allem Wählern Hollands nur höchstens ... rund ein Drittel sagt, unter gar keinen Umständen. Und bei diesen Mehrheitsverhältnissen, mal abgesehen davon, wie weit sie sich dann arithmetisch bei der Mandatsverteilung niederschlagen, bei diesen Verhältnissen kann man also vorhersagen, daß so ... im nächsten Jahr hier ein, sei es zögerndes, ja der Holländer kommt.“

Studio: „Herr Vieten, es gibt auch ein schwarzes Schaf im neuen Parlament,

das ist ein Abgeordneter der als faschistisch und rassistisch kritisierten Centrumpartij. Ist diese Wahl ein Zeichen für wachsende Ausländerfeindlichkeit in den Niederlanden?“

Vieten: „Ich würd' schon sagen. Ich meine, wir haben zum ersten Mal seit den Vorkriegsjahren einen Faschisten hier, der die Klappe aufstun kann. Das ist eine Blamage für die Nation, wenn man natürlich anderswo sagen muß, daß dieser Mann mit 0,8 Prozent der Wahlstimmen da reingekommen ist. Immerhin, er kann sich artikulieren. Das gibt noch eine Menge Ärger im Parlament. Das ist selbstverständlich. Und es ist ja auch eine Blamage der Nation. Stellen sie sich bitte vor, es gäbe einen Bundestagsabgeordneten, der sich ganz offen als faschistoid identifiziert.“

Studio: „Ja, die Sprecher der großen Parteien haben die Wahl dieses Abgeordneten kritisiert.“

Vieten: „Ja, und sogar verurteilt. Und nicht nur von ihm, sondern überhaupt von den Wählern distanziert, die eine solche Gesinnung vertreten. Aber die Gesinnung ist eben da, man kann sie jetzt also ablesen, das war auch nicht unbekannt. Man sieht auch, daß diese Partei, diese faschistoide Centrumpartij, die die meisten Stimmen kriegt, wo sich die rassistischen (sic!) Probleme konzentrieren. Zum Beispiel in Rotterdam ist jeder vierte Bürger Anhänger dieser faschistoiden Richtung (was 25%-1-wären, tatsächlich waren es nur 4% — Anm. AK). Und das in einer, wie man sagt Stadt. Die Rotterdammer geben z.B. zur Hälfte die Stimmen den Sozialdemokraten, aber immerhin, wo der niederländische Bürger direkt in seiner Nachbarschaft mit den ah emm anders ... ah ... farbigen ah emm Menschen konfrontiert ist, da reagiert er eben zum Teil allergisch. Und es ist vielleicht mal ganz gut, daß man auch erkennen kann, in welchen Umfang und dann wissen wir, und daß das 0,8 Prozent der Bevölkerung ist.“

Studio: „Danke schön, Herr Vieten.“

Stellt euch vor: Ein halbwegs politisch bewußter Niederländer trifft, nachdem er diesen Kommentar gehört hat, Günter Vieten und eine Oracht ist in der Nähe ...

Niederlande-Kommission



„Geh wählen — gegen neue Atomwaffen in Europa!“ — Titelseite der Broschüre von IKV und Pax Christi, in der die Wahlprogramme der Parteien miteinander verglichen werden und zur Wahl einer der Parteien aufgefordert wird, die gegen „Nachrüstung“ ist.







Fortf. von voriger Seite

Am 6.9. beschloß der Kreistag Groß-Cerau mit den Stimmen der SPD und der Grünen, das Kreis-Gebiet zur „symbolisch-atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Das Gebiet ist ja durch die Ausdehnung der Zone um die Startbahn-West schon entsprechend gekennzeichnet. Im Kreisgebiet liegt neben Mörzfeld/Waldau auch Groß-Cerau und Rüschelsheim. Im Beschluß wird von „symbolisch-atomwaffenfrei“ gesprochen, weil sie mit der Resolution mehr an die Verantwortlichen appellieren wollen, bzw. „Eingang in ein entsprechendes Handeln von Bundesregierung und Bundestag finden“ wollen, so SPD-MdB Norbert Wierczek. Zudem will die Resolution dazu beitragen, „dem Drängen der Bundesregierung auf konkrete Verhandlungsergebnisse... Nachdruck zu verleihen“. Die CDU hielt einmal mehr den Kreistag für inkompetent und erklärte, daß der Beschluß eine „Verletzung im Interesse der Sowjetunion“ sei.

## Mai 1958: Die Bürgerschaft erläßt ein Gesetz gegen Atomwaffen

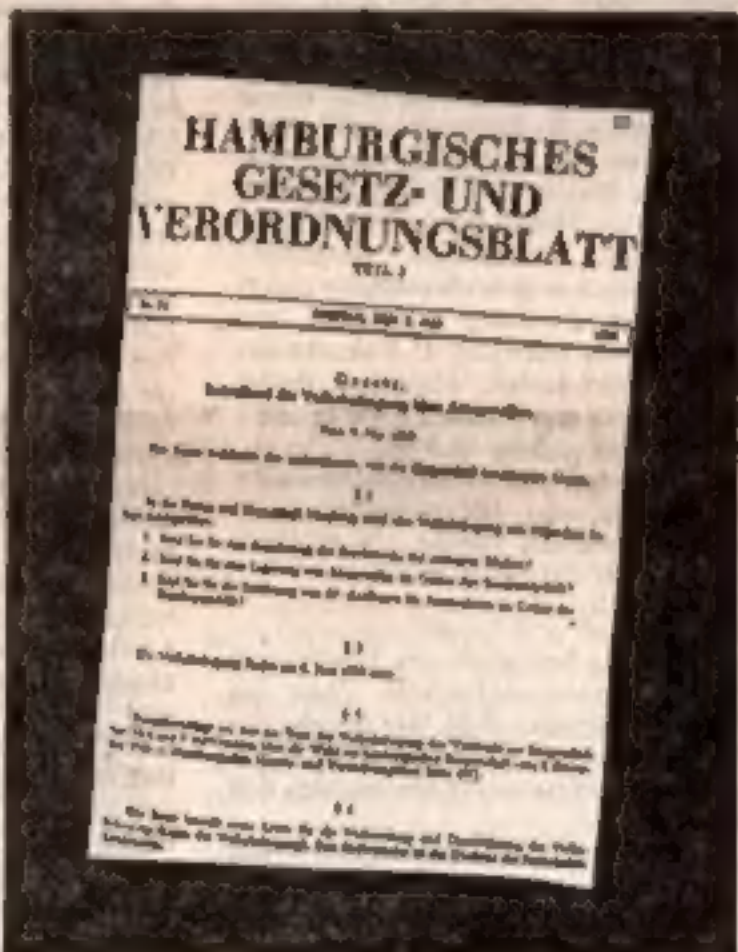
Am 3. Mai 1958 verabschiedete die Hamburger Bürgerschaft nach einer langen Debatte ein „Gesetz betreffend die Verbotung von Atomwaffen“, das später vom Verfassungsgericht für nichtig erklärt wurde.

Nach diesem Gesetz sollte in Hamburg folgende Befragung durchgeführt werden: „1. Sind Sie für eine Ausweitung der Bundeswehr mit atomaren Waffen? 2. Sind Sie für eine Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik? 3. Sind Sie für die Errichtung von Abschuttsystemen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?“ Im Verlauf der Debatte in der Bürgerschaft führte der damalige Erste Bürgermeister Hamburgs, Max Brauer (SPD) Grundsätzliches aus, was sich Teile der Hamburger SPD-Spitze noch heute hinter den Spiegel stecken können:

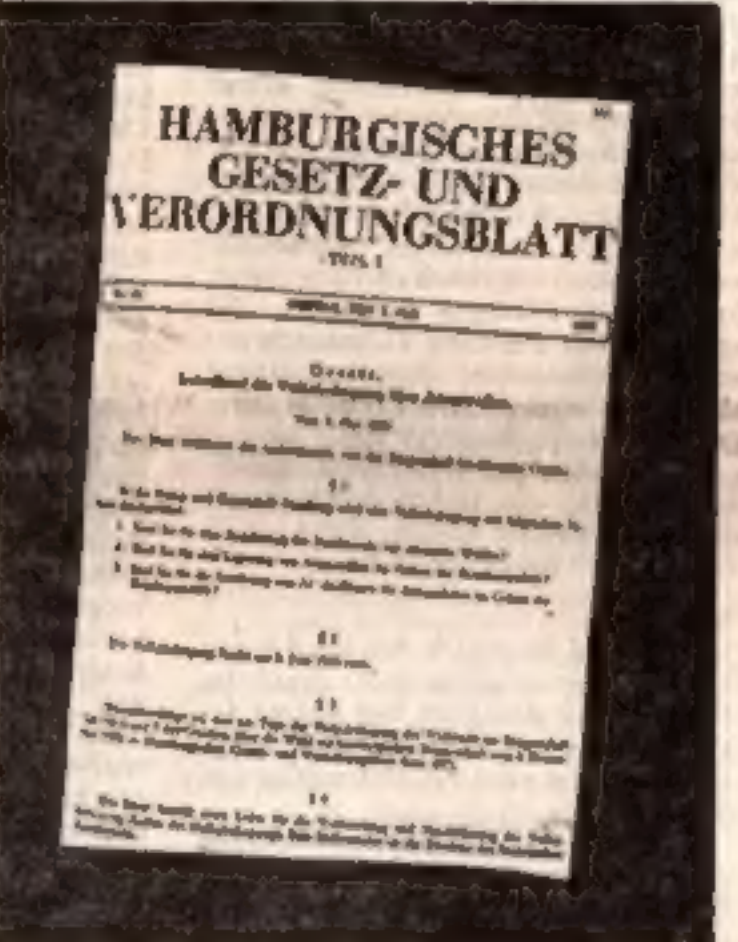
„Es geht um die Frage, ob durch diese Bewaffnung auch in Deutschland die Möglichkeit besteht, vorzeitig oder veranlaßt oder aus einer Furchtsituation heraus die Anwendung von Atomwaffen auszuüben, und es geht endlich um die Frage, ob wir auf unserem Gebiet durch Atomwaffen für einen etwaigen Gegner eine zusätzliche Bedrohung schaffen wollen, daß die Bundesrepublik zu einem isolierten und nach Meinung des Gegners lebenswichtigen Angriffspunkt wird. Die Gefahr, daß die Menschheit jetzt das Ende ihrer eigenen Geschichte herbeizuführen droht, ist uns allen furchtbar

nahe geliegt. Es geht um Leben und Sterben unserer Nation. Die Gefahr einer atomaren Selbstvernichtung der Menschheit greift uns alle, im Namen des Friedens und der Menschlichkeit unsere vereinten Stimmen zu erheben.

Da es in der Frage der deutschen Atomrüstung um unser eigenes Leben und um unsere eigene Zukunft geht, schenken wir gerade in dieser Sache das demokratische Recht auf Meinungsäußerung auch in Hamburg für uns in Anspruch. Wir sind sogar vor unserem Mitbürger dazu verpflichtet, dieses Recht für uns in Anspruch zu nehmen.



Das Gesetz, das 1958 in der Bürgerschaft beschlossen wurde, aus „Hamburger Utsichten“, 15.8.82, DKP-Zeitung



Das Gesetz, das 1958 in der Bürgerschaft beschlossen wurde, aus „Hamburger Utsichten“, 15.8.82, DKP-Zeitung

Im Verlauf der Debatte in der Bürgerschaft führte der damalige Erste Bürgermeister Hamburgs, Max Brauer (SPD) Grundsätzliches aus, was sich Teile der Hamburger SPD-Spitze noch heute hinter den Spiegel stecken können:

„Es geht um die Frage, ob durch diese Bewaffnung auch in Deutschland die Möglichkeit besteht, vorzeitig oder veranlaßt oder aus einer Furchtsituation heraus die Anwendung von Atomwaffen auszuüben, und es geht endlich um die Frage, ob wir auf unserem Gebiet durch Atomwaffen für einen etwaigen Gegner eine zusätzliche Bedrohung schaffen wollen, daß die Bundesrepublik zu einem isolierten und nach Meinung des Gegners lebenswichtigen Angriffspunkt wird. Die Gefahr, daß die Menschheit jetzt das Ende ihrer eigenen Geschichte herbeizuführen droht, ist uns allen furchtbar

Der „tat“ (vom 9.9.82) „bleibt die Frage, ob der Kreistag gewillt ist, die verabschiedete Resolution einem „Protest“ zu unterziehen. Die in der Rüsselsheimer „Abteil-Kaserne“ stationierte US-Transport-Einheit... freut sich bestimmt auf die ersten Kreistagsparlamentarier, die unter die Truck-Planen kriechen“.

**Hamburg:** Zum Antikriegstag am 1.9.82 brachte die GAL in das Hamburger Landesparlament ein ganzes Paket von Friedensanträgen ein, darunter auch den Antrag, Hamburg zur „atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Immerhin hätten 1958 150.000 Menschen in Hamburg gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr demonstriert, Hamburgs Bürgermeister Max Brauer hatte damals Angehörigen des öffentlichen Dienstes erlaubt, früher Dienstschluß zu machen, erklärte die GAL dazu. Die damalige Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion hatte sogar ein Gesetz über die Durchführung einer Volksbefragung beschlossen (die dann verboten worden war). Senator Nevermann hatte das Verbot als „erbärmliches Urteil“ gekennzeichnet. Trotzdem stimmte allein die GAL für ihren Antrag, obwohl am 1.9. die Hamburger Promis zu berichten wußten, daß die SPD-interne Beratungen über diesen Antrag fast zur Spaltung geführt hätten, denn immerhin hatten 20 - 22 (von 35) SPD-Abgeordnete bislang verschiedene Resolutionen und Forderungen der Friedensbewegung unterschrieben. Helga Hoffmann, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), die in Hamburg bisher öffentliche Unterschriften für ein atomwaffenfreies Hamburg sammelte, erklärte ihre Ablehnung nachher so: „Mit der Ablehnung der GAL-

Anträge habe ich nicht gegen die Inhalte der Anträge gestimmt. Mir fiel das „Nein“ weitaus nicht leicht. Ich mußte aber nach jener Hölle Nacht (gemeint ist die Fraktionssitzung der SPD - Ann. AK) Rücksicht nehmen auf die Mehrheitsmeinung meiner Fraktion... Wir fassen oft gute Beschlüsse, setzen sie dann aber nicht in der nötigen Form um. Die an sich richtigen Anträge der GAL kamen jedoch zum falschen Zeitpunkt... Vielleicht werde ich auf friedenspolitischen Veranstaltungen deswegen ausgepfiffen werden. Aber ich weiß, wo ich wirklich stehe“ (in der „Hamburger Rundschau“ am 9.9.82). Andere SPD-„Links“ machten sich das noch einfacher und erklärten wie Klause den GAL-Antrag als „Spaltungs-Maßnahme, dem man deshalb nicht zustimmen könne. Immerhin kam noch gemeinsam der Antrag in Hamburg durch, der „Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen von militärischen Erzeugnissen für unerwünscht“ erklärt, der Senat soll bei der Messe GmbH auf die Einhaltung dringen.

## Presseerklärung zum Thema »Frauen in der Bundeswehr« eines Treffens norddeutscher Frauen am 28.8.1982

Am 28.8.1982 trafen sich in Hamburg 50 Vertreterinnen aus 16 Städten und Orten in Norddeutschland:

Vertreterinnen autonomer Frauengruppen, Frauenfriedensgruppen, des DFG-VK, Frauen des VDS, der Hamburger und Bremer Fraueninitiative „Frauen in der Bundeswehr — Wir sagen Nein“, in der mitarbeiten ASF und FDP-Frauen, DKP, GAL, Gewerkschafterinnen, Schülerinnen und Studentinnen, Vertreterinnen des Hamburger Plenums „Frauen gegen Krieg und Militarismus“.

Thema war: Wie können Frauen den angestrebten Dienst in der Bundeswehr verhindern?

Einig wurden sich die Teilnehmerinnen darin: Mit dem Plan einer zunächst freiwilligen Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr wird die Bevölkerung an eine verstärkte Militarisierung der gesamten Gesellschaft gewöhnt. Andererseits wird mit Frauen in der Bundeswehr die Aufrüstung erheblich verstärkt. Dies besonders vor dem Hintergrund der geplanten Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (MX).

Das offizielle Argument in der Diskussion, Frauen würde in der Armee ein gesicherter Arbeitsplatz geboten, bezeichneten die Teilnehmerinnen als

Augenwischer. Nicht nur, daß in der Armee das beherrschende Gehörungsprinzip gegen die Normalität eines solchen Arbeitsplatzes spricht — es ist im Gegenteil eine Verhöhnung der Frauen, die überall diskriminiert und von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind.

Darüber hinaus würden sich die Frauen bei Unterstützung der Pläne geradezu ins eigene Fleisch schneiden, weil Arbeitsplätze und soziale Leistungen im zivilen Bereich durch Rückzug vernichtet werden. — für Ende November schlagen die norddeutschen Frauen einen bundesweiten Aktionstag vor — für den Tag, an dem das Thema im Parlament verhandelt wird (voraussichtlich noch in diesem Herbst) sind bundesweite Frauenaktionen in Vorbereitung.

V.i.S.d.P.  
Frauen in der Bundeswehr — Wir sagen Nein  
c/o Innocentiasstr. 21  
2000 Hamburg 13

Dörte Kohbrok  
Eichenstr. 45  
2000 Hamburg 19  
(Frauen gegen Krieg und Militarismus)

## Kommandeurstagung in Hagen 19. - 21. Oktober '82

Die diesjährige Kommandeurstagung der Bundeswehr wird vom 19. bis 21. Oktober in Hagen stattfinden. 380 Kommandeure (die Führungsspitze der Bundeswehr) sowie Bundespräsident, Kriegsminister, NATO-Generalsekretär und Bonner US-Botschafter werden drei Tage lang die Hagerer Stadthalle bevölkern. Weite Teile der Hagerer Innenstadt werden oder sind schon militärischer Sicherheitsbereich.

Thema und Inhalt dieser Veranstaltung unterliegen der strengsten Geheimhaltung. Sicher dürfte jedoch sein, daß auf der Tagesordnung folgende Punkte stehen werden: — gemeinsame Strategie der NATO, wie sie in der „Bonner Erklärung“, anlaßlich des Reagan-Besuchs, veröffentlicht wurde; — vorbereitende militärische Maßnahmen zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses.

aus dem ostwestfälischen, dem gesamten Märkischen Raum, Köln und Frankfurt Vertreter von Friedens-, Antimil-Gruppen und verschiedenen Organisationen, um Aktionen gegen diese Kommandeurstagung vorzubereiten.

Bislang ist geplant: — eine Demonstration am Samstag, dem 16.10. in der Hagerer Innenstadt/als Gegendemonstrationen haben sich schon die Reservisten-Kameraden der Bundeswehr Hagen-West angekündigt; — vom 16. bis 22.10. soll ein Friedenscamp im Volkspark stattfinden. Bislang lehnte es jedoch die Stadtverwaltung ab, hierfür eine Genehmigung zu erteilen; — am 20.10. eine Veranstaltung zum Thema „Alternative Sicherheit“ mit Mechtersheimer, U. Albrecht und G. ha.

## Kommandeurstagung in Hagen 19. - 21. Oktober '82

Die diesjährige Kommandeurstagung der Bundeswehr wird vom 19. bis 21. Oktober in Hagen stattfinden. 380 Kommandeure (die Führungsspitze der Bundeswehr) sowie Bundespräsident, Kriegsminister, NATO-Generalsekretär und Bonner US-Botschafter werden drei Tage lang die Hagerer Stadthalle bevölkern. Weite Teile der Hagerer Innenstadt werden oder sind schon militärischer Sicherheitsbereich.

Thema und Inhalt dieser Veranstaltung unterliegen der strengsten Geheimhaltung. Sicher dürfte jedoch sein, daß auf der Tagesordnung folgende Punkte stehen werden: — gemeinsame Strategie der NATO, wie sie in der „Bonner Erklärung“, anlaßlich des Reagan-Besuchs, veröffentlicht wurde; — vorbereitende militärische Maßnahmen zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses; — Stärkung der Reservisten-Kampfkraft; — „Vorwärtsverteidigung“ statt „Vorne-Verteidigung“.

Seit Mitte Juni treffen sich in Hagen

aus dem ostwestfälischen, dem gesamten Märkischen Raum, Köln und Frankfurt Vertreter von Friedens-, Antimil-Gruppen und verschiedenen Organisationen, um Aktionen gegen diese Kommandeurstagung vorzubereiten.

Bislang ist geplant: — eine Demonstration am Samstag, dem 16.10. in der Hagerer Innenstadt/als Gegendemonstrationen haben sich schon die Reservisten-Kameraden der Bundeswehr Hagen-West angekündigt; — vom 16. bis 22.10. soll ein Friedenscamp im Volkspark stattfinden. Bislang lehnte es jedoch die Stadtverwaltung ab, hierfür eine Genehmigung zu erteilen; — am 20.10. eine Veranstaltung zum Thema „Alternative Sicherheit“ mit Mechtersheimer, U. Albrecht und G. ha.

Näheres ist zu erfahren über: AG Friedenswoche Hagen Aktionsbüro c/o Becker Neumarktstr. 3 5800 Hagen / Tel. 02331/16856

## Klagen über Alkohol beim Bund

Der leichtfertige und unkontrollierte Umgang der Soldaten mit Bier und harten Schnäpsen macht das Bundeswehr-Verantwortlichen zunehmend Sorgen. Bereits jetzt gehen 50 % aller Manöver-Unfälle auf das Konto mehr oder weniger edler Tropfen. „Die lassen sich vollziehen bis zum Knorpel,

und dann denken sie, sie wären auf Vattertagstour“, klagt Reserveoberst Alfons P. — Heiterkeit erregte kürzlich die Benennung eines Flak-Panzers, die sich während des Herbstmanövers „Schneller Hater“ bis in die Wandelgänge des Bundestags verirrte (unser Bild).



## »Mit dem Kanu gegen Kriegsschiff« (»Bild«)

Mit fünf kleinen Booten sorgten Hamburger Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen dafür, daß der Stapellauf des Kriegsschiffes „Sarandí“ nicht wie geplant in heimlicher Stille vollzogen werden konnte. Die „Sarandí“ ist die letzte von vier Fregatten, die vom Hamburger Werft- und Stahlbauunternehmen Blohm & Voß gebaut werden und für Argentinien bestimmt sind.

Ziel dieser Aktion war es, den Stapellauf durch eine Blockade des Fahrwassers zu verzögern, so die aus solchen Anlässen übliche militärische Feierlichkeit zu stören und die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Ein erster Versuch dieser Art — er klappte nicht ganz. Eine Viertelstunde früher als geplant — die Paddlerinnen und Paddler befanden sich gerade am Eingang des Werftbeckens — lief die „Sarandí“ vom Stapel. Doch die beabsichtigte Heimlichkeit war durchbrochen; die Hamburger Medien widmeten Stapellauf und Gegenaktionen ihre Aufmerksamkeit. Peinlich, peinlich! Denn noch gilt der Beschluß der Europäischen Gemeinschaft, wegen des Falkland-Krieges vorerst keine Militär-Exporte für Argentinien zu genehmigen. Das Management der Werft hat trotzdem größtes Vertrauen, daß der Liefervertrag erfüllt werden kann. Schließlich hat die argentinische Regierung bereits einen großen Teil der Baukosten auf den Tisch geblättert, und ein anderer politisch genehmigter Abnehmer ist weit und breit nicht in Sicht.

Selbst mit den Triebwerken, die von der englischen Firma Rolls-Royce kommen sollen, wird es keine Schwierigkeiten geben. Rolls-Royce will liefern — trotz Falkland-Krieg und Lieferverbot der englischen Regierung.

Während die einen auf dem Wasser protestierten, hatten sich einige hundert Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen vor den Werkstoren zu einer Kundgebung eingefunden. Aufgerufen hatten u.a. die Hamburger Friedenskoordination und die GAL. Pünktlich zum Schichtwechsel ließ die Werksleitung die Tore schließen; die Arbeiter konnten nicht sofort nach Hause. Dies trug zu einer Zuspitzung der Konfrontation zwischen Demonstranten und Belegschaft bei. Wenngleich bei Blohm & Voß im nächsten Jahr eine Massentlassung von 700 Mitarbeitern droht, scheint der Glaube, Rüstungsproduktion sichere Arbeitsplätze, noch weit verbreitet zu sein.

In zweierlei Hinsicht könnten und sollten die Aktionen gegen den Stapellauf trotz größtes Vertrauen, daß der Liefervertrag erfüllt werden kann. Schließlich hat die argentinische Regierung bereits einen großen Teil der Baukosten auf den Tisch geblättert, und ein anderer politisch genehmigter Abnehmer ist weit und breit nicht in Sicht. Selbst mit den Triebwerken, die von der englischen Firma Rolls-Royce kommen sollen, wird es keine Schwierigkeiten geben. Rolls-Royce will liefern — trotz Falkland-Krieg und Lieferverbot der englischen Regierung.

Während die einen auf dem Wasser protestierten, hatten sich einige hundert Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen vor den Werkstoren zu einer Kundgebung eingefunden. Aufgerufen hatten u.a. die Hamburger Friedenskoordination und die GAL. Pünktlich zum Schichtwechsel ließ die Werksleitung die Tore schließen; die Arbeiter konnten nicht sofort nach Hause. Dies trug zu einer Zuspitzung der Konfrontation zwischen Demonstranten und Belegschaft bei. Wenngleich bei Blohm & Voß im nächsten Jahr eine Massentlassung von 700 Mitarbeitern droht, scheint der Glaube, Rüstungsproduktion sichere Arbeitsplätze, noch weit verbreitet zu sein.

In zweierlei Hinsicht könnten und sollten die Aktionen gegen den Stapellauf auch in anderen Initiativen zur Nachahmung und zum Nachdenken anregen. Sie haben — zumindest in der Hamburger Friedenskoordination — zu Überlegungen über eine notwendige Verbindung zwischen dem Kampf gegen Rüstungsproduktion und dem Kampf um Arbeitsplätze geführt. Und sie bedeuten einen Vorstoß, die Kräfte nicht allein auf die Durchführung allgemeiner, breiter Friedensdemonstrationen zu konzentrieren, sondern auf konkrete Rüstungsaktionen auch mit direkten Aktionen zu antworten.

8., Hamburg

### Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsan-schrift: Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-103 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 610 685 00 Einzelheft DM 4,- erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterschienen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 6000. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.









# Giftgas-Lager in Fischbach

## DGB reicht Verfassungsklage ein

Der rheinlandpfälzische Ort Fischbach ist mittlerweile zum Begriff geworden. Hier lagern die amerikanischen NATO-Streitkräfte, mit wissenschaftlicher Billigung der Bundesregierung, in ihrem Depot — nach unterschiedlichen Angaben — bis zu 10000 Tonnen verschiedenster Nervengifte, eine Menge, die ausreicht, um ganz Mitteleuropa zu entvölkern. Die Proteste hiergegen haben innerhalb eines Jahres ein nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Neben der örtlichen Friedensinitiative und der pfälzischen SPD hat auch der DGB-Landesbezirk die Lagerung bzw. eine mögliche weitere Stationierung dieser Giftwaffen abgelehnt. Der DGB möchte nun in einer beim Bundesverfassungsgericht angestrengten Verfassungsklage diesen Zustand als mit dem Grundgesetz (Friedensstörung) nicht vereinbar kennzeichnen, um somit den Abzug der Nervengiftarsenale zu erreichen.

Schon einmal hatte sich im Zuge der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre gegen die C-Waffen Protest geregt. Neben dem US-Giftwaffenlager in Hanau hatte auch die Forschung auf diesem Gebiet an über 120 (I) Universitäten und Hochschulinstituten — so der Forschungsbericht der Bundesregierung von 1967 — zu zahlreichen Auseinandersetzungen geführt. Während die Bundesregierung diese Kampfstoffforschung in der Öffentlichkeit als notwendige Erprobung von ABC-Abwehrmaßnahmen deklarierete, ließ sie über ihren damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt heimlich die jährliche (I) Menge von 200 Kilogramm Kampfstoffe aus englischer, französischer und amerikanischer Produktion beziehen! (Zeit, 28.9.79) Als im Fall Stolzenberg 1979 die guten Beziehungen der Bundeswehr zur Han-

berger Firma nicht mehr zu vertuschen waren, wurden die erhaltenen Giftgasentladungen kurzweil von Verteidigungsminister Apel als „Musterlieferungen“ heruntergespielt. Die ehrgeizigen Pläne der Bundeswehr sind nicht ohne Folgen geblieben. Bisher mußten mindestens acht Menschen ihr Leben lassen und über ein Dutzend wurden verletzt (siehe Kasten). Ein Schutz der Bevölkerung, wie die Bundesregierung ständig weismachen will, ist auf Grund der in Sekundenbruchteilen wirkenden Kampfstoffe selbst nach Angaben des Bundesamtes für Zivilschutz nicht möglich.

Der jetzt laufenden Verfassungsklage des DGB kommt angesichts der chemischen „Nachrüstung in den Vereinigten Staaten und der drohenden Stationierung der neuen Generation von C-Waffen auf bundesdeutschem Territorium besondere Bedeutung zu. Die Behandlung der Klage soll erreichen, daß die Bundesregierung die chemischen Waffen nicht nur verbal verurteilt (wie auf den Genfer „Abrüstungskonferenzen“), sondern diese Angriffswaffen auch einer politischen Ächtung unterzieht, was dann Auswirkungen auf die gesamte „Nachrüstung haben würde. Auch wenn man die Erfolgsaussichten einer derartigen Klage sehr gering einschätzt, so schafft der Gang nach Karlsruhe doch eine Öffentlichkeit um die bisher immer wieder vertuschte Lagerung von Giftgasen. Dies sollte von der Friedensbewegung genutzt werden, den Widerstand gegen diese Massenvernichtungswaffen nicht nur in den Regionen der Depots, sondern bundesweit zum Bestandteil ihrer Aktivitäten zu machen.

„Die Lagerung von Giftgas in der Westpfalz stellt meines Erachtens einen Verstoß nach Artikel 26 (Verbot der Friedensstörung) des Grundgesetzes dar. Wir werden darauf drängen, daß die Massenvernichtungswaffen, die zweifellos einem Angriffskrieg dienen sollen, aus der Bundesrepublik verschwinden. Die Nürnberger Prozesse verlieren im Nachhinein jeden Sinn, wenn wir uns heute schon wieder der Beihilfe zum Völkermord schuldig machen.“ (1)

So das Schreiben des DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach (SPD), an den Ministerpräsidenten des Landes, Bernhard Vogel (CDU). Dies ist u.a. eine der Kernaussagen einer vom DGB-Landesbezirk unterstützten und von fünfzehn ansässigen Bewohnern — darunter die Bürgermeister von Pirmasens und Zweibrücken — beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Verfassungsklage. Die vom DGB bestellten Gutachter Bothe und Dauber wollen ferner die Stationierung chemischer Waffen auf bundesdeutschem Boden als verfassungswidrig gekennzeichnet haben.

Der DGB-Landesvorsitzende Lehlbach erklärte in einem Interview in der „Tagesschau“: „So hat das Bundesverfassungsgericht in seiner beispielhaften Katarsisentscheidung ausdrück-

lich betont, daß, wegen der weitreichenden Auswirkungen auf die Bürger der Gesetzgeber in solchem Fall selbst die Entscheidung treffen muß. Die Stationierung chemischer Kampfstoffe ist nicht weniger bedeutsam wie die Errichtung eines Atomkraftwerkes.“ Des weiteren berufen sich die Gutachter auf den Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes, der jedem Bundesbürger körperliche Unversehrtheit garantieren soll. (4)

Die Verfassungsbeschwerde hat allerdings einen Haken, denn die verantwortlichen Politiker schweigen sich darüber aus, ob und in welchem Umfang in dem rheinlandpfälzischen US-Depot in Fischbach bei Pirmasens Giftgas lagert. Doch Beweise hierfür gibt es mittlerweile genug:

- + Amtliche Unterlagen der US-Regierung dokumentieren, daß es auf deutschem Boden zur Zeit ein zentrales Lager für Nervenkampfstoffe gibt;
- + häufiger als anderswo C-Katastrophenübungen abgehalten werden;
- + die örtliche DKP-Gruppe von einer Anhäufung aus beobachten konnte, wie Soldaten, die mit Flüssigkeiten hantierten, anschließend entgiftet wurden — während der Arbeit hatten sie schwere C-Schutzanzüge getragen;
- + daß in der Nähe des Giftlagers ein junger Mann bereits zwei Atropin-Spritzen der US-Armee gefunden hatte. Atropin ist eines der Gegenmittel

für Nervengasvergiftungen. Ein anderes Mal hätten spielende Kinder gleich einen kompletten Karton dieses Medikaments entdeckt. (5)

### Leugnen und Vertuschen hilft nicht mehr

Am 28.4.81 hatte die ARD-Sendung „Monitor“ enthüllt, daß sich in Fischbach das größte Nervengiftlager in Europa (I) befindet. Zudem wurde in der gleichen Sendung die Tatsache aufgedeckt, daß die amerikanischen Streitkräfte diese Giftgastransporte o h n e besondere Schutzvorkehrungen — als Schwertransport mit Überbreite getarnt — mitten durch Pirmasens geleitet hätten! Ein harmloser Verkehrsunfall, bei dem nur ein Faß lockerschlägt, hätte ausgereicht, um 300000 Menschen zu töten.

Als die DKP Fotos vom Gifttransport Giftgasexperten zur Beurteilung mitteilen durften, in welchem Maße gefährlich ist, hat sich ein Faß lockerschlägt, hätte ausgereicht, um 300000 Menschen zu töten.

Als die DKP Fotos vom Gifttransport Giftgasexperten zur Beurteilung vorlegte, war die Reaktion erschreckend. Es könnte sich, so die Experten, um bereits a n d i c h e Nervengasbomben gehandelt haben. Sie werden nämlich in solchen luftdichten Behältern — eingepackt in Kleiegur und Altsäuren — befördert und zwischengelagert! (6)

Parallel versuchten Politiker, der ansässigen Bevölkerung die von der Fern-

sehung enthielten Tatsachen „als Schnee von gestern“ zu verkaufen. Einige trieben es anfangs auf die Spitze, indem sie die Lagerung von Giftgas in Fischbach rundweg leugneten. Der Landrat des Kreises Pirmasens, Dupré, erklärte in der erwähnten Sendung u.a.: „Da dies militärische Anlagen sind, die selbstverständlich der militärischen Geheimhaltung unterliegen, weiß ich nicht, was bei uns im Kreis von den Amerikanern abgelagert wird.“ (7) Doch Foch für den Landrat, daß es noch aufrechte Menschen gibt: Einer der Monitor-Autoren, Egmont Koch, schrieb in der „Frankfurter Rundschau“ hierzu: „Als die Fernsehkamera abgelagert war, beantwortete er meine Frage, welches der Standort sei, mit der Bemerkung, mit unserer Meinung, es sei Fischbach, lägen wir schon richtig.“ (8)

Mittlerweile ist man von der strikten Leugnung zu einer vorsichtigen Rechtfertigung dieser Massenvernichtungsmittel übergegangen. Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte hierzu: „Die Vorbereitung für die Verteidigung des eigenen Landes, falls die Not an gebieten sollte, machte es notwendig, Waffen, die gefährlich sind, im Vorrat zu haben.“ (9) Und sein Parteigenosse Hans-Joachim Apel ging sogar noch weiter: „Da es sich, vergleichbar zu den Nuklearkriegskörpern, um Waffen in ausschließlicher amerikanischer Verfügungsgewalt handelt, ist eine Zustimmung durch die NATO auch nicht vorgesehen oder erforderlich.“ (10)

Diese Stellungnahme hatte Apel bereits ein Jahr zuvor dem Pirmasenser Landtagsabgeordneten Müller gegeben, jedoch, um „die damalige (Giftgas-)Diskussion nicht weiter anzuhetzen“, erst jetzt an die Presse weitergeleitet. Die Diskussion war damals in Gang gesetzt worden durch die Meldung einer „report“-Sendung vom 2.4.1980 (I), wonach die US-Armee im Landkreis Pirmasens 50 Tonnen des Psycho-Nervengases „BZ“ eingelagert lie.

Das amerikanische Pentagon erklärte hierzu, dieses Nervengas sei „nie gefährlicher als 50.000 Tischmesser in falschen Händen“ und bestätigte somit die Einlagerung von Giftgas im Raum Pirmasens! (11)

Wie selbstherrlich die USA in der Bundesrepublik in dieser Frage schalten und walten können, hatte sich bereits bei der Giftgaskonferenz 1969 gezeigt. Damals hatte die Bevölkerung gegen das chemische US-Depot in Hanau protestiert. (In Hanau lagern heute rund 5000 Tonnen Kampfstoffe.) Der damalige Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Carl Bartsch, erklärte, „... die USA hätten es überhaupt nicht nötig, die Genehmigung für die Einlagerung von Nervengas in

der Bundesrepublik einzuholen. Die Vereinigten Staaten seien nicht Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU), die offenbar über die Verwendung von ABC-Waffen in Europa zu befinden hat.“ (12) Das war selbst der bürgerlichen Presse suvid, die sich darüber beklagte, daß „man die Demütigung einer verbündeten Nation nicht mehr weiter treiben kann.“ (13)

Interessant war an der damaligen Auseinandersetzung u.a. auch die Meldung der „Washington Post“, wonach die Bundesregierung das Pentagon um Lieferung von mehreren Kilo Nervengas ersucht hatte. (14) Bereits 0,000 000 1 Gramm pro Kubikzentimeter Luft des Kampfstoffes Soman — noch ein Giftgas der „harmloseren“ Sorte — reicht aus, um einen Menschen zu töten. Natürlich waren solche Lieferungen nur zu Forschungszwecken gedacht ...

„Xenophobie der deutschen Politik“ — reicht aus, um einen Menschen zu töten. Natürlich waren solche Lieferungen nur zu Forschungszwecken gedacht ...

### Yankes und deutsche Polizei gemeinsam gegen Giftgasgegner

Wie gut die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den USA auch heute klappt, zeigte sich an folgendem Vorfall: Ein Mitglied der „Initiative gegen das Giftgaslager in Fischbach und anderswo“ wurde auf offener Straße von Militärpolizei festgehalten und westdeutscher Polizei übergeben. Er wurde verdächtigt, „von militärischen Anlagen und Einrichtungen Abbildungen gemacht zu haben und dadurch wesentlich die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet zu haben, indem er Militärlager, insbesondere Fischbach bei Dahn, fotografierte, um diese Fotografien an Vereinigungen zu senden, die kommunistisch unterwandert sind, mit denen er sympathisiert und deren Bestrebungen gegen die BRD gerichtet sind.“ (15) Nach einer Hausdurchsuchung wurde das Verfahren kommentarlos eingestellt.

Doch dies waren nicht die einzigen Anfeindungen gegen den anwachsenden Protest der Bevölkerung. Eine am 29. August 1981 mit 6000 Teilnehmern durchgeführte Demonstration in Pirmasens hatte in der örtlichen Presse vorher zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der CDU, Werner Marx, sah gar den „militärischen Schutz demonstriert“.

Welche Befürchtungen in der Tat vorherrschten, hatte der Demo-Leiter in einem Brief an die Presse versucht deutlich zu machen: „Man spürte aber auch eine andere Angst der Leute: Angst vor Nachteilen irgendwelcher Art, wenn sie ihre Meinung gegen das Giftgas äußern. Die einen hatten Angst, weil sie von den Amerikanern die

## Chemische Kampfstoffe

Die Militärchemie unterscheidet zwischen alten und modernen Kampfstoffen. Die „alten“ erhielten ihre Namen durch die verschiedenfarbige Kennzeichnung ihrer Behälter und Geschosse. Die Einteilung erfolgte nach der jeweils hauptsächlichsten physiologischen Wirkung, die sich teilweise auch überschneiden.

Die **Weißkreuzgruppe** ist wohl die bekannteste Gasgruppe, da hierunter die „polizeilichen Reizmittel“ fallen: CN (Chlorazotophenon), CS (o-Chlorbenzylidenmalonitril), CR und ein paar ältere Bromverbindungen, von denen eine als einziger Weißkreuzkampfstoff im 1. Weltkrieg zur Anwendung gelangte.

Die Gase der Weißkreuzgruppe wirken auf Augenschleimhäute, die Haut und die Atemwege; Langzeitschäden an diesen Organen und krebsauslösende Wirkung sind wissenschaftlich belegt.

Als **Blaukreuzgas** werden Arsenverbindungen zusammengefaßt, die auf die oberen Atemwege

wirken. Bei hoher Konzentration konnten sie die damals gebräuchlichen Filtereinsätze überwinden und erhielten deshalb auch den Namen „Maskenbrecher“.

Phagen, Chlorpikrin und Perstoff bilden die **Grünkreuzgruppe**, die besonders auf das Lungengewebe wirkt. Grünkreuzopfer starben nach einigen Stunden an einem Lungenödem.

Die wichtigsten Vertreter der **Gelbkreuzgruppe** sind das Lout („Senfgas“) und Lewisit, deren Wirkung die Haut betrifft. Lout und seine verschiedenen Weiterentwicklungen wurden zum Anlegen militärischer Sperrgebiete verwendet, da auch an Kleidung, Schuhen o.ä. mitgeschlepptes Lout noch wirksam ist und nur durch Lösungsmittel beseitigt werden kann.

Die „**rotten**“ Kampfstoffe sind phosphororganische Verbindungen, deren Hauptwirkung darin besteht, den Abbau eines bestimmten Stoffes, der bei der Nervenerregung entsteht, zu verhin-

dera. Dadurch kommt es zu einer Lähmung mit raschfolgendem Tod. Tabun, Sarin und Soman gehören zu dieser Klasse und sind Entwicklungen von IG-Farben. Sie entstanden als Abfallprodukt der Entwicklung von Insektiziden.

Eine Weiterentwicklung dieser Stoffklasse ist der Nervenkampfstoff VX, von dem angenommen wird, das große Vorräte davon in Fischbach gelagert sind.

All diese Stoffe stellen für Produktion und Lagerung eine große Gefahr dar, da bereits winzige Mengen wirksam sind. Phosphororganische Verbindungen fressen im übrigen die Schweißnähte ihrer Behälter an.

**Blaukreuzkampfstoffe** sind dagegen in den Augen von Chemikern und Militärs sauber und praktisch zu handhaben. Sie bestehen aus zwei für sich allein gering giftigen Komponenten, die in getrennten Kammern untergebracht, erst kurz vor dem erwünschten Einsatzziel miteinander gemischt und wirksam werden.



Lohnleute erhalten; die anderen, weiß sie an Amerikaner vermietet haben. Man muß sich fragen: Wie teuer kann man sich seinen Lebensunterhalt noch verkaufen? Wenn ein Fuß im Depot kaputtgeht, ist jede Lohnleute und jeder Mietvertrag ohne Bedeutung!" (17)

#### Giftgasgegner gleich Terroristen?

Den Höhepunkt erreichte die Diffamierung, als ein Anschlag auf den US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein verübt wurde. Die Landesregierung stellte dies in den unmittelbaren Zusammenhang mit der gerade stattgefundenen Demonstration. Wörtlich: "...Jeder, der sich an dem von Extremisten geschürten undifferenzierten Antiamerikanismus beteiligt, muß ernsthaft prüfen, was er bewirkt und wofür er sich einsetzt" (18). Die Wirkung ließ nicht lange auf sich warten. Hatten SPD und DGB bisher die Friedensinitiative nur inoffiziell unterstützt, so solidarisierten sich beide Organisationen offen mit der Initiative. Die SPD verlangte, das die von der CDU in die Welt gesetzte Denunziation von Bürgerkriegsgegnern aus der Welt geschafft werden müsse" (19). Und der DGB-Landesvorsitzende Lehlbach erklärte gegenüber der Presse: "Die Verdrängung unserer Interessen hat nichts mit Antiamerikanismus zu tun oder gar mit dem blinden Haß, der zu Terroranschlägen führt" (20).

In einem Brief an die Landesregierung hatten die Redner der Kundgebung (darunter Petra Kelly und Alfred Schrepf) hierzu festgelegt: "Völlig grundlose Ausparierungen auf geistige Verrücktheit zu Gewalttätigen — zumal noch aus offiziellem Munde — können den Tatbestand der Volksverhetzung herbeiführen und rabiote Reaktionen bei Gegnern unserer Anliegen begünstigen." (21)

#### Selbstbedienung im Giftgas-Lager

Diese „Gerüchte“ hatten im Januar dieses Jahres ein solches Gewicht erhalten, daß die rheinlandpfälzische SPD

Diese „Gerüchte“ hatten im Januar dieses Jahres ein solches Gewicht erhalten, daß die rheinlandpfälzische SPD einen Beschluß gegen die Lagerung und Stationierung von C-Waffen faßte. Nachdem dem Vorsitzenden der pfälzischen SPD, Rothley, der Zugang zum Giftwaffendepot in Fischbach durch US-General Kroesen verweigert wurde, kündigte der SPD-Vorsitzende nun Schritte an, um eine Ortsabseignung „gerichtlich“ erzwingen zu lassen. (24)

Wie sehr die Bevölkerung um ihre Sicherheit fürchten muß, zeigen einige Beispiele aus der Vergangenheit. Eine kleine Gruppe der US-Spezialtruppe „Green Berets“ hatte den Auftrag bekommen, die Festung zu teilen, Wachen und Sperren zu überlisten und zu den Todesbunkern vorzudringen. Obwohl die knapp tausend Soldaten im Camp vorgewarnt waren, haben die wenigen „Green Berets“ es geschafft. An Bankentüren stießen sie große weiße Kreuze.

Im April vorigen Jahres hatten Angehörige des Depots sich mit Gasgraseln selbst bedient, um auf die mangelhafte Sicherheit im Giftlager hinzuweisen. Die gestohlenen Giftgasgranaten wurden der Presse kurzerhand als Panzerfäuste weitergereicht. (25)

Durch eine ähnliche Aktion soll der Kampfstoffexperte der Bundeswehr, Peter Lichters, 1975 auf die mangelhafte Sicherung der alten Giftgasbestände aus dem zweiten Weltkrieg in Munster-Lager (hierhin sind die Stolzenberg-Gas transportiert worden) aufmerksam gemacht haben. Lichters steht nämlich in dem Verdacht, 53 Flaschen des Kampfstoffes Lost entwendet zu haben. Obwohl der Angeklagte seine Unschuld beteuerte und die 53 Giftgasflaschen nach und nach wieder auftauchten, wurde Lichters in erster Instanz wegen Vortäuschung einer Straftat zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Das Berufungsverfahren dauert noch an. (26)

#### Internationaler Protest gegen Giftgas

Während die Bundesregierung im Bundestag eine Diskussion um eine eventuelle weitere Stationierung von C-Waffen als „hypothetisch“ ablehnte, ist über die ARD-Sendung „Monitor“ bekannt geworden, daß die sechs amerikanischen Giftgas-Depots in der BRD erweitert werden sollen und die dort gelagerten chemischen Waffen durch eine neue Generation „modernisiert“ werden sollen.

Mittlerweile wollen sowohl die sozialistische SPD als auch der Bundestagsabgeordnete Jung (FDP) eine Initiative im Bundestag starten, um die Lagerung von C-Waffen zu verbieten, denn, so Jung, die Bundesregierung wisse, wo und in welchem Umfang Giftgas auf bundesdeutschem Boden gelagert werde. (27)

Die Protestbewegung aus der Pfalz hat jedoch weitere Aktionen angekündigt. Geplant sind am 6. November in Biche (Frankreich) eine deutsch-französische Demonstration gegen das Giftgaslager (Fischbach liegt direkt an der französischen Grenze) und am 13.11. eine internationale Konferenz zum gleichen Thema in Pirmaers. Auch gegen das Kampfstoff-Depot im Vornheimer Wald/Südwesten demonstrieren kürzlich über tausend Menschen.

Sm., Hamburg

sch.

Sm., Hamburg

#### Quellen:

- 1 DGB-Broschüre, Kein Giftgas in Rheinland-Pfalz, S. 24
- 2 taz 6.8.82
- 3 taz 6.8.82
- 4 taz 6.8.82
- 5 taz 6.8.82
- 6 taz 6.8.82
- 7 taz 6.8.82
- 8 taz 6.8.82
- 9 taz 6.8.82
- 10 taz 6.8.82
- 11 taz 6.8.82
- 12 taz 6.8.82
- 13 taz 6.8.82
- 14 taz 6.8.82
- 15 taz 6.8.82
- 16 taz 6.8.82
- 17 taz 6.8.82
- 18 taz 6.8.82
- 19 taz 6.8.82
- 20 taz 6.8.82
- 21 taz 6.8.82
- 22 taz 6.8.82
- 23 taz 6.8.82
- 24 taz 6.8.82
- 25 taz 6.8.82
- 26 taz 6.8.82
- 27 taz 6.8.82

## »An solchen Gerüchten kann ich nichts Falsches sehen«

### Für die chemische Aufrüstung der USA ist keine Lüge zu dumm

Während sich der Protest der Friedensbewegung vor allem gegen die atomare „Nachrüstung“ wendet, hat die US-Regierung mit einem Milliarden-Programm die chemische „Nachrüstung“ eingeleitet. Die Lagerung der neuen Kampfstoffe in der Nähe des vermutlichen Kriegsschauplatzes, also vor allem in der BRD, wird zwar noch halbherzig demonstriert, aber geplant. Auch hierbei geht es nicht nur um ein Mehr an Vernichtungswaffen, sondern um eine neue Qualität der Färbbarkeit eines Angriffskrieges seitens der NATO: In den USA wird geplant, die zur bisherigen Stationierung vorgesehenen Cruise Missiles mit chemischen Kampfstoffen zu bestücken (1). Damit besteht zum erstenmal die Möglichkeit, einen ferngesteuerten chemischen Angriff in die Sowjetunion zu führen.

Mit dieser Möglichkeit entfallen die Hemmschwellen, die in früheren Kriegen einen Einsatz chemischer Waffen militärisch begrenzt haben: Die eigenen Truppen werden z.B. auch bei ungünstigen Witterungsverhältnissen nicht mehr gefährdet. Daneben haben chemische Waffen für die Kriegsführung der Imperialisten ähnliche Vorteile wie die Neutronenbombe: Sie vernichten die Menschen, zerstören die zivile Infrastruktur.

Die neuen „biologischen“ Kampfstoffe der USA bieten darüber hinaus neue Möglichkeiten der Handhabung: Da sie aus zwei, für sich gering giftigen Stoffen bestehen, die sich erst beim Abschluß zum hochgiftigen Kampfstoff verbinden, sind sie unbegrenzt lagerbar. Die hier stationierten Giftgasen alten Typs sind dagegen jetzt schon im ruhenden Zustand eine Gefahrenquelle, da die Färbung nach Angaben einer amerikanischen Studie durchzuhalten beginnt (2).

Die „Vernichtung“ der alten Kampfstoffbestände (in die Oasen?) vor ihrer Ersetzung durch die neuen wird dabei sogar noch als Abrüstungsmaßnahme verkauft.

Da die Einsatzbedingungen der biogenen Kampfstoffe selbst noch keine Nervengifte darstellen, kann gegebenenfalls ein Lagerungsverbot für C-Waffen damit umgangen werden ganz zu schweigen von der Nachprüfbarkeit der vorhandenen Kampfstoffmengen, über die seit Jahren auf den sogenannten Abrüstungskonferenzen palavert wird.

All diese Merkmale machen die neuen chemischen Kampfstoffe zu einer einsetzbaren Angriffswaffe. Für die Kriegspläne der NATO ist die chemische Hochrüstung also genauso wenig irrational wie die Erlangung der atomaren Erstschlagsfähigkeit.

Bereits im Frühjahr 1979 entdeckte die

Bereits im Frühjahr 1979 entdeckte die NATO, daß sie nicht nur im Mittelstreckbereich „nachrüstet“, sondern auch bei den chemischen Waffen — als vorübergehend betrachteten — Sparbeschluß gab. Das US-Kriegsministerium sogar die Planung einer zweiten Kampfstoff-Fabrik in Auftrag, die genauer Standort ist noch unbekannt (2a). In der Tat ist davon auszugehen, daß die Streichung dieses vergleichsweise geringen Etat-Postens dem Milliarden-Programm der hemisphärischen Aufrüstung keinen ernsthaften Abbruch tun wird, sondern allenfalls eine zeitliche Verzögerung bewirken wird. Denn die Entwicklung der biogenen Kampfstoffe, die jetzt erst von sich reden machen, geht nach Angaben der DDR-Wissenschaftler Karl-Helm Lohs und Ralf Trapp bereits auf das Jahr 1954 zurück; im März der über Jahre gingen die Kosten für Erforschung und Entwicklung verschiedener biogenen Typen schon auf 120 Millionen Dollar.

Neben Artilleriebomben wurden auch Kametenbomben und eine Aerosolgenerator für chemische Kampfstoffe erprobt; diese Waffentypen unterscheiden sich in Bezug auf Einsatzmittel und Kampfstoff in verschiedenen Details, doch gemeinsam ist ihnen das Prinzip der Verlagerung der eigentlichen Kampfstoff-Herstellung aus der Fabrik in das Einsatzmittel. Die Phase der technischen Erprobung war nach diesen Quellen 1975 weitgehend abgeschlossen (2b).

Nach der bisherigen Aufrüstungsplanung sollen 1983 die mit dem Nervengas „GB“ (Sarin) gefüllten Granaten serienweise gefertigt werden, Produktionsziel für die nächsten Jahre sind 70.000 Granaten pro Monat. Für die Gaswaffen sollen neue Trägersysteme entwickelt werden, wie eine Mehrfachsprengkopf-Rakete und ein umgerüsteter Typ der Lance-Rakete. Bereits heute verfügen die USA nach verschiedenen Schätzungen über rund 40.000 Tonnen chemische Kampfstoffe, die in Geschosse abgefüllt etwa 400.000 Tonnen chemischer Munition entsprechen (3). Zur Veranschaulichung: 1 kg Sarin, Herstellung etwa zehn Mark reicht aus, um eine Million Menschen zu vergiften.

Auch die Spätfolgen solcher Kampfgase haben ihre Opfer bis heute noch. Von den 243 ehemaligen Lostarbeitern, die von 1915-45 in der Herremunitionsanstalt in Munster gearbeitet hatten, starben 114 Personen bis 1974 — allein 40 an Krebs und 38 an typischen Erkrankungen der Atmungsorgane. Rund 80% der noch lebenden Lost-Arbeiter sind durch schwere Gesundheitsschäden in der Erwerbsfähigkeit wesentlich (1) beeinträchtigt. Die Zeit bis zum Auftreten eines Tumors wurde mit durchschnittlich 22 Jahren ermittelt (Koch, Vahrenhold, Seewald, S. 435).

die Bewilligung von 26 Millionen Dol-

als etwa Raketen. So heißt es in einem Bericht des militärischen US-Nachrichtendienstes Defense Intelligence Agency aus dem Jahr 1975: „Wir können das sowjetische C-Potential nicht quantifizieren, es sei denn, daß wir die Gesamtfläche der Lager als Indiz wählen. Auch dann wissen wir freilich nicht, was sie enthalten. Schließlich kann man nicht durch das Dach eines Gebäudes blicken.“ (4)

Zum zweiten läßt sich die zivile Produktion von Chemie-Lösungen schon rein technisch nicht von der militärischen trennen, dadurch sind sowohl Herstellungsverbote wie Produktionsstopps besonders leicht zu unterlaufen.

Obwohl es seriöser, bzw. nicht für die Öffentlichkeit bestimmte NATO-Studien (so vom Londoner Institut für Strategische Studien; (4a)) ablehnen, quantitative Angaben über die sowjetischen Kampfstoff-Vorräte zu machen und selbst der US-Generalstab den chemischen Truppen der UdSSR in einem schwachen Moment eine eher defensive denn offensive Funktion zuschrieb (5), wurde in den letzten zwei Jahren die Öffentlichkeit mit „Enthüllungen“ über die sowjetische C-Waffen-Überlegenheit überhäuft, um den Boden für den militärischen Erfolg des „Nachrüstungs“-Beschlusses zu machen.

US-Kriegsminister Weinberger begründete die Notwendigkeit der neuen Kampfstoff-Produktion damit, daß die SU über 700.000 Tonnen Nervengas verfüge und damit dem Westen zehnmal überlegen sei. Die griffige Zahl von 700.000 Tonnen habe schon ein Jahr vorher in der BRD die Runde gemacht, und da bedeute sie gleich eine 3 bis 16fache Überlegenheit des Ostens, so CSU-Graf Hays im Bundestag (6). Die Forschungsabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung war da etwas vorsichtiger und rundete lieber nach unten ab: Die Sowjets hätten 200.000 bis 700.000 Tonnen (1). Die „Bild“-Zeitung wandte ganz kreativ die Nachrichtenlogik schon auf Reagan-Erbschaftung zur Neutronenbombe-Produktion an: „Moskau braucht gar keine Neutronenbombe“, denn das Giftgas des Ostens ist sowieso viel gefährlicher. (7)

Mehr Mühe als diese Zahlenspiele verstand die imperialistische Propaganda auf „Enthüllungen“, die die Anwendung von chemischen und biologischen Waffen durch die Sowjetunion beweisen sollten.

#### Das Spiel mit den Zahlen ist auch beim Giftgas beliebt

Die tatsächlichen Vorräte an chemischen Kampfstoffen in NATO und Warschauer Pakt gelten als das „letzte militärische Geheimnis des 20. Jahrhunderts“ (4). Die schon in kleinsten Mengen zur Massenvernichtung geeigneten Stoffe sind auch mit der Satellitentechnik schwerer auszuapern.

als etwa Raketen. So heißt es in einem

als etwa Raketen. So heißt es in einem Bericht des militärischen US-Nachrichtendienstes Defense Intelligence Agency aus dem Jahr 1975: „Wir können das sowjetische C-Potential nicht quantifizieren, es sei denn, daß wir die Gesamtfläche der Lager als Indiz wählen. Auch dann wissen wir freilich nicht, was sie enthalten. Schließlich kann man nicht durch das Dach eines Gebäudes blicken.“ (4)

Zum zweiten läßt sich die zivile Produktion von Chemie-Lösungen schon rein technisch nicht von der militärischen trennen, dadurch sind sowohl Herstellungsverbote wie Produktionsstopps besonders leicht zu unterlaufen.

Obwohl es seriöser, bzw. nicht für die Öffentlichkeit bestimmte NATO-Studien (so vom Londoner Institut für Strategische Studien; (4a)) ablehnen, quantitative Angaben über die sowjetischen Kampfstoff-Vorräte zu machen und selbst der US-Generalstab den chemischen Truppen der UdSSR in einem schwachen Moment eine eher defensive denn offensive Funktion zuschrieb (5), wurde in den letzten zwei Jahren die Öffentlichkeit mit „Enthüllungen“ über die sowjetische C-Waffen-Überlegenheit überhäuft, um den Boden für den militärischen Erfolg des „Nachrüstungs“-Beschlusses zu machen.

US-Kriegsminister Weinberger begründete die Notwendigkeit der neuen Kampfstoff-Produktion damit, daß die SU über 700.000 Tonnen Nervengas verfüge und damit dem Westen zehnmal überlegen sei. Die griffige Zahl von 700.000 Tonnen habe schon ein Jahr vorher in der BRD die Runde gemacht, und da bedeute sie gleich eine 3 bis 16fache Überlegenheit des Ostens, so CSU-Graf Hays im Bundestag (6). Die Forschungsabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung war da etwas vorsichtiger und rundete lieber nach unten ab: Die Sowjets hätten 200.000 bis 700.000 Tonnen (1). Die „Bild“-Zeitung wandte ganz kreativ die Nachrichtenlogik schon auf Reagan-Erbschaftung zur Neutronenbombe-Produktion an: „Moskau braucht gar keine Neutronenbombe“, denn das Giftgas des Ostens ist sowieso viel gefährlicher. (7)

Mehr Mühe als diese Zahlenspiele verstand die imperialistische Propaganda auf „Enthüllungen“, die die Anwendung von chemischen und biologischen Waffen durch die Sowjetunion beweisen sollten.

#### Ein Milzbrand wandert durch Sibirien

Der gerühmte „Milzbrand von Sverdlowsk“ war in jüngerer Zeit der erste Versuch dieser Art. Die Aufkla-

## Kampfstoff-Unfälle in der BRD

In der Technischen Erprobungsstelle (TES) der Bundeswehr in Munster (Lüneburger Heide) ereignete sich 1967 ein Unfall, bei dem hochgiftiges Schwefeloxit freigesetzt wurde. Neun Soldaten und drei Zivilisten mußten mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus. Dieser Vorfall, der natürlich geheimgehalten wurde, war auf ehrgeizige Pläne der Bundeswehrführung zurückzuführen. Eine Heide von 2500 cbm war mit einer viel zu geringen Belüftungsanlage versehen worden. Insgesamt waren 68 (1) Großversuche durchgeführt worden.

(G. Waltraff, Unerwünschte Reportagen, S. 193)

In den Forschungslaboratorien der Fehring-Werke in Marburg kamen sieben Angestellte hintereinander auf mysteriöse Weise ums Leben. Die offiziellen Berichte sprachen von einem aus Uganda eingeschleppten Virus. Es stellte sich heraus, daß die Angestellten durch Arbeiten mit bakteriellen Toxinen, die im Auftrag der Bundeswehr (1) durchgeführt wurden, ums Leben

gekommen waren. (Grünner, Herboide in Vietnam, S. 122)

Am 16.2.69 verstarb Helene Bina, die Frau des ehemaligen Leiters des „Instituts für Aerobiologie“, Dr. med. Karl Bina. Die Frau hatte nach Drogenabschluß den Kampfstoff „Soman“ in den Panzerschrank gestellt und sich dabei mit diesem verätzt; nach siebenjährigem Siechtum starb sie qualvoll. Ein von ihrem Mann erstelltes Gutachten, das diese Vergiftung auf „Soman“ zurückführte, wurde von der Bundeswehr als unwissenschaftlich zurückgewiesen. (G. Waltraff, Unerwünschte Reportagen, S. 172)

Im Giftgaslager Maßweiler in der Pfalz vergifteten sich 1973 drei 5-Soldaten, als in ihrem Depot Nervengas ausströmte. Es wurde Alarmstufe „rot“ gegeben. (Dokumentation „Kein Giftgaslager in Fischbach“, S. 32)

Im September 1979 starb ein Knecht und zwei weitere wurden verletzt, als sie mit Kriegsmaterial, das sie auf dem Gelände der Firma Stolzenberg in Hamburg gefunden hatten, hantierten. Bei einer Untersuchung kam heraus, daß das Gelände mit Kampfstoffen verunreinigt war. Die Hamburger Polizei hatte noch 1976 bei dieser Firma Tränengas zum Einsatz gegen Brokdorf-Demonstrationen bezogen?

Auch die Spätfolgen solcher Kampfgase haben ihre Opfer bis heute noch. Von den 243 ehemaligen Lostarbeitern, die von 1915-45 in der Herremunitionsanstalt in Munster gearbeitet hatten, starben 114 Personen bis 1974 — allein 40 an Krebs und 38 an typischen Erkrankungen der Atmungsorgane. Rund 80% der noch lebenden Lost-Arbeiter sind durch schwere Gesundheitsschäden in der Erwerbsfähigkeit wesentlich (1) beeinträchtigt. Die Zeit bis zum Auftreten eines Tumors wurde mit durchschnittlich 22 Jahren ermittelt (Koch, Vahrenhold, Seewald, S. 435).



fung einer plumpen Lüge dauerte drei Jahre; es lohnt sich, die Machart einer derartigen Kampagne einmal in ihren Stadien nachzuziehen:

April 1979: Sowjetische Zeitungen berichten über Todesopfer durch Milzbrand in Swerdlowsk und warnen vor dem Verzehr von Fleisch und Milch, da diese Seuche häufig von kranken Rindern übertragen wird.

Oktober 1979: Die rechtsextremistische britische Zeitung „Now“ berichtet von einem Kampfstoff-Unfall mit Milzbrand-Bakterien und hunderten Toten, allerdings 3000 km weiter ostwärts in Nowosibirsk. Quelle: ein Reisender ...

Januar 1980: Die in Frankfurt erscheinende Zeitung sowjetischer Dissidenten „Poser“ berichtet von einem Unfall mit Milzbrand-Bakterien und hunderten Toten, allerdings 3000 km weiter ostwärts in Nowosibirsk. Quelle: ein Reisender ...

Februar 1980: Die „Bild“-Zeitung nimmt sich der Story an: „Bakterien-Bomben — Lungen gelähmt, kein Gegenmittel“

März 1980: Der Auslandsinformations-

waren Milzbrand-Bakterien freigesetzt worden, die in der Asche überlebt hätten

Februar 1982: Bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid erheben die USA wieder die alten Anschuldigungen: In Swerdlowsk habe es einen Kampfstoff-Unfall mit 1000 Toten gegeben ... (8)

## Der gelbe Regen — 1.Akt

Im September 1981 beschuldigten die USA die Sowjetunion der chemischen und biologischen Kriegsführung in Südostasien und Afghanistan. Sowjetische und vietnamesische Flugzeuge seien im Grenzgebiet von Kambodscha und Thailand beim Versprühen eines „gelben Regens“ beobachtet worden, der den Tod von Zehntausenden von Menschen zur Folge gehabt hätte. Die „dramatischen Beweise“ (Haig), die der Weltöffentlichkeit mit viel Tamtam präsentiert wurden: ein Blatt Tannum verrotten, ein Zweig, der angeblich von Pilzgiften, sog. Mykotoxinen, befallen wäre.

Als Zeugen der Anklage führten die USA den H'Mong-Stamm in Nordlaos

Sage einer Probe bio-chemischer Kampfstoffe aus der KU oder Vietnam eine Probe von 100.000 Dollar ... (9)

## Der gelbe Regen — 2.Akt

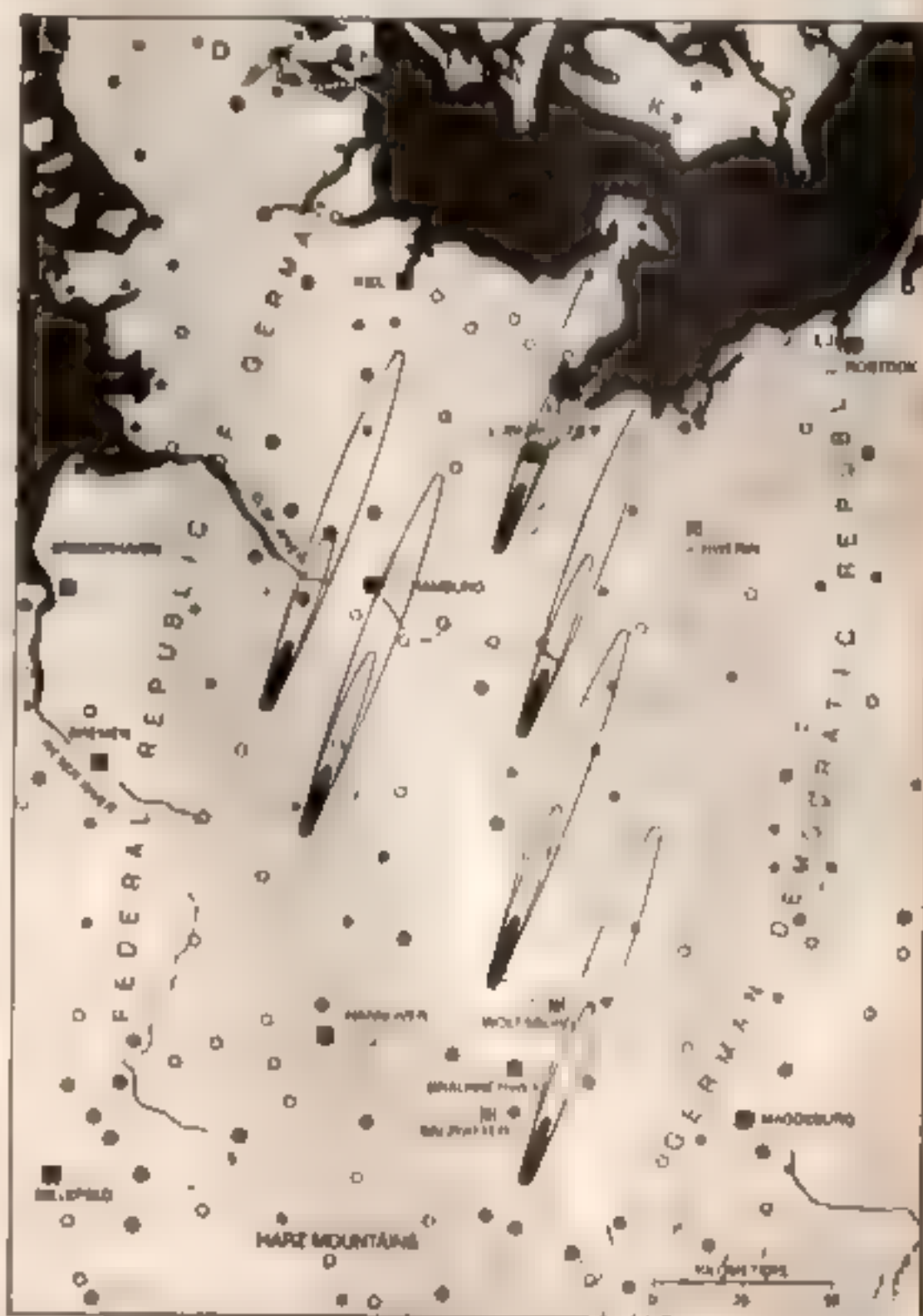
Im März dieses Jahres starteten die USA einen zweiten, sorgfältiger vorbereiteten Akt „Gelber Regen“. Der UNO wurde ein 32-seitiger Bericht vorgelegt, dem es nicht an Details mangelte: In Laos seien durch 226 Chemie-Einsatz 6320 Menschen gestorben, in Afghanistan 3042 bei 47 Einsätzen, in Kambodscha 681 bei 124 Angriffen (11). Alle in Afghanistan benutzten Kampfstoffe seien identifiziert, über die wissenschaftlichen Befunde schweigt sich die US-Regierung allerdings aus — konkret genannt wurde nur eine „geheimnisvolle Substanz“ namens „Stiller Tod“, durch die das Opfer sterbe, ohne etwas von einem Chemie-Angriff gemerkt zu haben ... (11)

Die Beweise der USA waren wiederum „Tausende“ anonymer Flüchtlingsberichte, dass einige vertriebene kambodjanische Rebellen, die die mysteriösen Mykotoxine aus endlich nachweisbaren Quellen (12), wartet die Weltöffentlichkeit leider bulang vergebens. Dafür lieferte die Präsidentin der „Australischen Fluchthilfskommission“ für Laos und Kambodscha, Adeline Bernard, die folgende Gruelvermutung: „Der biologische Kampfstoff wird erst eine Stunde vor dem Einsatz eingeführt. Nach Angaben von Frau Bernard müssen junge Frauen den Sprengstoff mit dem biologischen Gift bestücken. Dies bedeutet gleichzeitig deren Todesurteil, da sie nach Ausführung dieser Arbeit erschossen würden“. (13) Die Kronzeugin verteidigt sich sogar zu der Behauptung, es handele sich bei dem Gift um einen „bissigen Lungenkampfstoff“ — müssen die Russen ja ganz schön rangeteilt haben, wo doch selbst die Arme gerade erst mit der Biär-Produktion anfangen ...

Eine andersartige Pikanterie wurde über den amerikanischen Kongress hinaus bekannt. Die vietnamesischen Aufständischen in Laos haben selber chemische Kampfstoffe angewandt, die aus den in Vietnam verbliebenen US-Beständen stammen. (3)

So dumm das Strickmuster einer derartigen Propaganda auch im einzelnen sein mag, ihre Wirkung verleiht sie dank einer willfährigen Presse nicht. Bei einer Anhörung im amerikanischen Kongress-Anschauen für auswärtige Angelegenheiten gaben zwei hochrangige Geheimdienstbeamte ihre Methode an: „Auf die Frage, ob es über die Anwendung chemischer Waffen in Afghanistan mehr als Gerüchte gäbe, antwortete er: „Es gibt keine Bestätigung dafür“. — „Ich selber war in Afghanistan mehr als Gerüchte gäbe, antwortete er: „Es gibt keine Bestätigung dafür“. — „Ich kann nichts Falsches daran sehen, wenn man solche Gerüchte im Umlauf hält“. (3)

Bemerkenswerterweise wurde die Anschuldigung der amerikanischen Befreiungsorganisation EPLF gegen das al-bosnische DERO-Regime, daß gegen



Bei Süd-West-Wind würde ein Einsatz phosphororganischer Kampfstoffe die auf der Karte dargestellten Folgen haben (bezogen auf chemischen Angriff in Norddeutschland). Bei nur 8 Einschlägen würden die Menschen im dunklen Bereich sterben und in der zweiten Zone schwer betroffen werden. In der dritten Zone besteht eine größere Überlebenschance. Langzeiterkrankungen werden auf dieser Karte nicht erfaßt.

„Da lag einer, die Finger in den Boden gekrallt, dort ein anderer mit weit hervorquellenden Augen, in denen das Entsetzen vor dem Unbegreiflichen lag. Die röchelnden, pfeifenden Atemzüge sprachen von unmenschlicher Qual. Blaue Lippen, blau das, was früher das Weiße des Augapfels gewesen war, und unbeschreiblich graue Totengesichter.“  
(Ein Nachrichtenoffizier, Berliner Illustrierte Zeitung, Jan. 1925)

dienst der US-Regierung druckt den „Bild“-Artikel nach; der Unfall von Swerdlowsk wandert nun durch die ganze westliche Presse. Auch jüdische Sowjet Emigranten in Israel erinnern sich nun der dramatischen Ereignisse vor einem Jahr. Die Anzahl der Toten von Swerdlowsk geht mittlerweile in die Tausende. Die USA beschuldigen die SU der Verletzung des B-Waffen-Abkommens. US-General Rogers fordert die chemische Nachrüstung der NATO.

Oktober 1980: Verschiedene Wissenschaftler, unter anderem der sowjetische Dissident und Biochemiker Medwedew, legen die Ergebnisse ihrer Nachforschungen vor: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es in Swerdlowsk weder „Wegen die Ergebnisse unserer Nachforschungen vor: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es in Swerdlowsk keinen Unfall, sondern eine Rinderseuche gab. Der Presse ist das natürlich keine Schlagzeilen wert.  
Januar 1982: Sowjetische Wissenschaftler klären nun auch die Ursache der Rinderseuche auf: Bei archaischen Ausgrabungen von Dorfgräbern

an, der während des Vietnam-Kriegs auf der Seite Amerikas gekämpft hat (9). Die Dürftigkeit der Beweise war allerdings allzu offensichtlich: Eine Expertengruppe der UNO konnte selbst in tausendfachen Flüchtlingslagern kein einziges Opfer der angeblichen B- und C-Angriffe aufreiben. Amerikanische Wissenschaftler bezeichneten die unbelagte Behauptung der US-Regierung, daß die Pflanzengifte künstlicher, also militärischer, Herkunft seien, als „wissenschaftlich ungeheuerlich“ und „außerordentlich ungeschickt“ (9). Selbst die FAZ bemerkte sarkastisch, daß die Eigenschaft der Gifte als Kampfstoffe sehr fraglich sei, da sie nur in sehr hohen Dosen, z.B. als Injektionen, tödlich seien. (10)

„Es ist fraglich, ob sie nur in sehr hohen Dosen, z.B. als Injektionen, tödlich seien.“

Doch daß das Propaganda-Spektakel „Gelber Regen“ damit nicht beendet sein würde, machte eine — natürlich sehr zufällige — Schicksalschleife für die US-Regierung deutlich: Das amerikanische Soldatenmagazin „Soldier of Fortune“ versprach für die Ver-

den Unabhängigkeitskampf Napalm und Nervengas eingesetzt werde (14), von der NATO-Propaganda nicht aufgegriffen. Dies liegt darin begründet, daß die revolutionäre EPLF von den USA nicht gerade als geeigneter Bündnispartner angesehen wird, aber auch darin, daß die USA selber den Einsatz phospororganischer Waffen gegen Befreiungsbewegungen und andere „unfreiwillige“ in Frage gestellt haben.

## Die BRD als Giftgas-Kolonie?

## Die BRD als Giftgas-Kolonie?

Den US-Beschluß zur neuen chemischen Aufrüstung kommentierte die Bundesregierung „mit Verständnis“, gleichzeitig wurde betont, es handele sich um eine „souveräne Entscheidung“ der USA und zur Zeit gäbe es keine Pläne für eine Stationierung in der BRD (16).

Laut „Spiegel“ und „Washington Post“ sind dagegen in Pentagon-Papieren schon fünf westdeutsche Standorte für die neuen C-Waffen festgelegt, davon je einer im Allgäu und im Schwarzwald. Begründung: Die Kampfstofflagerung sei „nur in Reichweite des potentiellen Schlachtfeldes“ von Nutzen. Entsprechend liegen den Giftkrieg-Plänen der US-Army Schauplätze in der BRD zugrunde. In der US-Zeitschrift „Scientific American“ berechneten Biochemiker die Auswirkungen eines Gasangriffs auf Norddeutschland (1) — (siehe Graphik).

Für den Bau von vier großen Munitionsdepots der NATO in den Wäldern des Harz-Kinzigs- und des Wetterau-Kreises hat die Bundesregierung bereits ihre Zustimmung gegeben; vermutet wird, daß auch dort Giftgas gelagert werden soll (17).

Spätestens 1983/84, wenn die US-Giftgase serienmäßig geliefert werden, wird für die BRD die Durchsetzung ihrer Stationierung auf der Tagesordnung stehen. Daß dies mit der atomaren „Nachrüstung“ zeitlich zusammenfällt, bedeutet für den Kampf der Friedensbewegung zusätzlichen Sprengstoff. Wegen der zu erwartenden Problematik (18) empfahl der Wissenschaftsrat des US-Kriegsministeriums bereits Ende letzten Jahres eine (zusätzliche) Stationierung in ...

wird die Forderung nach „Souveränität“ für die BRD-Angelegenheiten abgelehnt (19).

Politisch hat die Bundesregierung allerdings klargestellt, daß sie in dieser „mangelnden Souveränität“ gar kein Problem sieht, sondern sich — wie bei der Atomwaffenstationierung — als treuer NATO-Partner versteht.

Auf Anfrage von Hans-Joachim Lauth, Minister für Bundesangelegenheiten, erklärte Staatsminister Corterius vom Verteidigungsministerium im Bundestag: „Die Bundesregierung weiß sich mit der amerikanischen Regierung darin einig, daß eine eventuelle Lagerung neuerer chemischer Kampfstoffe im Bundesgebiet gegenseitige Konsultationen voraussetzen würde ... Diese Waffen können hier nicht ohne unsere Zustimmung gelagert werden. Wir werden zu gegebener Zeit diese Frage prüfen ... Im Bündnis besteht Einigkeit, daß die Stationierung nicht-konventioneller Waffen, wie es chemische Waffen ja sind, in Übereinstimmung mit den Verteidigungsplänen der NATO und im Einklang mit den direkt beteiligten Staaten festgelegt wird.“ Die Bundesregierung gab auch freimütig zu, von der US-Regierung vor deren Entscheidung über die Kampfstoff-Produktion informiert worden zu sein. (20) Für Neuverhältnisse-Forderungen als offensichtlich die falsche Adresse!

Ch., Hamburg

## Quellen

1. Spiegel 22.8.82
2. Dokumentation zum Giftgaslager in Fischbach, Pirmasens 1981
- 3a. „Spiegel“, 30.8.82
- 3b. H. Meißner und K. Loh, Wissenschaft und Frieden, Berlin/DDR 1982, S. 771
4. Peter Koch, Währungsreform, „Welt“-Serie 11/82, Teil VII: Der unheimliche Tod
5. „Die Zeit“, 26.2.82
- 6a. FAZ 12.1.82
- 6b. „Ist“ 5.5.81
7. „FAZ“ 9.9.81
8. „Bild“ 27.8.81
9. Angaben zu Swerdlowsk nach Neus, 24.7.80 Spiegel 8.10.80, AMBITER-KAMPF, 5.5.80 „Ist“ 21.2.82, „Spiegel“, 22.2.82
10. Spiegel 11.1.82
11. FAZ 30.9.81
12. „SZ“ 24.3.82
13. „Neue Zürcher Zeitung“, 24.3.82
14. „Welt“ 24.6.82
15. „FR“ 22.2.82, „Ist“ 5.3.82
16. ant’alt
17. „Ist“, 11.2.82, „FAZ“, 17.2.82
18. „FR“ 13.3.82
19. „FR“ 30.1.81
20. siehe Anm. 2 S. 171f
21. Protokoll der Bundestagsdebatten vom 14.1.82 und vom 4.3.82



NATO-Soldat im Giftschutanzug



# Völkerrecht mit kleinen Ausnahmen

## — Zur Geschichte der C-Waffen-Verträge

„In der Erwägung, daß die Verwendung von erstickenden, giftigen oder gleichartigen Gasen sowie allen ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Verfahrensmitteln im Kriege mit Recht in der allgemeinen Meinung der zivilisierten Welt verurteilt worden ist“, unterzeichneten die Völkerbund-Delegierten fast aller vertretenen Staaten am 17. Juni 1925 das Genfer Protokoll, das seitdem die Verwendung von chemischen und auch bakteriologischen Waffen international ächtet und von den Vereinten Nationen, Rechtsnachfolger des Völkerbundes, als nach wie vor gültig bestätigt wurde.

Die Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts ist sich über die Hintergründe der Vertragsunterzeichnung weitgehend einig: Der Schrecken der C-Waffen im Ersten Weltkrieg wird allgemein als hauptsächlichster Beweggrund für die Ächtung des Gaskrieges angesehen. Ein Rückblick auf die Entwicklung der C-Waffen, ihre Anwendung und vor allem ihre militärische Bedeutung läßt an dieser Bewertung ernsthafte Zweifel aufkommen: Moralische Beweggründe haben im Umgang mit dem „letztlichen Tod“ immer eine untergeordnete Rolle gespielt. Sämtliche Vertragstexte weisen genügend Lücken auf, die Entwicklung neuer C-Waffen-Generationen ungehindert voranzutreiben und diese in mehreren Kriegen auch einzusetzen.

Der Versuch, bestimmte Eigenschaften chemischer Stoffe als Waffe einzusetzen, ist sehr alt. Schon aus dem alten China wird von der militärischen Verwendung einer Arsenverbindung berichtet; in einem ihrer zahlreichen Kriege gegen die Athener sollen die Spartaner versucht haben, ihre Gegner mit Schwefeldämpfen auszuschächeln; und ebenfalls aus dem Mittelmeerraum stammt das „Oriechische Feuer“, ein Vorläufer moderner Brandbomben. Auch die Entwicklung des Schwerspaters und aller später entdeckten Sprengstoffe fällt strenggenommen in das große Gebiet der Militärchemie.

Die Mitte des 19. Jahrhunderts sah die Entwicklung des Colts und des Repetiergewehrs, während die militär-chemischen Waffen sich noch im Stadium relativ harmloser Reizstoffgranaten befanden. Der Erste Weltkrieg markierte den Beginn des allgemeinen Gaskrieges, dessen Waffen trotz Rohstoffmangel auf dem Hintergrund der weitentwickelten deutschen Chemieindustrie billig und in ausreichendem Maße produziert werden konnten.

Im April 1915 versuchte der bayerisch-deutsche Generalstab, der Kaiserlich-deutsche Generalstab, die feuerfahrene Fronten des Stellungskrieges in Frankreich durch einen großangelegten Angriff mit abgeblasenen Chlorgas aufzubrechen. Arthur Conan Doyle, Schöpfer der Detektivgestalt Sherlock Holmes, beschrieb, wie am Abend des 22. April plötzlich aus den deutschen Gräben eine tiefhängende, sich träge dahinwälzende, braun-grüne Wolke aufquoll, die an den Rändern, wo sich die Sonnenstrahlen widerspiegeln, gelblich schimmerte. „Die französischen Truppen beobachteten über die Brustwehr ihrer Gräben hinweg diese merkwürdige Wolke, die sie wenigstens für kurze Zeit gegen das feindliche Feuer schützte; da sah man plötzlich, wie sie die Arme in die Luft warfen, die Hände an den Hals legten und sich am Boden wälzten, eine Beute des grauenhaften Erstickens. Viele erhoben sich nicht wieder, während ihre Kameraden, dem teuflischen Vorgehen gegenüber ohnmächtig, kopflös nach hinten fielen, als ob sie wahnhaft geworden wären, um diesem schrecklich stinkenden Nebel zu entgehen, und liefen bis hinter die weiter zurückliegenden Gräben.“ (1)

Die heute ist ungeklärt, wieviele Soldaten bei diesem Gasangriff ums Leben kamen, seriöse Historiker geben eine Zahl von rund 1.000 an (2). Für das deutsche Heer entwickelten sich aus diesem Überwachungsangriff jedoch keine Vorteile; da der Generalstab selbst nicht mit derartig großen Auswirkungen gerechnet hatte, standen nur wenige Truppen zur Verfügung, die lediglich einige Kilometer auf feindliches Gebiet vorrücken konnten. Zu diesem Zeitpunkt existierten als völkerrechtliche Abmachungen die Verbote der I. und II. Haager Friedenskonferenz von 1899 und 1907, die sich jedoch nur auf Gaschnee, Gift und vergiftete Waffen bezogen und über

dies weder eine Definition der Stoffe noch eine Festlegung der Einsatzmöglichkeiten angaben. Unter Hinweis auf diese lückenhaften Formulierungen rechtfertigten die deutschen Militärs im Nachhinein den Chlorgas-Blaasangriff, da es sich bei den Behältern ja nicht um Gaschnee sondern um Stahlzylinder gehandelt habe, und im übrigen die Franzosen bereits 1914 den Vormarsch der deutschen Truppen zum Reizstoffgranaten aufhalten versucht hatten.

In den folgenden drei Jahren bis Kriegsende wurden von Chemikern beider Seiten an die 30 verschiedenen Kampfstoffe den Heeresführungen zur Verfügung gestellt, die sie in Form von Artilleriegeschossen, Mörsern, Granaten und abgeblasenen Wolken als laute und teilweise auch unsichtbare Waffen zum Einsatz brachten. Obwohl der Gasinsatz den Gesamtverlauf des I. Weltkrieges nicht entscheidend beeinflussen konnte, sondern ihn nur zu verlängern beitrug, vertrat der Leiter der chemischen Abteilung im deutschen Kriegsministerium, der spätere Nobelpreisträger und von den Siegermächten als Kriegsverbrecher gesuchte Professor Dr. Fritz Haber, noch Jahre später die Rolle eines „entscheidenden und militärischen Kollegen repräsentative Meinung, daß die Kriegsführung „zugunsten der qualitativ veränderlichen Gaskampfmittel und zugunsten einer ausschließlichen Benutzung der Brisanzmunition“ gesprochen habe. „Der Vorteil der Gasmunition kommt im Stellungskrieg zu besonderer Entfaltung, weil der Gaskampfstoff hinter jeden Erdwall und in jede Höhle dringt, wo der fliegende Eisensplitter keinen Zutritt findet“ (3). Mit dem Haut- und Atemgift Lost wand dem deutschen Heer ein Jahr vor den Armen der Erste ein Stoff zur Verfügung, der bei direktem Einsatz nicht nur schwere Verätzungen mit qualvollem Tod bewirkte, sondern sich auch zur Vergiftung aufgebogener Frontabschaltete eignete.

Es wird angenommen, daß 1914 - 18 etwa eine Million Menschen vergiftet wurden, von denen rund 65.000 starben. Den höchsten Blutzoll mußte die schlecht ausgerüstete zaristische Armee mit einer Viertelmillion Vergifteten und fast 40.000 Toten bezahlen. Sieben Jahre später, 1925, unterzeichneten die Vertreter von fast 100 Staaten das Genfer Protokoll, das zumindest nach dem Willen der pazifistischen Friedensbewegung und der internationalen Arbeiterbewegung den Gaskrieg für immer schlicht und verhindern sollte. Das Vertragswerk ist eine ganz große Lücke auf. Es formuliert lediglich das Verbot der Anwendung, nicht jedoch die Ächtung der Forschung, der Herstellung und Lagerung von C-Waffen. Dies war lediglich dem Deutschen Reich als Verlierermacht untermauert, und hier hatten die alten C-Waffen-Liebhaber bereits den Grundstock der chemischen Aufrüstung für den II. Weltkrieg gelegt.

### Der kleine Unterschied

In Sachen „Innerer Sicherheit“ herrscht weltweit Einigkeit. Von Warschau bis Johannesburg, in Jerusalem, Singapur, Berkeley und Frankfurt gehören Tränengase zum festen Bestandteil der Polizeitechnologie. Bei der Bekämpfung innerer Unruhen werden hinsichtlich der Verwendung von chemischen Kampfstoffen überhaupt keine moralischen, sondern ausschließlich taktische Gesichtspunkte ins Feld geführt. Was im offiziellen englischen Sprachgebrauch als „anti-riot agents“ (Aufführbekämpfungsmittel) und im Deutschen als „polizeiliche Reizstoffe“ drüber wird, ist mittlerweile zwar auch für internationale Konflikte ausdrücklich geächtet, aber zur Bekämpfung von Kriminellen und Protestbewegungen wird es nach wie vor als Mittel der Wahl angesehen.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte die französische Polizei den Reizkampfstoff Bromoacetaldehyd gegen eine Bande flüchtiger Bankräuber eingesetzt und mit dem Erfolg auch den französischen Generalstab interessieren können, der massenhafte Einsatz gegen Zivilisten wurde jedoch erst in den zwanziger Jahren erprobt.

Der erste Fünfjahresbericht der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) berichtet über den 1926 ausgerufenen Streik von 16.000 Textilarbeitern im amerikanischen Bundesstaat New Jersey nachdem es den Kapitalisten in den ersten 6 Streikwochen nicht gelungen war, die „Picket Lines“ mit Streikbrechern zu durchbrechen. „Wurde am 1. März plötzlich eine andere Methode“ zur Bekämpfung des Streiks eingeführt. Unter der Führung des Polizeikommandeurs Zober wurden plötzlich Tränengase gegen die Streikpatrioten angewendet, die die Eingänge der Betriebe schützten. Der Gaskampf brachte auch nicht den erwünschten Erfolg. Die Patrioten wichen nicht. Sie wichen selbst dann nicht, als die Feuerwehr mit ihren Wasserpumpen im Frostwinter zu operieren begannen. Am nächsten Tag waren bereits alle ihren Dienst antretenden Streikposten mit Stahlhelmen und Gasmasken ausgerüstet. Der Kampf ging weiter“ (4).

Seidem wurden allen Protesten gegen diese Art Gaskrieg mit einer Begründung entgegnet, die sich auch Bundesinnenminister Gerhard Baum im Januar 82 in einer Bundestagsfrageunde zu CS zu eigen machte: „Die vorherrschende Auffassung behauptet Tränengase in extensiver Auslegung in das Genfer Protokoll ein, weil der Einsatz chemischer Waffen, selbst wenn es sich nur um Tränengase handelt, die Gefahr der Eskalation zum allgemeinen Gaskrieg heraufbeschwört. Diese Gefahr besteht im politischen Bereich gerade nicht“ (5).

Dessen ungeachtet haben sich Polizeitaktiker und Techniker gern von den Erfahrungen ihrer militärischen Kollegen inspirieren lassen. Sämtliche modernen Anwendungsmöglichkeiten für die Repression im Inneren gehen auf Erfindungen zurück, die vor und während des Zweiten Weltkrieges von meist deutschen Technikern und Chemikern eingeführt wurden.

### Blitzkrieg contra Gaskrieg

„Ob der Führer im kommenden Krieg die chemische Waffe einsetzen will, mag von politischer und anderen Rücksichten entscheidend abhängen. Kein Zweifel ist aber darüber erlaubt, daß ihm durch sorgfältige Friedensarbeit die Möglichkeit hierzu gesichert werden muß und daß ihm die künftige Entscheidungsfreiheit nicht durch irgendwelche Unterlassung in der Kriegsvorbereitung vorweg genommen werden darf“ (6). Mit diesen Überlegungen stellten die Protagonisten eines C-Waffen Krieges in der Reichswehrführung bereits 1934 die Weichen für ein Aufrüstungsprogramm, das der faschistischen Wehrmacht fünf Jahre später eine überlegene Erschlagkapazität gegenüber den Armeen der Anti-Hitlerkoalition sicherte. Unter strengster Geheimhaltung hatten auch in der Weimarer Republik weiterhin Gas-Manöver stattgefunden, und die Verbindung zwischen Industrie, Reichswehr und Forschungseinrichtungen waren nie abgerissen.

Nur einmal, im Jahre 1928, hatte die Öffentlichkeit Einblick in dieses Treiben erhalten. Adolf Hoeschele, der damals Hugo Spitzenberg im Hamburger Hafen war ein Phosgen-Tank angedacht worden, die ausströmende Todeswolke konnte 10 Menschen das Leben. Regierungvertreter und Firma demonstrieren jedoch den Zusammenhang mit militärischen Verwendungszwecken, doch allein die Menge von zehn Tonnen Phosgen entsprach einem Viertel des Weltverbrauchs für industrielle Zwecke.

Während in Deutschland noch innerhalb der Vorbereitungen für den

Zweiten Weltkrieg getroffen wurden, hatten im Fernen Osten die Armeen des faschistischen Japan bereits die Mandchurei und China überfallen und zwischen 1937 und 45 auch Giftgas gegen die technologisch unterlegenen Verbände des Anti-Japanischen Widerstandskrieges eingesetzt. Auch das faschistische Italien führte seinen Eroberungsfeldzug in Abessinien mit chemischen Kampfstoffen gegen eine völlig ungeschützte Bevölkerung.

Diesen eklatanten Verletzungen des Völkerrechts wurde von den Wehrmächten nur mit schwachen Protesten entgegnet, da in den zwanziger Jahren auch Frankreich und das Vereinigte Königreich in ihren Kolonien Kampfstoffe zur Anwendung gebracht hatten.

Die Nichtanwendung chemischer Waffen auf dem zentral-europäischen Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges wird von bürgerlichen Historikern häufig allein mit der Angst der deutschen Heeresleitung vor einem vermeintlich technologisch gleichstarken Gegner und mit den persönlichen Befürchtungen Adolf Hitlers als Gefreiter im Ersten Weltkrieg erklärt. Dieser Interpretation widersprechen die Fakten: Die Wehrmacht und Industrie entzogen, die zielstrebige Produktionsanlagen und militärische Konzeptionen für einen chemischen Offensivkrieg vorbereitet hatte. Unter der Führung des IG Farben-Konzerns waren Forschung und Entwicklung schrittweise monopolisiert worden und die verantwortlichen Abteilungen in Ministerien und bei der Wehrmacht bis an die Spitze mit Konzernvertretern durchsetzt. Die Wirtschaftspläne zur Kriegsvorbereitung finanzierten dem Konzern eine Reihe von Produktionsanlagen zur großtechnischen Herstellung chemischer Kampfstoffe, die der faschistischen Kriegsmaschine beim Ausbruch des Weltkrieges eine überlegene C-Waffen-Kapazität und in den ersten Jahren auch einen Rüstungsvorsprung auf diesem Gebiet sicherten. Riesige Mengen der aus dem I. Weltkrieg bekannten Gase waren bereits 1939 hergestellt, die Struktur und Herstellungsverfahren zweier von den IG Farben neu entwickelter Nervengifte, Tabun und Sarin, blieben den Alliierten bis Kriegsende unbekannt, während die Produktion und Auslieferung an die Wehrmacht ab 1942 (Tabun) bzw. 1944 (Sarin) auf vollen Touren anließ.

Angesichts der anfänglichen Blitzkriegserfolge sah die militärische Führung jedoch keinen Anlaß, zu diesem Zeitpunkt C-Waffen einzusetzen, die der vorrückenden Wehrmacht mehr Schwierigkeiten als ihren Gegnern bereitet hätten. Als dann einen Monat nach dem Angriff auf die Sowjetunion die „Pravda“ erbeutete Dokumente eines deutschen C-Waffen-Regiments veröffentlichte (7), brach dieser Vorgang auch diejenigen gaskriegsbewussten Offiziere der Wehrmacht, die seit

1939 nach Anlässen zum Kampfstoffeinsatz gesucht hatten. Wiederum ein Jahr später, im Juli 1942, verkündete Churchill in einer Rundfunkrede, daß England im Falle der Anwendung von Giftgas gegen seinen russischen Verbündeten „den Gaskrieg in möglichst großem Umfang gegen alle militärischen Objekte in Deutschland“ (8) zu führen gedenke. Das krasse Mißverhältnis zwischen dem Angriffsscharakter der deutschen Kriegsführung einerseits und der Schutzlosigkeit der Zivilbevölkerung vor den alliierten Flächenbombardements deutscher Städte andererseits reichte sich so als tödliche Bedrohung des nicht gesäuberten Hinterlandes. Außerdem vermutete man, daß auch den Alliierten inzwischen die neuen Nervengase bekannt seien.

Mit der grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses und des Kriegsverlaufes im Jahre 1943 verstärkten sich noch einmal die Versuche bestimmter Gruppen im faschistischen Herrschaftsapparat, chemische Waffen gegen die vorrückende Rote Armee und Partisanen einzusetzen und später als verzweifelter Mittel einer allerletzten Entscheidung auszuspielen. Was (in der Schlussphase des Krieges) letztendlich durch diejenigen Kräfte verhindert wurde, die bereits den Pakt mit den westlichen Imperialisten vorbereitet und ihre Überlebenskonzeption nicht zusätzlich gefährden wollten.

Das Genfer Protokoll, wiewohl seine Verbindlichkeit in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 von allen kriegführenden Parteien bestätigt worden war, wäre nicht allein von der deutschen Führung bedenkenlos für einen kriegsentscheidenden Vorteil gebrochen worden, auch Churchill hat den Einsatz von B- und C-Waffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung als Vergeltung gegen die Fliegerangriffe gegen London ernsthaft in Erwägung gezogen. Gleich in den ersten Nachkriegstagen sicherten sich die britische und amerikanische Besatzungsmacht den Lowenanteil an Nervengasvorräten und Wissenschaftlern. Eine neue Runde der Geschichte der C-Waffen, ihrer Verträge und Einsätze auf verschiedenen Kriegsschauplätzen konnte beginnen (Fortsetzung in AK 226)

H.G., Hamburg

### Quellen:

- 1 Die Zeit, 28.2.82
- 2 Grottel, Der laute Tod, Berlin DOR, 1978
- 3 Schrempf Chemische Kampfstoffe — Chemischer Krieg, München 1981
- 4 1 Fünfjahresbericht der internationalen Arbeiterhilfe, Berlin 1926
- 5 Bundestagsdrucksache 9/1053 und 9/1276
- 6 Bundesarchiv / Militärarchiv Freiburg, II M 473, zit. n. 2.
- 7 Pravda, 22. Juli 1941, zit. n. 2.
- 8 Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. IV, Stuttgart 1962



Frans Masereel, Frontispiz zu H. Gullbeaux, Du Champ des Horreurs, 1917



# 35-Stunden-Woche

## Wird die Schlacht geschlagen?

„Ich denke, daß ich die 35-Stunden-Woche noch erleben werde“ prophezeite Helmut Schmidt 1980. Inzwischen trägt er einen Herzschrittmacher und wirkt nicht nur politisch angeschlagen. Die Zeit wird knapp.

Auch aus wesentlichen Gründen drängt das Problem Arbeitszeitverkürzung. 1,8 Mill. Menschen suchen eine Arbeit, 1990 werden es nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit 4 Millionen sein. Keine andere Form der Arbeitszeitverkürzung kann diese Entwicklung über aufhalten oder zumindest abbremsen, als die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Dies wissen auch die Gewerkschaften. Doch die Bereitschaft, angesichts der 1983/84 auslaufenden Manteltarifverträge über die Arbeitszeit den Kampf um eine Neuregelung der wöchentlichen Arbeitszeit aufzunehmen, ist nicht ungeleitet. Sozialparteiliche Gewerkschaftsführungen wie die NGG und die IG Chemie orientieren alternativ auf die „Tarifrente“.

während HBV und Drupa mit der 35-Stunden-Woche Hebeln. Entschieden wird diese Auseinandersetzung in der nächsten Zeit wohl innerhalb der IG-Metall, die bereits Anfang 1979 im Stahlstreik erfahren mußte, daß eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit nur gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer durchsetzbar sein wird.

Die Diskussion in den Gewerkschaften, die Strategie des Kapitals, die Geschichte der Durchsetzung des 8-Stunden-Tages, die Auswirkungen einer 35-Stunden-Woche auf die Arbeitslosigkeit, die von den Beschäftigten tatsächlich geleistete Arbeitszeit sowie die Strategie der Bielefelder Grünen, die für einen Verzicht auf Lohnausgleich durch die Kapitalisten plädieren, betonen die nachstehenden Beiträge der Kommission Betrieb & Gewerkschaft.

## Der Kampf um die 35-Stunden Woche

1974 hatten die Gewerkschaftstage der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands als erste das Ziel der 35-Stundenwoche formuliert. Ein entsprechender Antrag des Bundesfrauenausschusses auf dem 10. DGB-Kongreß 1973 wurde abgelehnt zugunsten der Forderung nach mehr Jahresurlaub.

Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit verstärkten sich die gewerkschaftlichen Argumente für die Wochenarbeitszeitverkürzung, die hiervon ein deutlicher Beschäftigungseffekt erwartet wurde.

1977 forderten die Gewerkschaftstage der IG Metall, der IG Druck und Papier sowie der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe konkret die 35-Stundenwoche, der Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft wiederholte seine Forderung von 1974. 1978 sprach sich dann auch der 11. DGB-Kongreß im Mai mit großer Mehrheit für die 35-Stundenwoche aus. 1978 stellte die IG Metall nach einer knappen Kampfabstimmung für die Stahlindustrie und die IG Druck und Papier für die Druckindustrie die Forderung nach einem tarifvertraglichen „Einstieg“ in die 35-Stundenwoche auf.

Im Bereich der Stahlindustrie sollte es zum Jahreswechsel 1978/79 zum ersten Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung seit Jahrzehnten kommen. Die IGM war darum bemüht, die bevorstehende Auseinandersetzung als stahlspezifische Angelegenheit abzuwehren und betonte gleichzeitig, daß sie lediglich einen „Einstieg“ und dann eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden vorhalte. Die Kapitalisten sahen allerdings die prinzipielle Bedeutung dieser bevorstehenden Tarifauseinandersetzung für die Entwicklung der Wochenarbeitszeit in der BRD.

In einer Neuaufgabe ihres „Tage-Kalenders“ vom März 1978 ließ es erneut in Bezug auf die Wochenarbeitszeit: „Die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage muß der freien betrieblichen Disposition überlassen bleiben“. In praktischer Hinsicht untersuchen die Kapitalisten jede Einschränkung dieser Dispositionsfreiheit. Anfang September, wo nach Intervention der BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) ein bereits mit der Gewerkschaft NGG abgeschlossener Tarifvertrag über Arbeitszeitverkürzung für über 60-jährige wieder rückgängig gemacht wurde. Unter diesen Vorzeichen waren die Stahlkapitalisten zu einem „Stellvertreterkrieg“ im Rahmen der BDA bereit. Sie setzten gegen die Forderung der IG Metall massiv das Mittel der Aussperrung ein. Die IG Metall-Führung ist von der Härte des Auftretens der Stahlkapitalisten offensichtlich in der Form überrascht worden und war nur unzureichend darauf vorbereitet. Halbherzig begonnen, wurde schließlich diese Tarifauseinandersetzung auf halber Strecke offenen Auges in die Niederlage geführt.

Mit der massiven Aussperrung haben die Kapitalisten verstärkt ein politisches Kampfmittel auf die Tagesordnung gesetzt, und damit deutlich gemacht, daß sie nicht länger bereit sind, in der üblichen gewerkschaftlichen Tarifpolitik miteinzuspielen, sondern zu-

künftig stärker die Bedingungen diktieren wollen.

Die „Sozialparteilichkeit“ auf Basis von gegenseitigen Zugeständnissen, in denen das Kapital in der Vergangenheit bereit und wirtschaftlich in der Lage war, war faktisch aufgekündigt. Der Stahlstreik 1978/79 stellte klar, daß zukünftig jede Form der Wochenarbeitszeitverkürzung nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals und in einer schärferen gesellschaftlichen Konfrontation denkbar waren.

### Die Folgen des Stahlstreiks

Die von einigen Linken mit dem Stahlstreik verbundene Hoffnung auf eine Öffnung des DGB, einer Stärkung der mehr am Klassenkampf orientierten Strömungen und eine damit verbundene Möglichkeit zur Entwicklung einer „autonomen Gewerkschaftspolitik“ wurde bald von der Wirklichkeit überholt. Trotz anhaltender Krisenentwicklung kam es zu einem merklichen Rückgang in der Streikentwicklung. Besonderer Ausdruck für die Defensive der Gewerkschaften nach dem Stahlstreik ist die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, gegen die Massenarbeitslosigkeit wirksame Maßnahmen durchzusetzen.

Das System der Mitbestimmung und das DGB-eigene Beschäftigungsprogramm erwiesen sich als realpolitisch irrelevant in dem beschriebenen Streik.

Das System der Mitbestimmung und das DGB-eigene Beschäftigungsprogramm erwiesen sich als realpolitisch irrelevant, in den konkreten Auseinandersetzungen um Arbeitsplatzvermehrung wirkte sich die DGB-Politik eher hemmend aus (wie sich aktuell besonders kraß im Fall der AEG zeigt), oder sie entwickelten sich ohne (z.B. Stahlwerke Hoesch) oder teilweise sogar gegen den Widerstand der Gewerkschaften (Betriebsbesetzungen). Auf dem Gebiet der „Sparpolitik“ ist die erste große Runde bereits gelaufen, ohne daß „des Kanzlers zuverlässigste Stütze“ in Bewegung geriet. Nach der eindrucksvollen Demonstration der 70.000 im November 1981 in Stuttgart rief die DGB-Führung, bei der Kritik an der Bundesregierung, die „Arche im Dorf“ zu lassen und verzichtete vorerst auf weitere Protestaktionen.

In der Frage der Aussperrung orientierte der DGB auf die bundesdeutsche Rechtsbarkeit, verzichtete auf praktische Kampfmaßnahmen und mußte auch hier eine Niederlage einstecken. Gleiches wiederholte sich in der Frage der Warnstreiks, die durch ein junges Gerichtsurteil in ihrer Wirksamkeit erheblich eingeschränkt wurden. Der Angriff auf die Montan-Mitbestimmung wurde zwar als „Kampfabstimmung“ vertuscht, mit der der Dauerkonflikt mit dem DGB „programmiert“ sei, geschah es aber auch hier nicht viel (außer dem „Jahr der Mitbestimmung“), so daß mit dem Ausmaßgesetz „ein Mannesmann“ auch auf diesem Gebiet das Kapital einen politischen Erfolg verbuchen konnte.

Außerste Zurückhaltung bewies der DGB auch in seinem traditionellen Schwerpunktgebiet, der Lohnpolitik. Die von den Kapitalisten angestrebte „Wende“ in der Lohnpolitik wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt, obwohl die in den Warnstreiks 1981 („Neue Beweglichkeit“) zum Ausdruck gezeichnete Kampfbereit-

schaft in vielen Betrieben einiges mehr ermöglicht hätte.

Diejenigen, die sich innerhalb des DGB für fortschrittliche Ideen und mehr Demokratie eingesetzt haben, mußten in den meisten Einzelgewerkschaften eine noch stärkere Einschränkung erfahren. Das Großreinemachen in der IG Chemie, die „Säuberung“ in der gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsarbeit sowie die Kampagne gegen eine angeblich „kommunistische Unterwanderung“ setzten eine traurige Tradition fort.

Der DGB hat sich demnach seit dem Stahlstreik der krisenhaften Entwicklung angepaßt und sich weitgehend kampfflos der Strategie des Kapitals gebeugt und dabei den eigenen Apparat weiter nach rechts ausgerichtet. Diese Entwicklung schlug sich natürlich auch in der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik, in einem tendenziellen Abrücken von der Forderung nach der 35-Stundenwoche nieder. Rechte Einzelgewerkschaften, die der IG Metall im Stahlstreik schon reserviert bis ablehnend gegenüberstanden, gewannen mit ihren Vorstellungen an Boden, für die nun kräftig beim Kapital — dem diese nicht wehtun sollten — und in den Betrieben — denen man wenigstens einen kleinen Ersatz für die 35-Stundenwoche verkaufen will — geworben wird.

### Gewerkschaftskonzepte zur Arbeitszeitverkürzung

Am aktivsten auf diesem Sektor war in den letzten Jahren zweifellos die NGG mit ihrer „qualitativen Tarifpolitik“, ein Konzept gruppenpolitischer Arbeitszeitverkürzungen. Im Mittelpunkt stehen dabei Erleichterungen für besonders betroffene Arbeiter/innen wie Urlaubverlängerung, zusätzliche Pausen für Schichtarbeiter ab 60 Jahren, zusätzliche Freischichten u.ä. Daß solche Regelungen für die jeweils Begünstigten z.T. eine erhebliche Verbesserung ihrer Situation bedeuten, steht außer Frage. Insgesamt gesehen sind die möglichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt allerdings so gering, daß es sich hier keinesfalls um Ersatzlösungen für allgemeine Arbeitszeitverkürzung handeln kann. Am dem NGG-Konzept ist somit weniger der Inhalt selbst zu kritisieren, sondern deren Stellenwert in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung insgesamt. Die NGG begreift ihr Modell nicht als mögliche Ergänzung, sondern ausdrücklich als Ersatzlösung zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Mit dieser Akzentuierung distanzierte sich die NGG innerhalb des DGB von der Forderung nach der 35-Stundenwoche. Vor diesem Hintergrund konnte es nicht verwundern, daß die NGG eine vorantreibende Kraft in Sachen Tarifrente war.

Es dürfte ebenfalls kaum überraschen, daß inzwischen mit der IG Chemie eine zweite Gewerkschaft aus dem Rechtsaußenflug des DGB auf diese Schiene auffährt. Die IG Chemie hat bereits bei der diesjährigen Tarifrunde versucht, ihr eigene Tarifrentenmodell durchzusetzen. Nachdem sie damit vorerst gescheitert war, wandte sie sich einem gemeinsamen Brief mit der NGG

an die Bundesregierung, mit der Aufforderung nach Schaffung eines „Rahmengesetzes“ zur Verwirklichung der Tarifrente. Dieser Alleingang war schon deshalb besonders provokativ, als er nur wenige Wochen nach dem DGB-Bundeskongreß gesendet wurde, der die 35-Stundenwoche als gewerkschaftliches Ziel erneut festgehalten hat, zumindest auf dem Papier.

### Wie sind die Karten verteilt?

Eine zeitliche Zuspitzung findet die Diskussion um die 35-Stundenwoche vor dem Hintergrund, daß für das Jahr 1984 neben der IG Metall auch für die Gewerkschaften Druck und Papier, Holz und Kunststoffe sowie für die HBV Manteltarifverhandlungen anstehen, bei denen es auch bzw. vorrangig um Arbeitszeitverkürzung geht. So wie es aussieht, werden NGG und IG Chemie versuchen, vorher eine Entscheidung für ihr Modell zu erzwingen. Interessant ist die Konstellation für 1984 deshalb, da es sich hier namentlich um die Gewerkschaften handelt, die ohne Frage dem „linken“ Gewerkschaftsspektrum zuzuordnen sind, allein aber nicht die Kraft haben, einen Durchbruch in Richtung 35-Stundenwoche zu erzielen. Entscheidend für das Ergebnis wird also wieder einmal die Rolle der IG Metall sein.

Hier ergibt sich momentan etwa folgendes Bild: Die IG Metall wird sich wieder einmal die Rolle der IG Metall sein.

Hier ergibt sich momentan etwa folgender Stand. Der IGM-Gewerkschaftstag 1980 hat in seiner Entscheidung die 35-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich als wichtigsten Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeiten beantragt. Ein Antrag, „schon jetzt die notwendige Aufklärung der Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit zur entsprechenden Berufsausbildung durchzuführen“ wurde vom Vorstand abgelehnt. Auf einer Klausurtagung des IGM-Vorstands im September 1981 sprach dieser sich dafür aus, im Rahmen der Lohnrunde 1982 eine tarifliche Senkung des Rentenalters zu fordern. Dieser Textbaustein wurde bald darauf wieder zurückgezogen. Allerdings zeigte er, daß es innerhalb der IGM-Führung offensichtlich einen eindeutigen Mehrheitsflug gegen die 35-Stundenwoche gibt, der auf diesem Weg die Reaktion seiner Mitglieder isolieren wollte.

Im April und Juni dieses Jahres gab es zwei weitere Klausurtagungen zur Schwerpunktsetzung in der Tarifpolitik. In einem Papst, über das der IGM-Vorstand am 20. bis 23. September beschloß, spricht er sich nicht grundsätzlich gegen die Tarifrente aus, diese solle nur nicht „isoliert“ gefordert werden, auch dürfe es keine Festschreibung der Wochenarbeitszeit geben.

Wie die IGM-Führung dies alles nun unter einem Hut bringen will, muß sich zeigen. Es ist aber ganz offensichtlich, daß für den IGM-Vorstand der Ausstieg aus der Kampffront um die 35-Stundenwoche bereits lang — wenn nicht schon nach dem Stahlstreik — beschlossene Sache ist und es jetzt lediglich um taktische Rückzugsrouten geht, um dabei nicht allzu viel Federn zu lassen. Hier hat allerdings die Mitgliedschaft auch noch ein Wortchen mitzureden.

## Was bringt die 35-Stunden Woche?

Angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit ist die Diskussion um die 35-Stundenwoche nicht nur ein politisches, sondern auch ein wirtschaftliches Problem.

Das statistische Institut der Bundesregierung hat nach Berechnungen davon aus, daß eine Wochenarbeitszeitverkürzung zu 13% durch Streikung der Produktivität, zu 33% durch Überstunden und zu 33% durch Neueinstellungen ausgeglichen werden würden. Ältere Untersuchungen des Ifo-Instituts belegen, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung von 5% (wöchentlich oder jährlich) im Durchschnitt etwa die Hälfte der rechnerisch möglichen Neueinstellungen auch tatsächlich ausgeführt werden. Eine Untersuchung über die Wochenarbeitszeitverkürzung in Österreich ergab, daß kurzfristig 50% durch Streikung der Produktivität, 25% durch Überstunden und weitere 25% durch Neueinstellungen ausgeglichen wurden. Schon die Unterschiedlichkeit dieser Berechnungen zeigt ihre Problematik.

Überstunden und Streikung der Produktivität sind in der Diskussion um die 35-Stundenwoche schon der Unterschiedlichkeit dieser Berechnungen zeigt ihre Problematik. Die Chancen der Kapitalisten, Arbeitszeitverkürzungen durch Rationalisierungen aufzufangen, dürfen höchstens unterschiedlich und kaum zu erreichen sein, zumal die Arbeitszeit nur einer der bestimmenden Faktoren ist.

Von Bedeutung wäre mit Sicherheit ein Ausweichversuch durch die Ausweitung von Metreben der in stahlspezifischen Vorhaben getrieben und deren Streikung kaum ein gesetzlicher Schranken stellen wird. Die gewerkschaftliche Grenzlinie einer beschäftigungsorientierten Arbeitszeitpolitik liegt auf der Hand, zumal wenn diese nicht einige Betrag in die umfängliche gewerkschaftliche Konzept und ständiger Maßnahmen „Rationalisierungsmaßnahmen“ Verknüpfung offener Aufträge und Jobs müssen an Arbeitsplätze garantieren. Verbot von Leih- und Mehrfachbeschäftigung.

Angesichts der anhaltenden Krise und einer eher noch krisenorientierten Wende in der nationalen Situation wäre eine Neuaufstellung eines von Arbeitszeitverkürzung Maßnahmen eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten. Da selbst maximale Verkürzung der Arbeitszeit nie wirklich die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise nicht zu brechen vermögen, jedoch in der direkten Vergleich mit allen anderen gewerkschaftlichen Modellen zur Arbeitszeitverkürzung der Beschäftigungseffekt bei der Wochenarbeitszeitverkürzung mit Abstand am größten ist und die Flexibilität und Mobilität in der kapitalistischen Arbeitsverflechtung zumindest in Ansätzen ein wenig in Frage stellen könnte. Das ist der Grund, weshalb wegen der Abkehr der Westeuropäer von der Arbeitszeitverkürzung an oberster Stelle der Arbeitszeit der Kapitalisten steht.

Gerade deshalb wird die Forderung nach der 35-Stundenwoche durch inneren Willen der Gewerkschaften zu einem wesentlichen Bestandteil der Kampfstrategie werden.



# Die Arbeitsplatzpolitik des Kapitals

Nach seiner Reise im Juli 1980 nach Japan brachte Lambdorff den Arbeitern und Angestellten die Empfehlung mit, nicht weiter, sondern zukünftig mehr und schneller zu arbeiten. Diese provokatorische Äußerung stellte in aller Deutlichkeit die Richtung der Arbeitszeitpolitik der Herrschenden für die kommenden Jahre dar und war gleichzeitig eine deutliche Kampfansage gegen jede von Seiten der Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung, die diesen grundsätzlichen Erwägungen zuwider läuft. Gemeint war damit natürlich auch das Thema 35-Stundenwoche.

Das Kapital befürchtet durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsmöglichkeiten und Flexibilität der betrieblichen Personalpolitik. Die „Zeitsouveränität“ des Kapitals ist auch der Kernbestandteil des „Tabukatalogs“.

Hauptangriffspunkt ist eine etwaige Einschränkung der Überstunden durch eine Neuaufstellung der Normalarbeitszeit von 40 Stunden und die restriktive Regelung für darüber hinausgehende Mehrarbeit bzw. durch absolute Grenzen und Regelungen tariflicher Überstunden oder Genehmigungen durch die Gewerbeaufsicht (vgl. „Pressebericht der deutschen Arbeitgeber“, 12.9.1978).

Dabei richten sich die Kapitalisten in erster Linie gegen eine Novellierung des gesetzlichen Arbeitsrechts (Arbeitszeitordnung — AZO), gegen eine gesetzliche Begrenzung ihrer „Zeitsouveränität“.

Wohlwollend äußern sie sich über den derzeitigen Zustand und plädieren für dessen Beibehaltung: „Die Tarifvertragsparteien haben den gesetzlichen Rahmen (...) in vielfacher Weise ausgefüllt und dabei vor allem branchenspezifische Bedürfnisse berücksichtigt. Sie haben den meisten Rahmen (...) aber nicht nur einschränkend ausgefüllt, sondern vor der Möglichkeit der Arbeitszeitverlängerung Gebrauch gemacht. Insgesamt ist auf diese Weise genügend Flexibilität für die Bedürfnisse der Praxis gewahrt“ („Arbeitgeber“, 1978, S.20).

Unter allen Varianten der von Seiten der Gewerkschaften diskutierten Arbeitszeitverkürzung neigen die Kapitalisten lediglich zur Befürwortung der Herabsetzung der flexiblen Rentengrenzlinie. Hieraus ergeben sich keine Erfordernisse zur betrieblichen Umstellung und keine zusätzlichen Personalkosten durch Mehrbeschäftigung, da die Kostenträgerschaft bei der gesetzlichen Rentenversicherung liegt („Handelsblatt“, 9.5.1977). In der Zwischenzeit dürften die Kapitalisten mehr einer Zwischenlösung zuneigen, wie sie aktuell von CDU und FDP in Form einer „Übergangsrente“ in die Diskussion gebracht wurden. Ihre grundsätzliche Einstellung ist, dass diese Rente auch nur ein gesetzlich-tarifvertragliches

Rentenmodell, wie es häufig in einem Brief von Hauenach und Döding von der Bundesregierung gefordert wurde, sieht das Kapital relativ gelassen gegenüber, solange sich hieraus keine Einstellungsgarantien und zusätzliche Kosten ergeben. Allen anderen Varianten wird folgerichtig entgegengehalten, dass diese die Investitionskraft und Wettbewerbsfähigkeit mindern, wodurch eine weitere Gefährdung der Arbeitsplätze zu erwarten ist. Die Einschränkung dieser Kosten auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten sei denn auch der richtige Weg zur Arbeitsplatzsicherung. Auf dieser Welle reiten denn auch die Propagandisten des Kapitals schon seit längerem Zeit.

## Die Devise: Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze

Neben der allgemeinen Begleitmusik zu den letzten Tarifrunden, entwerfen die Propagandisten und Vordenker des Kapitals direkt stemmende „Denk-“ und „Argumentationsmuster“ für den angeblichen Erhalt der Arbeitsplätze. Eine neue „Modellrechnung“ des Kiezer Instituts für Weltwirtschaft hat zum Ergebnis, daß bei einer Senkung des Reallohns (insbesondere bei den „weniger Qualifizierten“) von nur einem Prozent im ersten Jahr 80.000 und im zweiten und dritten Jahr sogar 145.000 bzw. 165.000 Arbeitsplätze neu geschaffen würden, so daß sich ein angeblicher Arbeitsplatzfortschritt von insgesamt 400.000 ergebe. Eine „Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft“ (ein Zusammenschluß kapitalistischer Wissenschaftler aus verschiedenen Instituten) plädiert für eine wesentliche Verlängerung der Laufzeit von Tarifverträgen. Ihr jüngster Vorschlag: Einfrieren der Tariflöhne „bis die Arbeitslosenquote wieder den Durchschnitt der sechziger Jahre erreicht hat“ (zitiert nach „FAZ“, 10.4.82). Auf den ersten Blick möchte man diese Überlegungen als Produkt hirnloser Bourgeoisphantasien abstampfen. Tatsächlich aber greift die in ihrem realen Kern eine in den letzten Tarifrunden eingeleitete Entwicklung des Reallohnabbaus auf und treibt sie gedanklich auf die Spitze. In dem System der Zwangsgleichrichtung gegen Ende der Weimarer Republik sowie des faktischen Lohnstopps während der Zeit des Faschismus finden diese Gedanken durchaus ihr realpolitisches geschichtliches Vorbild. Langfristig beurteilt scheinen diese Vorstellungen so abwegig gar nicht zu sein, zumindest zeigen sie unmißverständlich, in welche Richtung die Kapitalisten den Gang der Dinge entwickeln wollen.

Die Kapitalisten den Gang der Dinge entwickeln wollen.

## Die „neue Arbeitszeitpolitik“ des Kapitals — Arbeitszeitverkürzung doch kein Tabu?

Die Anpassung durch flexible Arbeitszeiten von Teilen der Belegschaft an wechselnde Wirtschaftsbedingungen geschieht nicht nur nach oben durch Mehrarbeit, des „Geg-

gepol“ dazu bildet Kurzarbeit und Teilzeitarbeit. Teilzeitarbeit ist in den letzten Jahren zum systematischen Bestandteil unternehmerischer Arbeitszeitpolitik geworden: Zwischen 1970 und 1977 stieg die Zahl der teilzeitebeschäftigten Frauen um 342.000 auf 2,3 Millionen. Heute (Stand 1981) arbeiten etwa 15% aller Beschäftigten (33% der Frauen und 4% der Männer) teilzeitig. Die Tendenz bleibt steigend: Nach einer Untersuchung der Institute IAB/ifo vom November 1977 helfen sich aus weiteren 800.000 Vollarbeitsplätzen Teilzeiteinstellungen machen („die zeitliche“, 7/8 1980).

Teilzeitarbeit ist angesichts der realen Situation in der BRD für viele Frauen die einzige Möglichkeit zur Berufstätigkeit überhaupt. Sie bedeutet aber gleichwohl keine echte Arbeitszeitverkürzung, sondern „freiwillige“ Kurzarbeit ohne jeden Lohnausgleich. Teilzeitarbeitsplätze sind nicht neu geschaffene Arbeitsplätze, sie entstehen fast ausschließlich durch Teilung „ganzer“ Arbeitsplätze. Im Einzelhandel sind in den letzten Jahren beispielsweise 140.000 Vollarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt worden; hier wird in der Zukunft mit 85% Teilzeitarbeit gerechnet.

Teilzeitarbeit erlaubt eine weitaus intensiveren Ausnutzung der Arbeitskraft im Verhältnis zur Arbeitsdauer, außerdem ist die arbeits- und sozialrechtliche Lage der so Beschäftigten ungünstiger. Die Lage der Arbeiterinnen richtet sich in der Regel nach dem Ermessen der Kapitalisten. Extremes Beispiel ist die besonders im Einzelhandel zunehmende „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“ (Kaporatz), wonach ein bestimmtes Arbeitspensum — z.B. für ein Jahr — garantiert wird, Dauer und Umfang des Arbeitspensums kurzfristig allein vom Kapitalisten freigelegt werden. Frauen müssen so ständig abrufbereit sein, um dann zu den entsprechenden Stoßzeiten voll einsetzbar zu sein.

Auch das „Job-Sharing“ gehört zum Arsenal kapitalistischer Arbeitszeitpolitik. Hierbei teilen sich zwei Partner einen Arbeitsplatz und müssen gemeinsam für seine ständige Besetzung garantieren, auch das „Job-Sharing“ erhöht die Ausbeutung der Arbeitskraft.

Teilzeitarbeit wird besonders von der Bundesanstalt für Arbeit als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesehen. Seitens der Kapitalisten bestehen derzeit noch gewisse „Vorbehalte“ gegen eine starke Ausweitung der Teilzeitarbeit, da diese gewisse zusätzliche Kosten verursachen. Es dürfte kaum überraschen, daß bei zukünftigen Auseinandersetzungen um die 35-Stundenwoche die Teilzeitarbeit als „Ersatz“ angeboten und u.U. auch staatlich subventioniert wird. Eine entsprechende allgemeine Empfehlung sei als „Ersatz“ angeboten und u.U. auch staatlich subventioniert wird. Eine entsprechende allgemeine Empfehlung sei als „Ersatz“ angeboten und u.U. auch staatlich subventioniert wird.

Es besteht also kein Zweifel darüber, daß die Kapitalisten der Forderung nach der 35-Stundenwoche nur aus dem kassierten „Nein“ ihres „Tabukatalogs“ entgegenhalten, sondern sie verfügen über eine eigene, ganz allein auf ihre Profitmaximierung ausgerichtete Arbeitszeitstrategie, die sich weitgehend gewerkschaftlichem Einfluß entzieht.

# Der Weg 8-Stunden-Tag

1886 auf dem Genfer Kongreß der internationalen Arbeiterassoziationen wurde der 8-Stunden-Tag zu einer Hauptforderung der sozialistischen Arbeiterbewegung erklärt und sich dem Brüsseler Kongreß der sozialistischen Internationalen 1899 als Hauptziel des I. Mai als weltweitem Kampf der Arbeiterklasse erklärt. In Deutschland wurde der 8-Stunden-Tag 1918 eingeführt als Zugeständnis der Kapitalisten gegenüber der heranwachsenden Revolution. Der Großindustrielle Thyssen bezeichnete seinerzeit in einem Brief an den Reichskanzler den 8-Stunden-Tag als „das Unglücklichste, was uns die

Begleitet von einer Kampagne des DOB unter der beliebigen Parole „Samstag gehört Völl mir“ kam es zu ersten Ergänzungen. Am 25. Juli 1936 schloß die IG Metall mit Gesamtmetall das „Bremer Abkommen“, worin ab dem 1.10.1937 für die Metallindustrie die 45-Stundenwoche vereinbart wurde. In einem weiteren Abkommen bis Januar 1967 wurde für den Organisationsbereich der IG Metall die 40-Stundenwoche in Kraft gesetzt. Dies hatte Vorreiterfunktion für die übrigen Branchen. 1958 war gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt die 45-Stundenwoche erreicht, ab 1966 die 44-Stundenwoche. 1967 galt für fast 35% der Beschäftigten die 40-Stundenwoche, 1972 für 70%.

Seit ihrer Gültigkeit ab 1973 auch im Bereich des öffentlichen Dienstes kann die 40-Stundenwoche als weitgehend durchgesetzt gelten.

Besonderes Kennzeichen der Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung ab den 50er Jahren war, daß sie praktisch ohne klassenkämpferische Auseinandersetzungen erreicht wurde. „Dieser Vorgang ist nur vor dem Hintergrund der spezifischen westdeutschen Nachkriegsentwicklung zu verstehen, als die Unternehmer für die Einbindung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in das kapitalistische System zu massiven Zugeständnissen bereit und aufgrund des ökonomischen Aufschwungs auch in der Lage waren“ (O. Hantsch, „Ziel: 35 Stunden“).

Zweifellos bedeutet die Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung einen gesellschaftspolitischen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit, wo der kapitalistische Wille nach Ausbeutung der Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters kaum Grenzen gesetzt waren.

Immerhin ist neben der Begrenzung des Arbeitstages heute ein arbeitsfreier Samstag fast genauso die Regel, wie ein längerer Urlaub. Andererseits darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Kapital heute eine ganze Palette anderer Möglichkeiten zur Verfügung steht, den Produktionsablauf zu effektivieren und die Arbeitslast zu erhöhen. Immerhin sind die wachsende Zahl von Berufskrankheiten und Frühinvalidität Beweise dafür, daß trotz Arbeitszeitverkürzung der Raubbau an menschlicher Arbeitskraft und Gesundheit wieder voranschreitet.

Die Gewerkschaften können heute zwar auf den Erfolg eines tarifvertraglichen 8-Stundentages sowie die garantierte 5-Tagewoche verweisen; die Ausdehnung von Schicht-, Leih-, Kurz- und Teilzeitarbeit als Mittel der Arbeitsintensivierung entzieht sich aber nach wie vor ebenso weitgehend gewerkschaftlichem Einfluß, wie die Ausdehnung des Arbeitstages durch Mehrarbeit. Der Grund für letzteres liegt ganz einfach darin, daß die Gewerkschaften parallel zur tariflichen auf eine gesetzliche Festsetzung des 8-Stundentages sowie die Einschränkung von Mehrarbeit verzichtet haben. Reine rechtlich gesehen hat die tarifvertragliche Arbeitszeitregelung gegenüber dem alten Zustand nichts geändert: Nach wie vor ist die faktische Arbeitszeitordnung von 1938 in Kraft, wie gerade jüngst in höchst richtiger Instanz bestätigt wurde. Nur vor diesem Hintergrund und die tarifvertraglichen Zugeständnisse des Kapitals in den 50er bis 70er Jahren zu verstehen: Sie haben sich ihre „Flexibilität“ bei der Arbeitszeitgestaltung er-



Revolution bringen konnte“. Die ganze Aufmerksamkeit der Herrschenden war von da an auf dessen Beseitigung gelegt worden.

Von Seiten der Gewerkschaften war hier kaum eine ernste Gegnerschaft zu befeuern, nachdem sich der ADGB-Vorstand Leipzig prinzipiell gegen eine „schablonenhafte Regelung der Arbeitszeit“ ausgesprochen hatte, „die die wirklichen Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens ignoriert“. Mit Zustimmung der Sozialdemokratie kam nach dem endgültigen Abwürgen der Revolution ein Gesetz zustande, wonach zwar formal an der 48-Stundenwoche festgehalten wurde, eine tarifliche oder gesetzliche Überhöhung „im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung der Produktion“ vorgezogen war. Nach einem entsprechenden Ermächtigungsgesetz und einer Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923 konnten die Arbeiter über die Höchstarbeitszeit von acht Stunden hinaus „an dreißig der Wahl der Arbeitgeber überlassenen Tagen im Jahre mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden“ beschäftigt werden.

Auf dieser Regelung basierte dann auch die von den Nazis 1938 in Kraft gesetzte Arbeitszeitordnung auf, die ebenso von der 48-Stundenwoche ausging und „an dreißig Tagen im Jahr“ eine Arbeitszeit von täglich 10 Stunden sowie weitere „Ausnahmen“ zuließ.

In der Zeit von 1924 bis 1926 lagen die durchschnittlichen Arbeitszeiten wieder bei ca. 50 Stunden die Woche und sanken während der Wirtschaftskrise nach 1929 bis auf 41,3 Stunden im Jahre 1932. Vor dem Hintergrund katastrophaler Massenverelendung und Kurzarbeit vertrat der ADGB dann erstmals wieder eine Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden. Ein Lohnausgleich wurde zwar als „wünschenswert“, jedoch nicht als unabdingbar gefordert, so daß dieser Plan letztlich auf eine gesamtwirtschaftlich verallgemeinerte Kurzarbeit hinauslief.

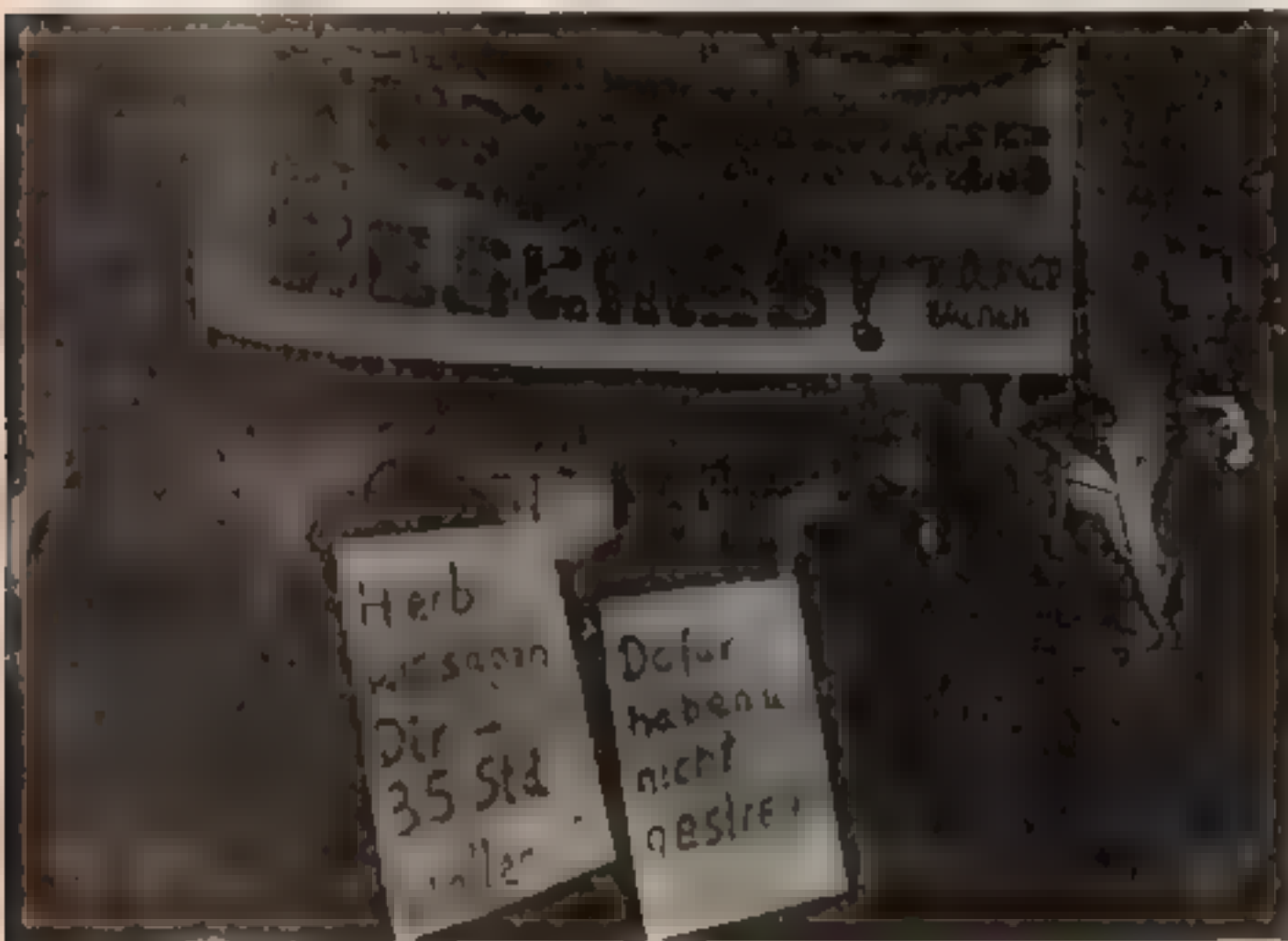
Nach einer erneuten Ausdehnung der Arbeitszeit auf durchschnittlich 50 Stunden während der Zeit des Faschismus gab es bis zur Mitte der 50er Jahre (wenn man die Aufhebung der Kriegsarbeitszeit außer acht läßt) keine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, wenigstens die Zahl der Urlaubstage und der gesetzlichen Feiertage erhöht wurden.

Erstmals wieder auf dem dritten Bundeskongreß und anläßlich des 1. Mai 1955 erhob der DGB die Forderung nach der 5-Tagewoche mit einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden.

„Die Schlacht um 35 Stunden — Eine Sammlung von Quellen und Materialien aus dem 150-jährigen Kampf der Arbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit“ nennt sich eine Broschüre, die der „Arbeitskreis 35 Stunden-Woche“ in der „Initiative Soziale Sicherheit“ jetzt herausbringt.

Die Broschüre hat ca. 60 Seiten und kostet 4 bis 5 DM. Zu bestellen über:

Initiative Soziale Sicherheit  
c/o DGB, Postfach 10 15 15  
1000 Berlin 15





## 40 Stunden-Woche und die Wirklichkeit

1979 lag die Zeit der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden gesamtwirtschaftlich bei 42,6 Stunden, d. h. jährlich wurden durchschnittlich 109 Überstunden geleistet. Im internationalen Vergleich wird die BRD in Westeuropa nur noch von Großbritannien, Irland und Island überboten, während die tatsächliche Arbeitszeit z. B. in Dänemark bei 33 oder in Belgien sogar bei 31,3 Stunden im Vergleichsjahr lag. Diese Zahlen werden noch dadurch „geschönt“, daß es sich um gesamtwirtschaftliche Zahlen handelt, d. h. unter Hinzurechnung z. B. auch von Teilzeit- und Kurzarbeit. Zwei kürzlich auf Grundlage von Repräsentativumfragen erstellte Studien geben ein noch genaueres Bild über den Umfang der tatsächlich geleisteten Überstunden. Befragt wurden Arbeiter in 25 Betrieben der IGM-Verwaltungsgastelle Bremen/Bremerhaven nach ihrer Arbeitszeit. Etwa ein Drittel der Befragten gab an, Schichtarbeit zu leisten. 48% der Befragten machten Überstunden und über die Hälfte von ihnen (58%) kommen auf bis zu 20 Überstunden monatlich; mehr als ein Viertel, nämlich 27%, machen bis zu 40 und immerhin 10% mehr als 40 Überstunden. 31% haben regelmäßig einen 10-Stundentag, 43% arbeiten regelmäßig oder öfter auch Samstags. Nur 26% gaben an, im Vergleich zu 1979 im Jahr 1980 weniger Überstunden zu leisten; bei 38% ist sie gleichgeblieben, bei 20% gestiegen.

Ausgerechnet Nacht- und Schichtarbeiter leisten besonders häufig Überstunden. In einem Drittel der Betriebe mit Nachtschichtsystem wurden Arbeiter zu Überstunden herangezogen. Für 22% der Nachtschichtarbeiter, die Überstunden leisten, verlängert sich dadurch die Schicht auf neun Stunden, für 48% auf zehn Stunden. 22% leisteten 12-stündige Nachtschichten und 2% arbeiteten nachts noch länger (aus „35 Stunden sind genug“, Peter Barthelemy).

Die gültige Arbeitszeitordnung ermöglicht den Kapitalisten, unabhängig von der tariflichen Wochenarbeitszeit die Arbeitszeit weitgehend an ihren betrieblichen Belangen zu orientieren und gegebenenfalls auszuweiten. Die entsprechenden Überstundenzuschläge sind für die Kapitalisten weitaus billiger als die Kosten aus Neueinstellungen. Mehrarbeit trägt somit dazu bei, die Massenarbeitslosigkeit zu verschärfen; rein rechnerisch entsprach die 1978 geleistete Mehrarbeit 1,7 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen (1977: 1,9 Mio.; 1979: 1,3 Mio.). Schon die Eindämmung der Überstunden auf das Niveau von 1963 oder 1961 würde die Nachfrage nach Arbeitskräften um ca. 600.000 verringern (mensius, „WSt-Mitteilungen“, 4/78).

Neben der Anwendung von Überstunden werden im wachsenden Umfang zur Bewältigung saisonal oder konjunkturell anfallender Mehrarbeit ganze Arbeitskolonnen von Fremdfirmen angeheuert. „Leih-“ oder „Zeitarbeitsfirmen“ feiern in der jetzigen Krise Hochkonjunktur und ermöglichen den Kapitalisten zusätzlich betriebliche Kosten zu senken und die Personaldecke erheblich zu reduzieren. Mit der Legalisierung moderner Form des Kavenhandels ist heute eine zweite Front der industriellen Reservearmee geschaffen worden, die jederzeit abrufbar und flexibel einsetzbar ist, ohne auf die Arbeitslosen zurückgreifen zu müssen.

Es dürfte unumstritten sein, daß bei einem gesetzlichen Verbot von Überstunden und Leiharbeit schlagartig eine Beschäftigungslücke entstehen würde, die alle arbeitsmarktpolitischen Effekte anderer Modelle (etwa von Arbeitszeitverkürzung) weit in den Schatten stellt.

Von diesem Hintergrund scheint es also ganz und gar angebracht zu sein, neben dem tarifvertraglichen Kampf um Arbeitszeitverkürzung auch entsprechende Forderungen an den Staat zu stellen. Hiermit soll keineswegs für eine Schwerpunktverlagerung des gewerkschaftlichen Kampfes plädiert werden, sondern für dessen Erweiterung. Die Änderung der Arbeitszeitordnung und ein staatliches Verbot von Leiharbeit müssen als Forderung auf die Tagesordnung.

## Verzicht auf vollen Lohnausgleich — Ein Schritt zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung?

Spätestens seit dem Stahlarbeiterstreik Ende 1978 gehört die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum unbestrittenen Allgemeingut aller linken Gruppierungen. Häufig wurde diese Forderung sogar recht plakativ zur Lösung aller möglichen Probleme empfohlen, wie z. B. von den Grünen bei der Dortmunder „Stahlwerk jetzt“-Auseinandersetzung. Wenn aus 1983/84 wesentliche Manteltarifverträge, die die 40-Stunden-Woche festschreiben, auslaufen, stellt sich in den Gewerkschaften die Frage, ob der Kampf um diese epochale Forderung aufgenommen oder alternativ auf leichter durchsetzbare Forderungen wie Verkürzung der Lebensarbeitszeit orientiert werden soll. In den Gewerkschaften ist diese Auseinandersetzung noch nicht entschieden, und es wäre die Aufgabe von Linken, in dieser Debatte laity zu werden.

In dieser Situation macht aus ein Papier der Arbeitsgruppe Wirtschaft der Bielefelder Grünen, das als Diskussionsgrundlage zum bundesweiten Wirtschaftstreffen der Grünen im Juni dient, von sich reden.

Ausgangspunkt der Überlegungen der Grünen sind zwei Feststellungen: Zum einen habe eine Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung entscheidende Bedeutung für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die durch eine Tendenz zur „Spaltung der Gesellschaft“ in Arbeitsplatzbesitzer und sozial Deklassierte gekennzeichnet sei. Die Beschäftigten seien auf Bestandsicherung fixiert und würden deshalb der umweltzerstörerischen Wachstumspolitik nicht entgegenwirken, während den Ausgeklügelten Selbstbewußtsein und politische Kraft zum Widerstand fehle. Aus dieser Situationsbeschreibung folgt die zweite Feststellung der Grünen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und ihrer Folgen sei eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht durchsetzbar. Die Grünen empfehlen deshalb

Folgen sei eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht durchsetzbar. Die Grünen empfehlen deshalb ein Zwei-Phasen-Modell: Zunächst müsse eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durch den Arbeitgeber durchgesetzt werden, die die Arbeitslosigkeit verringere; dies würde „Anbietermacht am Arbeitsmarkt“ schaffen, die das Kräfteverhältnis für eine anschließende Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verbessere.

Bestehen die Grünen bisher nur mit alternativen Wirtschaftskonzepten, so scheinen jetzt auch alternative Klassenkampfmodelle populär zu werden. Daß eine 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich eher realisierbar sei, ist zunächst nur eine Behauptung. Schließlich ist schon die IGM im Stahlstreik '78 mit ihrem Konzept, „nach einer auskömmlichen Arbeitszeitverkürzung auch etwas Kosten zu lassen“, indem sie eine — damals — niedrige Lohnforderung von 5% aufstellte, nicht

durchgekommen. Den Kapitalisten ging es damals nicht nur ums Geld, sondern auch darum, den aus Rationalisierungsgründen für notwendig erachteten Arbeitsplatzabbau weiter ungestört vorantreiben zu können. Auch dürften es nicht ausschließlich finanzielle Überlegungen gewesen sein, die die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände 1979 dazu bewog, in ihrem „Tabu-Katalog“ die Verkürzung der Arbeitszeit unter 40 Stunden als „keinesfalls zu verantworten“ zu bezeichnen.

Man kann also nicht unbedingt davon ausgehen, daß ein Verzicht auf Lohnausgleich die Durchsetzungschancen der 35-Stunden-Woche bei den Kapitalisten verbessert, zumal wenn man erklärt, das strategische Ziel sei, die „Anbietermacht am Arbeitsmarkt“ zu stärken. Man kann aber sicher sein, daß ein Verzicht auf Lohnausgleich, also die Zustimmung zur Verringerung der Lohnsumme, die Bereitschaft der Kollegen, zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche einen mit Risiko und Entbehrungen verbundenen Arbeitskampf auf sich zu nehmen, verringert. Angesichts der ja nicht selten geleisteten freiwilligen Überstunden ist sogar dazu zu rechnen, daß unter derartigen Bedingungen die 35-Stunden-Woche in den Betrieben nicht zum Kampfziel, sondern zum Streitpunkt wurde.

Nun haben die Grünen gegen diese Argumentation vorgebaut: Sie verbinden den Verzicht auf Lohnausgleich durch den Arbeitgeber mit der Forderung nach „differenziertem Einkommensausgleich durch das Steuer- und Sozialversicherungssystem“. Bezücker von Nettoeinkommen bis 1.800 DM sollen für ihren Lohnverlust durch verringerte Steuern bzw. Beiträge zur Sozialversicherung wett entschädigt werden, ab 2.500 DM soll ein progressiv steigender „Solidaritätsbeitrag“ erhoben werden. Diese soziale Abfederung des Lohnverlustes würde die zu erwartende Frontstellung zwischen Kollegen

ben werden. Diese soziale Abfederung des Lohnverlustes würde die zu erwartende Frontstellung zwischen Kollegen, die das Schwerkrieg auf Arbeitszeit bzw. auf Lohn legen, nicht aufheben, da eine Reihe von Beschäftigten mehr als 1.800 DM verdient und somit von Einschnitten des Lebensstandards betroffen wäre. Die Forderung nach einem „Solidaritätsbeitrag“ steht auch im Widerspruch zu der eben noch als Vorteil des Modells gepriesenen leichten Durchsetzbarkeit gegenüber den Kapitalisten, die hier ja zur Kasse gebeten wurden.

Entscheidend ist aber, daß die Verkürzung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und getandem Steuer- und Sozialtarif eine neue Kampffront eröffnet, wo die Durchsetzungschancen außerordentlich schlecht sind. Wenn schon die von den Gewerkschaften geforderte Erstattungsabgabe unter einer sozialliberalen Regierung chancenlos blieb, so dürfte es einem „Solidaritätsbeitrag“

unter einer zu erwartenden CDU-Regierung nicht besser ergehen.

Zur Durchsetzung einer verkürzten Arbeitszeit können die Gewerkschaften gegebenenfalls durch Kampfmaßnahmen Druck machen; ein veränderter Steuertarif ließe sich so nicht durchsetzen, da politische Streiks auch von den Führern der Gewerkschaften als illegal angesehen werden.

Nun behaupten die Grünen nicht nur, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich unrealistisch sei, sie meinen auch, daß so die angestrebten Wirkungen, also eine dra-

Verzicht auf Rationalisierungen bewogen würde. Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren eine gewaltige Rationalisierungswelle gegeben, die auf ganz andere Ursachen (Beitreiben des westdeutschen Kapitals), durch Modernisierungen internationale Wettbewerbsvorsprünge zu erhalten) zurückzuführen ist. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde nur die Folgen der schon vorgenommenen Rationalisierungen teilweise ausgleichen. Negativen Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung könnte am ehesten dadurch entgegengewirkt werden, daß

## Zukunft der Arbeit

### Weg aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung

Der Diskussion und Auseinandersetzung zwischen jenen Kräften, die vorrangig an einer Kritik am Wirtschaftswachstum orientiert sind, und denjenigen, die sich vorrangig für die Verteidigung der Arbeitsplätze und der sozialen Sicherheit einsetzen, dient der Kongreß „Zukunft der Arbeit“, der vom 8. 10. 82 in Bielefeld stattfindet.

Im Aufzug zum Kongreß heißt es: „Ausgehend von der Unfähigkeit des Industriekapitalismus zu einer Wirtschaftswachstum orientierten und den bedürftigen Menschen und der nichtmenschlichen Natur entspricht, setzt sich dieser Kongreß kritisch mit der heutigen Wirtschaft und Arbeitswelt auseinander. Aufgezeigt werden sollen kurz- und langfristige Alternativen, wie unsere Arbeitswelt gestaltet werden kann und ausreichend menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden können, ohne die Zerstörung unserer Erde durch Rüstungsproduktion, Großtechnologien

und grenzenloses Industriefachstum“.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Freitag, 8.10. 20 Uhr Podiumsdiskussion: Zukunft der Arbeit — Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung

Samstag, 9.10. 10 Uhr Plenum zum Thema Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzungskonzeptionen, Umwelt, sinnvolle Arbeit — einhell. Arbeitsgemeinschaften

Sonntag, 10.10. 10 Uhr Podium- und Plenumsdiskussion: Alternativen und Strategien

Anmeldung bis zum 28.9. (Tagungsbeitrag 15 DM) über das Kongreßbüro, Weberstraße 38, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/63641

Zur Vorbereitung auf den Kongreß erscheint ein umfangreicher Reader, der durch Überweisung von 12 DM auf das Konto 344466-305 Pöschel Hannover zu bestellen ist.

stische Reduzierung der Arbeitslosigkeit, nicht erzielt würden.

Bei einer Reduzierung auf 35 Stunden würden die betrieblichen Kosten um 12,5% erhöht, dies würde eine Preiserhöhungswelle und Inflationsdruck zur Folge haben, wodurch die (pro Arbeitsstunde) erhöhten Löhne wieder aufgezehrt würden. Gleichzeitig würde diese Verkürzung der Arbeitskraft Rationalisierungsinvestitionen zur Folge haben, die wiederum Arbeitsplatzvernichten. Der öffentliche Beschäftigungssektor würde auf die erhöhten Lohnkosten mit „Erhöhung der Investitionsneutralen (indirekten Verbrauchs-)Steuern“ einseitig, Leistungsbeschränkungen, Rationalisierung und Stellenabbau andererseits

Derartige Gefahren sind nicht von der Hand zu weisen, aber es ist höchst fragwürdig, daß ein Verzicht auf Lohnausgleich die Kapitalisten zu einem

die Verkürzung der Arbeitszeit tarifvertraglich mit einem Innerbetriebli-

die Verkürzung der Arbeitszeit tarifvertraglich mit einem Innerbetrieblichen Schutz vor Rationalisierungen sowie mit der Verpflichtung zu einer bestimmten Zahl von Neueinstellungen gekoppelt wird.

Zur Begründung für ihr Konzept einer „Arbeitszeitverkürzung mit alternativem Lohnausgleich“ (Revier) schreiben die Grünen: „Nichts wäre falscher, als gegen tiefpolitische Forderungen aufzutreten, die den Anspruch auf vollen Lohnausgleich erheben. Aber damit Arbeitszeitverkürzung wirklich auf die Tagesordnung kommt, damit sie in einer Größenordnung gedacht wird, die der Arbeitslosigkeit zumindest (und buchstäblich) halbwegs angemessen ist, damit sie in den Rahmen eines gesellschaftspolitischen Konzepts gefaßt wird, dürfen wir bei gewerkschaftlichen Forderungen nicht stehen bleiben“.

Ob die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die Tagesordnung kommt, hängt von der Weichenstellung in den Gewerkschaften in den nächsten Monaten ab. Und ob auch die Gewerkschaften zu dieser epochalen Auseinandersetzung aufgerufen werden, wird vom Druck der Basis abhängig sein. Eine Diskussion über eine eventuelle Bereitschaft zur Lohnsenkung wird sich auf die Basis hinziehend auf die Bereitschaft der Kollegen auswirken, für die 35-Stunden-Woche aktiv zu werden.

Es geht wohl nicht nur darum, daß die Bielefelder Grünen mit ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich die Durchsetzungschancen einer Arbeitszeitverkürzung verbessern wollen. Im Hinblick auf das „gesellschaftspolitische Konzept“, auf „unser Weltbild“, liefert bereits das Stichwort: An sich stehen sich die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich und die Forderung nach einer Abkehr von der „Wachstumsgeellschaft“, „Verkürzung der Arbeitszeit“ etc. diametral gegenüber. Die Bielefelder Grünen versuchen hier, Brücken zu schlagen, wo eine Auseinandersetzung darüber, welchen Weg eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik einschlagen will, notwendig wäre.

Das Papier „Arbeitszeitverkürzung Ein Grundpfeiler alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik“ der Bielefelder Grünen ist abgedruckt im Heft „Zur bundesweiten Wirtschaftswoche“ der Grünen in Leipzig Juni 1981 und nachgedruckt in der „Express“ 7/8 1982.



1. Mai in Hamburg: StM-Kollegen hatten nicht StM



# Big Brother is watching you

## Computer im Einsatz gegen Arbeiter und Angestellte

Daß miteinander verbundene Computer sämtliche Daten über „Terroristen“ und „Extremisten“ sammeln und verarbeiten, gehört seit Jahren zum bundesdeutschen Alltag. Selbstverständlich geht das allen den normalen Staatsbürger überhaupt nichts an, denn schließlich hat er nichts zu verbergen. Und Terrorist ist er sowieso nicht. Inzwischen gehört die „datentechnische Erfassung“ und permanente Beobachtung von Arbeitern und Angestellten allerdings auch in Betrieben und Büros zum normalen Geschehen. Der Computer registriert, wer montags oder freitags überdurchschnittlich fehlt, wer die Pausenpausen übersteht, wer sich gelegentlich in fremden Abteilungen herumtreibt usw. — Wer „Moderne Zeiten“ mit Charly Chaplin gesehen hat, erinnert sich sicher an die Szene, wo Charly sich selbst auf dem WC noch von Fernsehkameras beobachtet findet. Was damals als witzige Übertreibung Hysterie erzeugte, ist inzwischen schon hautnah vorstellbar.

Die allseitige Erfassung Zehntausender Menschen in den Großbetrieben hat sich in den letzten Jahren enorm ausgeweitet. Inzwischen leisten sich auch viele Mittel- und Klein-Betriebe die zunehmend billiger werdende Computer-Technologie zur Erfassung und Überwachung der Beschäftigten.

Über viele Jahre hinweg wurde dieses Thema nur von wenigen Wissenschaftlern, Informatikern, Betriebsräten und Gewerkschaftlern behandelt, die sich im Betrieb mit dieser Problematik auseinandersetzen mußten. Durch den zunehmenden Einsatz betrieblicher „Personalinformationssysteme“ ist das Thema inzwischen aber auch in die Presse gelangt. Besonders die Auseinandersetzungen im Opel-Konzern haben die Diskussion verstärkt in die Öffentlichkeit gebracht.

### Personalinformationssysteme Was ist das eigentlich?

Über den Begriff der Personalinformationssysteme (im folgenden kurz PIS genannt), gibt es ziemlich häufig selbst unter Wissenschaftlern und Informatikern Verständnisschwierigkeiten. Das liegt an der Verschiedenheit dieser Systeme, die sehr unterschiedliche Ausbaustufen haben. Zum anderen kommt dazu, daß oft nur die reine Nutzungsart angegeben wird, aber nicht die Nutzungsmöglichkeiten.

Diese Nutzungsmöglichkeiten kennen oft nur die Hersteller dieser Geräte und die höchste Spitze der Manager der Großbetriebe in der diese Geräte laufen. Mittlerweile ist es auch kein technisches Problem mehr, verschiedene Systeme zusammenzuschließen. Geschätzt wird, daß gegenwärtig ca. 2.000 Systeme in den Betrieben bundesweit arbeiten, wobei die Aufnahmefähigkeit dieser Systeme praktisch unbegrenzt ist und in manchen Firmen bis zu 10.000 Daten pro Beschäftigten gespeichert sind.

2.000 Systeme in den Betrieben bundesweit arbeiten, wobei die Aufnahmefähigkeit dieser Systeme praktisch unbegrenzt ist und in manchen Firmen bis zu 10.000 Daten pro Beschäftigten gespeichert sind.

Um es einmal kurz und knapp darzulegen, wie diese Systeme arbeiten, ein längerer Auszug aus einer Zeitschrift der IG Metall, dem „Gewerkschafter“ Nr. 7-8/82:

„Eine der gängigen, teilweise von PIS-Herstellern verbreiteten Unterscheidungen ist die zwischen „administrativen“ und „dispositiven“ PIS. Das sind einmal Systeme, mit denen ausschließlich die Verwaltungsarbeit in den Personalbüros automatisiert wird, und zum anderen solche, die Entscheidungsunterstützung, also unternehmerische Planungshilfen liefern. Jedoch können alle Systeme von der Technik her so gestaltet werden, daß sie neben der Verwaltungsarbeit auch für die Personalplanung benutzt werden können.“

### Computerdialog

Unterscheidungen gibt es weiter in der Perfektion. Manche Systeme können beispielsweise „nur“ blitzschnell Listen ausdrucken, in denen sämtliche Mitarbeiter nach vorgegebenen Merkmalen aufgeführt sind. Etwa vor einer Kündigungsaktion alle, die nicht länger als fünf Jahre im Betrieb erdient und in der letzten Zeit öfter montags nicht da waren.

Andere Systeme errechnen dem Benutzer darüberhinaus noch automatisch Vor- und Nachteile von Planungsalternativen aus. Wie ein superbegabter Schachspieler „durchdenkt“ der Computer dann die Folgen von verschiedenen Handlungsschritten und nennt die Konsequenzen.

Grundlage für ein leistungsfähiges PIS als Planungsinstrument ist die Datenbanktechnik. Sie ermöglicht im Gegensatz zu der bisherigen EDV-Technik, daß alle Daten im Betrieb nur einmal zentral gespeichert werden und jeweils einzeln abgefragt und mit anderen in Zusammenhänge gestellt werden können. Darum sind die Systeme so

flexibel, die Daten für alle denkbaren Zwecke ohne Mehraufwand zu verwenden.

Der Computer macht die erwünschten Daten so schnell heraus, daß man von „Dialog“ spricht. Antwort und Frage erfolgen praktisch zur gleichen Zeit. Entweder in „one-line“, wobei der Benutzer mit seinem bin- oder ausgabegerät per Datenfernleitung direkt an den Computer angeschlossen ist, oder in „off-line“, das heißt, zwischen beiden ist noch ein Datenträger, etwa eine Lochkarte, geschaltet.

Wesentlich ist auch die große Speicherkapazität auf Magnetbändern oder -platten. Eine Platte beispielsweise kann 50.000 Schreibmaschinenzeilen voll Informationen aufnehmen.

Das Datenbankkonzept ermöglicht also, jederzeit, zentral oder dezentral, ohne hohe Kosten Informationen abzurufen und mit anderen in Verbindung stellen zu können, sie zu verknüpfen.

Richtiger müßten die PIS eigentlich „Personal- und Arbeitsplatzinformationssysteme“ genannt werden. Entwickelte Systeme speichern nämlich systematisch personal- wie auch Arbeitsplatz- und Produktionsdaten.

Richtiger müßten die PIS eigentlich „Personal- und Arbeitsplatzinformationssysteme“ genannt werden. Entwickelte Systeme speichern nämlich systematisch personal- wie auch Arbeitsplatz- und Produktionsdaten.

Spiegelbildlich angeordnet, werden dabei die Merkmale des Personals in der Personaldatenbank denen der Arbeitsplätze in der Arbeitsplatzdatenbank gegenübergestellt. Dadurch werden sogenannte Profilvergiche (siehe Grafik) möglich. Die Daten über Fähigkeiten der Menschen werden mit denen der Anforderungen der Arbeitsplätze „abgeglichen“. Gezielte Arbeitsplatzbeurteilungen oder die Anpassung von Qualifikationsmaßnahmen vor Rationalisierungsmaßnahmen sind ebenso möglich.

### Alle Daten abrufbar

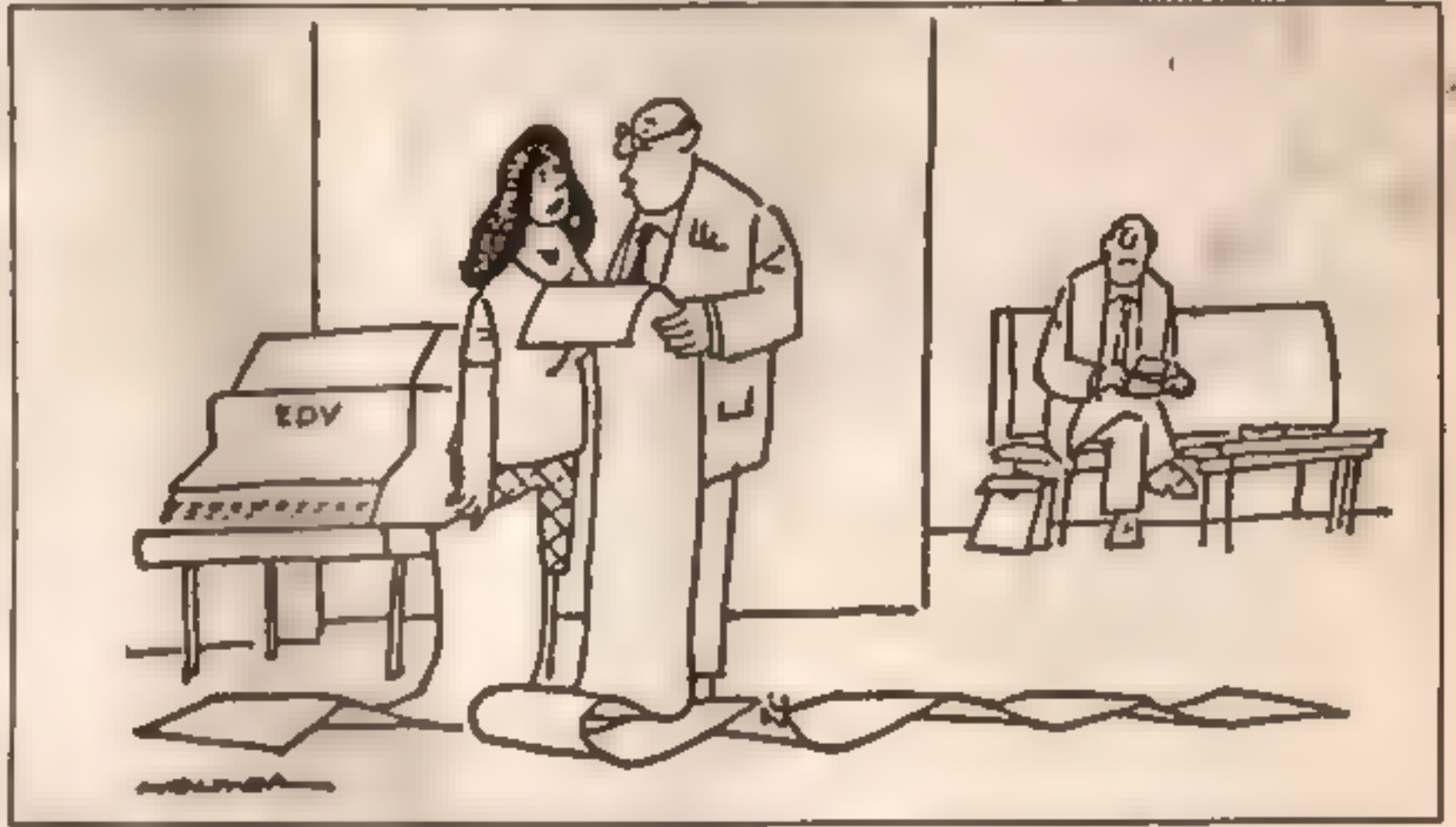
Die Daten, die in PIS typischerweise gespeichert werden, umfassen Arbeitsort, Leistung, Beurteilungen, Kenntnisse, Fähigkeiten geistiger und körperlicher Art, soziales Verhalten, psychische Merkmale.

Von der Dateneinspeicherung über die Lokalisierung, die Punktlichkeit, die Kontinuität bis zur Konzentrationsfähigkeit und den Hobbys ist in PIS alles zu finden. Oft sind sie in vielen einzelnen Dateien, gesonderten EDV-Beständen, gespeichert und werden durch das PIS zusammengefaßt „so, halt sich aus jeder bei Bedarf“, was es braucht.

Die Angaben stammen aus Personalfragebogen, aus werkzeitspezifischen Untersuchungen, psychologischen Tests und anderen Erhebungen, die auf Aussagen der Betroffenen selbst beruhen. Natürlich kann auch der Vorgesetzte befragt werden.

### Immer mehr Computer

Zunehmend verbreiten sich die Kontrollsysteme als Datenfernleitungen, Basis für PIS, Zugangskontrollen, Telefonüberwachung, Betriebsdatenerfassung, Kassen- und Lohnstellenabrechnungssysteme. Oft werden diese



Einen unehrlichen Mitarbeiter können wir nicht gebrauchen; in seiner Bewertung fehlt der Hinweis darauf, daß sein Großbruder 1927 der KPD nahegestanden hat!

einzelnen Systeme durch das PIS nur miteinander verbunden.

Ausgewertet werden die Daten durch Programme, die in einer Methodenbank gespeichert sind. Programme in „Paketen“ zur Erfüllung einer Aufgabe zu kaufen, sind die Schritte für Schritte aufgelassen. Arbeitsanweisungen für den Computer. Der Benutzer gibt lediglich einen Befehl in einfacher Sprache, der den hochkomplizierten Programmablauf steuert.

Nur mit „Geheimworten“, den „passwords“, kann man den Computer zur Arbeit bewegen. Diese „passwords“ eröffnen den berechtigten Personen „Zugriff“ zu bestimmten Datenreihen und Programmen. In großen Unternehmen gibt es Hunderte von Zugriffsberechtigungen, die ein begrenztes Zugriffsrecht haben. An allen Stellen des Betriebes, wo früher Akten oder Karteikassen standen, sind sie über Bildschirm mit dem Computer verbunden.

### Einige Beispiele aus der betrieblichen Praxis

#### Einige Beispiele aus der betrieblichen Praxis

In einem lebenswerten Artikel des „Spiegel“ vom 19.7.82, der sich sehr kritisch mit diesen Systemen auseinandersetzt, werden einige Beispiele aufgeführt, was die Anwendung dieser Systeme in einigen Großbetrieben gebracht hat.

In Nordbayern setzte ein Kapitalist seinen Personalkomputer ein, um die Belegschaft zu verringern. Er brauchte allerdings niemanden zu entlassen. Dafür sorgte sein Computer. Die Mitarbeiter, wie es so schön heißt, waren dem Kapitalisten im Durchschnitt zu alt und auch der Anteil der Frauen war ihm zu hoch. Die meisten älteren Frauen, das ergab die Analyse des Computers, kamen von weit außerhalb der Stadt zum betriebsinternen Werk zum Arbeit. Die Geschäftsleitung schaffte den Bus ab, er sei nicht mehr rentabel, ließ die offizielle Begründung. Die Frauen mußten selber kündigen, da sie jetzt keine Möglichkeit mehr hatten, pünktlich zur Arbeit zu kommen. Gespürt hatte der Kapitalist dabei auch noch den Sozialplan.

Oder ein anderes Beispiel aus dem VW-Konzern. Dort ließ die Personalplanung mit Personalinformationssystemen die Namen aller nicht eingetragenen „Wehrpflichtigen“ ausdrucken. Diese Liste ging ans Kreiswehrersatzamt. Das sorgte dann dafür, daß die Betroffenen zur Bundeswehr geholt wurden. Der VW-Konzern brauchte einige Arbeiter weniger zu entlassen, als vorher ausgetrennt worden war.

In einem Betrieb der Lebensmittelindustrie sollten Entlassungen vorgenommen werden. Das Personalinformationssystem lieferte die Geschäftsleitung auf Knopfdruck die Liste der zu Kündigenden. Aber nicht nur das, der für die Geschäftsleitung günstige Sozialplan war auch gleich fertig, ohne daß der Betriebsrat und die Belegschaft noch einen Einfluß darauf gehabt hätten.

Aber solche Beispiele des „Spiegel“

sind eigentlich nur die Randerscheinungen dieser Systeme.

Der wesentliche Grund zum Einsatz dieser Geräte liegt in der täglichen Überwachung und Kontrolle ganzer Belegschaften. Sei es Akkordarbeit oder analytische Arbeitsplatzbewertung. Waren früher ganze Scharen von Meistern und Abteilungsleitern den ganzen Tag mit der Überwachung und Abrechnung der einzelnen Arbeiten beschäftigt, wird dies heute vom Computer geleistet. Per Knopfdruck kann z. B. die Personalplanung innerhalb von Sekunden ersehen, wie viele und welche Arbeiter an einem Tag zu spät gekommen sind. Oder wie im Fall des Opel-Konzerns, wo automatisch der Name jedes Kollegen aus dem Computer ausgespielt wird, der mehr als 4 mal pro Jahr eine Kurzerkrankung hatte. Der Brief mit einer Verwarnung kommt in den meisten Fällen auch automatisch aus dem Computer, nur der Name des Betroffenen muß noch getippt werden.

Es gibt auch die Möglichkeit, daß das Betreten einer Abteilung nur noch mittels Computerkarten möglich ist. Diese Karten können entweder nur für den

Es gibt auch die Möglichkeit, daß das Betreten einer Abteilung nur noch mittels Computerkarten möglich ist. Diese Karten können entweder nur für eine oder mehrere Abteilungen gebraucht werden. Andere Türen lassen sich dann nicht mit der Karte öffnen. So besteht für viele nicht die Möglichkeit, andere Abteilungen aufzusuchen. Der Computer kann sogar ermitteln, welcher Kollege versucht hat, in welche Abteilung zu kommen. Diese Liste ließe sich unendlich erweitern, es ist nur die Frage, welche Programme dem Computer eingegeben werden.

Die Möglichkeiten dieser Personalinformationssysteme sind praktisch unbegrenzt.

### Die Auseinandersetzungen um die Personalinformationssysteme

Wie schon am Anfang des Artikels geschrieben, war diese Debatte bis vor ca. 2 Jahren einigen Wissenschaftlern, Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären vorbehalten. Mit der immer weiteren Verbreitung, verbunden mit immer größeren Erfassungsmöglichkeiten dieser Anlagen, ist die Diskussion in die Öffentlichkeit gekommen. Auch die größere Aufmerksamkeit gegenüber der neuen Technik usw., auch von Seiten der Ökologebewegung, hat dabei Einfluß gehabt. Es kommt hinzu, daß sich in einigen Großbetrieben fortschrittliche und linke Kollegen in den Betriebsräten durchgesetzt haben, oder doch mehr oder weniger starke Oppositionsgruppen gebildet haben. Während früher bei den „sozialpartnerschaftlichen“ Betriebsräten kein entscheidender Widerstand gegen die Einführung von Personalinformationssystemen entwickelt worden war, hat sich das in einigen Großbetrieben geändert.

Allerdings stehen fortschrittliche und linke Betriebsräte und Gewerkschafter vor einem schwierigen Problem, da der betriebliche Kampf gegen diese Anlagen nicht gerade leicht ist.

Die Geschäftsleitungen der Betriebe haben oft diese Anlagen gegenüber der Belegschaft recht gut „verkauft“, sei es, daß der Lohn schon einige Tage eher ausbezahlt werden kann (da die Anlage schneller arbeitet) oder daß die Kassenabrechnung bargeldlos erfolgt und erst am Monatsende über die Lohnzahlung abgerechnet wird.

Auch wurde und wird oft von Teilen der Belegschaften geäußert: „Kontrolliert wurden wir doch schon immer“, und es ist letztlich auch eine Weltanschauungsfrage, welche und wieviele Dänen der Mensch über sich sammeln und verarbeiten läßt. Gerade dieses noch sehr schwach entwickelte Bewußtsein führt oft zu Antworten von Belegschaftsteilen wie: „Ich habe nichts zu verheimlichen.“

Den Kollegen deutlich zu machen, daß die geschlossene Summe vieler Einzeldaten ein so gefährliches Bild ergibt, ist oft recht schwer. Dazu kommt, daß den Kollegen oft erst nach der Einführung dieser Anlagen an konkreten, nachvollziehbaren Dingen die Gefährlichkeit der Personalinformationssysteme aufzuzeigen ist. Dann ist es oftmals aber schon zu spät.

Es kommt hinzu, daß diejenigen, die diese Anlagen an konkreten, nachvollziehbaren Dingen die Gefährlichkeit der Personalinformationssysteme aufzuzeigen ist. Dann ist es oftmals aber schon zu spät.

Es kommt hinzu, daß diejenigen, die den Kampf gegen diese Anlagen aufnehmen, selber oft wenig Ahnung über die technischen Leistungen und Möglichkeiten haben. Die Informatiker, falls sie nicht für den DGB arbeiten, sind sehr selten kooperativ, wenn es um eine Unterstützung von Betriebsräten usw. gegen diese Systeme geht. Da läuft sich mancher Betriebsrat schon die Hacken ab. Hinzu kommt, daß viele Geschäftsleitungen der Betriebsräten den Sachverständigen vorwerfen und oft erst ein langer Streit vor den Arbeitsgerichten angetragen werden muß, um einen Sachverständigen zu bekommen. Solche Rechtsstreitigkeiten dauern dann oft so lange, daß die Anlage schon lange arbeitet, bevor der Sachverständige kommt. Selbstverständlich für die meisten Kapitalisten ist auch, daß sie ein Mißbestimmungsrecht des Betriebsrates grundsätzlich nicht wollen und wiederum lange Rechtsstreitigkeiten erreichen. Die Kapitalisten hören diese langen Auseinandersetzungen vor den Gerichten nicht an. Sie können in aller Regel in den Betrieben die Fakten nach ihrem Willen schaffen. Zum anderen werden die Probleme zum Teil aus dem Betrieb rausgelagert (in die Gerichte), und die Belegschaften haben immer mehr Schwierigkeiten, überhaupt noch die ganze Auseinandersetzung zu überschauen und etwas gegen diese Systeme zu machen. Für die Rechte der Belegschaften und Betriebsräte, selbst wenn sie voll gegen diese Systeme eingestellt sind, bietet das Betriebsverfassungsgesetz und das Bundesdatenschutzgesetz wenig Möglichkeiten.

Erschwert wird die Arbeit gegen diese Systeme durch die sehr widersprüchliche Haltung des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften. Zwar haben der DGB-Bundeskongress sowie einige Einzelgewerkschaften (wie IG Metall, ÖTV und IG Druck) auf ihren Gewerkschaftstagen die Forderung nach

Erschwert wird die Arbeit gegen diese Systeme durch die sehr widersprüchliche Haltung des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften. Zwar haben der DGB-Bundeskongress sowie einige Einzelgewerkschaften (wie IG Metall, ÖTV und IG Druck) auf ihren Gewerkschaftstagen die Forderung nach



grundsätzlichem Verbot dieser Anlagen beschlossen, aber in der betrieblichen Praxis ist von diesen Beschlüssen nicht viel zu merken. Meist läuft der Rat bzw. die Unterstützung auf die einfache Formel hinaus, diese Systeme mittels Betriebsvereinbarungen zu kontrollieren. Dies wird auch deshalb, weil der DGB selber solche Anlagen hat.

Da aber heute selbst von bürgerlichen Wissenschaftlern und Informatikern zugegeben wird, daß keine weiß, was alles mit diesen Systemen möglich ist, ist schon deshalb eine wirkliche Kontrolle gar nicht möglich (Jedenfalls nicht durch die im System erfahrenen Kollegen! — Ann. Ak.). Wenn überhaupt, können nur Teile dieser Anlagen kontrolliert werden, und auch das ist heute noch nicht eindeutig geklärt.

Aus diesem Grund hat es in vielen Betrieben heftige Diskussionen gegeben und wird es wohl auch noch weiter geben, wie sie sich gegenüber diesen Anlagen verhalten sollen. Einerseits wird argumentiert, wenn diese Anlagen kommen, und sie kommen sicher, dann solle man wenigstens mittels Betriebsvereinbarung eine gewisse Kontrolle ausüben. Dem steht aber gegenüber, daß diese Geräte nicht kontrollierbar sind. Eine weitere Schwierigkeit ist, daß selbst da, wo Betriebsräte diese Anlagen grundsätzlich ablehnen, in der Regel eine Einigungsstelle gebildet wird. (Diese besteht aus mehreren Betriebsräten und Vertretern der Kapitalisten sowie einem „neutralen“ Vorsitzenden.) In diesen Einigungsstellen kommt schließlich ein „Kompromiß“ heraus: Es geht dann darum, ab der wievielten Kurzerkrankung ein Kneipe aus dem Computer ausgespuckt wird, oder ob bestimmte Daten schon nach einem oder nach zwei Jahren gelöscht werden. Aber diese Anlage ist da und arbeitet, und letztlich kann keiner der Betriebsräte kontrollieren, ob das Programm mittels der Betriebsvereinbarung eingeschränkt wird.

Ob es sinnvoller ist, um den betrieblichen Kampf gegen diese Systeme zu führen, gleich grundsätzlich gegen diese Systeme zu argumentieren oder zu versuchen, mittels Einigungsstelle so viel wie möglich Klarheit und Bewußt-

seins unter den Kollegen zu entwickeln, ist wohl nur von Fall zu Fall zu klären. Entscheidend ist doch letztlich, mit welcher grundsätzlichen Einstellung fortschrittliche und linke Betriebsräte in diese Auseinandersetzungen gehen.

Ein unbegründetes oder zu schwach argumentiertes Nein hilft da in der betrieblichen Auseinandersetzung nicht viel weiter. Die Stoßrichtung zur Verhinderung oder zumindest Einschränkung dieser Anlagen kann nicht alle aus betrieblicher Sicht und Arbeit entwickelt werden. Wichtig ist, betriebliche Initiativen, mit Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und den Zusammenschluß von Initiativen und Betriebsräten auf Bundesebene zu forcieren, um in allen gesellschaftlichen Bereichen Aufklärung und Kampf gegen diese Systeme zu erreichen. Die Arbeit im gewerkschaftlichen Bereich sollte hier mit an erster Stelle stehen.

Die Nichtkontrollierbarkeit dieser Systeme hat mehrere fortschrittliche Informatiker und Betriebsräte aus dem ganzen Bundesgebiet dazu bewogen, eine Initiative „Nein zu Personalinformationssystemen“ zu gründen, die sich seit über einem Jahr arbeitet und schon mehrere Veranstaltungen und Seminare durchgeführt hat. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Betriebsräten und Gewerkschaften, die mit solchen Anlagen konfrontiert sind.

Dieser Literaturhelfer ist nicht vollständig, sondern soll einige Anregungen geben, wo man sich weiter informieren kann.

Müller, Klaus R.: ...de könnt ihr gar nichts machen!  
Athena Verlag, Stuttgart 1981

Kubick, Herbert: Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei Rationalisierung durch Bildschirmgeräte und computergestützte Informationssysteme  
Arbeitskammer des Saarlandes

Gew. H. B. V.: Informationen zur Rationalisierung 01/82 mit Profilspeicher, Datenbank, Palet, Systembeschreibung  
4000 Düsseldorf 30.

Rationalisierung, Problem und Konfliktfeld unserer Zeit  
Duncker Verlag

Budde, Michael: Arbeit ohne Arbeiter. Wenn nicht die technische Fortschritt!  
Verlag, Fischer/Altenativ

Hidden, Günter: Die Mikroprozessoren.  
Verlag Die Arbeitwelt

Bröder, Peter: Der programmierte Kopf. Eine Sozialgeschichte der Datenverarbeitung.  
Wagenbach Taschenbuchverh.

## Einsatzzwecke und Verarbeitungsmethoden von Personalinformationssystemen

Zwecke	Verarbeitungsmethoden
a) Lohn- und Gehaltsabrechnung	Abrechnungspersonal, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung
b) Personalstatistik	Diverse Methoden (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
c) sonstige Personalverwaltung	Die Verwaltungspersonal (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
d) Personelle Dienste	Die Verwaltungspersonal (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
e) Personalbedarfsplanung	Schichtpläne, Stellenpläne, Arbeitszeiterfassung (Mengen und Zeiten), Personalstatistik
f) Personalbeschaffung	Arbeitsmarktanalyse, Personalstatistik
g) Personalentsatz	Anforderungs- u. Fertigkeitsspezifische Vergleiche, Methoden (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
h) Aus- und Fortbildung	Leistungsbewertung, Methoden (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
i) Personalrekrutierung	Überwachungspersonal (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
j) Personalplanung	Die Statistikprogramme (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
k) Arbeitsplatzbewertung	Analytische Bewertungsmethoden (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
l) Leistungsbeurteilung, -bewertung, -bewertung	Leistungsbeurteilung, Methoden (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)
m) Arbeitszeitplanung	Die Statistikprogramme (z.B. Lohnabrechnung, Lohnabrechnung, Lohnabrechnung)

## Der „Große Bruder“ ist nachtragend

So lautet die Überschrift aus der Zeitung der IG Metall „Der Gewerkschafter“ 7/8.82, in der der Fall des Kollegen Mayer wie folgt geschildert wird:

„PIS können zu einer optimalen Auslastung vorhandener Kapazitäten beitragen. Ein Autokonzern ist seit anhaltend zur Spitzschicht für seine sämtlichen europäischen Werke Tagesproduktion, Lagerbestand und Verladezeit zusammen auf der Betriebsablauf mit seinem Beschäftigten ist damit ganz anders in den Griff zu bekommen. „Es wird durch Rationalisierung“, meint ein Daimler-Arbeiter, „die kleinen Pausen zwischen den Schichten“ gehören der Vergangenheit an.“

Den Kostenfaktor „Mensch“ haben PIS durch ein Kontrollnetz voll im Blick. Raumzugsysteme wie „Supas“ von Siemens wirken wie unsichtbare Sensoren an jedem „Blaumann“. Jeder Weg im Betrieb, jeder Versuch, sich „unberechtigter Zugang“ zu einer Werkstatt zu verschaffen, wird registriert und gespeichert.

Als Kontrollsystem ergänzt die Betriebsdatenerfassung das PIS. Mit maschineller Unerbittlichkeit weist es Stillstandszeiten, Fehlerquoten, Arbeitszeit aus. Der Tageslauf des einzelnen ist lückenlos nachvollziehbar. So leiten die PIS zusätzlich noch lückenlos Disziplinierungsarbeit. Niemand möchte aus der Norm fallen, dem „Großen Bruder“ ausfallen. Man muß sich an das irren dabei. Das PIS muß gar nicht alles registrieren, für den Disziplinierungszweck reicht allein die Annahme des Mitarbeiters, daß es dies tut. Gemeinhin wird über Computer und PIS von „intelligenten Denkzeugen“ gesprochen. Auf manchen Gebieten sind sie aber beschränkter, als man glaubt. Das entscheidend unterentwickelte ist, daß sie Informationen nur ab Daten verarbeiten können. Komplizierte Vorgänge müssen dann ohne wenn und aber auf einen Nenner gebracht werden. Die Wirklichkeit ist so aber nicht abbildbar.

Aus der Information, daß Meyers Schwiegermutter todkrank und seine Frau im Bett liegt, die Kinder sich selbst überlassen sind und er darum ebenso besorgt wie generell ist und gegenüber Kollegen leicht aus der Haut fährt, versucht

der Computer nur als Datum „unbefriedigendes Verhalten mit dem Kollegen“. Zehn Jahre nach dem Tod der Schwiegermutter spuckt PIS dieses „Persönlichkeitsmerkmal“ von Meyer immer noch aus. Der „große Bruder“ ist nachtragend.

### Falsche Rückschlüsse

„Fluktuationschüssel“ wie der von ISA halten über 40 genormte Gründe für einen Stellenwechsel parat. Die Realität wird aber nicht erfaßt.

Sind schon die Einzeldaten eine bis zur Verzerrung getriebene Einschränkung der Wirklichkeit, so kann sie ein PIS durch die besagte „beliebige Verwendung“ zudem noch verfälschen.

Der Betriebsarzt „speichert“ Meyers Fall auf seiner Karte als „erhöhte Reizbarkeit“. Für ihn ist dieser Begriff ein Stichwort, eine Gedächtnisstütze, es löst die Erinnerung an den gesamten Vorgang aus. Steht dieses „Datum“ im PIS aber einem anderen zur „beliebigen Verknüpfung“ in anderen Zusammenhängen und anderen Zwecken zur Verfügung, kann es zu völlig falschen Rückschlüssen führen. Meyer kriegt dadurch beispielsweise einen Minuspunkt bei der Bewerbung um eine Stelle mit besonderem Anforderungsprofil. Was damals los war, will niemand von ihm wissen. Wie ein Satz mit seinem in bestimmter Beziehung stehenden Worten nicht geschüttelt werden darf, um den eigentlichen Sinn nicht zu verlieren, dürfen auch Dateninformationen nur im Entstehungszusammenhang ausgewertet werden.

Dem „gläsernen Menschen“ können all die Systeme letztlich gar nicht machen. Je mehr sie spüren, desto unrichtiger werden ihre Datenkette. Und sie erzählen dann etwas über Sorgen und Ängste, nichts über die Mühe, die sich jemand gibt, Sie errechnen das künftig wahrscheinliche Verhalten nur aus dem bisherigen. Eine ganz und gar unheimliche Sache, die dem betroffenen Menschen Chancen beschneidet.

re.

## B 101 BESCHLÜSSE DES OTV-GEWERKSCHAFTSTAGES 1980

### PERSONALINFORMATIONSTECHNIK

1. Die Einführung bzw. weitere Anwendung von Personalinformationssystemen wird abgelehnt.
2. Deshalb sind alle vorbereitenden Arbeiten zur Einführung von Personalinformationssystemen wie z. B. von automatisierbaren Beurteilungssystemen, Leistungsprofilen, die Erarbeitung von automatisierbaren Stellenanforderungsprofilen, sowohl auf betrieblicher als auch auf überbetrieblicher Ebene zu verhindern.
3. Bereits bestehende Personalinformationssysteme bzw. Teile solcher Systeme sind abzuschaffen. Die Vernichtung dieser Daten ist von betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessvertretern zu überwachen.

### SECHSUNDUNG

In Betrieben und Verwaltungen wird seit einiger Zeit verstärkt die Einführung von Personalinformationssystemen durch die Arbeitgeber vorangetrieben. In Personalinformationssystemen werden sowohl arbeitsunvermeidbare Daten als auch z. B. Stellenanforderungsprofile automatisiert verarbeitet. Dabei können bis zu 300 Daten jedes einzelnen Mitarbeiters erfasst werden.

Durch Personalinformationssysteme erfolgt:

- Die dauernde Kontrolle und Überwachung der Leistung und des persönlichen Verhaltens von Arbeitnehmern,
- die gezielte Auswahl von Arbeitnehmern für Personalentscheidungen, wie z. B. Umstellung, Höhergruppierung, Abgruppierung, Entlassung usw.,
- der Abbau von Freiräumen für Arbeitnehmer, erhöhter Leistungsdruck und Disziplinierung.

Ziel der Arbeitgeber ist es, über Personalinformationssysteme zur Einsparung von Personalkosten personalwirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, die Arbeit zu intensivieren, Beschäftigte planbarer, kontrollierbarer und steuerbarer zu machen und damit die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern entscheidend zu verschlechtern.

Die Vorbereitung zur Einführung von umfassenden Personalinformationssystemen sind in vollem Gange. Beurteilungssysteme in automatisierbarer Form einschließlich der Regelbeurteilung sind bereits teilweise eingeführt bzw. in Vorbereitung. Es werden Versuche unternommen, Anforderungen an Arbeitsplätze in automatisierbarer Form zu erfassen. Daneben sind durch die weitgehende automatisierte Lohnzahlung bereits in großen Umfang Personalakten gespeichert. Alle vorbereitenden Arbeiten zur Einführung von Personalinformationssystemen sind wegen des absehbaren Konsequenzen für Arbeitnehmer sowohl auf der betrieblichen Ebene als auch auf der überbetrieblichen Ebene mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln von OTV-Mitgliedern zu verhindern. Der Versuch der Arbeitgeber, die Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten in jedem Einzelfall auszuhebeln, muß unbedingt abgewehrt werden.

Initiativentrag Nr. 7 auf dem DGB-Bundeskongress Mai 82, Berlin

Initiativentrag Nr. 7 auf dem DGB-Bundeskongress Mai 82, Berlin

Antragsteller: Wolfgang Böttcher und Genossen

Betr.: Personalinformationssysteme

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, mit allen geeigneten Mitteln darauf hinzuwirken, daß unter Berücksichtigung von Persönlichkeitsrechten und aufgrund der Würde des Menschen in der Arbeitswelt langfristig automatisierte Personalinformationssysteme einschließlich solcher Teilsysteme und Datenanmeldungen, die zu solchen umfassenden Systemen ausgebaut werden sollen, verboten werden.

Der DGB wird aufgefordert, eine Bestandsaufnahme geplanter und schon existierender Personalinformationssysteme durchzuführen. Auf dieser Grundlage soll gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften ein gewerkschaftspolitisches Konzept auf betrieblicher Ebene zur Früherkennung und solidarischen Abwehr drohender oder bereits installierter Personalinformationssysteme entwickelt werden.

Ergebnis: mit Mehrheit angenommen

## Tagung der Hans-Böckler-Stiftung in Dinslaken

Am 26./27. 11. 1981 fand auf Einladung der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung eine größere Veranstaltung zum Thema Personalinformationssysteme statt. Viele Wissenschaftler aus verschiedenen Gebieten, Juristen, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte aber auch Managementmitglieder waren hier vertreten.

Die Zeitung „Rever“ vom Januar 82 schreibt u.a. über diese Veranstaltung: „IGM-Vorstandsmitglied Janßen von der Abteilung Automation hatte im Vorfeld durch radikale Erklärungen (Verhinderung von Personalinformationssystemen) neugierig gemacht. Wer eine neue problemgerechte Standortbestimmung der IGM zur Informationstechnologie erwartet hatte, wurde bitter enttäuscht. Zwar zeichneten Bestandsaufnahmen und Analysen ein realistisches Bild von der Bedrohlichkeit. Obendrein räumten Managementmitglieder und Experten ein, daß bis heute nur der weitaus kleinste Teil der Informationssysteme überschaubar und in seinen Folgen absehbar sei. In der praktischen Wendung der Probleme kam dann nur Karroffelsuppe: Kontrolle durch Betriebsvereinbarung. Wie noch weitgehend unüberschaubare Systeme kontrolliert werden sollen, wie überhaupt technische Kontrolle aussehen kann, darauf fehlten die Antworten.“

Nur einige wenige Betriebsräte aus Hamburger Großbetrieben und

Druckereien stellten die Frage nach totaler Ablehnung dieser Systeme. Praktische Unterstützung dieser Position gab es nur von Ulrich Briefs vom WSI, dem gewerkschaftlichen Forschungsinstitut. Verhinderung dieser Systeme mit allen Mitteln war sein Vortrag, der noch ein Nachspiel im DGB hatte. Ulrich Briefs wurde vom DGB erst mit Frustriert und dann mit frustrierter Kündigung bedroht. Er soll gegen einige der heiligen Kühe des DGB verstoßen haben, wie „Der DGB ist nicht gegen den technischen Fortschritt“, „Der DGB ist kein Maschinenstürmer“ usw. — U. Briefs hatte in seinem Beitrag u.a. von Lebensplänen gegen diese Anlagen gesprochen. Es sei noch am Rande gesagt, daß U. Briefs von zwei „Kollegen“ der IuBZ (die natürlich anonym geblieben sind) über ihren Vorsitzenden Adolf Schmidt beim damaligen DGB-Vorstand des DGB und dem Bundesvorstand des DGB angekündigt worden war.

Viele Stellungnahmen für die Positionen U. Briefs und Hundert von Solidaritätsadressen aus Betrieben und Universitäten haben wohl mit dazu beigetragen, daß der Bundesvorstand des DGB die Kündigung zurücknahm, unter der Bedingung, daß U. Briefs deutlich machen müsse, daß seine Aussagen nicht als Aufruf zu gewalttätigen Handlungen zu verstehen seien. Er kam mit einer Abmahnung noch mal davon.



## Gorleben-Nachlese: Interview mit Repräsentanten der »Republik Freies Wendland«

Einem Aufruf der »Freien Republik Wendland« folgend, versuchten am 4.9. 10.000 Teilnehmer einer Großdemonstration den Wall um das Zwischenlagergelände bei Gorleben zu belagern. Die wichtigsten Grundsätze im Belagerungskonzept lauteten:

— Wir wollen eine gemeinsame Aktion durchführen und uns nicht zersplittern

— Gelingt es uns nicht, den Wall zu besetzen, werden wir dort belagern, wo wir nicht weiterkommen (...)

— Wir wollen keine Schlacht mit der Polizei.

Die Wall-Belagerung selbst wurde durch massive BGS- und Polizeipräsenz vereitelt. Dennoch gelang es in mehrstündigen Auseinandersetzungen, die Nato-Draht-Umzäunung des Geländes mehrfach aufzubrechen und Polizeitruppen durch Ketten und Sitzblockaden über längere Zeit am Vorrücken zu hindern. Die Tatsache, daß unmittelbar nach Abschluß der BI-Kundgebung einige hundert Teilnehmer der Aktion mit Steinwürfen erste schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei herbeiführten, veranlaßte den Vorstand der BI Lüchow-Dannenberg noch am Tag der Auseinandersetzungen zu einer Distanzierung gegenüber den Massenmedien. »Einige hundert Demonstranten«, deren Widerstand »unvereinbar« sei mit den im Wendland bisher praktizierten Widerstandsformen, werden darin verantwortlich gemacht für das Scheitern des Belagerungskonzepts. Seither ist nicht nur im Landkreis Lüchow-Dannenberg die Diskussion um Widerstandskonzepte — auch mit Blick auf die kommenden Großaktionen in Kalkar und Salzgitter — neu entfacht. Im folgenden Interview äußern sich maßgebliche Initiatoren der Gorleben-Belagerung u.a. zu folgenden Fragenkomplexen:

— »Alle Aktionsformen sind erlaubt« — ein hohler Spruch?

— Hat sich der Widerstand bei Großaktionen den örtlichen Voraussetzungen anzupassen?

— Welche Auseinandersetzungen stehen innerhalb des »militanten« Lagers an ...?

Aus naheliegenden Gründen mußte das Interview anonym geführt werden. Gesprächspartner a. ist seit 1976 im Landkreis aktiv, er ist Mitglied der Belagerungsgruppe und »freier Mitarbeiter« der BI.

b. ist Mitglied der BI Lüchow-Dannenberg und rechnet sich dort der oppositionellen Strömung zu.

c. ist Mitglied der Belagerungsgruppe, seit etwa 1 1/2 Jahren im Landkreis.

d. Belagerungsgruppenmitglied, seit 1976 im Landkreis.

e. Landwirt, seit drei Jahren im Kreis ansässig, stieß zufällig zur Diskussion.

AKW-Nein-Kommission

AK: In Gorleben kam es letzte Woche erstmals zu einem Landfriedensbruch großen Stils zwischen der AKW-Gegner, der NIMBUS der Gewaltfreiheit wurde berücksichtigt. War das ein Fortschritt für den Wendland-Widerstand?

a.: Fortschritt in welcher Richtung? Wenn man unter Fortschritt eine weitere Militarisierung der Auseinandersetzung versteht, dann war es das sicherlich. Wenn man aber sagt, Fortschritt in Richtung auf Verbesserung der Strategie, um etwas gegen das Zwischenlager zu unternehmen, bis ich mir sehr unentschieden. Es kann hier einen Fortschritt bewirkt haben, es kann aber auch genau das Gegenteil eingetreten sein. Man kann es jetzt noch nicht abschätzen.

b.: Der Grundgedanke der ganzen Aktion war folgender: Einfach eine Demo zu machen ist zu abgeklappt, das bringt nichts mehr. Den Hauptplatz zur Wiese machen, das erschien andererseits unvollständig. Eine Belagerung des Geländes mit beschränktem Ziel und zeitlicher Begrenzung, das war so eine Sache, die einfach mal ausprobiert werden sollte. c.: Eines der wichtigsten Ziele der Aktion sollte es sein, die Basis des Widerstands zu verbreitern.

AK: Unter der sonstigen Bevölkerung...? Te.: Nicht nur bei uns im Landkreis, auch darüber hinaus, und das hatte ja in der Vorbereitung schonbar auch geklappt. Es war gelungen, ganz viele Gruppen in ein Aktionsbündnis für einen Tag zusammenzubringen. Dies durchzuführen, auch in der Aktion, selbst war ein ganz wichtiges Ziel, das aber ja leider gescheitert ist. Gescheitert ist es nicht nur an 100 oder 400 verummten Leuten im Wald, sondern natürlich auch an den 8.000, die nach Hause gegangen sind, für die das auch eine Überforderung war. Es hat sich, glaub' ich, herausgestellt, daß ein Aktionsbündnis, das über eine normale Tippeldemo hinausgeht, so nicht möglich war.

a.: Nach Abschluß der Kundgebung waren während der Belagerung nur noch unheimlich wenig Leute aus dem Landkreis hier zu sehen.

c.: Aber das war doch klar! Die BI (Lüchow-Dannenberg, Anm.) hatte das Konzept zwar mitgetragen, mehr dukend als wollend, weil sie gesehen haben: Das passiert sowieso, und irgendwann kann man gar nichts dagegen machen, machen wir's halt mit. Aber eine richtige Mobilisierung ist in der BI

nicht gelaufen. Was jetzt im Nachhinein allerdings laufen soll, sind außerordentliche Mitgliederversammlungen, das gab's hier noch nie. Im Unterschied zu vorher wollen sie jetzt hier sehr viel bewegen.

a.: Wenn die 300 oder 400 Leute im Landkreis, die verbal dagegen sind, sich aktiv beteiligt hätten, wäre der Ablauf mit Sicherheit ein anderer gewesen, trotz der 100 oder 200 Leute, die sich mit Steinen oder Knütteln gewehrt haben.

d.: Ich hatte mir gedacht, daß durch Einbeziehung der Autonomen usw. einiges besser laufen könnte. Meine Vorstellung war, daß man sich verteilte, statt im Block zusammenzustehen, um dann mit Ausrüstung usw. dort, wo die Bullen dünner stehen, auch durchzukommen. Es wäre dann vielleicht auch nötig gewesen, mit Steinen zu werfen, aber erst zu einem Zeitpunkt, wo man angegriffen würde, oder wo man sie auf Distanz halten mußte. Versuche in dieser Richtung gab's dann nicht, weil von Anfang an die Bullen angegriffen wurden. Es gab kein gemeinsames sinnvolles Vorgehen und auch nicht eine Rückkopplung mit dem Rest der Leute. Und dann gab's eben viele, die ungeheuer aggressiv waren, die nur noch ihr Gorleben-Ding im Kopf hatten — Scheiß-Distanzierung, Scheiß-BI, wir wollen damit nichts zu tun haben — und in dem Moment, wo sich da eine Zwischenstellung und auch nicht eine wurde man selbst gemacht und kriegte vielleicht noch einen vor den Latz, was natürlich für so eine Aktion unmöglich ist.

AK: Lüchow-Dannenberg ist ja in vielerlei Hinsicht eine Region im Ausnahmezustand. Unzählige Feuerlöscheinversuche korrespondieren mit handfesten Beobachtungen, so daß derjenige, der ruhig bleibt, ganz erträglich leben kann, während z.B. diejenigen Gorleben-Besitzer, die sich im März '79 mit einer friedlichen Treckerblockade bemerkbar gemacht hatten, mittlerweile bis zu 30.000 DM dafür zahlen sollten, und sich demzufolge (von Ausnahmen abgesehen) kaum noch zu ruhigen Tritten im Garten haben. Unter diesen Umständen überhegt noch ein Widerstandskonzept für realistisch, das auf eine Ausweitung des Widerstands vor Ort setzt, also ausschließlich auf Widerstandsformen, die vor Ort akzeptiert werden?

e.: Du fragst nach dem richtigen Widerstand — und diese Frage ist überhaupt nicht entschieden. In Brokdorf, wo es den gewaltigsten Widerstand gab, ist nichts verhindert worden, das gleiche gilt für Gorleben, wo es wohl den friedlichsten Widerstand gegeben hat. Also kann es mit so einfachen Widerstandsaktionen nicht laufen. Die Wyhler schreiben in ihrer Erklärung von der Unregelmäßigkeit einer Region. Das könnte ein Ziel sein, auf das man hinorientieren kann.

a.: Aber das bedeutet sehr viel aktive örtliche Beteiligung, das hast du hier nicht. Die Tendenz ist, daß die Zahl der Aktiven abnimmt und sich Resignation breitmacht.

c.: Das bedeutet, sich zu fragen, welche Aktionen muß man machen, um so ein Ziel erreichen zu können. Das Ziel kann nicht mehr sein, mit wenigen Aktionen das Zwischenlager oder das Endlager zu verhindern, der Zug ist abgefahren, vielleicht gab's die Möglichkeit auch nie. Das Ziel muß sein, eine ganz breite Gegenbewegung zu schaffen. Stell dir vor, die DWK kann hier in keinem Laden mehr einkaufen ... Das sind vielleicht utopische Ziele, aber das ist das Einzigste, wie du es wirklich erreichen kannst. Nicht mit 'ner Bombe. Wie willst du mit 'ner Bombe das Zwischenlager verhindern, das ist doch Kiki ...

auch immer für Aktionen sind — das kann sich ja auch ändern. Es geht nicht darum, dogmatisch zu sagen, wenn's nur gewaltfrei ist, dann ist es hier gut. So stellt sich die Frage hier nicht. Tatsache ist doch einfach, daß wir hier 'ne BI-Arbeit vor Ort brauchen. Wir brauchen Leute, denen es möglich ist, ein Diphorn-Gutachten rauszukriegen, weil das auch immer Argumentationshilfe ist für einen anderen Widerstand. Wenn wir das nicht haben, hängen wir noch viel mehr in der Luft, also müssen wir schon, daß das immer erhalten bleibt. Darauf müssen wir uns eben abstimmen.

AK: Ich erinnere channel an die bekannte Floskel: Alle Aktionsformen sind erlaubt. Hat sich am letzten Wochenende die Vereinbarkeit verschiedener Aktionsformen gezeigt oder eher das Gegenteil?

c.: Der Spruch von der Vielfältigkeit des Widerstands ist das Hohlste, was es nur geben kann. Vielfältigkeit kann doch nur heißen: an einem Tag dies, am anderen Tag jenes. Aber es ist doch völlig logisch, daß die Leute, die irgendwo friedlich sitzen wollen, unheimlich was auf die Molat kriegen, wenn vom hinten die Steine über sie hinwegfliegen, oder sie gar auch noch selber treffen, und daß dann die friedliche Sitzblockade eben nicht mehr möglich ist. Das ist doch irgendwie klar wie

wo ich mich jetzt zuzähle, muß da mal eine ganz massive Kritik laufen, ohne daß es jetzt in der Öffentlichkeit zu großen Distanzierungen kommt.

b.: Vielleicht ist es ein Traum, aber ich meine schon, daß die verschiedensten Widerstandsformen auch zur selben Zeit möglich sind und sich gegenseitig ergänzen und befruchten können. Ich halte das auch für die einzig sinnige Form. Anstatt daß ein Wochenende die Militanten demonstrieren und am anderen die Gewaltfreien. Es kommt eben nur darauf an, die Augen aufzumachen. Was für die dogmatischen Gewaltfreien zutrifft, daß sie einfach Scheuklappen haben, gilt für diese bedauerliche Steinwerfergruppe vom letzten Wochenende: die konnten einfach nicht die Augen aufmachen! Die Widerstandsformen zu trennen, weil's jetzt vielleicht von einigen als unvermeidbar angesehen wird, das finde ich sehr gefährlich.

AK: Noch am 4.9. hatte sich die BI Lüchow-Dannenberg massiv von den Steinwerfern distanziert. Wie sieht der Diskussionsstand hier im Landkreis etwa Woche nach den Ereignissen aus?

b.: Der Vorteil liegt jetzt darin, daß sich über die Vorfälle gründlicher ausgetauscht wird. Die latenten Widersprüche zwischen den Gruppen müssen jetzt ausgeklüffelt werden, irgendwie müssen wir da zum Ergebnis



AK: Ihr würdet also sagen, daß der Widerstand, der einseitige Gruppen einbezieht, sich nach wie vor daran zu orientieren hat, daß im Landkreis selbst die Voraussetzungen vorhanden werden.

a.: Die Bevölkerung hier im Landkreis, die kann das vergessen, das muß mal klar werden nach außen hin. Zwischendurch von draussen dieses Kuschel vom Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo die Leute so aktiv seien ... Dann geht doch mal raus und guck, wie es aussieht. Warum fährt denn keiner raus?

c.: Aber der Punkt ist doch, daß ein Widerstand vor Ort nötig ist, der auch funktioniert. In Brokdorf z.B., wo das nicht mehr funktioniert, ist die Situation beschissen. Man muß die Aktionen selbst abstimmen, daß sie tragbar sind für Leute, die hier Widerstand machen. Das ist doch völlig klar, nicht wahr?

d.: Hier in Gorleben kann man jetzt ruhig Steine schleudern. Die Sorge um die Gemäßigten, um die »Republik«, der die BI seit Jahren hinterherrennt mit Unterschriftensammlungen und so'm Quatsch, das ist einfach abgefahren. Du siehst doch, daß du mit irgendwelchen Aktionen, friedlich oder gewaltfrei, keinen Hund mehr hinter'm Stein vergräbst.

e.: Aber die Frage ist doch gar nicht gestellt, ob gewaltfrei oder gewalttätig. Die Frage lautet, wie man Aktionen machen, die man hier noch mittragen kann, die hier noch zu vermitteln sind, oder muß man das nicht machen, ist das nicht notwendig. Ob es dann gewaltfrei oder gewalttätig oder was

Kloßbröck. Das war aber vorher auch schon klar.

d.: Ich finde es wichtig, daß diese Diskussion nicht immer in Richtung »entweder-oder« geführt wird. Ich habe als einer von denen, die eben zu militantem Widerstand bereit sind und das auch machen wollen, das Interesse, daß mal eine Kritik läuft. Immer wieder entsteht ein Punkt, wo sich keiner krummen will, weil er eben drauf hat, alle Aktionsformen sollen erlaubt sein, und wir wollen uns nicht immer selbst einschränken. Und dann sind einfach unheimlich viel Hirns dazwischen, die alles so unüberschaubar machen, und wo sich untereinander keiner traut, daß sie mal zurückzucken und zu sagen: Es ist in dieser Situation totaler Schwachsinn, was ihr macht — wir gefährden uns nicht selber, oder wir kalkulieren mehr Verluste ein, als notwendig ist. Daß so etwas mal läuft, ist wichtig.

Das gilt jetzt im Nachhinein für diese Kneisemos, die nicht ablaufen dürfen wie in Lützelhof (anlässlich der Brokdorf-Prozesse, Anm. AK), wo sofort die Isolation da war. Einmal gab's Zoff und dann war klar, daß zu den nächsten Kneisemos nur noch Leute hingehen, die sich total was trauen. Das waren dann wirklich nur noch herbe Demos. Man kam an, sofort ging's los, man ließ sich gleich auseinanderprügeln und damit war's gelaufen. Das kann keine Perspektive sein.

Das gilt auch für die Auseinandersetzungen am Zwischenlager, wo es gar keine Disziplin mehr gab, und keiner sich darum kümmerte, was abläuft und wie die Situation ist. Gerade unter uns,

kommen. Innerhalb der BI wird bezüglich der Distanzierung gesagt, daß sie, wenn überhaupt, dann überholt kam. Es gibt BI-Mitglieder, zu denen sagte ich auch auch, die eine öffentliche Distanzierung falsch finden und Halbeseeen interne Auseinandersetzungen fordern. Es gibt andere, mehr im BI-Vorstand angesiedelte Leute, die klar sagen: Um eine Trennung hinzukriegen, müssen wir gegenüber bestimmten Kräften deutlich vertreten: »Bleibt zuhause!« Dies ist ein Diskussionsprozeß, der noch lange nicht abgeschlossen ist, und den man auch nicht überstürzen sollte.

Die Unabhängige Wahlgemeinschaft hat sich nicht distanziert, sondern hat versucht, die Vorfälle vom Samstag politisch zu erklären. Die Rechtsinfo-Gruppe, Leute also, die sehr stark dem gewaltfreien Widerstand zuzurechnen sind, hat ebenfalls nach dem Motto: Das mußte ja mal kommen, versucht, die Situation politisch zu verstehen. Das gleiche gilt für die Grünen. Ich kenne allerdings niemanden im Landkreis, der die Vorfälle am Samstag insgesamt gut und in Ordnung fand.

AK: Am 4.9. hat der Staat ungläubliche Repräsentanten mitgebracht. Bereits vor Beginn der BI-Kundgebung gab es die erste völlig wirkliche Festnahme. Unter Zuhilfenahme lebensgefährlicher Wasserverfahren wurden völlig friedfertige Sitzblockaden auseinandergerissen. In Uelzen wurden die Leute aus guter Willkür mit Schlagstock- und Hiebstockverletzungen durch Straßen und Vorgärten getrennt. Nach wie vor gibt es sechs L-Tafelungen, was im Rahmen der Anti-



**AKW-Auseinandersetzungen eine völlig neue Stufe der Eskalation signalisiert. Wie verhält man sich bei noch diesem Staatsterror gegenüber?**

a.1 Es gibt hier viele Leute, die haben große Schwierigkeiten, sich hinter die Jüngsten zu stellen, die am Samstag mit Steinen geworfen haben. Etwas anderes ist es mit Uelzen.

b.1 Wenn du hier jemanden mit dem Staatsterror konfrontierst, der nicht aus eigener Erfahrung weiß, daß auch Wohlverhalten und Gewaltfreiheit nicht vor Polizeischlägen schützt, dann sagst du dir ganz klar: wenn sich die Leute mit den Bullen prügeln, dürfen sie sich nicht wundern, daß sie dafür in den Knast wandern, oder daß sie von den Bullen eine über die Mütze kriegen. Das ist hier das Problem.

d.1 Aus all dem, was bei uns im Ermittlungsausschuß ankommt, geht hervor, daß im Wald nur eine Frau verletzt wurde, der auf die Finger gestrichelt wurde, als sie ihren Helm holen wollte. Alle anderen Verletzungen sind bei den gewaltfreien Geschichten und insbesondere den Blockaden entstanden. Jetzt zu sagen, die haben geknüpelt und sind deshalb eingekerkert worden, ist totaler Schwachsinn. Einen einzigen haben sie im Wald festgenommen von einem Greiftrupp, alle anderen wurden sonntags festgenommen. Z.B. zwei, die als „Steinwerfer“ abgegriffen worden sind, sind vor ihrer Festnahme am Sonntag lediglich vor dem Zwischenlager spazierengegangen. Wie die Anwälte berichten, handelt es sich um aggressive Vertreter der Gewaltfreiheit, die im Knast jetzt unheimlich Bambus machen und überzeugt sind, daß sie unschuldig sind. Die sind vorher noch

nur auf einer Demo gewesen. Dennoch haben die Bullen, wie üblich, auch Zeugen dafür, daß die mit Steinen geschmissen haben sollen, sie haben die gleiche Anklage am Hals usw. Ich finde, daß man in der Öffentlichkeit ohne Vorbehalt mal klarstellen sollte, was da eigentlich auch gelaufen ist.

AKW: Wie sieht sich die Widerstandsgruppe im Landkreis mit den Gefangenen solidarisiert?

c.1 Da ist ich überhaupt kein Problem. e.1 Da ist ich aber ein sehr großes Problem!

b.1 Na, ich auch nicht. Für die BI ist ganz klar, daß überhaupt kein Grund besteht, irgendwelchen Leuten die Solidarität zu entziehen. Dennoch werden selbstverständlich die Auseinandersetzungen über die Aktionsformen geführt werden. Auch für die Leute, die die Distanzierung verlor hatten, heißt das nicht, daß sie die Solidarität irgendwelchen Gefangenen entziehen.

d.1 Es geht doch darum, daß gerade jetzt von hier aus ein starker politischer Druck ausgeht mit dem Ziel, die Leute rauszukriegen. Es muß klar gemacht werden, daß es eine totale Schwachsinn ist, was mit den Leuten gemacht wird. Und wenn jetzt von hier nichts käme als eine Verurteilung der Aktionen und nur ganz wenig zu den Gefangenen, dann wäre das in E. von gleicher Wirkung wie eine Distanzierung und auch genau das, was die Bullen wollen, und worauf sie spekulieren, das ist ganz klar.

AK: Wir bedanken uns für das Gespräch.  
(aufgenommen am 13.9.82)



## Eine Betonruine für 15 Mrd. DM?

## Der Schnelle Brüter —

## d a s Denkmal sozialliberalen Fortschritts

## Treibjagd in Uelzen

Die am Tag nach der Gorleben-Auseinandersetzung in Uelzen durchgeführte Solidaritätskundgebung für drei Gefangene vom Vortag verlief friedlich, bis sie durch einen BGS- und Polizeieinsatz schlimmster Manier aufgelöst wurde. Die meisten der 3000 Demonstranten konnten die blitzschnell hinterlassenen Folgen der Klammernungsauflösung der Polizei nicht hören und wurden vom Vordrücken der Hundschäften und Wasserwerfer total überrascht. Es handelte sich um die gleichen Hochdruckwasserwerfer, die bereits in Gorleben Menschen meterweise durch die Luft geschleudert und Bäume bis aufs Stammholz zerfasert hatten. Die Folgen waren Knochenbrüche, schwere Prellungen, Herz- und Lungenverletzungen etc.

In Uelzen wurden einer Demonstration durch den Wasserdruck Backenknochen und Jochbein gebrochen, zusätzlich erlitt sie als Bruchträgerin schwere Augenverletzungen durch Glassplitter. In der Uelzener Randbezirk, durch Vorgärten und freie Felder machten in den Stunden darauf Greiftrupps Jagd auf einzelne Demonstranten, die hinter Büschen, in wildfremden Garagen oder Bürgerstuben nach Zuflucht suchten — einer rettete sich durch den Eisbrennenkanal.

Wen die B. aufreizen konnten, der mußte mit schweren Mißhandlungen rechnen. Wie zitierten aus einem Augenzeugenbericht:

„... mußte durch ein paar Gärten flüchten. Ich merkte, daß mich drei bis vier Polizisten verfolgten. Ich lief schneller und versuchte über einen Stachelstrauch zu kommen, blieb jedoch mit meiner Hand und einem Bein auf, so daß ein Polizist mein Bein so auf den Stachelndraht drückte, konnte, daß ich nicht mehr wegkam. Als dann die anderen Polizisten kamen, wurde ich mit Knöpfeln und Fußtritten traktiert, daß ich zu schreien begann. Dann wurde ich vom Boden hochgezogen und mit ein paar Handschellen gefesselt. Dann schleifte und schleppte man mich zwei Gärten weiter, machte eine Handschelle ab und fesselte mich an einen Wäschereifahl. In den Garten kamen immer mehr Polizisten und stellten sich um mich herum. Einige schlugen mir auf die Finger und auf den Rücken. Einer trat mir in den Magen ...“ Um dieses Horror„spiel“ noch zu ergänzen, machten Hub-schrauber, die den Einsatz von oben koordinierten, Jagd auf fliehende Menschen. An diesem Abend wurden insgesamt 43 AKW-Gegner(innen) festgenommen.

### 5 Leute in U-Haft

Niedersächsischer Innenminister Klinghoff nannte die Auseinandersetzungen in Gorleben und Uelzen „die brutalsten der letzten Zeit“, weshalb man staatlicherseits noch „schärfer als

bisher“ vorgehen wolle.

„Wir werden dafür sorgen, daß die Gewalttäter dahin kommen, wozu sie gehören — ins Gefängnis.“ (EJZ, 11.9.)

63 vorläufige Festnahmen im Rahmen der Aktionen lassen in der Tat eine Prozesswelle erwarten. 3 AKW-Gegner(innen) befinden sich nach wie vor in U-Haft.

Vernetzt wurden sie auf verschiedene Knäste Niedersachsens verteilt. Zwei von ihnen, Peter und Rüdiger stammen aus der Gegend um Frankenberg und wurden bei einem Spaziergang um das Zwischenlager einen Tag nach den Auseinandersetzungen völlig willkürlich aufgegriffen und eingeknastet. Zwei B. wiesen sie als „Steinwerfer“ wiedererkannt haben. Die 17-jährige Carmen aus der Göttinger Gegend wurde in Uelzen verhaftet und sitzt mittlerweile im Gefängnis Knast in Vechta. Richard Stolte, ein Aktivist aus Salzgitter und „zufällig“ Anmelde-der für den 30.10. geplanten Großdemo gegen den Schacht Konrad sitzt ebenso wie Christoph („Atze“) aus West Berlin aus den Gorleben-Auseinandersetzungen hinter Gittern. Am 17.9. und 21.9. sollten die langst-fähigen Haftprüfungstermine in Uelzen, Lüneburg und Göttingen stattfinden.

### Martin Mombaur — eine „Ge-fahr für den Landtag“?

Der grüne Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Martin Mombaur, hatte bereits während der Gorleben-Kundgebung (unmittelbar nach einem Redebeitrag von Markus Mohr) darauf hingewiesen, „daß hierzulande jemand, der seine demokratische Gesinnung kundtut, irgendwann einmal im Knast landen muß.“ Nach Angaben des BBU wurde daraufhin seitens der niedersächsischen CDU gegen ihn Strafentwurf u.a. wegen Aufrufs zum Landfriedensbruch erstattet. Zudem habe Mombaur mit derartigen Äußerungen „den Boden gemeinsamer demokratischer Aktion verlassen und sei hinfort als „Staatsfeind“ und „Gefahr für den Landtag“ anzusehen.“ (EJZ, 10.9.)

Der BBU protestierte gegen diesen Kriminalisierungsversuch, schloß in diesen Protest allerdings nicht die fünf in U-Haft einsitzenden AKW-Gegner mit ein.

**Freilassung aller Gorleben-Gefangenen!**

**Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner!**

Katrin Groenick  
Kio Nr. 2027367  
BLZ 25851336  
KSK Luchow

Anfang 1982 kam an die Öffentlichkeit, was 2 Jahre lang in den Tresoren des Bundesforschungsministeriums vor sich hingemeldet: eine „vertrauliche“ Studie des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK), derzufolge die Fertigstellung des Kalkar-Brüters ohne Änderung des Atomgesetzes „nicht vor 1990 — möglicherweise sogar wesentlich später zu erwarten ist.“ (1) Aufgrund der veränderten Bauzeit würden sich die Kosten von 7 auf 10 Mrd. Mark erhöhen. Rechnet man die Forschungsaufwendungen für den Brüter in der Forschungszentrale Karlsruhe noch hinzu, wachsen die Baukosten auf über 15 Mrd. DM. Dabei ist es schon heute sicher, daß der Brüterstrom doppelt so teuer wie der aus Druckwasserreaktoren sein wird und sich die Betriebsdauer aufgrund des Ausfalls von Reaktortellen von ehemals geplanten 30 auf 7 Jahre verkürzen wird. (2) Nach Aussage der KfK-Studie könnte allein eine atomgesetzlich verankerte Einschränkung der Bürgerbeteiligung beim Genehmigungsverfahren die fristgerechte Inbetriebnahme (d.h. für 1985) sicherstellen. Die bemerkenswerte Schlussfolgerung der FAZ: „Wenn die Bundesregierung an dem vom Bundestag festgelegten absoluten Vorrang der Sicherheit des Bürgers festhält, wird sie auf diese Weise der kern-technischen Entwicklung den Todesstoß versetzen“ (19.5.82).

Trotz der besonders hohen Wahrscheinlichkeit katastrophaler Unfälle (3) richtet sich der Widerstand gegen den Schnellen Brüter gleichermaßen gegen die sozialen Auswirkungen einer forschungs-politisch, die ökologische und ökonomisch un-sinnige Großprojekte mit den Milliarden durchzuführen, die derzeit durch Eingriffe im Sozialbereich und über Strompreiserhöhungen der werkstillen Bevölkerung für den Preis sozialen Ab-stiegs und Elends abgepreßt werden. Ende Oktober wird der Bundestag voraussichtlich endgültig grünes Licht für die Brüterentwicklung geben. Am 2.10. wird dagegen eine internationale Großdemonstration am Brütergelände durchgeführt. Aus diesem Anlaß im folgenden einige Hintergrundinformationen.

335 Mio DM sollte der Brüter in der Planungsphase kosten. 1,5 Mrd. wurden 1972 bis zur geplanten Fertigstellung im Jahr 1979 eingeplant. Seither haben jährlich und in den letzten Monaten und Wochen alle nachfolgenden „Kostenschätzungen“ stattgefunden, die den Herstellungspreis auf 4,6 Mrd. (1980), 5,6 Mrd. (1981) und nunmehr offiziell 6,5 Mrd. (unoffiziell 10 Mrd.) in die Höhe getrieben haben.

„Wohl die meisten Beteiligten haben zu sehr und zu lange auf die Unerschöpflichkeit öffentlicher Geldquellen gesetzt“, bemerkt mit Unschuldsmiene selbst das Handelsblatt des Energiemonopols (4).

Diese sind ins Bürgergeheiß 1972 überhaupt erst gekommen, nachdem festgestellt, daß 93 % der Gesamtkosten aus Steuergeldern bezahlt werden. Wohl wissend, daß ihnen die Anlage (und das darin enthaltene Know-How) nach Fertigstellung geschenkt wird, können sie sich bei guter Audienz

daran dumm und dämlich verdienen, um bei Manuskripten die vertraglich garantierten staatlichen Entschädigungen einzuhändigen. Immer gewagter hat mittlerweile eine ganze Palette sozialdemokratischer Forschungsminister mit „früheren Angaben“ (FAZ) und „bestehenden Berechnungen“ (Zeit) herumjongliert, um „im Vorgriff auf kommende Haushaltskür“ mal hier, mal dort erneut die noch fehlende atomweldige Summe aus zum Teil unvernünftigen gesicherten Haushaltskürpfen an Land zu ziehen. Von Bulow schoß hierbei den Vogel ab, als er derartige Mittel zu Deckung von Mehrkosten als „beschäftigungspolitische Maßnahme der Bundesregierung“ aufzuführen ließ (5). Die Union hütet sich davor, in diesem finanzpolitischen Jauchekölbel unnötig herumzuführen, nicht allein wegen der eigenen pechschwarzen Wege, sondern auch in der sicheren Gewißheit, „daß eine Überprüfung der Sache des Brüteraktors nicht hilfreich ist“ (6). Die Bun-

desregierung schließlich macht den Brüter zum Gartner und überläßt ausgerechnet dem mit der Schweizer Atom-mafia unersättbar verflochtenen Ingenieurbüro „Motor Columbus“ die „strikt neutrale“ Überprüfung der Kostenexplosionen. Deren „Untersuchungsergebnis liegt mittlerweile vor. Es ist alles in Ordnung.“

### Wann sind Schnelle Brüter rentabel?

Kommerzielle Brutreaktoren gibt es nirgendwo auf der Welt. Es existieren lediglich Prototypen und Versuchreaktoren: 4 in der Sowjetunion, je 2 in Frankreich und England, je ein Versuchreaktor in Japan, den USA und der BRD. Durch Umwandlung von Uran 238 in Plutonium 239 soll in Brutreaktoren der Uranvorrat 50-60 mal besser ausgenutzt und zusätzlich neuer Kernbrennstoff erbrütet werden. Die bisher existierenden Anlagen haben lediglich ihre Unfallträchtigkeit unter Beweis gestellt, ohne ein Gramm zusätzlichen Brennstoff erbrütet zu haben. Rentabel wären die Brüter nach Aussage des SPD-Bundesagaporters Steger ohnehin erst „bei einer Veranzugfischung des Uranpreises“ (7), wovon auf absehbare Zeit keine Rede sein kann.

Einer kürzlich erschienenen OECD-Studie zufolge werden bis zum Jahr 2000 höchstens 1,3 Mio Tonnen Uran benötigt. Bereits jetzt sind jedoch allein in den kapitalistischen Staaten über 5 Mio Tonnen Uran zu herkömmlichen Abbaupreisen nachgewiesen. Zusätzlich, mit höherem finanziellen Aufwand gewinnbare Uranreserven wurden weltweit in einer Größenordnung von einigen Milliarden Tonnen entdeckt (8). Die a.Zt. konstatierte Uranüberproduktion wird verschärft durch die weltweite Reduzierung von AKW-Programmen und durch die Entwicklung der Konvertiertechnologie, die die Urananreicherung herkömmlicher AKWs beträchtlich steigert. Damit kehrt die fahle Überlegenheit bezgl. der Kalkar-Milliarden aufkommen, werden „die Entwicklung des Hochkonverters und Anträge der Industrie zu diesem Themenbereich fast als Geheißmaße behandelt“ (9).

In Betreiber-Fachzeitschriften ist es allerdings unbezweifeltes, daß für kommende Jahrzehnte eine rentable Nutzung der Brütertechnologie ausgeschlossen ist, was die besondere Zurechnung der Energiekonzern in Sachen Finanzierung erklärt.



# Kampf den Atomkraftwerken

## Kalkar — Ein Brüter für Atommuseum

Für die Brütertechnologie läßt sich generell konstatieren, daß sie nach kapitalistischen Kriterien einen völlig ungedeckten Wechsel auf die Zukunft darstellt. Beim Kalkar-Brüter hingegen gibt es keine offenen Fragen: seine ökonomische Nutzlosigkeit und technologische Überholtheit ist unter Betreibern und innerhalb der Atomparteien unumstritten.

Dies beginnt damit, daß die Kalkar-Erbauer aus Gründen der Kostenersparnis von Anfang an dafür gestrebt hatten, „dem Schnellen Brüter eben jene Eigenschaften zu nehmen, die ihm eine verheißungsvolle Zukunft versprachen“ (11). Das Kalkar-Brüter ist als „Schneller Brüter“ zu bezeichnen, ist demnach eine reine Propaganda.

Doch selbst bei einer Brüterrate unter 1 steht fest, daß die Kalkar-Betreiber „mit einem jährlichen Zuschußbedarf zwischen 100 und 200 Mio DM rechnen“ (12). Zwischen freier, die lt. Vertragsregelung aus der Staatskasse ersetzt werden.

Technologisch „ist das aus den 60er Jahren stammende Konzept inzwischen als veraltet, da ein entsprechender Demonstrationsreaktor in Frankreich unter dem Namen 'Phenix' längst in Betrieb ist und ein kommerziell nutzbarer Nachfolger mit der Bezeichnung 'Superphenix' gebaut wird. Die deutsche und französische Reaktorindustrie haben für den 'Phenix' ... ein Abkommen geschlossen. Danach stehen beiden Seiten alle Forschungs- und Betriebserkenntnisse aus dem Betrieb des Demonstrationskraftwerks zu. Am 'Superphenix', dessen elektrische Leistung über 1.000 MW betragen soll, ist das RWB (als Konzern) mit 13 % beteiligt“ (13), andere Quellen sprechen von 16 %.

Selbst der NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD), der „eine handfeste ökonomische Notwendigkeit in seiner Fertigstellung nicht mehr“ nicht, bekannte in einem Spiegel-Interview (7.9.81): „Eines ist klar. Der Brüter ist ein Kind der Weitsicht von 1970. Diese Weitsicht ist paßlos.“ Dennoch 10 Mrd. für den Weiterbau müssen bezahlt werden Jochimsen: „Wir wollen ihn zu Ende bauen, auch wenn er im Jahre 2000 womöglich ins Museum gehört. Wenn das herauskommt, ist es auch keine Tragödie. Wir haben dann immerhin technologische Erfahrungen gesammelt.“

Abgesehen davon, daß die nach normalen kapitalistischen Kriterien längst

abgeschiedenen, daß die nach normalen kapitalistischen Kriterien längst fällige Abschreibung in Kalkar sich auch innenpolitisch „als entscheidender Rückschlag für die Nutzung der Kernenergie insgesamt“ erweisen dürfte, so von Bülow, (14), liegt der wesentliche Grund für die unbedingte Fertigstellung der Kalkar-Ruine in außenpolitischen Ambitionen und Verrechnungen des BRD-Imperialismus. Neben dem gängigen Argument, Forschungsrüsten dürften wir uns gerade in schwierigen Zeiten nicht leisten, um nicht in der weltweiten technologischen Entwicklung hoffnungslos zurückzufallen, wird in Bereitstellungsmaßnahmen darauf hingewiesen, daß „bei einer Einstellung der Arbeiten die deutschen Industrieunternehmen nicht mehr in der Lage wären, später etwaige Lizenzen aus einem anderen Land zu nutzen. Darüber hinaus sichert nur die Erfüllung der internationalen Verträge über den SNR 300 die spätere auskömmliche Beteiligung an einem großen deutschen Demonstrations-Brüterkraftwerk SNR II im Gegensatz zu der deutschen Beteiligung am französischen Super-Phenix. Dennoch werden die Holländerischen ENEL 33 % und die französische EDF 16 % der Kosten des SNR II tragen, wodurch sich mit der 30 %igen Beteiligung der niederländischen, belgischen und britischen Partner an der SBK ein ausländischer Finanzierungsanteil von 65 % am SNR II ergibt.“ (15).

Hierzu ist anzumerken, daß Schnelle Brüter aufgrund ihrer finanziellen Dimensionen, im nationalen Rahmen als Prototypen errichtet werden können.

Für Brut-Reaktoren der H-Bis-Größe (über 1.000 MW) ist die internationale Kooperation perspektivisch die einzige Möglichkeit. „Im europäischen Konkurrenzkampf um 'Kooperationsfähigkeit' liegt die BRD noch hinter Frankreich und Großbritannien. Aber erst in europäischer Kooperation ist es möglich, Marktanteile auf dem Weltmarkt zu sichern, z.B. gegenüber den USA und Japan, die erst im April '81 ein Brüterabkommen über gemeinsame Forschungsarbeiten für Schnelle Brüterreaktoren abgeschlossen haben.“ (16).

Der Kalkar-Brüter ist demnach kaum mehr als die Fiktion des BRD-Platzkapitals beim Pokern um große Brüterreaktoren und weltweite Vermächtnis auf diesem Gebiet.

## Oder geht es um Schnelle Atombomben-Brüter?

Mehr am Rande hieß es kürzlich in einem Spiegel-Report über den bisher einzigen „großen“ Brüter, den 'Superphenix' bei Malville: „Er wird nur noch aus militärpolitischen Gründen gebaut — weil die militärischen Plutonium-Brücker Frankreichs am Ende ihrer Lebenszeit stehen und Ersatz nicht da ist“ („Spiegel“ v. 19.10.81). Dies ist nicht allein deshalb interessant, weil die „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke“ (RWE) an diesem Bombenbrüter mit 16 % engagiert sind, es könnte auch eine Erklärung dafür sein, daß trotz hoher Renditeattraktivitäten gerade in diese Technologie wahre Unsummen hineingebauert werden.

So ist bekannt, daß bei planungsmäßigem Betrieb jährlich der Plutonium-Ausstoß eines Brüterreaktors über 50 % um dem des Leichtwasserreaktors liegt. Das im Brutstoff erbrütete Plutonium ist in waffentechnischer Hinsicht von erstklassiger Qualität. Da hier Plutonium auch als Brennstoff benutzt wird, ist ein leichter Zugriff auf waffenfähig

Material bereits am Reaktoreingang möglich und eine Kontrolle der Plutoniumbestände völlig ausgeschlossen (16).

Als „für die Waffentechnik höchst interessant“ bewertet zusätzlich die „Atomkulturbörse“ Studie des IFTU Heidelberg „das Plutonium aus dem Brutmantel des SNR. Dieses hat bei 96 % Pu 239 eine kritische Masse von 4,5 kg. Zudem läßt sich der Brutmantel wegen der relativ geringen Versäuerung während des Reaktorbetriebs leicht aufarbeiten“ (17).

Widersprüche zwischen Industrie und Staat bei der weiteren Finanzierung des Brüters?

Im Sept. '81 wollte das Bundesforschungsministerium plötzlich eine Finanzierungslücke von 1,1 Mrd. DM für den weiteren Brüterbau entdeckt haben. Die seither laufenden Verhandlungen von Bülow dienen offiziell dem Ziel, den 8 %igen Finanzierungsanteil der Industrie auszubauen.

In dem bereits zitierten Diskussionspapier der Essener Initiative gegen Atomanlagen (NRW-Info Nr. 36) ist von einem „echten“ Konflikt zwischen Industrie und Staat die Rede, „der sich im Zuge der Weiterentwicklung und des Weiterbaus vom Schnellen Brüter, und nicht nur da, wiederholen (wird), wobei sich das Verhältnis von Industrie und Staat noch vielen Prüfungen unterziehen muß“.

Demgegenüber ist daran erinnert, daß die in allen Tönungen vorgetragenen Slogans, „Drohungen“ von Bülow gegenüber der Industrie sich bisher ausnahmslos als Theaterdemonstration erwiesen haben. Völlig im Unklaren gelassen wurde die Öffentlichkeit über den realen Kern der Verhandlungen zwischen E-Konzernen und Bundesminister.

So erklären die E-Magnaten von Anfang an, „daß eine freiwillige Regelung gleich welcher Art, als nicht realistisch anzusehen ist“ (18). Gefordert wurden Gegenleistungen, die R. Guck, Präsident des Deutschen Atomforums vor vergleichbaren folgendermaßen umriß: „Nur wenn wir Kernkraftwerke bauen und betreiben dürfen, und zwar ohne 'Wenn und Aber', können wir

den Brüter finanzieren. Optionen haben hier noch nie genutzt. Die Forderung nach Überschaubarkeit und Planbarkeit der Genehmigungsverfahren gilt aber auch für den SNR selbst“ (19).

Wie die taz zu berichten wußte, machten beispielsweise die süddeutschen Energiekonzerne „ihre Beteiligung an den Brüterkosten von konkreten Wähler-Zugängen zum Bau von AKW's in Wühl, Pfaffenhausen, Neckarwestheim II, Ollau II und der Wiederaufarbeitungsanlage Schwandorf abhängig“ (taz, 18.2.82).

Als im Februar '82 die E-Konzerne schließlich als „einmaligen verlorenen Zuschuß“ eine Finanzspritze von 418 Mio DM versprochen, war dies an weitere Bedingungen gekoppelt:

— Bundestagsentscheidung für den Brüter im September '82

— Zuerstweisung der Betriebsgenehmigung

— Abwälzung der Kosten auf die Stromkunden

— Erleichterung der Genehmigungsverfahren für den Bau weiterer AKW's

Anerkennung der Milliardenpende als Betriebskosten, wodurch 600 Mio Mark von öffentlichen Kassen getragen werden (nach NRW-Info Nr. 36).

Berechnungen der Grünen „rund 3 Millionen Wohnungseinheiten mit Sonnenkollektoren und Wärmepumpen auszustatten“ könnte (22). Auch das neue Finanzloch wird wie die bisherigen gelöst werden. Von Bülow hat bereits deutlich gemacht, daß er selbst „einen völligen Rückzug der Partner Niederlande und Belgien aus der weiteren Finanzierung nicht dazu benutzen wollte, um aus Projekten, die wir langfristig für notwendig halten, auszusteigen“ (23).

Zum Ausstopfen kommender Finanzlöcher soll neben dem sogenannten Kohlepfennig ein ebenfalls letztlich vom Stromverbraucher zu tragender „Nuklear-Pfennig“ erhoben werden. Zudem läßt sich auf Kosten anderer Ressorts aus weiterem das Forschungsministerium aufblähen, das im Etat für '83 mit einer 7,3% Steigerung (Gesamthaushalt 1,9 % Steigerung) bedacht wurde. Und last not least hat Graf Lambsdorff bereits mit dem Holzbau geschwungen und „zur Finanzierung von Projekten, die wir langfristig für notwendig halten“ ge-

fordert: Vorrangsetzung des Arbeitslohnsteuers auf 50%, Karenztage für erkrankte Werkstoffe, Streichung des Mutterschafturlaubsgeldes, Streichung des Schüler-BAF-G etc. p. p.

Plott in Kalkar

In dem Diskussionspapier der Essener HI (NRW-Info 36) heißt es abschließend: „Nicht zuletzt sind die Energieversorgungsunternehmen und vor allen Dingen der Staat gezwungen, wollen sie nicht den letzten Schein an Sozialstaatlichkeit verlieren, ihre Vorgehensweise vor dem Bürger zu legitimieren, was ihnen zunehmend schwerer fallen dürfte. Und genau hier muß unser Widerstand ansetzen. Wir müssen einfach klarstellen, daß solche Projekte wie der Schnelle Brüter durch nicht zu rechtfertigen sind, daß deren Weiterbau nur mit einem totalen Vertrauensverlust der Bürger gegenüber dem Staat durchzusetzen sind. Die einzige Möglichkeit, die Inbetriebnahme des Brüters zu verhindern, ist das Zusammenreffen von der von uns vorangetriebene Legitimationsskizze ... und der immensen Finanzkrise. Das ist eine Chance für uns, die sich aber nicht zwangsläufig ergeben muß. Diese Zusammenhänge müssen in unserem Widerstand und in der Demo am 2. Oktober ihren Ausdruck finden!“

AKW-Nachkommenschaft

Anmerkungen:

(1) taz 4.2.82

(2) Der Chef der Kalkar-Betreibergesellschaft Eitz in einem Interview mit dem „Bonner Energiespiegel“: „Ich wäre froh, wenn wir die ersten 50.000 Stunden am Betrieb hinter uns hätten“ (das sind ca. 7 Betriebsjahre), (t. taz, 4.2.82)

(3) Bei Ausfall der Kühlung explodieren die Brennelemente des Schnellen Brüters in Sekundenbruchteilen. Als Kühlmittel dient das flüchtige Natrium, das äußerst explosiv und korrosionsfähig ist und weiter mit Wasser noch mit Sauerstoff in Berührung kommen darf. Die Explosionsgefahr bei Sauerstoffüberführung macht es nötig, auch minimale Leckagen zu verhindern, was von den Betreibern als das schwierigste Problem eingestuft wird. Solche Explosionen werden jedoch einkalkuliert. Das zeigt u.a. ein kürzlich im Kernforschungszentrum Karlsruhe eingeleitetes Projekt zur Untersuchung der Abfälle. Folgen und Löschtechnik bei großen Natriumbränden (Vgl. Nachrichten, 6.8.82)

(4) ET 1982

(5) vgl. FAZ, 9.7.82

(6) FAZ durch die Wirtschaft“ (BdW), 7.4.82

(7) so der SPD-Abgeordnete Steiger II, Zeit 7.7.82

(8) vgl. BdW v. 14.5.82

(9) taz 10.10.80

(10) vgl. BdW v. 14.5.82

(11) BdW 10.10.80

(12) aus einem Positionspapier der Essener HI, NRW-Info Nr. 36

(13) Zeit v. 22.1.82

(14) M. FAZ, 17.12.81

(15) Atomwirtschaft, zitiert nach NRW-Info Nr. 36

(16) SNR 300 = Schneller Natrium-Reaktor für 300 MW (Kalkarprojekt)

(17) SNR II soll das westdeutsche Gegenstück zum franz. 'Superphenix' mit einem D von ca. 1300 MW werden

(18) SNK = Schneller Brüter-Kernkraftwerke-GmbH, Essen. Die Gesellschafter der SBK sind das RWE mit 66,6 %, die belgische Syngem SA mit 14,8 %, die niederländische N.V. G.E.P. mit 14,8 % und die britische C.E.B. mit 7,6 % in NL und Belgien gibt es jedoch eine Bestrebungen aus dem Vertrag auszusteigen. Die Kostenexplosionen seit 1980 werden von diesen Ländern nicht mehr finanziert

(19) vgl. Atomkulturbörse Nr. 19, S. 18

(20) Die sehr interessante Studie (s. a. AK 224, S. 24) ist für 10 DM zu beziehen über IFEU, Heidelberg a. V. im Band 5, 9900 Heidelberg

(21) BdW 2.10.81

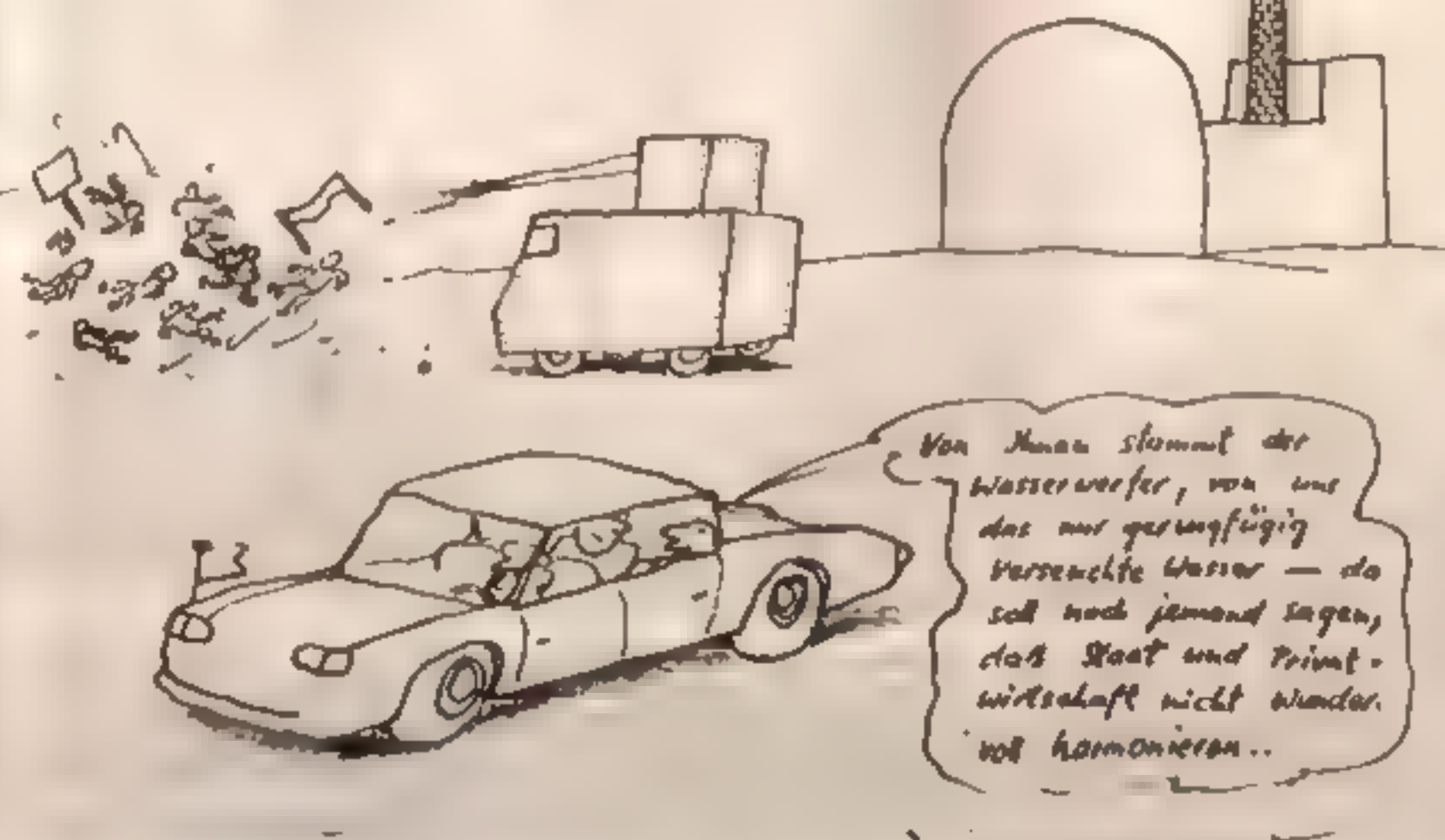
(22) taz 8.82, S. 313

(23) BdW 23.8.82

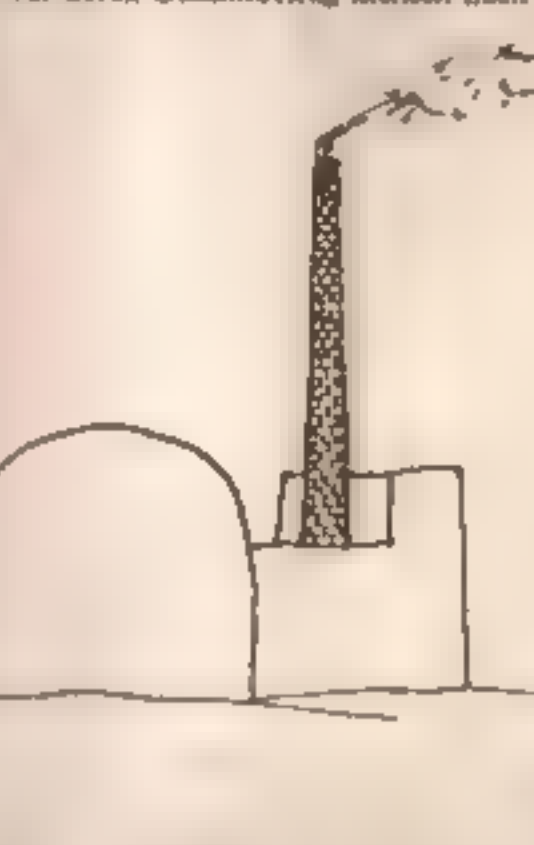
(24) FR, 10.9.81

(25) taz 12.2.82

(26) taz, 19.11.81



kosten für den Brüter übernommen zu haben, eine 7%ige Strompreiserhöhung Anfang '82 erstmals mit prägen Brüter-Preisen begründeten, zeigt nur, wo und auf wem die tatsächlichen "Milliarden-Brüter" sitzen. So betrifft die vom den Wirtschaftsministern bereits 1981 zugesagte Schnelle Brüter-Strompreiserhöhung "nur die direkten Tarifkunden, also die Haushalte. Beim größten deutschen Stromversorger RWE wurde das lediglich 6% Prozent der gesamten nutzbaren Strommengen betreffen. Alle anderen 89 Prozent Stromlieferungen wurden von kleineren und Sondervertragskunden (spricht Industrie) aufgenommen, deren Preise privatrechtlich geregelt sind und nicht der Tarifaufsicht der Wirtschaftsminder unterliegen" (21). Nach Berechnungen der Grünen NRW hat bisher jeder der 3 Mio Tarikunden der RWE mit durchschnittlich 60 Mark zu den Brüter-Baukosten beigetragen, für deren Gesamtbetrag mensch noch



Von Mann stummt der Wasserwerfer, von uns das nur geringfügig versenkte Wasser — da soll noch jemand sagen, daß Staat und Privatwirtschaft nicht wunderbar harmonieren...

Zur öffentlichen Erstellung der Abtrügnung

Die Vorbereitungen zur Demonstration am 2.10. gegen den Schnellen Brüter in Kalkar sind nicht mehr aufzuhalten. Die Querelen um einen zentralen Aufruf (soll) an den Bundestag appelliert werden oder nicht) haben sich insoweit „gelöst“, als es der BBU sich nicht nehmen läßt, einen eigenen Aufruf anzubringen. Konsens für den Aufruf der Landeskonferenz NRW, der auch von vielen anderen Gruppen (bisher 145) getragen wird und anderen Aufrufen sind nach wie vor die Forderungen (siehe letzten AK). Ergänzt wurde der Katalog auf einem Vorbereitungstreffen am 12.9. in Duisburg um die Forderung nach Freilassung aller Gefangenen-Gefangenen.

Der Presse gegenüber wurde am 13.9. von den Hintergründen des Schnellen-Brüter-Dezasters berichtet, über die internationalen Verflechtungen (besonders BRD-Niederlande) und besonders über die verschärfte Kriminalisierung gegen die Anti-AKW-Bewegung.

Für den 2.10. selbst ist geplant: Kundgebung 10 Uhr in Kalkar u.a. mit Sprechern aus dem Baskenland oder von La Hague aus Schwandorf (geplanter Standort einer bayerischen WAA) und den Niederländern. Um 11 Uhr (fünf vor zwölf) soll es eine Demonstration in Kalkar und an möglichst vielen anderen Orten geben als Mahnung für den 1. Instanz, wo der Brüter-Grund wann mal in Betrieb gehen. Die anschließende Demonstration führt zu dem Punkt, wo auf der Wies von Bauer Maas eine Schlusskundgebung u.a. mit Markus Mohr und Sprechern vom Standort des Hochtemperaturreaktors abgehalten wird.

Der 2.10. selbst ist geplant: Kundgebung 10 Uhr in Kalkar u.a. mit Sprechern aus dem Baskenland oder von La Hague aus Schwandorf (geplanter Standort einer bayerischen WAA) und den Niederländern. Um 11 Uhr (fünf vor zwölf) soll es eine Demonstration in Kalkar und an möglichst vielen anderen Orten geben als Mahnung für den 1. Instanz, wo der Brüter-Grund wann mal in Betrieb gehen. Die anschließende Demonstration führt zu dem Punkt, wo auf der Wies von Bauer Maas eine Schlusskundgebung u.a. mit Markus Mohr und Sprechern vom Standort des Hochtemperaturreaktors abgehalten wird.



## Kohleumwandlung = totaler Ausbau der Kernenergie

Ohne größere Proteste befürchten zu müssen, geht die Atomindustrie daran, einen völlig neuen Industriezweig zu schaffen: die sogenannte Kohlevererdung (denn neue Wertschöpfung ist ähnlich pervers wie bei „Entzuckerungsspark“ oder „Verteidigungsministerium“). Die Kohlevererdung ist untrennbar mit einem weiteren Ausbau der Atomenergie verbunden. Politiker und Atomindustrie lassen die Bevölkerung bewußt im Unklaren über die Folgen, wie hier am Beispiel des Erfindetums noch aufgeführt werden soll.

## Die Parteien

Mit den Politikern hat die Atomindustrie offensichtlich bereits alles abgeklärt, um den Bau von Kohleumwandlungsanlagen in größerem Umfang durchziehen zu können. So schrieb die SPD bereits 1980

„In der Bundesrepublik setzen wir die seit Beginn der Vier Jahre bestehende Politik des "Weg vom Öl", der besseren Energienutzung und der Energieeinsparung fort. Es kommt darauf an, die Energie, die wir für eine sichere Zukunft brauchen, bereitzustellen. Dies erfordert ein Umlernen beim Staat, bei der Wirtschaft und bei den Bürgern auf vielen Gebieten."

- Größere Anstrengungen beim Energie sparen und bei der besseren Nutzung von Energie (Dw 4P) hat dazu umfangreiche Maßnahmen beschlossen.

— Vorrang der heimischen Kohle: Die Anstrengungen für die Kohleveredlung werden fortgesetzt. Dabei ist besonders auf die Entwicklung umweltfreundlicher Energien Wert zu legen.“ (1)



# Kampf den Atomkraftwerken

Die man aus Kohle Gas und Benzin gewinnen kann, ist sie für Graf Lamberti auch zu schade geworden, um noch unter Kraftwerkskassett veräußert zu werden, dafür soll auch das Kernenergie-Programm der Bundesregierung dienen. „Mit einem weiteren Ausbau der Kohleveredelung kann nur gerechnet werden, wenn durch Kernkraftwerke weitere Kohle aus der Stromerzeugung freigesetzt wird.“ (20)

## Kohleumwandlung und Umweltschutz

Auch ohne Atomkraft sind Kohleumwandlungsanlagen zwar für die Betreiber profitabel und gesund, weil sie vom Staat subventioniert werden, für die „normalen Menschen“ aber eher ungesund. Beim Betrieb solcher Anlagen werden auf jeden Fall (trotz technischer Maßnahmen) chemische Stoffe freigesetzt werden, die entweder als Gas in die Umgebung entweichen oder in flüssiger oder fester Form auf ein Land oder im Wasser ablagern. Unter den Substanzen sind Gift wie Arsen (As), Antimon (Sb) und Quecksilber (Hg) oder Kohlenwasserstoffe eine lange Liste von Stoffen, die als gesundheitsschädigend, bzw. krebserzeugend bekannt sind. Es wird wieder einmal mehr nach dem Motto „Profit ist wichtiger als Umweltschutz“ verfahren. Es ist „unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll“, das anfallende und schwierig abtrennende Kondensat nach normaler Abwasserklärung einfach „abzulassen“. Die Forderung, bei Anlagen zur Kohleverflüssigung wegen des hohen Druckes in den Leitungen auf fester dichter Material für Pumpen, Ventile und Leitungen Wert zu legen, deutet auf Parallelen zu den Störfällen in Atomkraftwerken hin. Daß im laufenden Betrieb mit Leckagen gerechnet werden muß, ist bekannt. „Emission aufgrund technischer Verluste“ nennt man das dann. Aber stinken wird es auf jeden Fall, nicht nur Kohlenwasserstoff, sondern auch Stickstoff- und vor allem Schwefelverbindungen sorgen dafür. Ein Problem ist die chemische Zusammensetzung der Rückstände (Asche, Schlacke, Filterrückstände). Die teilweise hochgiftigen Stoffe müssen abgelagert werden, wo sie durch Regen ausgewaschen ins Grundwasser gelangen. Auch die Abtragung des häufig feinen Staubes durch Wind macht Sorgen. Bei insgesamt möglicherweise 62 auflastenden Abfallsubstanzen sind überhaupt nur bei ganzem 11 per Gesetz Einschränkungen vorgeschrieben (durch Immissionsgrenzwerte). Das bedeutet, daß die Gefahr gar nicht kontrollierbar ist. Vor allem fehlen solche Immissionsgrenzwerte für krebserzeugende Stoffe wie Arsenate, Chromate, Nickel, Beryllium, Cadmium, Benzole und Benzopyrene und für die Schwermetalle Blei, Quecksilber und Zink. (15)

## Das Argument der Arbeitsplätze

## Das Argument der Arbeitsplätze

Natürlich gelten die angeführten Gefahren erst recht für das Betriebspersonal. Doch auch hier wird das Argument der Sicherung der Arbeitsplätze herhalten müssen. Ein Hauptziel des Kohleveredelungsprogramms ist die Beschaffung des nötigen „know how“, um auf dem Weltmarkt mitkonkurrieren zu können. Dadurch wird die Wirtschaft noch abhängiger von diesem empfindlichen und von ständiger Überproduktion bedrohten Markt. Ökonomische Störungen können katastrophale Entwicklungen herbeiführen. Bei der Kohleumwandlung zeichnet sich damit eine ganz ähnliche Entwicklung wie beim Einstieg in die Atomenergie ab. Danach wird auch der Kohleumwandlung ein Segen ohne Ende folgen:

- Den Aufbau funktionsfähiger, seriennäßig ausgelegter Demonstrationsanlagen
  - Durch den Einstieg in die Kohleumwandlung entstehen Industrien und neue Arbeitsplätze, die den Staat dazu zwingen, den einmal eingeschlagenen Weg aus allen Konsequenzen für und gegen die Bevölkerung weiter zu gehen.
  - Jede Störung bei Bau und Planung dieser Anlagen sei es durch die Marktsituation oder durch Einsprüche von Umweltschützern - kostet unweigerlich viele Millionen aus Steuergeldern. Gleichzeitig und dann die Arbeitsplätze gefährdet. Dies wird dann wieder als Argument für den ungezügelter Ausbau dieser Technologie herhalten müssen.
  - Der ständige Druck unter dem diese Wirtschaft stehen wird, verschlechtert die Bedingungen zur Durchsetzung sozialer und gesellschaftlicher Forderungen. (21)
- Überhaupt, die Umweltschäden, damit will es sehr schlecht aus. Die stockkonservative Führung der IG Bergbau

und Energie stellt sich voll hinter die Atomindustrie. Die Hauptorgane Adolf Schmidts, des Vorsitzenden dieser Gewerkschaft und die Kosten „Prozesswärme aus Kernspaltung muß der kostengünstigen und lagerstättensicheren Umwandlung von Braunkohle und Steinkohle in gasförmige und flüssige Kohlenwasserstoffe dienen.“ (22)

## Das Beispiel Erftkreis

Insgesamt sind in der Bundesrepublik 16 Kohleumwandlungsanlagen im Bau (6), Betrieb (2) oder in Planung (8), und zwar im Ruhrgebiet im Oberhausen-Holten, im Saarland in Hückelhoven, in Hürth-Berrenrath, im „rheinisches Braunkohlenrevier“, bei den VEW Kraftwerken Oersteinwerk, Lippe und Eschweiler und in Bottrop. (23)

Dabei fällt auf, daß die meisten Kohleumwandlungsanlagen nicht alleine stehen, sondern in machen Gebieten mindestens 3 Kohleumwandlungsanlagen gebaut werden sollen. Wahrscheinlich ist in diesen Gebieten noch mehr geplant (z.B. WAA's für den Atom- und die B. B.). Besonders klar wird das am Beispiel des Erftkreises, der auch als „rheinisches Braunkohlenrevier“ bezeichnet wird. Außerdem wird ein Standort als Berrenrath, nach einem Stadteil der Stadt Hürth, bezeichnet. Die Kohleumwandlungsanlage in Hürth-Berrenrath war die erste der 14 geplanten Umwandlungsanlagen, die genehmigt wurde. Der Verlauf der Information der Hürther Bürger über die geplante „Gasfabrik“ enthielt nicht einer gewissen Komik. Die appellierte Vorstandsmagist Dr. Hans-Joachim Leuchner an die zuständigen Behörden, „dieser ersten Braunkohlen-Gasfabrik“, ihre Zustimmung zu geben“, weil damit die Industriestadt endlich einmal den Erdgasländern beiseite können, daß sie es mit der Kohleveredelung zum Ersatz von Öl ernst meinen.“ Mit dieser intelligenten Äußerung brachte Leuchner sicherlich jeden Ölscheich zum Lächeln. Schließlich kann man mit einer Kapazität von einer Million Kubikmeter Synthesegas die jährliche Erdölförderung der OPEC-Staaten mühelos „überbieten“, aber wieviel baten die Herren schon etwas getrunken, es war ja die „traditionelle Barbara-Feier des rheinischen Braunkohlenreviers“ gewesen. (24)

Daraufhin trifft der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Klaus-Jochims die Entscheidung zur Genehmigung der Kohleumwandlungsanlage südwestlich von Köln. „Es mag zwar widersprüchlich klingen“, meinte Jochims, „doch wird mit der Anlage in Hürth sogar eine Verbesserung der Umwelt erreicht, weil sie weniger belastend ist, als die vorher an gleicher Stelle betriebene Brückfabrik.“ (25)

Ne, wenn das nun stimmt... Dann jedoch wurde unter den Politikern in Hürth und in Wirtschaftskreisen Unruhe und eine neue Diskussion ausgelöst: einem Bonner Wirtschaftswissenschaftler war die Bemerkung entfallen: „Kohleumwandlung ist ein Wirtschaftskreislauf. Kohleumwandlung ist eine neue Diskussion ausgelöst, einem Bonner Wirtschaftswissenschaftler war die Bemerkung entfallen: „Kohleumwandlungsanlagen belasten die Umwelt im Ausmaß von vier großen Kohlekraftwerken“. Klaus Leunertz, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Hürth, wollte diesen Hinweis auf den Tisch gehen und stellte eine Anfrage beim Bundesministerium für Forschung und Technologie. Als Antwort bekam er eine von Rheinbraun (d.h. der Betreiberfirma) ausgearbeitete Vorprojektskizze. Da Rheinbraun die Frage ganz neutral behandelte, ob eine Kohleumwandlungsanlage von Rheinbraun sicher ist oder nicht, steht für Klaus Leunertz inzwischen fest: „Was bei der Kohleumwandlungsanlage normal so groß wie bei einem Kraftwerk ist, ist lediglich die Grundfläche. Davon auf eine entsprechende Umweltbelastung zu schließen, ist aber falsch.“ (26)

Noch unzuverlässiger ist die Art der CDU-Bundestagsabgeordneten Annette Müller. Dieser erklärte den „durch einen Zeitungsartikel aufgeschreckten Berrenrath-Bürgern“, daß Rheinbraun alles tun werde, um die gesetzlichen Bestimmungen voll zu berücksichtigen; daß Rheinbraun bisher im Bereich des Umweltschutzes mehr getan habe, als die Gesetz es vorschreiben, das werde auch bei der neuen Fabrik der Fall sein. Er erklärte sich bereit, Rheinbraun zu helfen, die aufkommenden Bedenken zu zerstreuen. (27)

Aber Spaß beiseite. Diese Art und Weise, wie den Bürgern jede Information vorenthalten wird, ist bezeichnend. Ein anderes Beispiel ist die geplante Kombination AAW/Kohleumwandlung des Neurath. Wie die CDU es „an den Tag brachte“, hat Rheinbraun schon 1977 die Landesregierung wissen lassen, daß es in den 80er Jahren zwischen Neurath und Rommerskirchen Anlagen zur Kohleumwandlung bauen will, auf einem Grundstück von 420 ha. Spätestens 1990 solle dort ein Atomkraftwerk gebaut werden. (28)

Doch ein paar Tage später steht alles wieder ganz anders aus. Im rheinischen Revier ist der Bau eines Kernkraftwerkes zur Zeit (1) nicht beabsichtigt oder geplant. Allerdings werden die technischen und andere Voraussetzungen untersucht, die ein Kraftwerk auf nuklearer Basis ermöglichen, das der Stromversorgung für Betriebe der Kohleveredelung dienen könnte. Dazu gehört auch die Sicherung eines Standortes“, erklärte Jochel Späthoff, SPD-Fraktionsmitglied. Schließlich riefte auch Klaus Leunertz noch einmal Bullen. „Wir wissen in der SPD-Fraktion, daß die Energiewirtschaft auf die Veredelung von Kohle drängt und daß die Konzerne dabei auch Kernenergie einsetzen möchten, um Kohle zu sparen. Am liebsten möchten die bald 120 Mio. Tonnen vergasen statt sie in den Kraftwerken unter Verlusten zu verbrennen. Die dadurch entstehenden Lücken bei der Stromproduktion sollen dann Kernkraftwerke übernehmen. Die Kohle hat Vorrang, Kernenergie ist hier für uns kein Thema.“ (29)

Dann fragten die 4 CDU-Landtagsabgeordneten nach und wieder gab es ein neues Ergebnis. „Bislang wird in der Antwort an die Landtagsabgeordneten, daß auf der fraglichen Fläche eine Anlage zur Kohlevergasung entstehen könnte, die zunächst konventionell und später nuklear (also doch ein Thema!) - Atomkraftwerk) betreiben werden könnte. Zum Betrieb der Veredelungsanlage bedarf es noch Angaben der Landesregierung eines eigenen Reaktors. Dieser könnte später auch ein Hochtemperaturreaktor sein.“ (30)

Da kann man nur staunen. Die SPD-Landesregierung genehmigt den Bau eines HTR's schon 1977, die CDU erlaubt es und veröffentlicht es, die SPD-Bundestagsabgeordnete Leunertz ist dagegen, mit ihm die ganze SPD im Erftkreis, die Landesregierung ist aber trotzdem dafür.

Erfreulich ist, daß sich eine Bürgerinitiative im Kreis Neuß gebildet hat, die gegen diese seltsamen Pläne ankämpft. Sie nennt sich „Bürgerinitiative gegen Kohleumwandlung und Atomkraft im Neurath“ (BIKAN). (31)

Es ist eigentlich kein Wunder, daß SPD/MDL Klaus Leunertz beirätet, für den Bau eines Atomkraftwerkes zu sein. Schließlich weiß er genau, daß damit in der nächsten Zeit auch nicht zu rechnen ist. Kein Mensch kann glauben, daß die Industrie ihre Pläne nicht durchsetzen will und dabei nicht den günstigsten und profitabelsten Weg einschlägt. Bis 1990 wird auch ein Klaus Leunertz (oder sein Nachfolger) die heute gemachten Aussagen verteidigen haben. Das ist nichts neues. Warum die Industrie heute noch keine Atomkraft einsetzt, lassen wir sie am besten selbst erklären. „Trotz aller Attraktivität des Verbundes von Gasversorgung mit Kernkraftwerken ist es zweckmäßig, die Gesamtanlage zunächst mit Prozessdampf und Strom aus fossilen Kraftwerken zu versorgen, weil diese früher als die Kernkraftwerke

aus fossilen Kraftwerken zu versorgen, weil diese früher als die Kernkraftwerke

## Nochmals zu: Atombombenbau jetzt im eigenen Keller möglich

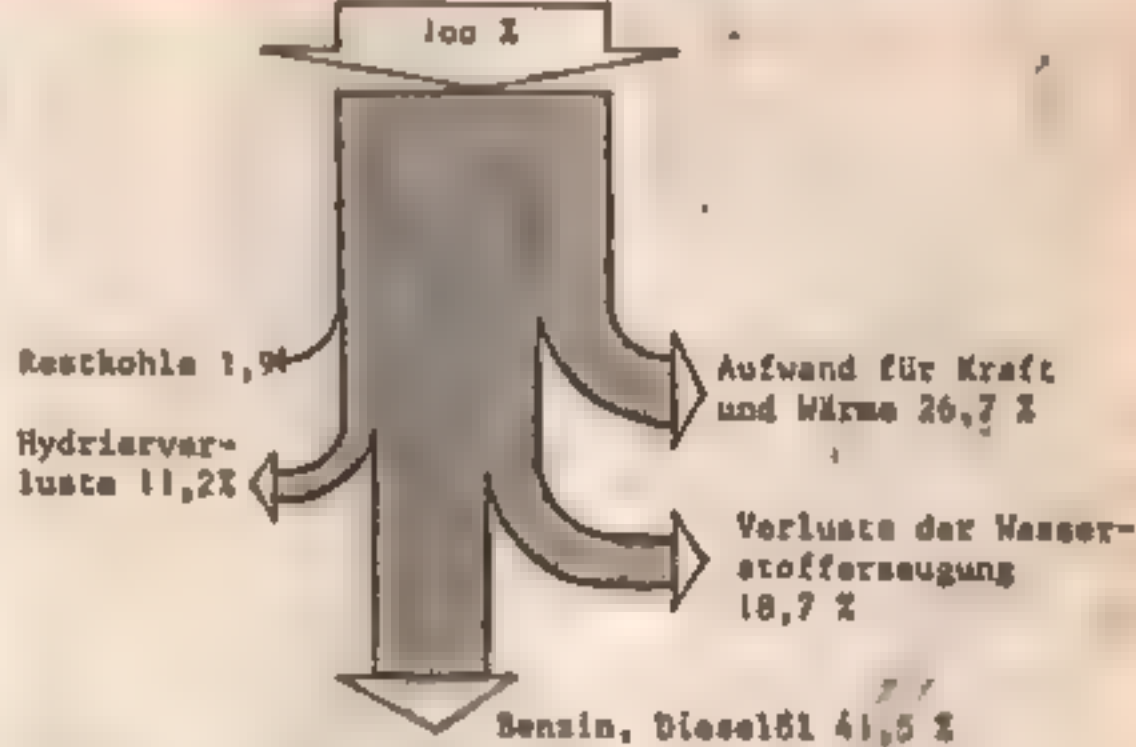
Wir schreiben dem im letzten AK: „In der IFEU-Studie (Atombombenbau) wird nachgewiesen, daß die Plutoniumgewinnung nur für drei Bombenbrennstoffe ausreicht. Ein Einzelstudium dieser Forschung (in der BRD — Anm. Verf.) wäre praktisch gleichbedeutend mit dem Dagestand, die BRD bereite die Möglichkeit vor, selbst Atombomben zu bauen.“

Wir wollen hier kurz die Argumentation der IFEU-Studie wiederholen, in der dargestellt wird, daß es möglich ist, Plutonium zu gewinnen, die in der USA für eine dritte Nutzung der ersten Laser-Abreißmethode angegeben werden, man und wandert ständig und so den Herren beherzogen hat. Zudem wurde die Möglichkeit, die Plutoniumgewinnung vor, selbst Atombomben zu bauen.“

Bisher wird nur in den USA offensichtlich eine solche Plutoniumanreicherung zugegeben. Folglich gibt es auch nur US-Quellen, die eine angeblich zivile Anwendung aufzeigen wollen. Das IFEU-Institut in Heidelberg (Institut für Energie- und Umweltforschung) hat diese Argumente des US-Energieministeriums (im folgenden kurz DOE (= department of energy)) mit ihren Ergebnissen konfrontiert.

Reduzierung der Strahlenbelastung des mit Atombomben kassierenden Personals durch Abtrennung von Plutonium 240 und 242.

Sowohl Pu-240 als auch Pu-242 senden nur Strahlung mit einer sehr kurzen Reichweite aus (wie und Alpha-



Energiebilanz bei der Kohleverflüssigung

ke in Betrieb genommen werden können. Mittelfristig können Dampf und Strom aus DWR (Druckwasserreaktor) und HTR bezogen werden. Langfristig schließlich kann die Gasverzeugung nach Anpassung der Verfahrenstechnik mit Prozesswärme, Prozessdampf und Strom aus Hochtemperaturreaktoren erfolgen.“ (32)

## No Future ?

Offensichtlich strengt sich die Atomindustrie an, derartige neue Pläne wie die Kohleumwandlung aus dem Licht der Öffentlichkeit zu halten. Daß sie dabei nicht immer Glück hat, sieht man im Erftkreis. Die bescheidenen geringen Reaktionen auf die Verhaftung von Markus und Michael lassen einen vermuten, daß nicht mehr viel mit der Anti-AAW-Bewegung los ist. Wenn es ihr nicht gelingt, jetzt schnell zu reagieren, läßt sich auch durch Bauplatzbesetzungen nichts mehr verhindern. Auf jeden Fall wird das Thema Kohleumwandlung in absehbarer Zeit mit im Mittelpunkt des Interesses der Anti-AAW-Bewegung stehen müssen.

## Anmerkungen

- (1) Bienenheit für Deutschland, Wahlprogramm 1980
- (2) Die Frieden und Freiheit, Wahlprogramm der CDU/CSU
- (3) Programm der Deutschen Kommunistischen Partei Mannheim 1978 S. 43
- (4) s. Kommunismus und Klassenkampf, Theoretisches Organ des KBW, Heft 8, August 1981 S. 37 ff.
- (5) Aktionsprogramm: „Mit der Deutschen Volkunion für ein deutsches Deutschland“ Punkt 18
- (6) Forschung aktuell, Kohleumwandlung, Umschau Verlag 1978, Herausgeber Bundesministerium für Forschung und Technologie
- (7) Umweltmagazin, Zeitschrift des BBU, März/April 1980, S. 12

- (8) dazu ausführlicher AK 220, vom 19.4.82: „Die imperialistische Ausbeutung des südlichen Afrikas und seine militärische Absicherung, S. 36 f.
- (9) Das Gas, das aus der Kohle kommt, KWU, 1978
- (10) Metall Zeitung der IG Metall, Nr. 13, vom 13.6.1982
- (11) J. Kirchels, Chef der Mobit Oll, zit. nach Ch. Lewinson: „Wirtschaftskrise und multinationale Konsum“, S. AK 188, vom 22.11.80, S. 10
- (12) „PAZ“ vom 9.8.1980, zit. nach AK 185 (s. Anm. 10)
- (13) Zitiert nach „Droht ein neuer Faschismus“, Arbeiterbuch 8, Verlag Arbeiterkampf S. 38 f.
- (14) Ruckelshaus: Das ganze Energiehandbuch, Toros 80, S. 34
- (15) Kohle, „Veredelung“ - ökologische Auswirkungen und energiepolitische Aspekte, Juni 1981 IFEU-Bericht Nr. 13, Erhältlich beim Institut für Energie- und Umweltforschung e.V. 69 Heidelberg, im Band 5, sehr empfehlenswert
- (16) DIE GRÜNEN, Kreisverband Dortmund, Arbeitskreis Energie und Ökologie, Pressearbeit und Dokumentation
- (17) „Kann die Kohleumwandlung ein wasserheilen? eine Broschüre der Kraftwerksunion, S. 3
- (18) s. Kölner Juristen-Zeitung, Nr. 19, Mai/Juni 1982, S. 28
- (19) Umweltprotokolle der Bürgerinitiative Wilhelmshaven, Heft 1, Januar 1981 S. 8
- (20) KWU-Broschüre (s. Anm. 18), S. 10
- (21) Umweltprotokolle (s. Anm. 18), S. 8
- (22) Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBUN), zit. n. Energie Diskussion 1/2 1981, März 1981, Bundesministerium für Forschung und Technologie, S. 50
- (23) Atomwirtschaft Broschüre Nr. 18: „Kernenergie Kontroversen, Zahlreiche Fragen aktuelle Antworten“, Handelsblätt GmbH, S. 8
- (24) IFEU-Bericht Nr. 13 (s. Anm. 14), S. 57
- (25) Hürther Wochenanzeiger, vom 20.1.1981
- (26) Kölner Stadtanzeiger, Datum unbekannt
- (27) Kölner Stadtanzeiger, vom 4.3.81
- (28) Hürther Wochenanzeiger, vom 20.1.82
- (29) Kölner Stadtanzeiger, vom 7.12.82
- (30) Kölner Stadtanzeiger, vom 12.2.81
- (31) Kölner Stadtanzeiger, vom 28.3.1981
- (32) Memorandum zur Kohleumwandlung (Kraftwerksunion), S. 16

(32) Memorandum zur Kohleumwandlung (Kraftwerksunion), S. 16

streht), die schon durch einfache Abschirmmaßnahmen viel wirkungsvoller und viel billiger als durch die Abschirmung abgesichert werden können. „Zudem hat die DOE (bzw. keine Zahlen vorgelegt, die die Behauptung, solche Strahlenbelastungen seien in der Tat ein Problem, widerlegen.“ (Lochran)

2. Abtrennung von Plutonium-238, das wegen seiner hohen Zerfallswärme als Wärmequelle in den thermoelektrischen Generatoren von Satelliten Verwendung findet

Plutonium 238 kann ebenso gut aus Neptunium, das bei Wiederaufarbeitungsanlagen von Leichtwasserreaktoren fast vollständig abgetrennt wird, durch Neutronenbeschuss gewonnen werden und wahrscheinlich sogar billiger

3. Abtrennung von Plutonium 241, das zu Americium 241 zerfällt und wegen seiner Strahlungseigenschaften in der Medizin und etwa bei Umwandlungsanlagen einen beschränkten Anwendungsbereich hat

Wekwet werden wohl einige hundert Gramm benötigt, was etwa 2 % der Americium-Produktion der amerikanischen militärischen Wiederaufarbeitungsanlage Savannah-River entspricht. Seit dem Gorbien Hearing ist bekannt, daß die Hanser Firma ALKEM über ein Verfahren verfügt, das Americium nahezu vollständig aus dem Plutonium ausschenden kann und das sie schon mit gutem Erfolg verkauft haben. Da das ALKEM-Verfahren geheim gehalten wird, kann nicht gesagt werden, ob das so gewonnene Americium für die genannten Zwecke tauglich

ist oder ob möglicherweise eine andere Isotopie des Americiums störend wirkt.

Das sind die 3 „zivilen Anwendungen“, die die DOE nennt und die stehen auf einem argumentativ sehr dünnem Boden. Wahrscheinlich sind sie sogar nur nachträglich nachgeschoben, worauf auch hindeuten würde, daß im Institutplan von Los Alamos (einem Forschungsinstitut) für die Jahre 1980 — 1986 vom 1.7.1980 festgelegt wurde, daß die Plutoniumanreicherungsanlage allein für den militärischen Sektor benötigt wird. Ein Jahr später, nachdem ein amerikanisches Umweltinstitut seine Besorgnis darüber ausgedrückt hatte, bemühte sich dann die DOE, worin die Reduzierung der Strahlenbelastung für das Militärpersonal als das Hauptziel der Forschung darzustellen.

Zusammenfassend kann man auch sagen, daß durch die Plutoniumanreicherungsanlage keine neuen Techniken im „zivilen“ Bereich erschlossen werden, die sich nicht auch andersweitig — ohne Plutoniumanreicherung — realisieren ließen. Zudem sind die genannten Verwendungsmöglichkeiten (Generatoren in Satelliten, Gaseinsparungen) derart speziell und selten und der konkrete gesellschaftliche Nutzen derart gering, daß der immense finanzielle Aufwand für zivile Zwecke allein völlig unangemessen ist. Was einzig bleibt, ist die militärische Nutzung.

Anmerkungen: „Atombombenbau“ zu beziehen über IFEU, im Band 5, 6900 Heidelberg, kostet 10.00 DM







»Emma« über SPD:

Frauenfeindlich — aber immerhin wählbar!?

Daß die Regierung bröckelt und der Sprung der SPD auf die Oppositionsbänke in Bonn nur noch eine Frage der Zeit und der konkreten Umstände ist, kann kaum noch überschauen werden. Die Stärke der oppositionellen Bewegungen außerhalb der etablierten Parteien wird sich in diesem Prozeß herauskristal- lisieren, wie es einerseits mit dem ver- stärkten Gang einer künftigen Re- gierung unter Beteiligung der CDU/CSU fertig werden wird und wie sie sich andererseits gegen die größere Integrationsfähigkeit einer SPD ohne Regierungspolitiken behaupten können. Bezogen auf die Frauenbewegung kommt es in diesem Zusammenhang v.a. darauf an, auf der einen Seite dem Frauenbild der CDU und ihrer Familien- und Sozialpolitik entgegen- zusetzen. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, der SPD und ihrer 'Möchte- gern'-Reformerin allzu unkritisch Lob zu spenden (z.B. Modellversuch 'Mäd- chen in Männerberufen').

Die "Qual der Wahl" oder "Der Schein trügt"

Hin und wieder, wenn irgendwo im Land Wahlen anstehen, läßt sich auch die "Emma" nicht lumpen und wartet mit einem Kommentar zur Wahl auf "Emma" 6/78: Bürgerschaftswahlen in Hamburg "Emma" 3/80: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen "Emma" 9/80: Bundestagswahlen "Emma" Sonderheft: "Wahlboy- kott?" "Emma" 6/82: Bürgerschaftswahlen in Hamburg "Emma" 9/82: Landtagswahlen in Hessen

Auf diese Artikel sind nach einem ähnlichen Sinnmuster getrickt. Vor- gestellt werden die (überwiegend nicht existierenden) Parteiprogrammpas- sagen zur Frauenpolitik von SPD, FDP und CDU, in letzter Zeit auch der Grünen-Alternativen und einige Spitzen- kandidatinnen verschiedener politi- scher Herkunft. Garantiert werden die Kommentare meist mit Zahlen über den Einfluß von Frauen in den einzel- nen Parteien. Dabei scheint "Emma" immer peinlicher um ihre Überpartei- lichkeit bemüht zu sein. Jedenfalls hö- ren sie sich stets, eine direkte Wahl- empfehlung abzugeben.

"Wir können und wollen ... keine Wahlempfehlung abgeben. Keine der etablierten Parteien verdient unsere Stimme! Jede von uns muß darum in eigener Verantwortung ..."

"Wir können und wollen ... keine Wahlempfehlung abgeben. Keine der etablierten Parteien verdient unsere Stimme! Jede von uns muß darum in eigener Verantwortung ..."

Aber: "Partei ist nicht Partei". Daß die Unterschiede doch größer sind, als das Urteil "frauenfeindlich sind sie alle" vorgibt, weiß natürlich auch "Emma". Bei genauerem Hin- sehen kann (rau nämlich feststellen, daß die "Emma" beim Kommentieren ganz eindeutig in eine bestimmte Ecke schiekt, völlig allein wird Frau bei ihrer Qual nun doch nicht gelassen. So stellt "Emma" immerhin fest, daß "für uns 'Frauen in Bewegung' die CDU/CSU als die konservativste Partei kaum in- frage kommt" ("Emma" 9/80, S. 11). Die DKP ist ihr wohl so indiskutabel, daß darüber keine Zeile verloren wird.

Während diese Überlegungen noch recht zögernd scheitern, fällt das Urteil über die "Grünen" klar und deutlich aus. Für vieles haben wir nur Fragen, für manches allerdings auch schon Antworten, so für die "Grünen". Sie sind, wir wissen und spüren es selbst, verführerisch. Die Sache, um die es geht, scheint gut, und Erfolg haben sie auch. Nur — der gemeinsame Nenner auf den man sich da einigt, ist nur die Spitze eines Eisbergs, was sich darun- ter verbirgt, werden wir erst in Zukunft erfahren. Außerdem: Während grüne Frauen Basisarbeit machen, Oster- ecken pflanzen und Flugblätter slip- pen, planen grüne Männer Karriere und ziehen in die Parlamente ein. Dreimal dürfen wir raten, für welchen Interessen sie sich dann dort einsetzen werden. ("Emma" 9/80, S. 26). Na al-

so, die Qual der Wahl wird doch schon kleiner! Bleiben noch SPD und FDP. Die FDP besitzt zwar durch ihr fort- schrittliches Programm, wie ist immer- hin für den "Elternurlaub, die Aner- kennung von Wohngemeinschaften und 'gleichgeschlechtlichen Partner- schaften'" ("Emma" 9/80, S. 10).

Aber die SPD — sie hat einfach das gewisse Etwas, die kämpferischen Frauen! So ist der Artikel zur letzten Hamburger Bürgerschaftswahl ein Loblied auf "die Emma" Frauke Mar- tin, Hamburger SPD-Abgeordnete. Sie ist in "Emma" Augen vielleicht ein guter Grund, "in Hamburg der SPD die Stimme zu geben." ("Emma" 6/82, S. 17).

Und Dorothea Vorbeck, Landtags- kandidatin in Hessen, hat sich schon im Kampf gegen den DSD verdient be- macht. Grund genug für ein Interview mit "Emma". Auch Grund genug für eine Stimme für die SPD? Vor weni- gen Jahren jedenfalls war sie skapi- ables Aushängeschild der SPD, und "Emma" ratierte (Pardon — viel- leicht ist es doch eher eine direkte Em- pfehlung?), daß "gerade Frauen diese Partei beizufallen noch wählen könn- ten, weil solche wie Dorothea dort be- reit gearbeitet haben!" ("Emma" 4/78, S. 11).

Die Schlussfolgerung, daß bei den "Emma"-Redakteurinnen eine heimli- che, wenn auch kritische, Neigung zur SPD besteht, ist naheliegend.

Leichtfertig gibt Frau bei "Emma" dieser Neigung allerdings nicht nach: Das Kreuz am Wahltag ist das Ende ei- ner Wanderung durchs Labyrinth. Aber auch ein Schloß mit sieben Sie- geln kann Frau öffnen.

Dennoch kann "Emma" sich nicht dazu entschließen, tatsächlich zum Wahlboykott als politische Strategie aufzurufen. Denn einmal, "ist die Idee eines Wahlboykotts von den Frauen nicht ausreichend diskutiert worden" (Emma 9/80, S. 11). Zum anderen sind Wahlen eine von vielen Möglichkeiten, zu versuchen, seine Stimme zu Gehör zu bringen. Wir Frauen können es uns nicht erlauben, auch nur eine dieser Gelegenheiten nutzlos verstreichen zu lassen" (Emma 5/80, S. 27).

Also doch lieber wählen! Zwar for- dert "Emma" noch großspurig dazu auf, den Wahlboykott für die nächsten Wahlen im Auge zu behalten ("Emma" 9/80, S. 11), aber ansonsten ist es dann still um dieses Suchwort ge- worden.

Die SPD unter Druck setzen?

Ob die "Emma" in dem einen Artikel mehr dem Boykott oder im nächsten mehr dem Wählen zuneigt — gemein- sam ist beiden Positionen, daß die Frauen "Druck" ausüben sollen, ihre "Stimme" zu Gehör bringen sollen. Hierzu nochmals ein Zitat von Alice Schwarzer: "Motivierend wirken diese Parteien nicht gerade auf ihre weibliche Wählerschaft. Es muß allerdings einge- räumt werden, daß eine derart unge- brochene Ignoranz der männerber- herrschten Parteien nur möglich ist, weil wir Frauen uns selbst in diesen letzten Jahren als Frauen nicht ent- genug genug etabliert, keinen ausrei- chenden Druck ausgeübt haben. Schließlich ist das Ganze, wie immer in der Politik, eine reine Machtfrage" (Emma 9/80, S. 11).

Konsequenz von "Emma" mit kei- ner Partei setzt sie sich so häufig und so intensiv auseinander wie mit der SPD. Leider jedoch stets mit dem Tenor, daß, wenn überhaupt, die SPD von al- len Parteien wohl doch für die Frauen noch die größten Perspektiven bietet. Dabei weist "Emma" halt ungemein viele Parallelen zur Strategie der Jusos auf: Die kritischen Kräfte werden — und die sollen darin bleiben und den Druck von außen ausüben!

Feministinnen in der ASF — die kämpfen noch wirklich!

In nahezu allen Reportagen, in denen sich "Emma" mit der SPD auseinan- dersetzt, stehen Frauen im Mittel- punkt, die sich in der SPD für Frauen- politik einsetzen und die in der ASF zum "feministischen Flügel" gehören. Dabei wird durchaus immer herausge- arbeitet, daß solche Frauen in der SPD, ja selbst in der ASF, einen schweren Stand haben. Während die Rolle der Frauen bei den Orten und in Alternativen Lasten jedoch sehr kritische unter- sucht wird (s.o.), kommen die "kämp- ferischen" SPD-Frauen in der "Em- ma"-Kritik sehr gut weg. In keinem Artikel wird die integrative Alibirolle solcher Frauen mit einem Wort er- wähnt, und dieses, obwohl immer wie- der betont wird, daß nur die SPD in Sachen Frauenpolitik auch nicht viel los ist. So wäre es doch naheliegend, daß die SPD mangels tatsächlicher Po- litik für Frauen den Aushängeschildern in ihren Reihen das Leben zwar schwer macht, sie aber dennoch lieber duldet, als ohne sie völlig im Hemd darzustehen. So bleibt für Frauen halt der

Feministin" (Emma 9/82 S. 39). Über ihre politische Entwicklung wurde in Emma 4/78 anlässlich der letzten hessischen Landtagswahlen berichtet. Auch im diesjährigen September Heft wurde sie als Vertreterin ihrer Partei zum Wahlinterview geladen. Eine "linke Feministin" als Repräsentantin der SPD Holger Börners? Das kann ja höchstens die halbe Wahrheit sein.

— z.B. Liesen-Maria Mühl, Edith Harbeck von der ASF Schleswig-Holstein und Eva Roth damals noch SPD-lerin. Anlässlich der Landtagswahlen '79 in Schleswig-Holstein wird über ihr damals neues politisches Blauhen "Eva-Offensiv" berichtet und eine Art Bekanntschaft zum Feminismus veröffent- licht: "Edith Harbeck, Frauen ge- meinsam ja. Aber nicht mehr Hand in Hand mit den Männern. Der Sozialis- mus verändert nichts für Frauen. Das war der Irrtum von Clara Zetkin. Feminismus ist der richtige Ansatz. Daß die Feministinnen es schwer mit der SPD haben, ist mir klar. Ihr Überdruß ist verständlich" (Emma 3/79, S. 7). Das sollte doch wohl auch ein Grund für eine Stimme sein, oder? Während Eva Roth aus der SPD inzwischen aus- getreten ist (Emma 6/79) und die Frau- enpartei aufgebunden (die ja obri- gens von Emma nicht sehr geschätzt wird), kämpfen die anderen beiden weiter für eine feministischere Politik der SPD (s. Bericht zum ASF- Arbeitskongress, Emma 7/79).

— z.B. Frauke Martin, SPD-Abgeord- nete in der Hamburger Bürgerschaft. Sie bekommt in einem Artikel zur Hamburger Wahl 1982 (Emma 6/82) ausgiebig Gelegenheit, sich als "Em- ma"- und engagierte Nachrückerin gegenüber darzustellen. Sie wird von "Emma" zur starken Politikerinnen- Persönlichkeit aufgebaut, die sich schon seit mehr als zehn Jahren ihren Weg in der SPD bahnt. Fazit: "Es gäbe vielleicht einen Grund, in Hamburg der SPD eine Stimme zu geben, nämlich wegen Frauke Martin" (Emma 6/82 S. 17). Dies, obwohl auch die guten Gründe aufgezählt werden, die GAL zu wählen: viele Frauen auf der Liste, ein gutes Frauenprogramm, und die ganze Liste — nicht nur eine Frau — gegen Nachrüstung und Kernergie.

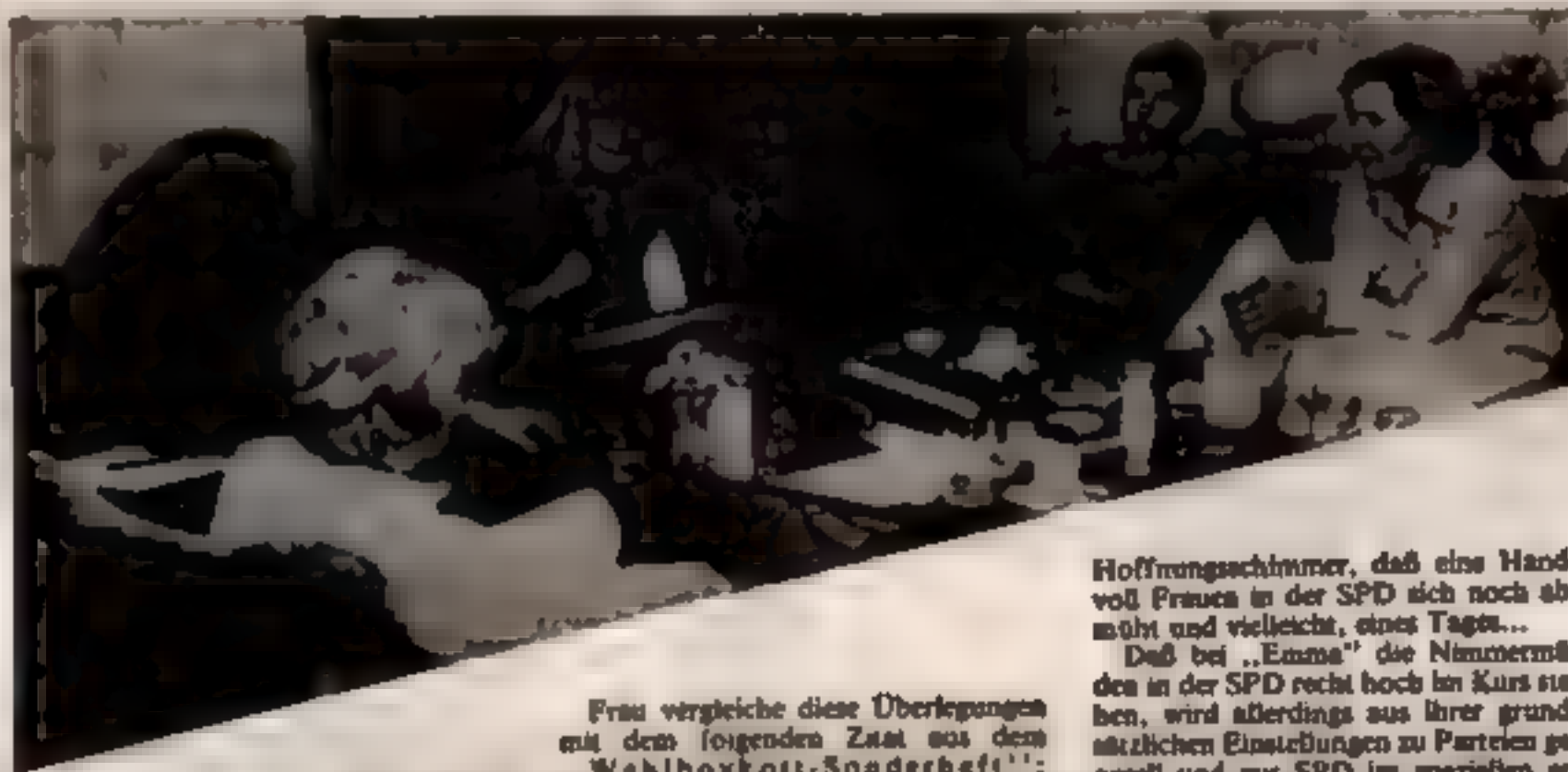
— z.B. Vera Kocke und Gabriele Schwielering, die sich bei den Jusos um eine stärkere Berücksichtigung der Frauenpolitik bemühen (Emma 8/82). Überschriften in dieser Artikel zwie- gen mit dem vielversprechenden Wort "Energierückgewinnung", doch eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der politischen Rolle der "frauenbe- wegten Frauen" in der SPD findet auch hier nicht statt.

Diese kaum verhüllte Vorliebe für abgestandene Kämpferinnen und die starke Persönlichkeitsorientierung der "Emma" hat offensichtlich noch aus einem anderen Grund System. Die Frauen, die in der SPD was geworden sind, mußten nämlich auch kämpfen, während die jüngeren Frauen, be- sonders auch bei den Orten mit ih- rem insgesamt frauenfreundlicheren Klima, nur los gemachte Neue setzen.

"Vorbeck. Ich glaube, daß es die eine Generationen gibt. Als Frau meiner Generation war man in der Lage, im Beruf und wo immer, sich irgendwie durch Kompromisse, die man selbst gar nicht kannte (zumal es ja auch noch keine Frauenbewegung gab), zurecht zu finden, daß man erfolgreich arbeiten konnte, ohne jeden Tag fürchterlich zu leiden. Dennoch merkte man, daß es doch eine ganz entscheidende Tatsache, nämlich die Tatsache des Geschlechts, ist. Auf diese Weise hat sich unser Frauenbewusstsein entwickelt. Wäh- rend ich ganz sicher davon ausgehe, daß es bei Julia Dürst (Vertreterin der Grünen, s. Verf.) anders war. Daß es diese Phase des Nichtwissens, daß man überhaupt eine Frau ist, gar nicht gegeben hat. Es ist eine andere Generation. Da hat die Frauenbewe- gung was erreicht. — Schwarzer: Die jungen Frauen sind sozusagen los ge- machte Bett gefahren..." (Emma 9/82, S. 39).

"X": Was ich eigentlich erwarten hätte, daß die jungen Genossinnen zu der jetzigen Frauenbewegung einen un- mittelbaren Kontakt aufnehmen, an- stoß dazu, wie wir es vor ein paar Jahren gemacht haben. Fehlensange. Läuft nicht. Die haben nicht zu den engagier- ten Frauen. Die profitieren nur von den Resultaten der Frauenbewegung, die tun wir alle, aber sie investieren nicht in sie" (Emma-Sonderheft "Wahlboy- kott", S. 51).

— z.B. Dorothea Vorbeck, SPD- Politikerin in Hessen: "In der Vergan- genheit vertrieben als Partei-Links und



Wahlboykott — oder Neber

Wahlboykott — oder Neber doch nicht?

Mit ihrer Haltung zu Wahlen steckt "Emma" in einem grundsätzlichen Dilemma. Auf der einen Seite kommt sie für alle Parteien aus unterschiedlichen Gründen zu dem generellen Schluß: eigentlich für Frauen nicht wählbar. Aus dieser Einschät- zung heraus erklärt sich ihr Kokettieren mit der Idee eines Wahlboykotts der Frauen. Andererseits will sie Frauen nicht zur politischen Abstinenz aufre- gen, und deshalb bleibt's beim Koket- tieren. "Eine ... alternative Form poli- tischen Handelns könnte die aktive Wahlboykott sein. B. erionung auf: aktiv! Wenn, dann müßte es der außer- parlamentarische Hebel sein, der die Verknüpfungen der etablierten Parteien aufbricht." (Emma 4/80, S. 11) Die potentielle Wirkung eines Wahlboy- kotts wird dabei zu dem Mittel hoch- geschätzt, das die etablierten Parteien zum Wackeln bringen kann. So kommentiert "Emma" das Erschei- nen eines in der Tat sehr demagogi- schen Papiers zum Wahlboykott-Band in der SPD u.a. mit den Worten: "In welcher Angriff ist nicht nur Ausdruck der Ver- achtung engagierter Frauen, sondern auch Ausdruck der Angst vor uns. Die heftige Reaktion der SPD gibt uns recht! Die Erwägung eines aktiven Wahlboykotts scheint in der Tat das Einzige zu sein, womit man diese (die SPD, die Koll.) angriffsfähig und basis- und frauenferne (das freundliche) Partei noch erschüttern, noch unter Druck setzen kann." (Emma 11/80, S. 5) Gleichartig entspricht die Idee ei- nes Wahlboykotts wohl am ehesten dem politischen Selbstverständnis der "Emma", zu einer Basisbewe- gung und nicht ins etablierte politische Geschäft zu gehören.

Frau vergleiche diese Überlegungen mit dem folgenden Zitat aus dem "Wahlboykott-Sonderheft": "Hm... Weißt du, das alles ist ja eine

Frau vergleiche diese Überlegungen mit dem folgenden Zitat aus dem "Wahlboykott-Sonderheft": "Hm... Weißt du, das alles ist ja eine Machtfrage. Und Frauen sind nun mal nicht organisiert und stellen damit auch keine Bedrohung dar."

Frauen waren mal ein Thema. An- fang der 70er Jahre, als die Frauenbe- wegung ausstiegen ist als eine soziale Bewegung. Sie hat damit eine stärkere Legitimationskraft bei den regierenden Parteien ausgelöst, jedenfalls bei denen, die ernsthaft den Anspruch vertre- ten, für Demokratie und alle Menschen in gleicher Weise einzustehen. Also die konservativen Parteien können die dabei vergessen, die kann man nicht unter Legitimationsdruck setzen, weil sie so- wieso nach ihrer Ideologie handeln. Aber die progressiven Parteien, auch die SPD, kommen zunächst schon mal in Schwierigkeiten" (Emma-Sonder- heft Wahlboykott, S. 44). So geäußert von Frau X (der Name wird nicht ge- nannt), aktiv und frauenbewußten SPD-Mitglied in einem sechsstündigen (!) Interview in der "Emma". Das hört sich doch z.T. bis auf die Wortwahl ganz schön nach Verlegen- heit an! Nur daß Alice Schwarzer nicht direkt zugibt, mag, daß sie mit ihrem Aufruf zum "Druckgeben" die SPD im Auge hat. Aber was A.S. nicht ausspricht, wird der SPD-Frau am Ende des Interviews geradezu in den Mund gelegt:

"Emma: Das heißt der Druck von Frauen auf eine Partei wie die SPD ist nicht nur von außen bedrohend gerin- ger als noch von ein paar Jahren, son- dern auch von innen? — X. Genau. — Emma: Wir brauchen uns also gar nicht zu wundern, daß die SPD-Männer immer noch ganz die alten Pa- chas sind? — X. So ist es. — Emma: Es wird also Deiner Meinung nach höchste Zeit, daß wir Dampf machen! — X. Nur ein Druck von außen kann den kritischen Kräften in der SPD hel- fen."

Hoffnungsschimmer, daß eine Hand- voll Frauen in der SPD sich noch ab- müht und vielleicht, eines Tages...

Daß bei "Emma" die Nummermü- den in der SPD recht hoch im Kurs ste- hen, wird allerdings aus ihrer grund- sätzlichen Einstellungen zu Parteien ge- nerell und zur SPD im speziellen er- klärbar. Die Kritik an der SPD wird in den in der SPD recht hoch im Kurs ste- hen, wird allerdings aus ihrer grund- sätzlichen Einstellungen zu Parteien ge- nerell und zur SPD im speziellen er- klärbar. Die Kritik an der SPD wird in den schärfsten Fällen an tatsächlichen Fragen aufgegriffen. Der wichtigste Vorwurf, der ihr gemacht wird, ist viel- mehr ihre "patriarchalische" Struktur, durch die es Frauen sehr schwer ge- macht wird, Einfluß zu nehmen. Dazu als Beispiel eine Passage aus dem be- reits zitierten Interview im Sonderheft "Wahlboykott":

"Emma: ...Rein atmosphärisch wird generell immer deutlicher, daß die Frauen in der SPD, verglichen mit den Frauen in anderen Parteien, die ge- dultesten und angepaßtesten sind. Das hat sicherlich auch was mit dem Genozidflair, das ja ein stark männ- lich geprägtes ist, zu tun: Genozid ver- stehen sich wohl als die letzten Männer, als die Rettung der Welt, die schwingt so eine Che-Guevara-Look mit. Und dann ist da auch der sehr viel rigide Aufbau der Partei, die Struktur. Auch die soziale Herkunft spielt in diesem Fall eine negative Rolle, gerade die Genozid-Parasit schleppt schwer mit sich eine tragende kleinbürgerliche Ge- schlechtersmoral. Es gibt auch nicht die lockeren Mäxchen der Liberalen, die dem Individuum, und damit auch dem weiblichen Individuum, auch mal eine gewisse Größe und Stärke zugestehen. Die Liberalen...

X: Männer, die sich in Frage stellen...

Emma: ...und die Konservativen. X: ...die sind ungeborener, weniger im Konflikt mit dem ihnen gesellschaft- lich zugewiesenen Bild." (Emma- Sonderheft, S. 30)

Frauen, die trotz dieser Schwierig- keiten immer wieder versuchen, sich in ihrer Partei durchzusetzen, und für "Emma"

— z.B. Dorothea Vorbeck, SPD- Politikerin in Hessen: "In der Vergan- genheit vertrieben als Partei-Links und



## Zwischen Basalpolitik und politischer Karriere

Mit ihrem Schielen nach den Frauen, die sich im männerdominierten politischen Geschehen dennoch durchgesetzt haben, begibt sich „Emma“ in einen weiteren grundsätzlichen Widerspruch, auf den sie keine klare Antwort findet. Einerseits geht diese Bewunderung für Frauen, die es eben doch geschafft, sogar sowohl, die guten Seiten an der Wahl von Margaret Thatcher zur britischen Premierministerin zu finden: „Maggie, die es geschafft hat, ist eine Ausnahme und wird es auch vorläufig bleiben. Aber sie zeigt Frauen, daß die Sterne am Himmel eigentlich auch für das weibliche Geschlecht nicht zu hoch hängen. Kein Königreich für alle Frauen, aber eine Ermüdung. Trotz alledem“ (Emma 6/279, S.3).

Auf der anderen Seite versucht sich „Emma“ natürlich im Kontext einer basisorientierten Frauenbewegung. So lautet ihre Hauptkritik an der Gründung einer „Frauenpartei“ auch: „für doch die Frauenbewegung als Basisbewegung gerade auch aus der Kritik an dem herrschenden Parteiensystem heraus entstanden.“ (Emma 11/79, S.38) Aus solchen Überlegungen heraus hat sie auch ein einziges Mal bei den Wahlen ein Wahlbündnis aus dem alternativen Spektrum indirekt favorisiert — bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1978 die Bunte Liste, bzw. die dort beteiligten Frauen (vgl. Emma 6/78).

## Wann ist eine Partei für Frauen wählbar oder der Popanz-Krieg?

Auffallend an der Auseinandersetzung der „Emma“ mit der SPD, aber auch mit den anderen Parteien, insbesondere den Grünen-Alternativen, ist, daß sie überwiegend um die Repräsentanz der Frauen geführt wird. Zu den Themen, die darüber hinaus zur Sprache kommen, gehören „Kernenergie“, „Startbahn West“ und „Nachrüstung“. Die Einbeziehung dieser Fragen erfolgt aber grundsätzlich so, daß sie bei der Wahlentscheidung für oder gegen die SPD bzw. für oder gegen die Grünen nicht entscheidend sind. So sind die Grünen zwar grundsätzlich gegen Kernenergie, die G.A.L. grundsätzlich gegen die „Nachrüstung“ und die bessischen Grünen grundsätzlich gegen die Startbahn West. Nach „Emma“ Ansicht offensichtlich noch lange kein Grund, die SPD zu wählen.

Plausibel nachvollziehbar ist diese Herangehensweise in der Sondernummer zum Wahlboykott. Dort schreibt Egon Bahr in einer Anzeige: „Eines ist wichtiger als das Bemühen, der Gleichberechtigung der Frauen näherzukommen, das ist die Erhaltung des Friedens“ (Emma-Sonderheft, S.2). Dieser These hält „Emma“ in einem Kommentar zu Recht entgegen, daß 1. die „Nachrüstung von der SPD selbst betrieben wurde, 2. die SPD u.a. deshalb nicht als Friedensengel betrachtet werden kann, 3. das kein Grund sein kann, die berechtigten Forderungen der Frauen zu vergessen.“ Gleichzeitig aber verarmt „Emma“ dabei in geradezu sarkastischer Weise die tatsächliche Kriegsgefahr: „Und dann der Popanz Krieg. Ja, es kann Krieg gehen. Die „Energiekrise“, die internationalen Diskussionen der Großmächte, ihr ungebrochener Machtwahn und die Hemmungslosigkeit von Politikern, da, wo es um das Leben anderer geht — all das ist nicht zu unterschätzen. Nur: Die Kriegsgefahr ist heute nicht größer, als sie vor ein paar Jahren war und in ein paar Jahren sein wird. Einziges Unterscheidungsmerkmal: mehr davon gerade“ (Emma-Sonderheft Wahlboykott, S.5, Hervorhebung d. Verf.). So schnell ist die aktuell wachsende Kriegsgefahr ein nebensächliches Problem! Bei „Emma“ ist Frau zwar gegen Kernenergie, gegen „Nachrüstung“ und gegen die Startbahn West. Das sind aber alles Fragen, die für die Wahlentscheidung von Frauen mehr oder minder unerheblich sind. Dabei war „Emma“ aber doch gegen die politische Absenz der Frauen! Gehören diese Fragen etwa alle in die Schublade Männerpolitik?

Augenscheinlich ist die „Kleinere-Übel-Mentalität“ in der Frauenbewegung vor allem deshalb so schwer zu bekämpfen, weil sie immer noch glaubt, sei es die Bedingungen zu diktieren, unter denen die SPD noch mit der Unterstützung bewußter Frauen rechnen kann. Obwohl ihr doch längst klar sein könnte, daß die SPD gewiß nicht die Partei ist, mit deren Hilfe die Frauenbewegung zum Machtfaktor in diesem Land werden kann.

Ulrich, AGF Göttingen



Eine, zwei, eine, zwei ... — die Tendenzwende marschiert. Einen mächtigen Schritt ist sie vorangekommen, während der Sozialismus einen schweren Schlag hinnehmen mußte. Eine der großartigen Errungenschaften unseres Volkes, die deutsche Familie, hat eine harte Prüfung tapfer bestanden. Die Schlacht wurde in der Grundschule geschlagen; desto wirksamer ist der Riegel, der den Systemverändern und ihren subversiven Strategien vorgeschoben wurde. Per Erlass beorderte Kultusminister Mayer-Vorfelder einen christdemokratischen Feldzug: Die Mengenlehre wird unsere Kleinsten nicht länger quälen noch verderben. Nach der Aktion Saubere Leinwand aus der Aktion Saubere Tafel. (Zwischenzeitlich blieb der Aktion Widerstand bekanntlich ein Erfolg versagt: Brandt lebt immer noch.) Fleiß, Ordnung, Sauberkeit und Disziplin treten wieder an die Stelle von Kritik, lange Haare, Sex und Pazifismus. Daß mit diesen deutschen Tugenden KZ's gebaut wurden, spricht ja nicht gegen sie. Zumindest nicht gegen die Tugenden. Goethe, Schiller und Lohnd sollen gelesen werden, und das primitive „Du“ zwischen Lehrern und Schülern ist zu unterlassen. So hat es Gott gewollt, in dessen Eid die freiheitlich-demokratischen Pädagogen Baden-Württembergs bekanntlich stehen (müssen).

lich-demokratischen Pädagogen Baden-Württembergs bekanntlich stehen (müssen).

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den unermesslichen Schaden, den die Mengenlehre über unser Land gebracht hat. Sprechen wir mit Frau Elfriede S., einem von unzähligen Opfern, die sich nach einem Nervenzusammenbruch in einem Sanatorium aufhält.

„Wie geht es Ihnen, Frau Elfriede S.“

„Ach, es geht schon wieder besser. Ich mach' mir nur Sorgen um meinen Mann und die Kinder.“

„Erzählen Sie unseren Lesern, wie es zu Ihrem Unglück kam.“

„Ja, wissen Sie, ich habe ja mit den Kindern immer die Hausaufgaben gemacht. Anfangs ging es noch, aber dann wurde es immer schwieriger. Manchmal saß ich stundenlang über den Heften und Büchern. Die Zeit hat mir dann gefehlt, um den Haushalt in Ordnung zu halten.“

„Was passierte dann?“

„Als es um diese vereinten Mengen, oder wie das heißt, ging, habe ich meinen Mann gefragt. Mein Mann sagte, geh mal in die Küche, Elfriede, ich mache das schon. Aber unser kleiner Menne kam aus der Schule zurück und behauptete, es wäre falsch, was mein Mann gerechnet hat. Da hat es was gesagt, den hätten Sie mal erleben sollen. Das ganze Wochenende war hin.“

„Das muß ja schlimm für Sie gewesen sein.“

„Ja, aber es war nur der Anfang. Auf Anraten der Lehrerin habe ich el... mußte ich abends immer weg. Das hat die Stimmung nicht gerade verbessert. Wissen Sie, mein Mann ist manchmal ziemlich gereizt, wenn er von der Arbeit kommt. Er warf mir vor, ich würde die Familie vernachlässigen und die neumodischen Emanzipationswahnheiten mitschleichen. Schließlich wollte er sich sogar scheiden lassen. Dabei hab ich doch nur das Beste gewollt.“

Soweit Elfriede S. In ihrem Fall konnten Ärzte, Eheberater, Pfarrer sowie die „Aktion BILD hilt“ gerade noch das Schlimmste verhüten. Doch wie viele Menschen, Eltern und Kinder, sind an diesem Problem innerlich zerbrochen!

Verständlicherweise richtete sich der Zorn der Eltern erst einmal spontan gegen die Lehrer. Dabei wurde vielfach übersehen, daß auch jene an den Leidtragenden gehörten. Wieviele Fortbildungskurse gehörten, wieviele Überstunden verbüßt werden, um den Schülern wenigstens eine Woche im Stoff voraus zu sein! Ganz zu schweigen von den Lehrerkonferenzen, Elternabenden usw. Die Frage ist ob diese Menge überhaupt noch zählbar ist.

Den Amerikanern haben wir diese Katastrophe zu verdanken. Sie waren es, die im Zuge des sog. wissenschaftlich-technischen Fortschritts (und im damals noch vorhandenen Glauben an dessen unbegrenztes Wachstum!) auf die Idee verfielen, den Kindern die Mengenlehre in die Wege zu legen. Doch glücklicherweise haben unsere Freunde jenseits des Atlantiks auch als erste erkannt, um was für ein Kuckucksei es sich dabei handelte. Seit mit Ronald Reagan ein traditionsbewußter Familienvater das Weiße Haus übernommen hat, haben die ideologischen Experimente in der Erziehung ein jähes Ende gefunden. Nehmen wir z.B. die Entstehungsgeschichte unserer (schönen) Welt: Heute lernen die Kinder in den amerikanischen Schulen wieder, wie Gott diese einmalige Leistung in sechs Tagen vollbracht. Das ist dort von höchsten Gerichten zu entscheiden worden. Mayer-Vorfelder bewegt sich also mit seinem mutigen Schritt ganz auf der Linie der westlichen Führungsmacht. (Bei genauerer Untersuchung dürfte sich übrigens schnell herausstellen, daß die eigentlichen Erfinder der Mengenlehren-Pädagogik amerikanische Juden waren, denen es darum ging, kleine Einstiegs heranzuschicken).

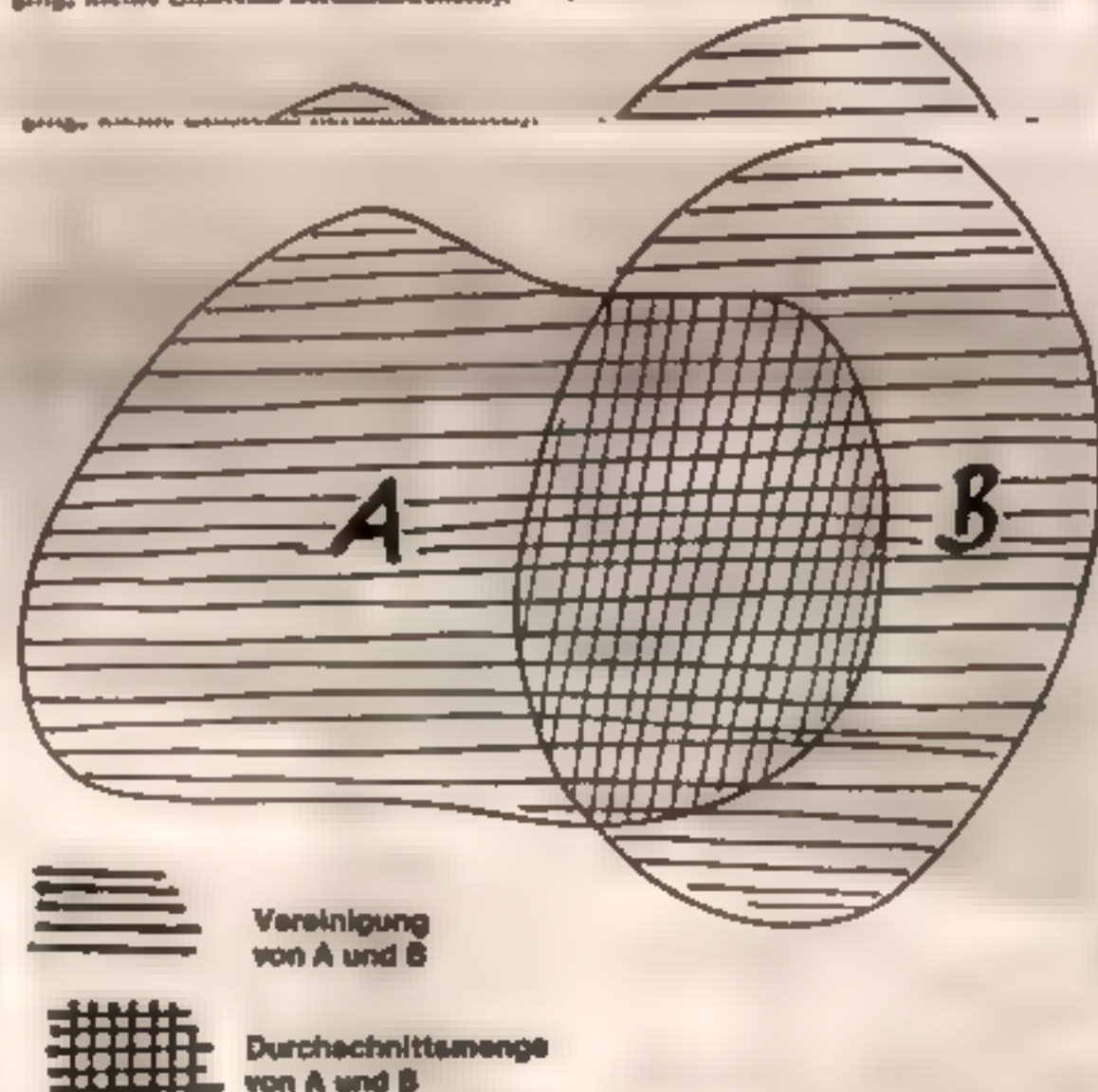
## Biermann + Polen = Strauß?

Geben wir es ruhig zu: Auch die Linken ahnen intuitiv den Mayer-Vorfelder mehr als den Marx/Engels. Wenn sich der brave Haseckever (Lehrer) etwa im AK 223 mit dem GRÜNEN-Plakat „Atomkraft ist nicht sicher — Nurgen wir die Naturkräfte“ abbilden läßt — wenn fällt da überhaupt etwas auf? Atomkraft (Kernkraft) ist selbstverständlich „sicher“ und genauso „Naturkraft“ wie die Erdanziehung, die elektromagnetische Kraft und die (schwache) Wechselwirkung zwischen den Elementarteilchen (mit diesen vier sind nebenbei bemerkt auch sämtliche bekannten Naturkräfte benannt; alle anderen Kräfte lassen sich aus diesen ab). Nehmen wir zum Beweis die hochgeschätzte und so überaus „natürliche“ Sonnenenergie: Sie kommt von den Kernkräften, die in der Sonne wirken. Unsicher ist jedoch das Atomkraftwerk, also der Versuch, von Menschen kontrollierbare Kernkraft Prozesse zur industriellen Energiegewinnung zu nutzen. Aber gut: Politische Plakate sollen vereinfachen, und mensch weiß, was hier gemeint ist. (Trotzdem ist diese Anmerkung viel-

umzubennnen und umgekehrt. Sondern es lassen sich mithilfe von Mengen und „+“-Operationen die unterschiedlichsten Strukturen schaffen, die allesamt den gleichen „Wahrheitsgehalt“ besitzen. Man könnte sagen, das ist der Punkt, an dem das Rechnen aufhört und die Mathematik anfängt. Nur dann, wenn wir uns mit Strauß darauf einigen, daß das Bezugssystem die Menge der natürlichen Zahlen und die darin definierte Addition sein soll, werden wir ihm recht geben müssen, daß  $2+2=4$  ist).

Nun, Wolf, du ahnst es schon: Dein einfacher Vergleich setzt fatalerweise ein gemeinsames Bezugssystem von Linken und Strauß bei der Beurteilung des Kriegesrechts in Polen voraus. Welches sollen also die Werte, die Kriterien sein, die wir bei einem Gespräch mit Strauß über Polen als beiderseits verbindliche Grundlage festlegen könnten? Humanismus? Demokratie? Menschenrechte?

Ein hoffnungsloses Unterfangen. In Strauß' Weltbild beispielsweise ist Biermann genauso böse wie Jaruzelski, also Biermann = Jaruzelski. In Biermanns Weltbild hingegen ist Jaruzelski genauso böse wie Strauß, also Jaruzelski = Strauß. Ist mithin Strauß = Biermann? Das würden beide weit von sich weisen. Also gibt es kein gemeinsames Bezugssystem, und Biermanns Beispiel war beknackt (oder gefährlich). Vielleicht kann eines seiner Kinder vorsichtig versuchen, ihm die Mengenlehre nahezubringen?



Nicht ohne Spannung wartete man in der Öffentlichkeit darauf, wie die Opposition auf den neuen Erlass reagieren würde. Ergebnis: Bis auf ein paar unverwundliche Reform-Eisener der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft herrschte Schweigen im Land. Stuttgart kann aufatmen. Keine Surbräuslichkeiten, keine Demos, keine ... Daß dem so ist, können sich nicht zurecht — jawohl — DIE GRÜNEN als Verdienst anrechnen, die mit ihrem Vorschlag, die gute alte Zwergschule wieder einzuführen, dazu beigetragen haben, daß die Wende in der Bildungspolitik möglich wurde. Hat jemand schon mal von Mengenlehre in Zwergschulen gehört? ... Eben! Das hätte der unvergessene Heinrich Lübke zu verhindern gewußt.

Der Name Mäler — ob aus I oder Ypsilon, ob im baden-württembergischen Vorfeld oder im bayerischen Hinterland — hat in der deutschen Pädagogik einen einmaligen Klang. Mäler steht für Glauben, Heimatliebe, Schlichtheit, Anstand, aber auch Tatkraft, Sittens und Gerechtigkeit. Hier hat ein Politiker erkannt, und das ist heute selten genug, was seine Untertanen von ihm erwarten. Der Schwabe will bekanntlich schaffen und Häuser bauen. Dazu braucht er keine Mengenlehre und keine Relativitätstheorie, sondern dazu muß er wissen, wie er die Hypothek abzahlt. Das will er, daß die Schule das seinen Kindern lehrt. Aber net rumhüdele, gelit?

Eins, zwei, eins, zwei ... Für dieses Einmaligkeit bedarf es tatsächlich keiner Mathematik.

leicht nicht ganz überflüssig, um daran zu erinnern, daß Ökologie viel mit Naturwissenschaft und Mathematik und nichts mit allen möglichen reaktionären Naturphilosophen zu tun hat oder besser gesagt: zu tun haben sollte!.

Ein anderes Beispiel ist interessanter. Es handelt davon, daß Biermann leider keine Ahnung von Mengenlehre hat, und nicht nur das. In Diskussionen über die Vorgänge in Polen klagt Biermann häufig über mangelndes Engagement der westdeutschen Linken. Dies kommt daher, daß die Linke Angst habe, in dieser Frage mit Reaktionen wie Strauß in einen Topf geworfen zu werden. Um das zu kritisieren, benutzt Biermann gern den folgenden Vergleich: „Wenn Strauß sagt, daß  $2+2=4$  ist, dann behaupten die Linken glatt, es sei 5, nur um nicht derart recht oder unrecht wie die angegriffenen Linken mit ihrer These,  $2+2$  sei gleich 3. Denn es kommt darauf an, welches Bezugssystem man wählt, d.h. wie die Operation „+“ definiert ist, und welcher zugrundeliegenden Menge sie wirken soll. Dies ist beileibe kein Sophismus, d.h. es geht keineswegs darum, etwa die vier in fünf

## 2+2=11

Nehmen wir eine Menge aus drei Elementen, die wir mit 0, 1, 2 bezeichnen, und definieren wir darauf eine „+“-Operation, die genau die gleichen Eigenschaften haben soll wie die Addition natürlicher Zahlen. So soll es keine Rolle spielen, in welcher Reihenfolge wir die „+“-Operation vornehmen:  $1+2=2+1$ . Es soll ein neutrales Element, sagen wir 0, geben, das — wenn es mit einem Element dieser Menge kombiniert wird — sozusagen nichts bewirkt. Außerdem soll es zu jedem Element genau ein Inverses geben, das — mit diesem Element verknüpft — die 0 ergibt.

Stellen wir uns vor, mit 0, 1, 2 seien drei politische Strömungen der neuere chinesischen Geschichte gemeint. „+“ soll ein wie immer geartetes, freundschaftliches oder feindliches Zusammentreffen dieser Strömungen beschreiben, und „=“ beschreibt sozusagen das Ergebnis, das dann eintritt. Mit 0 ist Mao Crew im engeren Sinn gemeint, beispielsweise er selbst und Tschou Bo-ai. 1 sollen die „linksradi-kalen Revolutionäre“ sein, etwa Lin Biao und die Viererbande. Bleiben für 2 Tschou En-lai, Deng Hain-ping, Hua Guo-feng usw. Nun aber los.

## 0+0=0

Der geniale Steuermann führt die revolutionäre Armee auf den legendären langen Marsch. Mao, Mao und nochmals Mao.

## 1+2=0 2+1=0

Lin und Tschou vertragen sich, Mao steuert weiter. Glückliches China; das Nachsehen hat der Sowjet-Revisionismus.

## 0+1=1 1+0=1

Kulturrevolution. Lin setzt sich durch und konzentriert immer mehr Macht in seinen Händen.

## 0+2=2 2+0=2

Die Kulturrevolution ist beendet worden. Nun sind Tschou und seine Leute an der Reihe. Der alte Mao liebt es, in Rätseln zu sprechen und wirkt fast ein wenig isoliert.

## 1+1=2

Tschou ist tot. Die Viererbande erlebt ihre kurze Blüte. Doch ouch, die Linken und auch nicht einzig. Ergebnis Rechtsputz 1976! (Das kommt davon, wenn man nicht beachtet, daß sich Eins in Zwei teilt.)

$2+2=2$  Wo man hinieht, nur noch Rechte. Auf das von der Mengenlehre vorausgesagte Ergebnis warten die Revolutionäre in der ganzen Welt.





Wer denkt, bzgl. der aktuellen jugendlichen Protestwelle werde bei der Polizei ausschließlich geknüttelt und nicht auch ein bißchen diskutiert, der/die muß sich durch unsere Fachveröffentlichungen belehren lassen: Neben diversen anderen Einzelauffällen in offiziellen Organen wie „Innere Sicherheit“ im Juni – als Folge eines vorausgegangenen Seminars – die gesamte Juli-Nr. des Kader-Organs der Polizei-Führungsakademie Hiltrup, „die Polizei“, dem Thema Jugendausruhen gewidmet. Neben polizeirechtlichen Aufsätzen seitens der Akademie, aus dem Brennpunkt West-Berlin u.a., sollen Beiträge eines „wissenschaftlichen Mitarbeiters“ der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“, Christoph Böhr, sowie der des Geschäftsführers des EMNED-Instituts dem Heft des notwendigen offiziellen politischen und wissenschaftlichen Flair geben. Bemerkenswert an diesem Heft sind allerdings nicht wissenschaftliche Tiefe und Differenziertheit der Argumentation, sondern ein offensichtliches Bemühen, die Jugendausruhen als Generationenkonflikt herunterzuspielen und sie im übrigen als Produkt einer polizei-feindlichen und damit die Werte der Demokratie gefährdenden Öffentlichkeit zu stigmatisieren. Mit der Überbewertung müssen endlich Schluß gemacht werden...

Wir halten diesen von rechts kommenden Ausrichtungsversuch in den Reihen der Polizei-Kader, der allen regierungsmässigen und sonstigen offiziellen Äußerungen zum Thema widerspricht, für interessant genug, um ihn in seinen Hauptpunkten vorzustellen.

durch Gott, Kaiser und Reich. Auch die vielen Normen des Alltags haben kaum noch regelnde Kraft. Mit Beginn des Protestantismus läßt sich das zum heutigen Tag ein zunehmender Verlust der bindenden Macht zentraler Werte verfolgen. Noch in den letzten Jahren hat man an vermeintlichen „Tabus“ gerüttelt und war stolz darauf. „Erlern wissen die Ziele nicht, sie sind permissiv und nennen es demokratisch“. Zu deutsch: zurück zum Bohrröck und zum Katholikentag! Herr Meier-Welsh läßt das offen und schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Ich weiß, daß man an diesem Punkt in eine lange und tiefe Diskussion einsteigen könnte, aber ich glaube, daß der Grundkanon gesellschaftlicher Werte eine einheitliche Anerkennung findet. Ich vermute, daß die Grundkanon gesellschaftlicher Werte eine einheitliche Anerkennung findet, als das akademische Auseinanderdenken vermuten lassen, Ideen kann es durch Umfragen belegen, aber im Grunde ist es eine Überzeugung.“

Die folgenden Aufsätze des Heftes haben auf dieser Grundlage im Einzelnen:

Unter dem Titel „Der Jugendprotest und seine Auswirkungen auf den Dienst der Polizeibehörde“ will der ostberliner Polizeidirektor G. Freund die bösen Folgen der „bewußten Einstellung“ der Polizeieinsätze gegen jugendlichen Protest durch die Medien zeigen. Obwohl nur eine Minderheit im Protest trage und trotz „Orientierungsverlust beim Störpotenzial“, sei die Bildung von „festen Werten“ bei den Polizisten gegenüberstehe, bestehe doch die Gefahr, daß sich die überwiegende Mehrheit der „Jüngeren“ gegen polizeiliche Maßnahmen solidarisiert. Zusammen mit dem um 15 % gestiegenen „Arbeitsaufkommen“ und den damit verbundenen Belastungen (Überstunden usw.) bestehe schließlich doch die Gefahr, „daß trotz

- ▶ die Mehrheit lernt, wie man mit rechtswidriger Gewalt Erfolge erzielt,
- ▶ die erfolgreiche Gewalt sich ausbreitet, durch den Wiederholungseffekt des Täters,
- ▶ der demgegenüber "erfolgslos" blühende Polizeibetrieb
  - Erwartungen entwickelt,
  - enttäuscht wird,
  - sich zum negativ etablierten Bewußtsein entwickelt (Randständigkeit),
  - ins Übermaß gerät,
  - womöglich bestraft wird,
  - schließlich sich auf seine Weite gegen den Staat und
  - die Gesellschaft wendet"

In einer solchen Demonstrierung eines an sich einmütigfreudigen Polizei nicht der Polizeidirektor eine „den demokratischen Rechtsstaat ausführende Wirkung“ Schuld daran sei eine zu kritische Berichterstattung in der Öffentlichkeit, die die Polizei unglaubwürdig mache, insbesondere das übertriebene Verständnis der Medien für die Ursachen und Auslöser der Proteste. Neben einer „taktischen Konzeption“ und gesetzlichen Regelungen für den „Nacherfolg“ fordert er deshalb vor allem „wirksamere Öffentlichkeitsarbeit mehr Kritik an der Kritik, um die schädlichen Einflüsse von Fehldarstellungen und Sympathieundebungen gewaltfördernder Wirkung ins Bewußtsein zu heben“. Und das „Herbeiführen einer Sprachbereinigung von rechtserfüllenden Formulierungen“ („Kritik an der Kritik“), „Demonstration“, eine gewaltfreie Aktion“, die das Blockieren von LKW einschießt, sei gar keine wahre Aktion, sondern eine Straftat. Die Mentalität und Zielrichtung einer Argumentation muß an folgendem deutlich werden: „Es sollte auch nicht von Streik geredet werden, wenn anderen Vorlesungen dorkommen, sondern überall, wo sich Sprache, die die rechtsmässigkeit und das die Gesellschaft erregende sittliche Gebilde treffen will, bei der Polizei einschleichen, nehmen wir ein Teil des selbstzerstörerischen Werkes, indem sich auch unsere Denkweisen und die daraus folgenden Handlungen verändern“.

Es folgt unter dem Titel „Jugendkrisen und Konfliktlösungen im Bild der jüngsten Geschichte“ von einem Privatdozenten Dr. J. Knebelte, Bonn, die historische Abteilung, „daß generationskonflikte eine anthropologische Konstante sind, die in Zeiten besonderer Krisenhaftigkeit, in denen — es weichen Gründen nach immer — auch die Sicherheit der Erwachsenen schwindet, besonders deutlich hervorwachen“. Im Laufe von Veränderungen „modernen Industriezeitalters“ hat sich diese „anthropologische Konstante“ derart verschoben, daß aus einem „Reifeprozess“ als Übergangsstadium zwischen Kind und Erwachsenen heutzutage ein regelrecht „Jugendkult“ geworden sei. Sein wissenschaftlicher Rasi sei der Polizei-Kadett. „Jugend sollte wieder als anthropologische Durchgangssituation erkannt und nicht als Objekt/Subjekt in Repression hochgestellt werden!“ Im Jünglingsalter der Jugend tut es, d.h. Bekämpfung jeder Art von „Jugendkult!“ Er fordert den Kampf

gegen den „in letzter Zeit in der Öffentlichkeit gehandelten Slogan 'ganz entspannt im hier und jetzt'“. Sutt-  
dewen müsse es heißen: „Die jungen  
Kälber brauche Zähne, an denen sie ih-  
re Hörner schrubben können“.

Der folgende Artikel von C. Böhr, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“, soll offenbar wissenschaftlichen und Parteiunabhängigkeit demonstrieren. Innerhalb der Kommission ist vom Bundestag eingetragene Interfraktionelles Gremium, das die Ursachen des Jugendprotestes untersucht und Lösungen vorzuschlagen soll. Ihr gehören Vertreter aller Parteien an (außer den Grünen und Alternativen, versteht sich...) sowie ein nach Proporz zusammengesetztes wissenschaftliches Mitarbeiterstab. Über eine oberflächliche Aufzählung von verschiedenen bisher zum Thema vorliegenden Analysen und der daran angeschlossenen Erkenntnisse, in die ich „von allem nur meiste Einsicht“, nicht müde, „den eigenen Denksitz überprüfen“ u.ä. kommt Böhr allerdings nicht hinaus. Aus der Dürftigkeit dieses Beitrags leuchtet nur allzu deutlich die legitimistische Absicht heraus, dem Heil durch den Anschein des Interfraktionellen und Offiziellen eine größere Wirkung zu verschaffen.

Dem Anschein von Objektivität macht der letzte Beitrag, vom Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts EMNID, W. Tacke, „die heutige Jugend in der Sicht der modernen Meinungsforschung“, endgültig Garaus. Entgegen so bekannten Ansätzen wie der der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen (Schweiz) vom Sommer 1981, oder der sog. Shell-Studie (einer Untersuchung der Deutschen Shell AG) vom Ende 81, entgegen allen regierungsmächtigen Vertubarungen und Analysen wie der des Familienministeriums zur Alternativbewegung u.ä., ja sogar entgegen dem im März 82 veröffentlichten Zwischenbericht der interfraktionellen Enquete-Kommission, die unter dem Motto „Die Angst der Jugend ist auch unsere Angst“ alle der Jugend eine berechtigte Zukunftsangst attestieren, und die alle auch die Sympathie einer überwiegenden Mehrheit von Jugendlichen für die protestierende Minorität konstatie-

ren, wird hier auf der Grundlage EMNID-eigener Berechnungen ein ganz anderes Bild der Jugend vorgezeichnet. Nach umfangreichen Tabellariken heißt es da unter „Thesenartige Zusammenfassung“ einleitend: „Die Jugendlichen von heute sind in außerordentlich hohem Maße mit dem politischen und sozio-ökonomischen System zufrieden. Sie sind zugleich weiterhin politisch passiv; ihr politisches Interesse ist nur gering ausgeprägt, ihre Bindungen an politische Parteien sind schwach, und die politische Aktivität Jugendlicher ist geringer auch als vor sechs Jahren... Ideologische Extrempositionen, insbesondere nach links, sind abgeklungen. Die vorherrschende Lebensorientierung in Wirtschaft und Gesellschaft wird weiterhin akzeptiert... Der Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik wird von rund 94 % der Jugendlichen sehr positiv bis unförmigen positiv beurteilt. Es ergibt sich — alles in allem — ein außerordentlich zufriedenstellendes Bild der Einschätzung unserer Parteidemokratie bei den Jugendlichen im Jahre 1979...“

Voilà: Der Beweis, daß es sich bei den Unzufriedenen und „Krawallmachern“ nur um eine extreme Minderzahl im jugendlichen Jahrgang

Antifa-Kommissionen  
Kf/Gruppe Hamburg

### Die theoretische Abhandlung des Jugendproblems in der PFA Hiltrup

Der Fallkreis-Führungskaderkreis gebildet das Verdienst, erstmals den Problemkreis der heutigen Jugend mit einem Seminar unter dem Leitthema »Kritische Jugend und Polizei im Spannungsfeld der Gesellschaft« abgegangen zu sein.

Das Seminar, das eine breite Zustimmung fand, wendete sich an Polizeivollzugsbeamte der höheren Dienst- und begann mit einem Vortrag und vier informativen Programmen auf englisch. Unter der Leitung von Miss Editha Daphne Pryor, Command Major, betonte man es vor allem ergebungen. Polizei von Reformen und Disziplinar, u. a.

Der politische Aspekt:  
Auswirkungen des Jugendprotestes auf die  
Gesamtbeanspruchung einer Behörde  
Lud. Pol. Die Gumbel-Freund,  
Der Polizeipräsident in Berlin

Der historische Ansatz  
Jugendprotest und Konfliktbewältigung im Bild  
des jugendlichen Subjekts  
Christoph von der Linde, Regensburg  
(Kommunikation und Kultur)  
(Literatur und Medienwissenschaft)

Der politische Aspekt:  
Politische Analysen und Aktivitäten zum Ju-  
gendproblem  
Christlich-Soziale Bewegung  
Evang. Nationaler Missionarischer Bund  
Evangelische Jugendverbände  
Evangelische Jugendverbände im demokratischen Staat

Jugendrevolte und Stadtbrunnen  
Jugend am Ruckstuhl der Friedens- und  
Konfliktforschung  
Professor Dr. Hans-Eckhard Bahr,  
Universität Bochum  
Kurator der deutschen Gesellschaft  
der Friedens- und Konfliktforschung

Insgesamt in der Reihe der Meinungsbildung  
 1. Alter Takt, 2. Nichtfrüher, 3.  
 4. Geschlecht, 5. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 83

1. Hauptthesen zu dem Thema  
 Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 2. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 3. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 4. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 5. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 6. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 7. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 8. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 9. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung  
 10. Keltische Punkte der überpolitischen Zu-  
 sammensetzung



Auf den ersten Blick hat die ungewöhnliche Konstellation im Malvinas-Krieg unser übliches Ost-West und Nord-Süd-Schema kräftig durcheinandergerüttelt. Putschistische Militärs und eine Verbündete des Westens stürzen sich in einen Konflikt mit Großbritannien. Dieselbe Junta, die seit Jahren dem imperialistischen Kapital Tür und Tor öffnet und gleichzeitig jegliche Volksbewegung aufs schärfste unterdrückt, ruft ihr Volk zum gemeinsamen antikolonialen Kampf. Die US-Regierung, die sich seit der Absetzung Carters und seiner „Menschenrechtspolitik“ bevorzugt um Argentinien bemüht und Argentinien zum Partner im interamerikanischen Interventionskrieg aufbaut, ergreift Partei für Großbritannien. Ganz Lateinamerika — von den reaktionären Militärregimen bis hin zu Nicaragua und Cuba — wendet sich in seit Jahren nicht dagewesener Einmütigkeit gegen die USA.

Und Europa schließlich verhängt einen Boykott gegen die argentinische Junta, die sich mit der Besetzung der Inseln in den letzten Medien blitzartig in die repressive Diktatur verwandelt hat, die sie schon immer gewesen ist. Die jahrelange Forderung der Solidaritätsbewegung nach Sanktionen gegen das argentinische Regime wegen Verletzung der Menschenrechte war dagegen nie zur Kenntnis genommen worden.

Mehrere Fragen sind vor diesem Hintergrund derzeit in der Diskussion. — Gibt es tatsächlich einen tiefgehenden Bruch zwischen Lateinamerika und seinem großen Nachbarn USA, oder zumindest zwischen Argentinien und den USA?

— Kann eine faschistische Diktatur einen antikolonialistischen Kampf führen?

— Machen sich Länder wie Cuba und Nicaragua mit ihrer Solidarität für Argentinien nicht zum Handlanger der Mutter-Junta?

— Welche Position nimmt die Linke und die Solidaritätsbewegung angesichts einer derart perversen Konflikt-Konstellation ein? Und warum hat die Friedensbewegung des Malvinas-Krieg kaum bis gar nicht zur Kenntnis genommen oder zumindest nicht darauf reagiert? Zu diesen Punkten einige Fakten und Überlegungen.

## Ernsthafter Bruch oder vorübergehende Dissonanzen?

### Lateinamerika

### Lateinamerika

Die Einmütigkeit, mit der in Lateinamerika das Eingreifen der USA zugunsten Großbritanniens verurteilt wurde, hat es tatsächlich in den letzten Jahren nicht gegeben. Fast alle Staaten erklärten ihre Solidarität mit Argentinien und betonten das Recht Argentiniens auf die Malvinas; viele boten direkte Unterstützung an. Brasilien setzte während des Konflikts seine Waffenlieferungen an Argentinien fort, und auch Pinochet erklärte sich solidarisch. Das heißt, die vorhandenen Konkurrenz-Probleme und Rivalitäten traten zugunsten der Unterstützung Argentiniens in den Hintergrund (z.B. Konkurrenz Brasilien-Argentinien, Streit zwischen Chile und Argentinien um den Beagle-Kanal etc.). Ebenso traten auch die bekannten ideologischen Kontroversen in den Hintergrund. Die „kommunistische Subversion“ durch Cuba und Nicaragua, normalerweise Hauptfeind Nr. 1 der reaktionären Regimes, war weniger bedeutend, und die argentinische Junta suchte sogar die Annäherung.

So wurde nach einem Jahr diplomatischer Pausen wieder ein kubanischer Botschafter nach Argentinien geschickt. Zum ersten Mal seit der Revolution 1959 besuchte ein argentinischer Außenminister Cuba (anlässlich einer Konferenz der Blockfreien), wurde von Fidel Castro herzlich begrüßt und lobte in seiner Rede Cuba als „die Perle der Karibik“, die sich in einem langen Unabhängigkeitskampf ebenso wie Algerien, Indien und Vietnam erfolgreich behauptet habe. Höhepunkt war die Verurteilung der US-Präsenz auf Cuba mit dem Stützpunkt Guantanamo durch den argentinischen Minister.

Die kubanische Regierung ihrerseits versicherte Argentinien „grenzenlose und unwiderstehliche Solidarität“ und erklärte die USA (während der Blockfreien-Koordination) zur „Ursache aller Probleme Lateinamerikas“ und zum Hauptkriegstreiber („SZ“,

# Malvinenkrieg und die Folgen



Über 10.000 Argentinier demonstrierten vor dem Regierungspalast in Buenos Aires gegen England

4.6.82). Gleichzeitig wurde gegen das „Bündnis“ zwischen USA und Lateinamerika gemäß der Monroe-Doktrin und das interamerikanische Standardsystem polemisiert. Die Monroe-Doktrin („Amerika den Amerikanern“) wurde 1823 vom Präsidenten Monroe aufgestellt, um den Anspruch der USA auf ihren südlichen „Hinterhof“ gegen die europäischen Konkurrenz zum Geltung zu bringen. Der Malvinas-Konflikt hat erneut bewiesen, daß diese Doktrin allein zur Vorherrschaft der USA in Lateinamerika und ausschließlich im Interesse der USA angewendet wird. Ebenso der interamerikanische Standardsystem (TIAR), der nach dem 2. Weltkrieg in Rio zum Schutz Nord- und Südamerikas gegen Angriffe von außen (gemeint war „der Kommunismus“) gegründet wurde und bislang ausschließlich als Instrument der USA eingesetzt wurde.

Angesichts der britischen Aggression gegen Argentinien forderte Nicaragua die Anwendung des Standardsystems, eine nach den Inhalten des Vertrags völlig gerechtfertigte Forderung, die die Rolle der US-Regierung in aller Deutlichkeit bloßstellte. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unterstützte in einer Entschwedung ohne Gegenstimme (bei Enthaltung der USA, Chiles, Kolumbiens und Trinidad-Tobagos) die Souveränität Argentiniens über die Malvinas. Einige Staaten forderten sogar die Umwandlung der OAS in eine OIAS (Organisation lateinamerikanischer Staaten), d.h. eine selbstständige lateinamerikanische Organisation unter Ausschluss der USA. Ebenso erhielten die Bemühungen wieder Auftrieb, den Sitz der OAS von Washington nach San José/Costa Rica zu verlegen.

Die Blockfreien verabschiedeten schließlich, nach anfänglichem Widerstand einiger englischsprachiger Länder, eine Verurteilung Großbritanniens und bekräftigten den argentinischen Anspruch auf die Malvinas. (Es wurde auch eine Verhandlungslösung für El Salvador unter Einschluß der Guerrilla gefordert und die Interventionspolitik der USA angegriffen). Im UNO-Entscheidungsstadium 4. September 1982 zogen Teilnehmer gegen die Resolution

902, die den Rückzug Argentiniens von den Inseln forderte. (Die Sowjetunion enthielt sich der Stimme.)

902, die den Rückzug Argentiniens von den Inseln forderte. (Die Sowjetunion enthielt sich der Stimme.)

## USA und Europa

Derart massive Verurteilungen und Proteste gegen die USA hat es in solcher Einmütigkeit lange nicht gegeben. Ein ernsthafter und dauerhafter Widerstand Lateinamerikas gegen die US-Vorherrschaft ist aber daraus nicht ableitbar.

Alle Proteste bleiben recht gestitt auf der diplomatischen Ebene. Reale Konsequenzen wurden nicht gezogen und können aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses auch gar nicht gezogen werden. Jetzt, nach Beendigung der Kriegshandlungen und langfristiger Orientierung auf Verhandlungen, wird auch die radikale Rhetorik wieder abflauen, insbesondere auch im Hinblick auf die neuen „gemäßigten“ Präsidenten in Mexiko und Panama. Bisher waren diese beiden Länder Wortführer für Unabhängigkeit und Demokratie, von den neuen Präsidenten erhofft man sich einen gemäßigteren Ton.

Für die US-Regierung dürfte die Entscheidung für Großbritannien und gegen Argentinien von vornherein außer Frage gestanden haben (obwohl es angeblich Widersprüche zwischen Pentagon und Außenministerium gegeben haben soll).

Politisch-diplomatische Probleme mit Argentinien oder auch anderen lateinamerikanischen Ländern (die es nebenbei auch schon immer gegeben hat) stellen keine ernsthafte Bedrohung für den Einfluß der USA dar.

Welche „Nachteile“ haben sich real für die US-Regierung ergeben? Argentinien hat seine „Militärberater“ aus El Salvador abgezogen und wird sie wohl auch kurzfristig nicht zurückschicken (Wenigstens ein erfolgreiches Ergebnis dieses Krieges.) Argentinien hat eine

stärkere Orientierung auf den Andenpakt, die Blockfreienbewegung und die Stabilisierung des Handels mit der SU angekündigt. Cuba und Nicaragua haben zeitweilig günstigere diplomatische Ausweisbedingungen, um ihre politische Isolierung zu durchbrechen. Aber das ist alles nicht viel — (z.B. die Angriffe gegen Nicaragua von Honduras aus werden seit mehreren Wochen intensiviert).

Kühle amerikanische Sachkenner sehen dennoch keinen unheilbaren Riß in den Beziehungen Washingtons zu Lateinamerika. Sie weisen darauf hin, daß abgesehen von Cuba, Grenada und einigen der Sandinistas in Nicaragua kein lateinamerikanisches Land ein Fußfassen sowjetischer Macht in größerer Form wünsche, daß der Druck wirtschaftlicher Tatsachen weiter für gute Beziehungen mit dem Teil des Südkontinents sorgen werde („FAZ“, 21.5.). Gegenüber den eher geräuschhaften Problemen in den Beziehungen zu Lateinamerika zog die US-Regierung aber aus ihrer Unterstützung für Großbritannien auf NATO-Ebene einigen Gewinn.

Nicht nur, daß der Malvinas-Krieg einen für die Imperialisten intermaritimen Waffentest bot, darüber hinaus konnte man das NATO-Bündnis zusammenschweißen und festigen. Angesichts des Krieges wurde von der NATO am 7.5. beschlossen, daß zukünftig NATO-Truppen den ganzen Erdball als ihr Operationsfeld betrachten, wenig „virale Interessen“ der Bündnispartner betreffen und.

Etwas besorgter als die USA scheinen einschlägige Kreise in Europa, speziell in der BRD, bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen zu Argentinien. Der Ibero-Amerika-Verein, Siemens, Mercedes-Benz u.a. hoffen offenbar auf eine schnelle Aufhebung der Boykottmaßnahmen. Mercedes-Benz Argentinien spendete der argentinischen Regierung gar 5 Lastwagen im Werte von 600.000 DM, als „Beitrag zur nationalen Anstrengung“ und zur Erhaltung des Geschäfts.

Doch auch diese Probleme werden wohl relativ schnell gelöst werden. Spätestens bei den nächsten Umkundlungsverhandlungen wird man sich

wieder zusammenraufen. Und die Frage, die vor einigen Tagen bei Robin & Voss für Argentinien vom Stapel gelaufen ist, dürfte kaum verschoben werden.

Ungewisser erscheint es, ob die „Antikolonialistische Internationale“ nicht einiges an Ansehen verloren hat. Schließlich deutet der Einfluß der SI in Lateinamerika auf ihren (äußeren gemäßigten) Antimperialismus auf. Im Malvinas-Konflikt hat sich die SI eindeutig hinter Großbritannien gestellt. Mitterand versichert seine volle Solidarität; Großbritannien sei Opfer einer Aggression, seine nationalen Interessen und sein nationaler Stolz seien verletzt worden, und es müsse zurückerobern, was es verloren habe — ein würdiger Vertreter der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und der II. Internationale. Ob dies Auswirkungen in der 3. Welt hat, werden die nächsten Konferenzen zeigen müssen.

## Kriegsfolgen in Argentinien

Wie kommt diese Diktatur dazu, einen antikolonialistischen Kampf zu führen, antimperialistische Sprüche auf der Blockfreien-Konferenz zu klopfen (s.o. Lob für Befreiungskämpfe etc.), öffentlich eine Intensivierung des Handels mit der SU zu verkünden etc. — was dazu geführt hat, daß in den letzten Medien besorgte über eine Umorientierung der argentinischen Außenpolitik spekuliert wird (stärkere Orientierung auf Lateinamerika/Andenpakt und Comecon, politisch auf die Blockfreienbewegung). Tatsache ist, daß seit der Regierungszeit des Peron-Vorläufers Hector Campora 1973 eine Öffnung der argentinischen Außenpolitik stattfand. Argentinien wurde inzwischen zum wichtigsten Ostzeilexportland der SU, etwa ein Drittel der argentinischen Exporte geht in die Comecon-Länder v.a. in die SU; dem stehen aber nur geringe Importe aus der SU gegenüber.

Konkurrenzbedingte und politische Konflikte zwischen Argentinien und den USA hat es in den letzten Jahren mehrfach gegeben:

— Argentinische Getreidelieferungen an die SU trotz Carteri Getreideboykott nach dem Einmarsch der SU in Afghanistan.

— Carters „Menschenrechtspolitik“, die mit einem Waffenboykott verbunden war.

— oder das Atomgeschäft mit der KWL, gegen das die US-Regierung heftig protestiert hatte.

All das ändert nichts an der Tatsache, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstreiks das Auslandskreditgeschäft nicht aufkündigt, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung



## Chile — September 1982

elern an ihren regelmäßigen Kundgebungen fest: „Die Malvinas sind argentinisch, aber die Verschundenen auch“, die bürgerlich-demokratischen Kräfte benutzen die Situation, um ihren Spielraum zu vergrößern. Nach der Niederlage kam es zu schweren Unruhen. Eine ursprünglich als Ausdruck der Solidarität mit den Malvinas-Streitkräften gedachte Kundgebung schlug in die militärische Demonstration gegen die Militärs seit 6 Jahren um. Geordert wurde der Rücktritt der „zum Regieren und zum Kämpfen unfähigen Militärs“.

Natürlich drückt sich in einer solchen Parole nicht die Forderung nach sozialistischer Revolution aus und natürlich wird darin deutlich, daß möglicherweise bei einem Sieg der argentinischen Militärs ihre Position gefestigt und ihr Ansehen im Lande verbessert worden wäre. Aber es ist wirklich nicht unsere Aufgabe hier, uns über solchen argentinischen „Nationalismus“ aufzuregen. Wir hätten vielmehr alle Hände voll zu tun, die Welle des Chauvinismus und die mehr als laue Haltung der Linken in Großbritannien zu untergraben und dies anzugreifen. Und damit sind wir bei der Frage nach der Haltung der Linken in diesem Konflikt.

verbunden werden kann mit einem Kampf gegen die Diktatur oder sogar für den Sozialismus, diese Frage muß die argentinische Linke lösen. (Leider haben wir nur ganz spärliche Informationen über die Positionen der argentinischen Linken und können uns über den Stand dieser Diskussion kein Bild machen.) Aber jedenfalls haben wir hier keinerlei Recht (ohne weitergehendes Kennntnis), z.B. die Montoneros zu verurteilen, daß sie zu Beginn des Krieges auf der „nationalen Welle“ mitgeschwammen. (Solche Verurteilungen hat es z.T. recht deutlich gegeben, z.B. „las“.) Ähnlich verhält es sich mit den revolutionären Regierungen in Nicaragua und Cuba. Sie haben die Lage sehr geschickt genutzt, um einerseits gegen ihre politische Isolierung anzugehen, aber zugleich den Imperialismus, speziell die USA, anzugreifen (Cubas Beitrag bei der Blockfreien-Konferenz, Nicaraguas Forderung nach Anwendung des IIR etc.). Dabei sollte nicht unter den Tisch gekehrt werden, daß Cuba ebenso wie die SU die argentinische Junta politisch immer sehr geschont habe. Vor dem Hintergrund der sowjetisch-argentinischen Handelsbeziehungen wurde die Diktatur in Argentinien nie drastisch angegriffen oder Gegen-

Als Pinochet die Krise des Jahres 1973 als Resultat der Regierung des Genossen Salvador Allende insstellte, herrschten noch andere Zeiten. Damals war es jedem klar, daß das nationale und internationale Kapital diese Krise bewußt herbeigeführt hatten, um das Chile Allendes zu destabilisieren.

Auch heute befindet sich Chile in einer tiefen Krise, die allerdings, im Gegensatz zu damals, nicht gewollt ist. Im Gegenteil, man versucht sie sogar zu vertuschen und mit altem Mühsal zu überwinden.

Sie ist ein Produkt der Wirtschaftspolitik der „Chicago boys“.

Pinochet und seine „Chicago boys“ hatten vor dem Volk glaubhaft zu machen, daß selbst die unpopulärsten Maßnahmen der neuen Bosses der Kapitalakkumulation nur vorübergehender Natur wären und sich in dem Maße abschwächen, wie sich die „soziale Marktwirtschaft“ vollständig ausbreiten könnte. Mittels einer geschickt aufgezogenen Propaganda-Kampagne versuchten sie im Jahre 1980 das „chilenesche Wirtschaftswunder“ zu verkaufen, aufgeputzt mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten, hohem Investitionsniveau und einer dynamischen Außenwirtschaft. Es waren die hartnäckigen Tatsachen, die im Juli 1981 das Propagandagebäude zum Einsturz brachten. Dabei befindet sich das Regime in der mühsamen Lage, weder seine Verantwortung auf andere abzugeben zu können, noch weiterhin das Volk zu belügen, weil die Anzeichen der Krise allgegenwärtig sind:

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

In Santiago sind 25 % arbeitslos.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

— Arbeitslosigkeit: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernähr(er)innen; eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.



Mitglieder der chilenischen Linken ketten sich aus Protest gegen die Pinochet-Diktatur mit ihrem Transparent „Freiheit für Chile“ an den offiziellen Chile-Stand der Hamburger Ausstellung „Du und Deine Welt“.

Soweit die Gründe, die uns in der Auffassung bestärken, daß wir uns seit Ende 1981 am Anfang einer neuen Phase nationaler Politik befinden, die große Bedeutung für die Kämpfe unserer Völker hat.

Es handelt sich um eine Phase der ökonomischen, sozialen und moralischen Krise, die für das Regime einen Vertrauensverlust, das Anwachsen der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und starke Unzufriedenheit der Volksmassen zur Folge hat. Mit dem Selbstverständnis, daß alle Formen und Möglichkeiten des Kampfes angewendet werden müssen, haben wir unsere meisten Anstrengungen in die Verankerung der demokratischen revolutionären Linie in den Volksmassen der Auswertung der Rebellion des Volkes unternommen. Es kommt in dieser bisher wichtigsten Phase der Konterrevolution darauf an, die ökonomischen, sozialen und moralischen Krisen zu verwandeln, die eine Alternative zur herrschenden Macht aufzeigt. Diese Alternative entsteht in der Linie der Rebellion und des Volkskrieges, die während eines erneuten Treffens in Mexico (Mai '82) von den großen Parteien der chilenischen Linken (PS, PC, PR und MIR) unterzeichnet wurde. Das politische und soziale Orakel des Jahres '82 ist ein getreues Abbild der Schwierigkeiten des Regimes. Die Unsicherheit in der Wirtschaftspolitik, der schnelle Wechsel der Ministerien (seit Dezember '81 bis heute drei an der Zahl), die Widerstände innerhalb des herrschenden Blocks, die Proteste von Sektoren der Bourgeoisie, die gestern noch klare Parteilager des Regimes waren und aus dem Wirtschaftsmodell schwer getroffen sind, der Protest der Kirche, der gemeinsame Aufruf der Linken zur Einbeziehung zum Kampf kürzlich in Mexico, das Vorschreiten des Widerstandes und der Volksmassen bestätigen dies.

Die direkten Massenaktionen und das bewaffnete Vorgehen des Widerstandes, vom MIR als fundamentalistischer Bestandteil des demokratisch-revolutionären Kampfes angesehen, haben dazu geführt, die Mobilisierung der Massen, die Volksoffensive zu markieren und zu verbreitern. Angesichts der katastrophalen Situation erlebt die Bevölkerung direkte Aktionen wie Platzbesetzungen, den Aufruf zur Besetzung der 7.000 von der Diktatur erbauten, unbewohnten Luxuswohnungen, die keiner kaufen will; der Aufruf, keine Elektrizität, Wasser, Gas und Mikrorechnungen zu bezahlen; die Selbstverweigerung gegen die Repression in den Suburbanen, die Straßenpropaganda usw. — Kampfformen, die sich das Volk tagtäglich zu eigen macht.

Bewaffnete Aktionen, wie der Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt „El Bosque“ während der internationalen Luftfahrtmesse, die Geldentzugskassette im multinationalen Automobilkonzern Daimler, der Angriff der Milizen auf die Botschaft der salvadorianischen Diktatur in Santiago als Unterstützung unserer Genossen nach der Wahlkreis in diesem Land, die Sabotage von Güterzügen in Bergarbeiterstädten zum Gedenken an den Jahrestag der CUT (chilenische Gewerkschaftszentrale), die aufeinanderfolgenden Störungen der nationalen Fernsehkanäle durch „Radio Liberación“, der Stimme des Volkswiderstandes in den Städten Valdivia, Temuco, Antofagasta, Iquique, Santiago und Concepción mit Aufrufen an das Volk und Informationen, die die Diktatur verschweigt, die Sabotage der Elektrizitätswerke von Valparaíso, die Simulationsaktion gegen vier Elektrizitätswerke in vier Städten im Zentrum des Landes, die Sabotage von Hochspannungsanlagen, wodurch in Santiago zwei Tage lang das Licht ausfiel etc., alles dies sind Aktionen, die von bewaffneten Milizen des Volkswiderstandes als Antwort auf die Gewalt der Diktatur durchgeführt wurden und die es gleichzeitig erlauben, Erfahrungen im militärischen Kampf des Volkes zu sammeln.

Die Kämpfe in den letzten Monaten vor diesem September, wo die Diktatur neun Jahre alt wird, belegen unzweifelhaft die Entscheidung der Bevölkerung zum Widerstand. Angeführt von der Resistencia hat sich die Massenbewegung von der Basis her ihren ersten Massenprotest gegen das Pinochet-Regime organisiert. In einem „Hungermarsch“ sogen mehr als 2000 Menschen durch das Zentrum von Santiago und riefen: „Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit“. Parallel dazu wurden bewaffnete Aktionen in verschiedenen Stadtteilen von Santiago durchgeführt sowie in der Innenstadt zwei Metro-Stationen sabotiert. Gleichzeitig führte die Resistencia an verschiedenen Punkten Santiagos Sprühaktionen und Wurfaktionen durch. Am darauffolgenden Tag wurde die Diktatur mit einer Demonstration des Komitees für die Rückkehr der im Exil lebenden Chilenen konfrontiert.

So befinden sich die Mitglieder des MIR im September an allen Fronten der Widerstandsbewegung, alle Kräfte zusammennennend, um die unterschiedlichen Kämpfe gegen die Diktatur zu integrieren, zu koordinieren und zu multiplizieren: ein Impuls in der Aktionslinie der Linken, im offensiven und unabhängigen Kampf gegen die Diktatur, die den demokratisch-revolutionären Kampf unseres Volkes wiederaufleben läßt. Mit einem Wort, die Umsetzung der Strategie des revolutionären Volkskrieges des Volkswiderstandes.

So weit die Gründe, die uns in der Auffassung bestärken, daß wir uns seit Ende 1981 am Anfang einer neuen Phase nationaler Politik befinden, die große Bedeutung für die Kämpfe unserer Völker hat.

Es handelt sich um eine Phase der ökonomischen, sozialen und moralischen Krise, die für das Regime einen Vertrauensverlust, das Anwachsen der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und starke Unzufriedenheit der Volksmassen zur Folge hat. Mit dem Selbstverständnis, daß alle Formen und Möglichkeiten des Kampfes angewendet werden müssen, haben wir unsere meisten Anstrengungen in die Verankerung der demokratischen revolutionären Linie in den Volksmassen der Auswertung der Rebellion des Volkes unternommen. Es kommt in dieser bisher wichtigsten Phase der Konterrevolution darauf an, die ökonomischen, sozialen und moralischen Krisen zu verwandeln, die eine Alternative zur herrschenden Macht aufzeigt. Diese Alternative entsteht in der Linie der Rebellion und des Volkskrieges, die während eines erneuten Treffens in Mexico (Mai '82) von den großen Parteien der chilenischen Linken (PS, PC, PR und MIR) unterzeichnet wurde. Das politische und soziale Orakel des Jahres '82 ist ein getreues Abbild der Schwierigkeiten des Regimes. Die Unsicherheit in der Wirtschaftspolitik, der schnelle Wechsel der Ministerien (seit Dezember '81 bis heute drei an der Zahl), die Widerstände innerhalb des herrschenden Blocks, die Proteste von Sektoren der Bourgeoisie, die gestern noch klare Parteilager des Regimes waren und aus dem Wirtschaftsmodell schwer getroffen sind, der Protest der Kirche, der gemeinsame Aufruf der Linken zur Einbeziehung zum Kampf kürzlich in Mexico, das Vorschreiten des Widerstandes und der Volksmassen bestätigen dies.

Die direkten Massenaktionen und das bewaffnete Vorgehen des Widerstandes, vom MIR als fundamentalistischer Bestandteil des demokratisch-revolutionären Kampfes angesehen, haben dazu geführt, die Mobilisierung der Massen, die Volksoffensive zu markieren und zu verbreitern. Angesichts der katastrophalen Situation erlebt die Bevölkerung direkte Aktionen wie Platzbesetzungen, den Aufruf zur Besetzung der 7.000 von der Diktatur erbauten, unbewohnten Luxuswohnungen, die keiner kaufen will; der Aufruf, keine Elektrizität, Wasser, Gas und Mikrorechnungen zu bezahlen; die Selbstverweigerung gegen die Repression in den Suburbanen, die Straßenpropaganda usw. — Kampfformen, die sich das Volk tagtäglich zu eigen macht.

Bewaffnete Aktionen, wie der Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt „El Bosque“ während der internationalen Luftfahrtmesse, die Geldentzugskassette im multinationalen Automobilkonzern Daimler, der Angriff der Milizen auf die Botschaft der salvadorianischen Diktatur in Santiago als Unterstützung unserer Genossen nach der Wahlkreis in diesem Land, die Sabotage von Güterzügen in Bergarbeiterstädten zum Gedenken an den Jahrestag der CUT (chilenische Gewerkschaftszentrale), die aufeinanderfolgenden Störungen der nationalen Fernsehkanäle durch „Radio Liberación“, der Stimme des Volkswiderstandes in den Städten Valdivia, Temuco, Antofagasta, Iquique, Santiago und Concepción mit Aufrufen an das Volk und Informationen, die die Diktatur verschweigt, die Sabotage der Elektrizitätswerke von Valparaíso, die Simulationsaktion gegen vier Elektrizitätswerke in vier Städten im Zentrum des Landes, die Sabotage von Hochspannungsanlagen, wodurch in Santiago zwei Tage lang das Licht ausfiel etc., alles dies sind Aktionen, die von bewaffneten Milizen des Volkswiderstandes als Antwort auf die Gewalt der Diktatur durchgeführt wurden und die es gleichzeitig erlauben, Erfahrungen im militärischen Kampf des Volkes zu sammeln.

Die Kämpfe in den letzten Monaten vor diesem September, wo die Diktatur neun Jahre alt wird, belegen unzweifelhaft die Entscheidung der Bevölkerung zum Widerstand. Angeführt von der Resistencia hat sich die Massenbewegung von der Basis her ihren ersten Massenprotest gegen das Pinochet-Regime organisiert. In einem „Hungermarsch“ sogen mehr als 2000 Menschen durch das Zentrum von Santiago und riefen: „Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit“. Parallel dazu wurden bewaffnete Aktionen in verschiedenen Stadtteilen von Santiago durchgeführt sowie in der Innenstadt zwei Metro-Stationen sabotiert. Gleichzeitig führte die Resistencia an verschiedenen Punkten Santiagos Sprühaktionen und Wurfaktionen durch. Am darauffolgenden Tag wurde die Diktatur mit einer Demonstration des Komitees für die Rückkehr der im Exil lebenden Chilenen konfrontiert.

So befinden sich die Mitglieder des MIR im September an allen Fronten der Widerstandsbewegung, alle Kräfte zusammennennend, um die unterschiedlichen Kämpfe gegen die Diktatur zu integrieren, zu koordinieren und zu multiplizieren: ein Impuls in der Aktionslinie der Linken, im offensiven und unabhängigen Kampf gegen die Diktatur, die den demokratisch-revolutionären Kampf unseres Volkes wiederaufleben läßt. Mit einem Wort, die Umsetzung der Strategie des revolutionären Volkskrieges des Volkswiderstandes.

Geschmacklos geht's nicht

lat. 29.8.82



Solche Karikaturen kultierten antilich des Krieges. Nach unserer Meinung ist das eine arrogante Diffamierung des argentinischen Volkes. Zu bloß, seine Unterdrückung zu erkennen, völlig im nationalen Rausch. Dies entspricht zum einen nicht den Tatsachen und ignoriert zum anderen die Berechtigung und die reale Grundlage, die der Nationalismus in der 3. Welt hat.

### Probleme der Linken in der Diskussion

stand von Kampagnen wie etwa Pinochet in Chile.

Trotzdem bleibt es gerechtfertigt, wenn Cuba und Nicaragua die Welle der (diplomatischen) Empörung gegen die USA zur ant imperialistischen Propaganda benutzen. Worum es uns geht ist die Tatsache, daß wir hier in der

stand von Kampagnen wie etwa Pinochet in Chile.

Trotzdem bleibt es gerechtfertigt, wenn Cuba und Nicaragua die Welle der (diplomatischen) Empörung gegen die USA zur ant imperialistischen Propaganda benutzen. Worum es uns geht ist die Tatsache, daß wir hier in der Friedensbewegung oder Solidaritätsbewegung sehr schnell bereit sind, uns über die „nationalistische Linke“ in Argentinien oder Cuba und Nicaragua aufzuregen, während wir gleichzeitig nicht in der Lage sind, unsere zentrale Aufgabe, den Angriff gegen die britische Aggression, den Chauvinismus und die NATO zu führen.

„Dieser Krieg ist nicht mein Krieg“, sagte eines argentinische Oseoneta („LAN“ 105) und damit hat sie sicher recht. Diese Aussage können wir hier aber nicht leiten. Es ist unser Krieg, weil er von unseren Regierungen benutzt wird zum Ausbau der NATO, zur Unterdrückung der Dritten Welt und zur Stärkung der imperialistischen Vorherrschaft. Wenn dieser Aspekt in der Friedensbewegung anerkannt und verankert wäre, wären wohl auch eher Aktivitäten gegen diese täglich stattfindenden Kriege möglich. In diesem Sinne haben wir zuerst und hauptsächlich zu arbeiten.

Lateinamerika-Kommunisten

ZEITSCHRIFT FÜR NICARAGUA, EL SALVADOR, UND MITTELAMERIKA

**MITTELAMERIKA MAGAZIN**

4. JAHRGANG VON "NICARAGUA AKTUELL"

Ich bestelle:

... Ab(o)s MITTELAMERIKA-MAGAZIN, 6 Hefte, 18 DM

... Solidaritätsabo(s) MITTELAMERIKA-MAGAZIN, 25 DM

Name: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen und senden an:

MAGAZIN-VERLAG, KÖNIGSWEG 7, 2300 KIEL 1



# Die GAL als Traumfabrik ?

Mehrere „prominente Hamburgerinnen und Hamburger“, die meisten dem linken Flügel der SPD zuzuordnen, haben in der gleichfalls linkssozialdemokratischen „Hamburger Rundschau“ einen Appell zum konstruktiven Dialog an die SPD und an die GAL veröffentlicht. Die Autoren dieses Appells geben offensichtlich davon aus, daß zwischen SPD und GAL hinreichend programmatische und praktische Gemeinsamkeiten bestehen, um nicht bloß einen Regierungsantritt der CDU in Hamburg zu verhindern, sondern um sogar „durchgreifende, mutige Reformen“ anzupacken. Was der Einigung entgegensteht, sind aus der Sicht der Appellanten lediglich Mißverständnisse, gegenseitiges Mißtrauen, Vorurteile und ähnlich törichte Dinge.

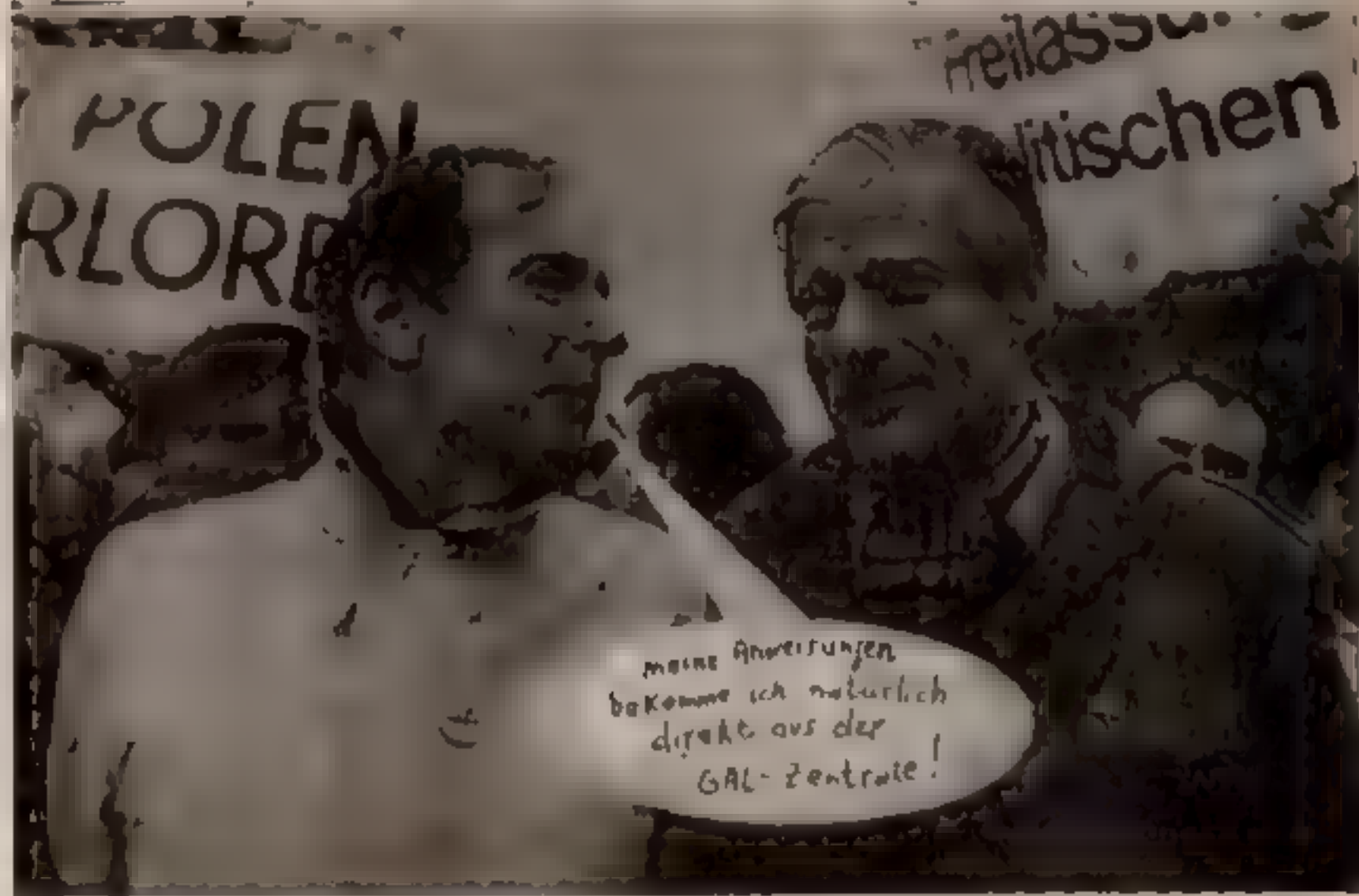
Ausgewogen ist dieser Appell also allemal. Er befaßt sich gar nicht erst mit den heute sowieso verpönten einseitigen Schuldzuweisungen, sondern verteilt die Vorwürfe schon gleichmäßig nach beiden Seiten, ohne dabei auch nur mit einem einzigen Wort konkret zu werden. Auch da, wo es um vermutete Gemeinsamkeiten zwischen SPD und GAL geht, vermeidet der Appell die ärgerliche Versuchung, konkret zu werden und von Tatsachen zu sprechen. Handgreiflich bleibt unter dem Strich nur der Appell, mit Blick auf die drohende Regierungsübernahme der CDU alle sonstigen Gesichtspunkte unterzuordnen. Der Sache nach richtet sich dieser Appell in erster Linie gegen die GAL, auch wenn das vermutlich nicht einmal das Ziel der Trägerinnen und Träger des Appells gewesen ist.

Es ist heute fast schon eine Mode geworden, politische Meinungsverschiedenheiten nicht mehr ernst zu nehmen, sondern als als Produkt kleinlicher Vorurteile, Borniertheiten, Eigensucht, psychologischer Defekte usw. zu behandeln. Diese Haltung ist manchmal von Herzen gut gemeint, aber sie kann keinen praktischen Nutzen stiften. Um Sinnvolles zu den Gesprächen SPD-GAL aussagen zu können, müßte man zunächst deren bisherigen Ablauf untersuchen, Differenzen und Gemeinsamkeiten genau festhalten

und auf dieser Grundlage schließlich konkrete, praktische Ratschläge entwickeln. Der Appell an SPD und GAL hingegen kommt über ein allgemein-unverbindliches „Habt euch doch lieb!“ kaum hinaus. Andererseits darf man wohl fragen, wer den Appell am Ende überhaupt noch unterschrieben hätte, wenn darin konkrete Aussagen zur Politik der Hamburger SPD formuliert worden wären.

Der Appell spricht von der „Hoffnung“ auf einen „konstruktiven Neuanfang“ aufgrund der „neuen Kräfteverhältnisse“ in der Bürgerschaft. Diese Hoffnung teilen die Appellanten gewiß mit vielen linken Sozialdemokraten ebenso wie auch mit vielen Wählerinnen und Wählern der GAL. Und erst genau an diesem Punkt wird der Appell interessant. Er reflektiert die verbreitete Hoffnung und Erwartung, daß die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und GAL doch eigentlich tragfähig genug für ein Reformbündnis sein müßten, sofern sich beide Seiten nur kooperativ und konstruktiv verhalten.

Diese Hoffnung kann aber in der politischen Wirklichkeit nur bitter enttäuscht werden. Es wird mit absoluter Sicherheit in Hamburg kein „Toleranz“-Bündnis zwischen SPD und GAL geben. Dieses Ergebnis stand mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 bis 95 % schon im Beginn der Gespräche zwischen SPD und GAL fest. Die GAL wird sich in der Bilanz der Gespräche mühen, ob sie dieser Ausgangslage entsprechend offen agiert hat, oder ob sie nicht vielmehr (trotz vieler kritischer Abgrenzungen von der SPD) mit dazu beigetragen hat, unrealistische Hoffnungen wecken und blühen zu lassen. Der Begriff „Hamburger Verhältnisse“ kann mittlerweile bundesweit als Symbol für eine Politik gelten, die nicht bloß optimale Einwirkungsmöglichkeiten auf die SPD bietet (was ja stimmt und zu begrüßen ist), sondern die tendenziell auch eine „Machtbeteiligung“ von Grünen und Alternativen beinhaltet. Dieses Verständnis der „Hamburger Verhältnisse“ überschätzt sowohl die reale Bedeutung der Grün-Alternativen als Machtfaktor wie auch die der SPD



## Lernfähigkeit der SPD

Bekanntlich hat die GAL bereits vor der Wahl einen Katalog von unverzichtbaren Forderungen aufgestellt, die Voraussetzung für die eventuelle „Tolerierung“ eines SPD-Minderheitsregimes durch die GAL sein sollten.

Eine knappe, vorläufige Bilanz (einige Punkte wurden noch nicht verhandelt) sieht so aus:

1. Friedenspolitik: GAL-Essential ist, daß die Hamburger Vertreter im Bundesrat gegen die Ratifizierung der „Nachströmung“ auftritten sollen. Tatsachenstand ist, daß die SPD in der Bürgerschaft einstimmig einen Antrag der GAL auf Erklärung Hamburg zur Atomwaffenfreien Zone abgelehnt hat. Darüber hinaus hat die SPD eine sehr humorlose Feststellung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Ebermann zum Verstand genommen, um am 11.9. in den Gesprächen mit der GAL zu Protokoll zu geben, daß die inhaltliche Diskussionen mit der GAL zur Friedenspolitik überhaupt nicht führen will.

2. Asylantenpolitik: GAL-Essential ist die Ablehnung von Sonettiers für Asylanten und eine weitestgehende Praktizierung des Asylrechts. — Tatsachenstand ist, daß Innenminister Pawlitzky gerade eben die Bildung eines Sonderstabs von 33 Beamten angeordnet hat, um Asylanten beschleunigt abzuschieben. — Tatsachenstand ist, daß Innenminister Pawlitzky gerade eben die Bildung eines Sonderstabs von 33 Beamten angeordnet hat, um Asylanten beschleunigt abzuschieben. — Tatsachenstand ist, daß Innenminister Pawlitzky gerade eben die Bildung eines Sonderstabs von 33 Beamten angeordnet hat, um Asylanten beschleunigt abzuschieben.

3. Hafenerweiterung: GAL-Essential ist der Stopp aller Pläne zur Hafenerweiterung und die vollständige Erhaltung von Moorburg und Francop. — Tatsachenstand ist: die SPD setzt ihre Abriss-Politik in Moorburg fort und hat in provokativer Weise — noch vor dem eigentlichen Eintrag in diesen Verhandlungspunkt — erklärt, daß über die Hafenerweiterung mit ihr nicht mehr zu reden ist. Gemäß hiesiger Tradition lag das entsprechende „Lebend“-papier der Springer-Pressen schon zwei Tage vorher vor.

4. Berufsverbote: GAL-Essential ist „eine Zusage, daß es in Hamburg keine Berufsverbote geben wird“. — Tatsachenstand ist, daß nach einer längeren Pause, die als Liberalisierung verkauft worden war, jetzt erstmals wieder mehrere Anhebungsverfahren gegen Lehrer wegen Kandidatur für die DDP stattfinden sollen. Einer der Vorgänger arbeitet schon seit 30 Jahren als Lehrer und nicht kurz vor der Pensionierung...

5. Wohnungspolitik: Ein GAL-Essential lautet: „Kein Polizeistatus bei Hausbesetzungen, keine Strafverfolgung der Besetzer“. — Tatsachenstand ist: Polizei wird weiter gegen Hausbesetzungen eingesetzt, Strafverfahren werden nach wie vor eingeleitet. Die SPD hat ohne Umschweife erklärt, daß das heilige Prinzip für sie sind („Rechtstaat“), an dem nicht zu rütteln ist.

Sowen einige Hauptpunkte, bei denen der Widerspruch zwischen GAL-Essentials und realer SPD-Politik besonders offensichtlich und unvermeid-

lich ist. Die GAL hat in ihren Beschlüssen zur Parlamentsarbeit vor der Wahl festgelegt: „Nicht bereit sind wir zu Tauschgeschäften (sowasche Zustimmung zur Sparpolitik gegen Ablehnung der Kernenergie)“. Das bedeutet, wenn nur ein GAL-Essential von der SPD total abgelehnt wird, kann eine Tolerierung nicht zustande kommen. Formal korrekt wäre es also gewesen, die Gespräche über eine Tolerierung sofort abzubrechen, sobald auch nur an einem Punkt des Forderungskatalogs die Unabgäbigkeit der SPD feststand. Das war schon nach der Besetzung der Polizeiwache in Bismarck (unter Mitwirkung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Ebermann) absehbar klar und unmißverständlich auf dem Tisch.

Nun hat die GAL sich aber mit der SPD darüber verständigt, zunächst einmal sämtliche Themen des Katalogs zu verhandeln und erst danach abschließend Bilanz zu ziehen. Für dieses Vorgehen spricht aus Sicht der GAL, daß nicht bloß an einem Punkt, sondern in der ganzen Breite der Themen die Differenzen zur SPD deutlich gemacht werden können — und zwar mit dem bescheidenen Öffentlichkeits-Effekt, den diese Verhandlungen nun einmal haben. Gegen dieses Vorgehen spricht jedoch die Gefahr von Mißverständnissen: Es könnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als sei

einmal haben. Gegen dieses Vorgehen spricht jedoch die Gefahr von Mißverständnissen. Es könnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als sei die GAL (im Widerspruch zu ihrem Schwur vor der Wahl) vielleicht doch auf Tauschgeschäfte aus. Etwas nach dem Motto: Keine Eingung in Sachen Hausbesetzung und Hafenerweiterung, dafür aber Annäherung in Punkt 10 Arbeiterlose und Umweltschutz. Und per Saldo am Ende vielleicht doch noch Tolerierung?

Dieses Mißverständnis wird gewiß nicht bei denjenigen entstehen, die die Politik und die Beschlusslage der GAL kennen und beobachten. Es kann aber sehr wohl bei Menschen auftauchen, die nicht so ganz genau hinschauen. Zudem ist auch der Hamburg-Ausgabe der „tar“, als sicher wichtigstes Informationsmittel neben dem Mitglieder-rundbrief der GAL, anzulassen, daß mikanter allzu naiv „Annäherungen“ und „Zugeständnisse“ der SPD registriert werden.

Es ist, insgesamt betrachtet, nicht sonderlich interessant, ob die SPD in einem oder zwei Einzelpunkten der GAL zu 5 bis 10 % (und um mehr handelt es sich wohl nicht), entgegenkommt. Es kann schon sein, daß die SPD eines Postens von vielleicht 100 Millionen einräumt, hat, um in Richtung GAL (bzw. deren Wählerinnen und Wähler, darum geht es natürlich) einige Koder anzubieten. Dazu gehört beispielsweise das „Zugeständnis“ der SPD, in zwei Klärwerken bestimmte Anlagen einzubauen, die von der GAL gefordert worden waren. Von einer politischen Wende, in diesem Fall auf dem Gebiet der Ökologie, haben solche „Zugeständnisse“ wenig zu tun. Sie sind unter Public Relations zu verbuchen. Ebenso schmerz es die SPD sehr wenig, wenn sie von der GAL die Zustimmung zu einem Kredit von 664 Millionen DM bekommt und dafür ein paar kleine „Zu-

geständnisse“ offeriert, die höchstens eine Gesamtsumme von 5 Millionen DM ausmachen.

Trotzdem weckt bei manchen Örtlichen Alternativen und linken Sozialdemokraten jedes noch so winzige und uninteressante „Zugeständnis“ wieder die Hoffnung auf den großen Reform-Deal. Angesichts solcher Reaktionen ist daran zu erinnern, daß es der GAL niemals um ein paar vereinzelte Maßnahmen gegangen ist, sondern um ein Gesamtkonzept, das in der Forderung nach einer umfassenden politischen Wende zum Ausdruck kommt. Das betrifft beispielsweise einen völlig anderen Umgang mit den Jugendlichen, eine gigantische Umverteilung zugunsten der Arbeiterklasse und zungunsten der Kapitalisten, eine Demokratisierung aller Bereiche usw. auf. An diesem Gesamtkonzept müssen die Verhältnisse gemessen werden, wenn die Frage nach der Tolerierung ansteht.

Es gibt nicht den geringsten Grund, sich diesbezüglich vom SPD-Senat irgendetwas zu versprechen. Im Gegenteil: jenseits minimaler finanzieller „Zugeständnisse“ hat der Senat seit der Wahl überdeutlich gemacht, daß er die von der GAL geforderte politische Wende nicht nur nicht will, sondern daß er sich sogar beschleunigt in die entgegengesetzte Richtung bewegt.

Die von der GAL geforderte umfassende politische Wende würde eine Gewerkschaft für sich selbst „Wahl-Konzept“ sein, das er sich sogar beschleunigt in die entgegengesetzte Richtung bewegt. Die von der GAL geforderte umfassende politische Wende würde eine Gewerkschaft für sich selbst „Wahl-Konzept“ sein, das er sich sogar beschleunigt in die entgegengesetzte Richtung bewegt.

Die Liberalisierung beispielsweise läßt sich nicht verwirklichen, ohne in Kapitalismen tief einzuweichen, Konflikte in Kauf zu nehmen, Erpressungen miteinzuhaken und nötigenfalls auch mal einen Laden dicht zu machen, wenn die Kapitalisten sich nur teilen.

Eine Bereitschaft, sich auf solche Konflikte immerhin verbal (d.h. in Worten, noch nicht einmal in der praktischen Politik) einzulassen, hat Klasse zu Ende seiner Bürgermeisterei Zeit geäußert. Das hat ganz schnell dazu geführt, daß ihm in enger Kooperation von rechten SPD-Spitzenfunktionären und Springer-Pressen das Genick gebrochen wurde.

Rein theoretisch hätte nach der Bürgerschaftswahl eine sehr kleine Chance für ein Übereinkommen zwischen SPD und GAL bestanden: Diese Chance hätte bestanden, wenn die SPD-Linken mit sehr viel Ernst, Mut und Entschlossenheit die innerparteiliche Konfrontation gesucht hätte, um die Partei-Rechte zurückzudrängen und um die mit dem Sturz Kloss verbundenen politische Niederlage weitzuräumen. Ohne ein solches Vorgehen der SPD-Linken war es einen Neuanfang nur im Traum zu denken. Nun hat die SPD-Linken aber nach der Wahl überhaupt nicht kämpferisch agiert, sondern hat sich von den Rechten einmachen lassen wie eh und je. Den Höhepunkt bot die Abstimmung über die Friedenspolitische Resolution der GAL in der Bürgerschaft. Aus lauter Angst vor dem rechten Parteiflügel mimten die Linken

## Prominente Hamburgerinnen und Hamburger rufen SPD und GAL auf, die Verhandlungen so konstruktiv zu führen, daß eine Zusammenarbeit möglich und die Machtübernahme durch die CDU verhindert wird

Die HAMBURGER Rundschau veröffentlicht den Wortlaut des Aufrufs in voller Länge:

Die HAMBURGER Rundschau veröffentlicht den Wortlaut des Aufrufs in voller Länge:

Hat die Vermutung noch eine Chance?

Seit drei Monaten leben wir in der Hoffnung, die neuen Kräfteverhältnisse in der Hamburger Bürgerschaft könnten einen konstruktiven Neuanfang möglich machen. Wie immer es unsere Gegner auch drehen und wenden. Noch gibt es eine Mehrheit für durchgreifende, mutige Reformen, noch bestehen Chancen für eine Politik, die der weiteren Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Einhalt gebietet. Eine Mehrheit die verhindert, daß die wirtschaftlich Mächtigen die Lasten der Krise vor allem den sozial Schwächeren aufbürden und die das Problem der Arbeitslosigkeit offenstehen. Noch ist eine Politik möglich, die aufklärt und Orientierung vermittelt.

Was heißt das? Das heißt: daß SPD und GAL, im Interesse ihrer Wähler gezwungen sind, sich zu verständigen. Die bestehende Gemeinsamkeiten in den Programmen, die Erwartungen von großen Teilen der Wähler, aber auch die Einsicht, daß ein Scheitern der Gespräche für den Reformprozeß in unserem Land verheerende Konsequenzen hätte, bedeuten eine Art Erfolgszwang.

Wenn der Brückenschlag zwischen Sozialdemokratie und grün-alternativer Bewegung hier nicht gelingt, wird er auch anderswo in der Bundesrepublik nur schwer möglich sein.

Trotz auffälliger bestehender Einigungsmöglichkeiten ferne in den Bereichen Umweltsanierung und Beschäftigungspolitik ist der Versuch groß, im anderen den Störer, Provokateur, Gegner zu sehen. Gewollt oder unge-

trauen, das die eine der anderen Seite entgegenbringt.

Mit Blick auf den Fortgang der Gespräche zwischen SPD und GAL erhoffen wir unsere eindringliche Bitte: Riskiert nicht leichtfertig das Scheitern dieses historischen Dialogs.

Dies erfordert von der SPD die Bereitschaft ihre bisherige Politik selbstkritisch zu überdenken und sich Reformen und neuen Alternativvorschlägen zu öffnen. Von der GAL erfordert dies das Bewußtsein, daß die Chance sichbarer Veränderungen in der Regierungspolitik der SPD größere reale Wirkungsmöglichkeiten bedeutet als der Rückfall in eine kleine Oppositionsgruppe gegenüber einer konservativen CDU-geführten Mehrheit.

Unterzeichner: Norbert Auer, Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Politik; Horst Bohn, Filmemacher; Manfred Goll, Ortsvereins-Vorsitzender der IG-Druck und Papier Hamburg; Bernd C. Heeslein, Journalist; Luc Jochimsen, Fernsehredakteurin; Horst Meyer, Vors. der Ortsverwaltung Hamburg der Gewerkschaft HRV; Thomas Mitscherlich, Filmemacher; Peter Rühmkorf, Schriftsteller; Simeon von Parzenau, Autor; Fritz Sönger, früherer Chefredakteur der Deutschen Pressenagentur; Dorothea Sille, Theologin.

Da es unter den Sozialdemokraten System-Funktionäre gibt, die erblich davon sind, daß die SPD überhaup nicht der GAL spricht, und bei den Grün-Alternativen Fundamental-Oppositionisten dafür existieren, sich der SPD erst gar nicht mehr zu verhandeln, bitten wir unsere Leserinnen und Leser ganz besonders um ihre Meinung dazu.



# Friedenspolitik: Klare Fronten zwischen SPD und GAL

SPD-Abgeordnete geschlossen gegen die Anträge der GAL, obwohl sie inhaltlich mit diesen z.T. völlig übereinstimmen.

Spätestens an diesem Punkt hatten eigentlich die allerletzten Hoffnungen auf den großen Reform-Deal mit dem SPD-Senat begraben werden müssen. Das ist aber immer noch nicht überall der Fall. Einer der Hintergründe für dieses Phänomen liegt vielleicht in der Reaktion der Massenmedien auf die Gespräche SPD-GAL. Im Verein mit der CDU ist die Springer-Pressa vom ersten Tag nach der Wahl an nicht müde geworden, die „Abhängigkeit“ der SPD-Senats von der GAL zu beschreiben und die angeblich unvermeidlichen katastrophalen „Zugeständnisse“ der SPD an die GAL in den allerhöchsten Farben zu malen. Selbst wenn die SPD der GAL voll mit dem Anreiz ins Gesicht springt (wie im Fall der Friedenspolitischen Debatte in der Bürgerschaft), macht die Springer-Pressa daraus noch eine höchst bedenkliche „Annäherung“. Hier wird dort auch fabuliert, daß Hamburg eigentlich schon von der GAL „mitregiert“ werde, daß „ohne die GAL gar nichts mehr läuft“, daß der Senat schon „auf Grün-Kurs gegangen“ sei usw. und.

Rational ist sich vermutlich fast nie bewußt, welche Absichten hinter dieser Kampagne und hinter diesen Beschuldigungen stehen. Trotzdem scheinen manche Grün-Alternativen bisweilen in Versuchung, die reale Bedeutung der GAL zu verwechseln mit dem aufgedunsenen Bild, das in den Medien ständig geschildert wird. Und sicher ist es kein Zufall, daß die Verheißung von „realpolitischen“ Möglichkeiten des „Mittlerens“ und der „Teilhabe an der Macht“ besonders beflügelnd auf manche Linke wirkt, die die „große“ Politik jahrelang eher aus dem Abseits verfolgt haben. Gewiß, jeder hat das Recht zum Träumen und Hoffen. Es gibt aber auch eine Verantwortung für die Erwartungen und Illusionen, die man mit seinen Träumen bei anderen Menschen weckt oder nährt (nicht nur in Hamburg!) — und für die eventuellen Folgen, wenn diese Illusionen enttäuscht werden. Es könnte allmählich der Punkt kommen, wo die GAL, allen taktischen Erwägungen zum Trotz, ein sehr deutliches Zeichen setzen muß, um sich mit der Fortführung der Gespräche nicht unverhältnismäßig oder gar unglaublich zu machen.

Die Gespräche sind unverhältnismäßig oder gar unglaublich zu machen.

Im Moment sieht es ganz danach aus, als wolle die SPD die Gespräche mit der GAL noch eben formal zu Ende führen, um dann der GAL an der Frage des Haushalts ganz offiziell einen Fußtritt zu verpassen und sich in das Abenteuer von Neuwahlen zu stürzen. Die taktische Überlegung der GAL, der SPD die Verantwortung für den Abbruch der Gespräche zu überlassen, kann auf gute Argumente verweisen. Das bräuhete aber nicht unbedingt auszusprechen, daß die GAL weitaus deutlich und schärfer als bisher das Fazit der Gespräche und der parallel laufenden Senats-Praxis formuliert. Und dieses Fazit kann eigentlich nur lauten: Die SPD ist zu einer politischen Wende nicht bereit. Wesentliche Elemente der GAL sind von der SPD total abgelehnt worden. Eine Tolerierung kann es unter diesen Umständen auf keinen Fall geben. Doherty spielt jetzt nur noch auf Zeitgewinn und auf eine möglichst günstige Ausgangsposition für Neuwahlen.

Kt., Hamburg

Eine eher harmlose Äußerung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Ebermann erregte in der Bürgerschaft und in der Springer-Pressa die Gemüter auf. Ebermann hatte konstatiert, daß nicht nur die CDU, sondern auch Teile der SPD einen Kriegsausbruch als Ergebnis ihrer Politik mitzuleben hätten. Obwohl Ebermann niemanden konkret angesprochen hatte, belien die SPD-Rechten sofort während des und nahmen gleich auch noch die CDU gegen den „Angriff unterhalb der Gürtellinie“ in Schutz. Zur folgenden Gesprächsrunde mit der GAL legte die SPD ein Papier vor, in dem sie sich weigerte, über den Punkt Friedenspolitik überhaupt noch mit der GAL zu verhandeln. Die GAL hingegen legte eine Erklärung vor, mit der sie den von Ebermann gemachten Vorwurf bestätigte und mit Argumenten bekräftigte. Wir dokumentieren beide Texte.

## Stellungnahme der SPD

Die Bürgerschaft hat am 1.9.1982 über Friedenspolitik debattiert. Die SPD hat ihre Position unmissverständlich deutlich gemacht.

Es ist das unbestreitbare Verdienst der SPD, daß Entspannungs- und Friedenspolitik heute entscheidend von deutscher Politik bestimmt werden. Deswegen weist die SPD die heftigsten Unterstellungen von Herrn Ebermann mit derselben Schärfe zurück, mit der der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Voscherau, in der Bürgerschaft Herrn Ebermann gegenüber Position bezogen hat, und unterstützt den anliegenden Beschluß der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Die leichtfertige und polemische Weise, in der Herr Ebermann die Fragen der Sicherheit und des Friedens behandelt hat, sind dem Ernst der notwendigen Debatte über den sichersten Weg zum Frieden nicht angemessen. Die SPD sieht sich daher nicht in der Lage, über dieses Thema auf dieser Grundlage weitere inhaltliche Diskussionen mit der GAL zu führen. Umso intensiver wird die SPD auch in den kommenden Monaten das Gespräch und den Erfahrungsaustausch mit der Friedensbewegung fortführen.

## Stellungnahme der GAL

Die viel zitierte Äußerung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Thomas Ebermann in der Bürgerschafts-Sitzung vom 1. September war so sensationell nicht, wie sie von der SPD und der Presse bewertet wurde.

Bekanntlich haben inzwischen die Hamburger Junco in einer Stellungnahme angemerkt, daß es sich dabei eigentlich um eine „Binsenwahrheit“ gehandelt habe. Aber auch aus einem Interview der „Hamburger Rundschau“ dieser Woche mit der SPD-Bürgerschafts-Abgeordneten Helga von Hoffmann geht hervor, daß die ganze Aufregung taktische Gründe hatte. Der SPD-Fraktion wurde vor der Bürgerschafts-Sitzung eine „Hollennacht“ bereitet — ein Ausdruck von Frau Hoffmann — dann ja niemand aus der Reihe tanzte und den Anträgen der GAL zur Friedenspolitik zustimmte. Einige SPD-Abgeordnete hatten ihre Entscheidung aber dennoch offen gelassen. Das ist der Grund, weswegen der SPD-Fraktionsvorsitzende Voscherau auf der Bürgerschafts-Sitzung selbst eine Äußerung aus der Rede von Thomas Ebermann herauspulte und zum Skandal hochstilisierte, um die Geschlossenheit der SPD-Fraktion in den folgenden Abstimmungen noch in letzter Minute herauszuheben. Das hat, wie man weiß, geklappt — und die öffentliche Aufregung der SPD hat inzwischen ihre Funktion erfüllt und kann sich langsam wieder legen.

Zur Sache: Thomas Ebermanns Äußerung war, daß die CDU und auch Teile der SPD in ihrer Politik die Konsequenz eines Kriegsausbruches mitkubieren würden. Das ist kein spezieller Vorwurf seitens der GAL, sondern gibt nur wieder, was die Friedensbewegung in unserem Land immer wieder zum Ausdruck gebracht hat.

Tatsache ist, daß die USA derzeit an einer militärpolitischen Konzeption arbeiten, die einen siegreichen Atomkrieg

möglich machen soll. Dazu gehören die Pershing II und Cruise Missiles, die u.a. in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, und die — wie vielfach von Militärfachleuten beklagt — offensive Waffen für einen sog. Erstschlag sind. Und Tatsache ist, daß die Bundesregierung und die Mehrheit der SPD mit der Zustimmung zu deren Stationierung und den bereits in Angriff genommenen Vorbereitungsmaßnahmen dazu sich in diese militärpolitische Konzeption der USA einfügen. Wer das tut, der kalkuliert über die Konsequenz eines Kriegsausbruches in seine Politik mit ein, und zwar wußentlich, auch wenn er einen Krieg hier in Zentraleuropa nicht will. Es macht die Sache ja nicht besser und weniger gefährlich, daß er dabei hofft, die Sowjetunion würde gegenüber dieser Drohung leicht klein beigeben, und das Risiko eines tatsächlichen Krieges sei damit immer noch kleiner als die Chance, mit dieser militärpolitischen Exzessivität als solcher, ohne Krieg, Erfolg zu haben.

Wir wollen uns nicht hinter Aufregungen namhafter SPD-Linke zu diesem Thema verstecken, aber grundsätzlich sagen ja auch viele Mitglieder in der SPD nicht viel anderes dazu als wir, nur vorsichtiger und zaghafter. Der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine hat z.B. im November letzten Jahres in einem Interview gesagt: „Das jetzige Konzept des kalkulierten, bewußten Einsatzes von Nuklearkraft (führt) der Zivilbevölkerung keine Überlebenschancen. Insofern ist es einfach kein Verteidigungskonzept“. Was ist es aber dann, wenn es kein Verteidigungskonzept ist?

Und der Hamburger Bürgerschafts-Abgeordnete Hans-Ulrich Klose sagte im März dieses Jahres in einem Interview, daß die Voraussetzungen der Abschreckungsstrategie nicht mehr stimmen würden, weil „bei dieser Waffenentwicklung“ — kokett gemeint waren die neuen NATO-Atomraketen — „die Wahrscheinlichkeit (wächst), daß die Seite, die den ersten Schlag führt, auch den zweiten führt, weil die andere gar nicht mehr in der Lage ist, zurückzuschlagen“. In einem anderen Interview, das Anfang nächsten Monats in einem Buch erscheint, meinte Klose sogar noch deutlicher: „Die SPD hat sich so massiv in die Bündelsloyalität und Bündnisphilosophie hineinbegeben, daß sie in der Gefahr steht, ihre Qualität als Friedenspartei zu verlieren — daß es für sie sogar unmöglich ist zu erkennen, daß in der traditionellen Sicherheitspolitik überhaupt keine Perspektive mehr enthalten ist, außer der des kollektiven Selbstmordes“.

Wir meinen nicht, daß das unmöglich zu erkennen ist, schon gar nicht bei den verantwortlichen Politikern der SPD selbst. Die Aufregung ist darum über diese Politik angebracht, und nicht über diejenigen, die die Gefahren dieser Politik mit Raß und Reiter nennen.

Die GAL bekräftigt bei dieser Gelegenheit, daß zu den Verhandlungen über die Tolerierung eines SPD-Minderheitsbündnisses auch unsere Forderung gehört, daß Hamburg im Bundesrat und von der Bundesratsbank aus im Bundestag sich gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik ausspricht. Absolut unverständlich ist uns, daß die Hamburger SPD sich der Erklärung Hamburgs zur atomwaffenfreien Zone verweigert, wo u.a. die SPD-Fraktionen in Nürnberg, Kassel und Groß-Gerau selbst solche Anträge eingebracht und durchgesetzt haben. In Großbritannien ist dies bereits in 138 Städten und Gemeinden erklärt worden.

## Keine Wende der SPD in Sicht Gespräche GAL/SPD gehen weiter

Langweilig ist die Hamburger Politik nach dem Wahlausgang vom 6. Juni nie geworden. Vielmehr haben sich GAL und SPD mittlerweile zu Gesprächen getroffen, zwei Bürgerschaftssitzungen haben viel Staub aufgewirbelt. Lautete nach der vom 1.9. das eiselbige Fazit noch: „Die Gespräche sind am Ende“, so heißt es nach der Sitzung vom 1.9. schon: GAL und SPD werden sich eieg. Das eine Mal war der Streit in der Friedenspolitik ausschlaggebend, das andere Mal die Einigung über einen Riesen-Kredit. Nachfolgend werden die wichtigsten Ereignisse berichtet, die zu diesen politischen Wechselbädern geführt haben.

### Gesprächsergebnisse sehr mäßig

Als inhaltlich abgeschlossen gilt der Punkt Elbsanalogie. Hier gibt es nach Auskunft der SPD wenigstens eine Einigung. Am entscheidenden Punkt ist allerdings ein Dasein geblieben: Der Senat und die SPD sind nicht bereit, die notwendige Konfrontation mit den atomwaffenfreien Zonen bei der Einleitung wirksamer Sanktionsmaßnahmen zu suchen. So soll allen einleitenden Betrieben zwar ein

Brief mit einer Erklärungsfrist, was zur Änderung der Einleitungen in die Elbe getan werden soll, zugestellt werden. Nicht bereit ist die SPD allerdings, Fristen für die Umsetzung dieser Maßnahmen zu setzen. Stattdessen wird, wie gehabt, auf die „Freiwilligkeit“ der Unternehmen gesetzt, so daß mit den notwendigen grundlegenden Änderungen nicht zu rechnen ist.

Ähnlich verhält es sich beim Punkt Jugendberufshilfe. Als Erfolg kann die GAL verzeichnen, daß die von ihr aufgenommene gewerkschaftliche Forderung nach einem außerbetrieblichen Ausbildungs-

platzen mit 1000 Ausbildungsstellen bis zum nächsten Jahr von den Betrieben teilweise realisiert werden soll. Mehr Plätze sind nicht vorgesehen. Geht wurde von der SPD sowohl eine Ausbildungsquote von 10 % in den öffentlichen Betrieben als auch die Bindung von Subventionen für die Wirtschaft an eine solche Ausbildungsquote. Stattdessen soll durch Appelle und Gespräche erreicht werden, daß die Quote freiwillig erhöht wird. Abgelehnt wurde von der SPD die Forderung, durch Ausbau der Ausbildung im Bereich der Berufsschulen allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu verschaffen. — Dies steht im Gegensatz zu einer Medienoffensive von Bürgermeister Dohmann, der allen Hamburger Schulabgängern „persönlich“ einen Ausbildungsplatz zu garantieren verspricht. Als völliges Windesvermessen wird die GAL die von Dohmann gebrachte „Ausbildungspflicht“ (vergleichbar der Schulpflicht), so der es jetzt in der SPD-Antwort an die GAL lapidar heißt, dies könne nur durch Bundesgesetz geregelt werden.

Direkt provokatorisch verfuhr die SPD bei der Behandlung der von der GAL abgelehnten Hafenerweiterung. Die SPD selbst hatte gedrängt, daß dieser Punkt am 11.9. auf die Tagesordnung kommt. Geradezu überheblich war dann am 11.9. ihre Begründung, dieses Thema nicht zu behandeln: Man habe sich wegen der Abwesenheit der beiden zuständigen Senatoren Lange und Steinort nicht genügend vorbereiten können, heißt es zu einem Punkt, der bereits verabschiedeten Gesetz in Hamburg lag. Dies hinderte allerdings Senator Lange nicht, im „Hamburger Abendblatt“ vom 10.9. ganz frisch den harten Standpunkt der SPD in dieser Frage zu revidieren, und die BILD vom gleichen Tage berichtete von einem 15-Seiten-Gehheim-Papier, in dem die Hafenerweiterung als „unabweisbar“ bezeichnet wird. Obwohl das Thema während der Verhandlungen nach einer halben Stunde Diskussion verschoben wurde, verteilte die SPD auf ihrer anschließenden

Fortf. nächste Seite

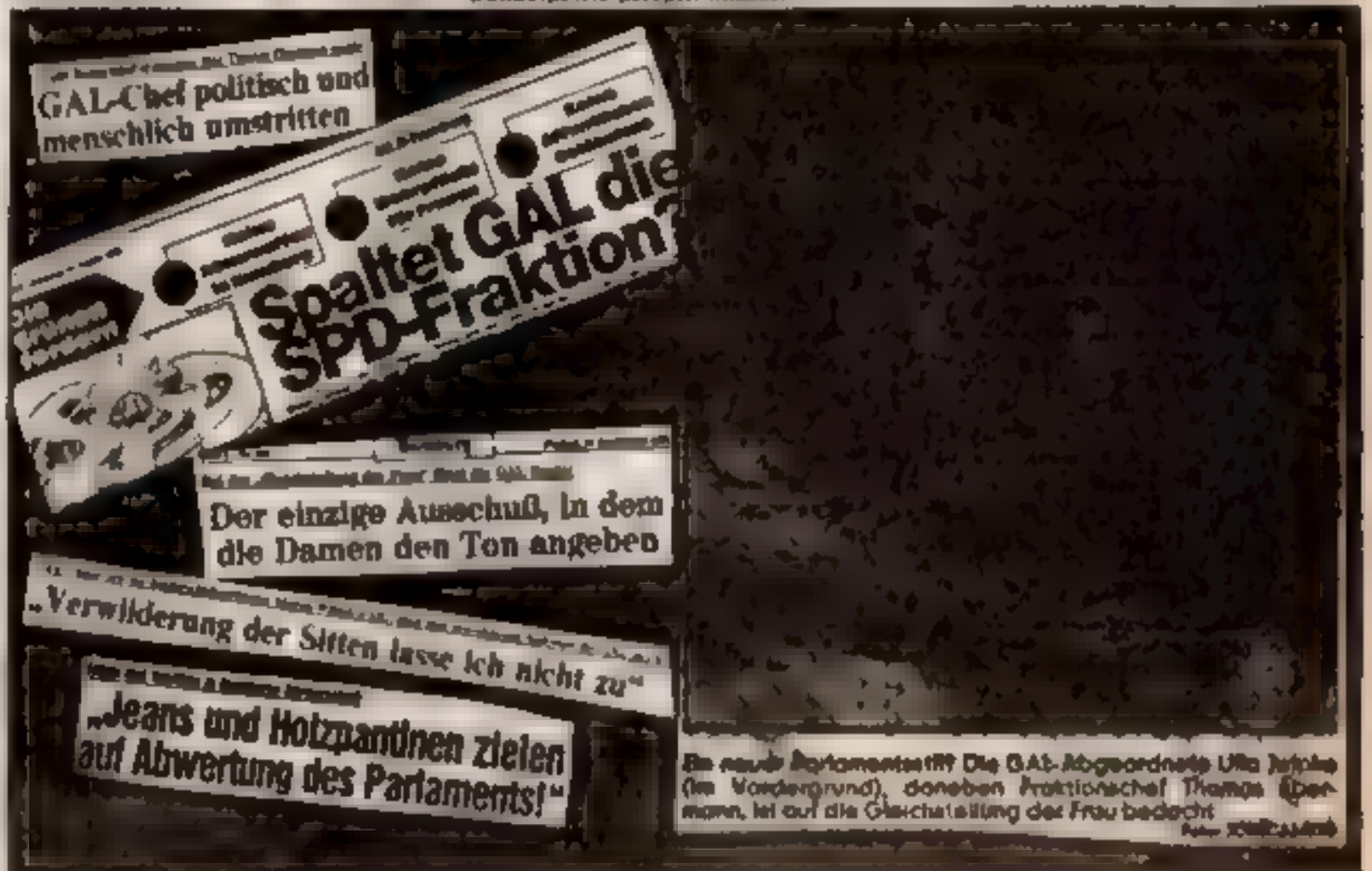
## Von den Nöten einer linken Sozialdemokratin

„Gegen ihre Überzeugung“ stimmten mehrere Bürgerschafts-Abgeordnete der SPD gemeinsam mit der Fraktionsmehrheit die Friedenspolitischen Anträge der GAL, u.a. auf Erklärung Hamburgs zur Atomwaffenfreien Zone, nieder. Die Abgeordnete Helga von Hoffmann hat ihr Verhalten in der „Hamburger Rundschau“ (9.9.82) begründet. Ihre Ausführungen dürfen wohl als Musterbeispiel für linkssozialdemokratische Realpolitik des Nachhaken dienen:

„Aber ich will nicht leugnen, daß es auch eine andere SPD-Abgeordnete dieser Überzeugung und, sich öffentlich für eine atomwaffenfreie Hamburg einsetzen. Aber die Mehrheit der Fraktion konnte es nicht akzeptieren und auch keine Ausnah-

me nehmen. Wir haben nachgegeben, weil es letztendlich wichtiger für uns war, mit der Friedensbewegung in der GAL weiterzugehen. Wir sind doch in Hamburg an einem ungeheuren wichtigen Scheideweg. Wenn wir nicht geschlossen abgestimmt hätten, hätte es den Nachrückgebern keinen. Die Fraktion hätte auseinanderbrechen können. Ich wollte mir nicht vorwerfen müssen, durch mein Abstimmungsverhalten eine politische Entwicklung zu rechten Mehrheiten befördert zu haben. In einer solchen politischen Konstellation wäre auch in der Friedenspolitik eine Annäherung nicht mehr denkbar, noch weniger durchsetzbar.“

Selbstmord aus Angst vorm Tode nennt man diese Politik üblicherweise.









**SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION**  
 DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFT

 Herrn  
 Hartmut Perschau  
 CDU-Fraktion

 Herrn  
 Thomas Ebermann  
 GAL-Fraktion

13. September 1982

Helf., Druckache 10/230

 Sehr geehrter Herr Perschau,  
 Sehr geehrter Herr Ebermann,

In heutigen Altestenrat habe ich angekündigt, daß die SPD-Fraktion am kommenden Mittwoch Wert auf die Annahme des Senatsantrages zu Nr. 3 in Erster Lesung legen wird. Wir halten dies für dringend erforderlich, um die Bekämpfung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die angesichts der Arbeitslosigkeit leider offensichtlich ist, sofort beginnen zu können; die Alternative - massive Kürzungen im Haushalt - würde sich prospektisch auswirken und ist deshalb nicht vorantreibbar.

Erlauben Sie, daß ich bei dieser Gelegenheit aus unserer heutigen Fraktionsberatung kurz zu einigen Einzelheiten berichte:

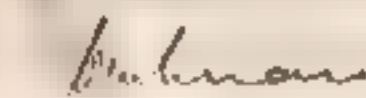
- Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß am Jahresende in jedem Fall - ohne weitere Maßnahmen - ein "Bodensturz" von DM 10 Mio vorhanden sein wird (Teil e II 1). Eine Spezifizierung und Berichterstattung des Senats hält die Fraktion deshalb nicht für erforderlich.
- Die Fraktion hat sich davon überzeugt, daß die angeordnete Sperrung gemäß § 81 LHO (Teil C 12) von 20 % des noch verfügbaren Volumens der Ergänzung- und Erweiterungsbeschaffungen den angestrebten Einsparereffekt wohl so gut wie nicht haben wird. Es besteht deshalb Zweifel an der Verhältnismäßigkeit dieser Sperrung. Unserer Auffassung nach sollte der Senat im Haushaltsausgleich gebeten werden, auf diese Sperrung zu verzichten.
- Die Fraktion begründet, daß offenbar mit 20 DM Mio Mehrausgaben bei den Gebühren zu rechnen ist (Anhang zum Petition Teil 2) und zwar auf der Grundlage der geltenden Gebührensätze (d.h. ohne zusätzliche Erhöhungen im 1982).

sow auf der Grundlage der geltenden Gebührensätze (d.h. ohne zusätzliche Erhöhungen im 1982).

Ich wäre dankbar, wenn die Bürgerschaft sich die Entscheidung des Senats, die gesamtwirtschaftliche Störung zu bekämpfen, zu eigen machen und dem Antrag zu Nr. 3 am Mittwoch zustimmen könnte.

Vom Verfahren her schlagen wir vor, den Punkt 33 der Tagesordnung nach Punkt 7 zu debattieren.

Mit freundlichen Grüßen



 Dr. Henning Voscherau  
 Fraktionsvorsitzender

 Kopie Herrn Präsident Dr. Willich  
 Herrn Bürgermeister Dr. von Dohnanyi

- Am 19.8.82 hat der Senat verfügt, daß im Betriebshaushalt bei Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen in allen Behörden generell 20 % aber noch nicht ausgegebenen Gelder eingespart werden sollen, was nachweislich auch den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich betrifft.
  - Zusätzlich wird als Erfolg gepriesen, daß am Jahresende 1982 mit rund 20 Millionen DM mehr Einnahmen als veranschlagt aus Gebühren zu rechnen ist.
- Unklar ist, welche Gebühren das sind und ob dabei auch noch geplante Gebührenerhöhungen für die letzten Monate 1982 gemeint sind.

**Unklarheit oder  
 Fahrlässigkeit in der GAL?**

Die Problematik dürfte angesichts des Krediteinsatzes des Senats klar geworden sein. Klar ist auch die Beschäftigung der GAL für die Verhandlungen mit der SPD. Die GAL hat sich eindeutig gegen diese Art der staatlichen Umverteilungspolitik zu Lasten der sozial Schwachen ausgesprochen und fordert daher, die Rücknahme der Sparmaßnahmen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, verbindliche Garantie, daß diese nicht zu Lasten der Arbeitnehmer oder anderer sozial benachteiligter Schichten umgeschichtet werden. Gleiches gilt für die „prinzipiellen NEIN zum Sozialabbau und zur Sparpolitik“ in ihrem Tolerierungskatalog aufgenommen. Da dieser

Punkt noch Gegenstand der Verhandlungen mit der SPD ist, sich aber schon seit längerem abzeichnet, daß die SPD für 1982 mit einem Kreditrahmen kommen würde, hat die GAL-Mitgliederversammlung am 22.8. den folgenden Beschluß gefaßt: „SPD stellt in der Bürgerschaft Antrag auf Zustimmung zur Aufnahme eines langfristigen Kredits (ca. 600 Millionen DM) bis 1985/86 zur Deckung des Betriebshaushalts. Die GAL stimmt unter der Voraussetzung zu, daß

- a) der Kredit nur für ein Jahr gilt, keine Zinsen, die einen von uns nicht beeinflussbaren Rahmen betreffen;
- b) die behördeninterne Anweisung, bei Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen zu sparen nur akzeptiert werden kann, wenn diese differenziert zu beeinflussen sind (Beispiel: Keine Zustimmung zu Einsparungen im sozialen Bereich, Zustimmung bei Innenbehörde und Vermögensschutz)“ (Protokoll der GAL MV).

Damit war der politische Handlungsrahmen für konkrete Verhandlungen abgesteckt, wobei festgehalten werden muß, daß dies bereits ein „Sachzwang Kompromiß“ ist, da die Forderung des Tolerierungskatalogs erheblich prinzipieller gefaßt ist. Rücknahme der Sparmaßnahmen für 1982 während der stützenden Beschlußfassung beugt keine sozialistischen Einsparungen. Dennoch gab es GAL intern Auseinandersetzungen, die sowohl in der Wirtschaftsgruppe ausgetragen wurden, als auch auf der Versammlung der Alternativen Liste am 12.9. Dabei ging es vor allem darum, daß GAL-Wirtschaftsexperten der Meinung wa-

ren, man solle keinen Power Struggle um die Art des Kredits führen; es wurde z.T. sogar gestrichelt, es sei doch verständlich, daß die SPD mehr (konkreten) Spielraum haben wolle. D.h. es wurde für Zustimmung zum 664 Millionen-Kredit geworben und damit mehr Spielraum für die Haushaltsberatungen 1983 mit der SPD erreicht. Dies ist allerdings vor dem Hintergrund des vorliegenden SPD-Antrags und der Bestätigung des „Stabilitätskonzept“ eine absurde Annahme, die sich aus nichts als Hoffnung und entweder naiven oder hochgespannten ideologischen Erwartungen speist, aber nicht aus der Realität ableitbar ist.

Auf der AL-Mitgliederversammlung wurde dann beschlossen: Die GAL soll in die Verhandlungen mit der SPD mit der Forderung hineingehen, nur Zustimmung zum erhöhten Kassen-Deckungskredit, wenn alle zusätzlichen Einsparungen getrieben werden. Diesem Vorgehen lag die Einschätzung zugrunde, daß die SPD unter Druck zu setzen ist, da für sie mit der Zustimmung zum Kredit die Weiterexistenz des Senats verbunden war. Als äußere mögliche Kompromißlinie legte die AL fest, daß die Streichung der Sparmaßnahmen Priorität vor der Art des Kredits hat.

Festzuhalten bleibt: Seitens der GAL-Fraktion ist in den Tagen 13. und 14.9. mit der SPD wieder im Sinne des GAL-Beschlusses vom 22.8. noch im Sinne des AL-Beschlusses vom 12.9. verhandelt worden. Standesgemäß ist die Kredithöhe akzeptiert worden und nur noch über die Streichung der zusätzlichen Einsparungen verhandelt worden. Das schriftlich fixierte Ergebnis (siehe Faksimile) ist vage genug. (Wobei man großzügig darüber hinwegsehen sollte, daß das Schreiben der SPD mit Rücksicht auf die eigene „Selbstachtung“ so ist, als seien die Zugeständnisse aus freien Stücken erfolgt).

— Gestrichen worden ist die 20 %-Sperrung beauftragt mit „Zweck-

an der Verhältnismäßigkeit“ (Die mögliche Einsparung wird mit geschätzten 2 — 4 Millionen DM angegeben).

— Explizit wird, daß es in 1982 keine Gebührenerhöhungen mehr geben wird — auch das nur ein Phantasie-Sieg für die GAL: Denn man doch gleichzeitig in der Presse, daß Fahrpreiserhöhungen zwischen 10 — 15 % schon ab 1. Januar 1983 bevorstehen.

— Schließlich bleibt mehr als ein Fragezeichen beim besagten „Bodensturz“. Zwar verspricht die SPD, keine besonderen Maßnahmen zu ergreifen, geht aber davon aus, daß ohne diese die gleiche Summe, 30 Millionen DM, erreicht wird, wie dies zuvor im Antrag mit Maßnahmen beabsichtigt war. Soll die GAL dies nun als Erfolg feiern, wo doch durchschlagend ist, daß seitens der Behörden anderer Druck als der nun beschlußmäßig sichbare gemacht werden kann, um Geld zu sparen. Als „Erfolg“ ist dies eher peinlich.

Der „Erfolg“ ist relativ so zu sehen: Die Sparschweine von CDU und Springerpresse behaupten, die SPD habe sich von der GAL zu unzumutbaren Zugeständnissen zwingen lassen, der Weg zu sozialistischer Politik (Perschau, CDU) für Hamburg sei gebahnt. Allenfalls läßt sich daraus für die GAL ableiten, daß klimatisch damit eine Situation begünstigt wird, in der offen über die vollständige Beilegung der Sparpolitik diskutiert werden kann.

Fast schon peinlich nimmt sich die „Hofberichterstattung“ der Hamburg-Ausgabe der „tar“ zum Verhandlungsergebnis aus: Sie sieht darin ein SPD-„Signal an die GAL“ und hat 2 weiße Sieger ausgemacht:

- Die SPD, die damit „erst einmal wieder Luft gewonnen“ hat — ohne daß die Frage beantwortet wird: Luft wofür? (Aber: zunächst einmal für Weiterregieren bei Weiterexistenz des

„Stabilitätskonzept“. Und als zweiter Sieger? Die GAL, die „sich programmatisch trenn ließen“ konnte, was sich nicht nur in der wie oben gezeigt.

Eher scheint mir da die Kritik der SOST plausibel, nämlich daß der SPD der Verzicht auf vergleichsweise geringe Einsparungen (20 % Sperrung) im Verhältnis zur Bedeutung von Kredit und Kredithöhe als Voraussetzung für das Weiterregieren ziemlich leicht gefallen sein dürfte.

Die GAL und auch die „tar“ läßt gut daran, nicht den Versuch zu machen, Scheiß zu Gold zu erklären. Dann ist es ehrlicher, wie es ein GAL-Mitglied ausdrückt, von einer „schwierigen Opferlage“ zu sprechen und davon, daß man frustriert, der Weihnachtsgeld-Debatte zu erliegen. (Was wiederum nur eine Überlegung und Jenseits der SOST gänzlich verschwiegen.) Dann bleibt aber immer noch die Kritik bestehen, daß die GAL in den Verhandlungen eine weiche Flanke gezeigt hat, die es dichtzumachen gilt.

Zumindest die SPD beginnt ihrerseits das Kredit-Ergebnis auszuschlachten. Während Finanzsenator Steinert schon zwei Tage nach der Bürgerhaushaltsitzung in der Springer-Presse lospolterte, daß Gebühren, Tarife und Steuern 1983 erhöht würden (BILD, 17.9.), weiß Gesprächspartner Dohnanyi die GAL-Abstimmung zu schätzen. Er spricht von einer „Kooperation der Vernunft“, weil es über die Gespräche gelungen sei, die Kollegen von der GAL in die Probleme der Stadt einzuführen. Daraus leitet er die Hoffnung ab, „unsere Politik mit dem Verständnis anderer Fraktionen, insbesondere mit dem Verständnis der GAL, in der Bürgerschaft durchzusetzen“ (NDR-Interview, 16.9.).

Das kann doch wohl nicht die Tolerierungspolitik sein, die die GAL gemeint hat?

## Die GAL und die Regierungsmacht.

— ein Lehrstück über neue Formen der Politik —

Kiep, überales Aushängeschild der sozialkonservativen CDU in Hamburg, fordert endlich Neuwahlen. Begründung: In Hamburg wird nicht mehr regiert, die Stadt schliddert ins Chaos. Der Mann, der als Versuchungskandidat ein Vermögen machte, will jetzt die Bewohner dieser Stadt vor weiterer Unbill bewahren. „Alles geheuchelt“, entgegnet darauf der GAL-Fraktionsvorsitzende Ebermann. In Hamburg werden Steuern gezahlt, besetzte Häuser geräumt, Unterstützungszahlungen an „soziale Notfälle“ gewährt und im Rathaus viel Aktivität entwickelt. Also, so der Chef der Gallier-Fraktion, es wird prächtig regiert. Und Lohmann weiß, wovon er spricht. Und damit dies auch noch ein Weilchen so bleibt, hat man der Hamburger Regierung mit einem 664 Millionen Kredit die Einfaltung weiterer Regierungspraxis bis auf Weiteres ermöglicht.

Ist die Zustimmung der „Grün-Alternativen“ zu einem solchen langfristigen Kredit politisch bedenklich? Hat etwa die GAL die Hamburger Schätze den Kreditgebern ausgeliefert? Dergleichen Gefährdungen zeichnen sich nicht ab, also — so die verbreitete Auffassung unter den Galliern — gehen wir zu den eigentlichen Themen über. Aber ein bedenkliches Lehrstück bleibt diese politische Operation doch. Drei Punkte lassen einen mehr als zwiespältigen Eindruck zurück:

1. Seit Wochen läuft, ausgehend von der Fachgruppe Wirtschaft die Diskussion darüber, wie sich die GAL auf die Situation einstellen soll, daß zum Jahresende der Senat nicht mehr genug Geld haben würde, um die laufenden Ausgaben zu tätigen. Es war längst bekannt, daß er zum Jahresende die Bürgerhaushalt um eine massive Erhöhung des Kreditrahmens ansetzen würde. Die GAL sollte sich daher auf zwei Punkte konzentrieren: Zustimmung zu Krediten nur, wenn für 1982 ein Kassenüberschuss gemacht wird und wenn zugleich über die ökonomischen Grundlagen der Regierung für 1983 mit der GAL geredet wird. Nein, sprachen da der Fraktionsvorsitzende und seine Gefolgsleute. Eine Diskussion über politische Konditionen für Kreditgewährung ist nicht genug. Wir sind keine Keynesianer, wir werden die Haushaltsstrukturierung im Rück-

sicht ökologischer Politik; Kredite dazu kein Thema. Das Ergebnis: Die GAL-Entscheidung zum Kreditantrag auf 664 Millionen ist, ohne politische Konditionen, sie bewilligt keineswegs nur Kredite für 1982, keineswegs nur für einen nachgewiesenen Fehlbetrag; sie bewilligt dem Senat einen auf 664 Millionen dotierten Freibrief. Aber nein, spricht da der Fraktionsvorsitzende ökonomischer Fachberater: Wir haben die SPD zur Rücknahme der Sparmaßnahmen gezwungen. Dies ist ein politischer Durchbruch. Faktisch eher ein fachökonomischer Einbruch. Zwar enthält der Senatsantrag Sparvorschläge:

- Erhöhung der Gebühren noch in 1982;
- Streichen von 20% der noch nicht getätigten Sachausgaben;
- Nichtverausgabung eines ohnehin durch Minderausgaben sich ergebenden „Bodensturz“ von 30 Millionen DM.

Daß die GAL diese vorgeschlagenen Sparmaßnahmen ablehnen würde, war der SPD bekannt. Aber darauf hatte sie sich eingeklinkt. Konfrontiert mit der GAL-Forderung „keine Kredite ohne Rücknahme der vorgeschlagenen Sparmaßnahmen“, war sie auch schnell bereit, auf diese zu verzichten. Nicht, weil sie plötzlich zu substantiellen Zugeständnissen bereit gewesen wäre, sondern weil sie von vornherein nur zu dem Zweck präsentiert worden waren, als Bedingung für GAL-Zugeständnisse zurückgezogen zu werden. Voscherau am 13.9.

„die SPD-Fraktion hat sich davon überzeugt, daß die angeordnete Sperrung von 20% des noch verfügbaren Volumens der Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen den angestrebten Einsparereffekt wohl so gut wie nicht haben wird“ — als hätte sie das nicht vorher schon gewußt!

„die Fraktion begrüßt, daß offenbar mit 20 Millionen Mehreinnahmen bei den Gebühren zu rechnen ist und zwar ohne zusätzliche Erhöhungen in 1982“ auch das nicht schon in der Bürgerhaushaltsdruckache vom 31.8.

Der Bodensatz von 30 Millionen DM soll nun auch „ohne weitere Maßnahmen“ abgeholt werden.

Was können die SPD also die Zugeständnisse an die GAL? So gut wie nichts. Aber dafür, daß sie kaum mehr als Spielmaterial zurückgezogen hat, bekommt sie weit mehr als nur die für

1982 benötigten 200-350 Millionen Kassenverstärkungskredit. Die GAL bewilligt insgesamt 664 Millionen, ohne irgendwelche Zusagen wie die überschüssige Summe verwendet werden soll. Aber das ist noch nicht alles. Diese 664 Millionen, die der gesamten Neuverschuldung von 1982 entsprechen, werden nicht als Kassenverstärkungskredit gewährt, sondern als langfristiger Deckungskredit. Kassenkredite müssen zwei Jahre später als Ausgabe den laufenden Haushalt übernommen werden — die fehlenden 664 Millionen von 1982 werden also den Haushalt von 1984 belasten. Das braucht bei dem jetzt gewährten langfristigen Kredit nicht gemacht zu werden. Der SPD-Senat bekommt von der GAL nicht nur für 1982 ohne nennenswerte Gegenleistung einen unkontrollierbaren Spielraum, sondern erhält obendrein heute schon für den Haushalt 1984 eine Entlastung von 664 Millionen DM geschenkt — ohne daß überhaupt je ein Wort über den Haushalt 1983 gesprochen worden wäre. Über den will man ja noch nicht reden — aber Vorleistungen für 1984 dürfen schon gegeben werden.

Das Ergebnis ist grün-grünlich: zunächst ist man überhaupt gegen Diskussion um Staatsverschuldung, dann ist eine Erörterung der zu fordernden politischen Konditionen nicht revolutionär genug, schließlich wird einer Erhöhung des Kreditrahmens zugestimmt, ohne Kassenüberschuss und ohne Begrenzung auf notwendige Mittel für das Jahr 1982. Aber diese grüne Dialektik hat Metaphor, ihr unterliegt eine tief verinnerlichte Vorstellung von Bundesdemokratie.

2. Am Sonntag vor der entscheidenden Verlängerung der Regierungsbudget mit geprüften 664 Millionen debattiert eine AL-Mitgliederversammlung mehrere Stunden über diesen politischen Fall. Das Ergebnis ist dann auch eindeutig: Die GAL-Fraktion will einen Kreditantrag zustimmen, aber sie soll die Mittel für 1982 (Heizener, Weihnachtsgeld etc.) nur bewilligen, wenn eine verbindliche und politisch in der Öffentlichkeit darstellbare Tolerierungserklärung — für irgendwelche

Fortf. nächste Seite



Fortz. von voriger Seite

## Die GAL und die Regierungsmacht — ein Lehrstück über neue Formen der Politik

Sperrmaßnahmen 1982 von Seiten der SPD vorgelegt wird. Dieses Zugeständnis ist nicht aus der AL nicht leicht. Denn laut Wahlprogramm fordern die Grün-Alternativen eine auch die Rücknahme der Anfang des Jahres bereits exekutierten Spar-Operationen. Aber dieser Kleinkrämer in Sachen Ehrlichkeit gegenüber eigenen politischen Programmen sind anders. Die Politik der AL ist eher als Aktion an sich zu sehen (wie die Gruppe Z), überdrüssig. Nun gut — auf der AL-Mitgliederversammlung herrschte nach der Relativierung der Wahlausagen der Eindruck, nun wäre die Grundlage für gewinnbares Auftreten der GAL bereit. Doch wieder war die Rechnung ohne die grünen Dialektiker gemacht: Tags drauf in der Fraktion wurde das AL-Votum gar nicht in die Diskussion einbezogen. Wer bestimmt eigentlich die Politik im Grün-Alternativen Bündnis, wenn am Sonntag die AL-Mitgliederversammlung beschließt, sofern die SPD auf die Sperrmaßnahmen verzichte, sollte ihr nur die für 1982 benötigte Erhöhung der Kassenverrechnungskredite gewährt werden — und dann am Montag auf der Fraktionsversammlung dieses Votum der AL-Mitgliedschaft noch nicht einmal in die Diskussion wert befunden wird, sondern ohne Debatte der höhere und über 1982 hinauswirkende Kredit gewährt wird?

3. Die GAL ist gegen eine Staatsverschuldungsdebatte und gegen eine Erörterung politischer Konditionen für Kredite. Die Fraktion beschließt einen Kredit von mehr als einer halben Milliarde, ohne Rückbeziehung auf das Wahlprogramm, ohne politische Konditionen, ohne über die Haushaltslage informiert zu sein.

Die SPD erhält einen befristeten Freibrief für Regierungspraxis, befristet bis zur Notwendigkeit des nächsten Kredites im Jahre 1983, objektiv im Wahlprogramm der GAL eine andere Politik festgeschrieben ist und obwohl die AL zuvor für eine andere Politik votierte. Aber dem dialektischen Höhepunkt dieser grünen Politik liefert die Begründung des Fraktionsvorsitzenden, ruf. seines neuen Chef-Ökonomen. These: Die GAL hat bei der SPD — in Hamburg — eine Kursänderung erzwungen. Begründung: Die SPD hat durch Erhöhung der Gewerbesteuer, Aussetzung der Personalsteuern im öffentlichen Dienst für 1983 und durch das nicht eingeschränkte Investitionsverbot für 1983 ihren Willen bezeugt, eine antizyklische Politik zu betreiben. Eine antizyklische Politik zu betreiben — indem wir den 664 Millionen-Kredit gewähren, geben wir ihr Spielraum, in dieser Richtung weiter zu gehen und erhöhen unsere Chancen, später selber größeren Einfluß zu bekommen.

Diese Blöde grüner Dialektik eröffnen uns die tiefen Perspektiven einer ökologischen Politik, jenseits des Wachstumszwangs. Eben so schärfen etliche Fraktionsmitglieder der SPD unheimlich mit den Füßen, ob nicht doch eine große Koalition oder die Tolerierung eines CDU-Senats einen einseitigen Ausweg aus der krisenbehafteten Lage eröffne, eben noch sprachen sich die Rechtsfähler für die Notwendigkeit des Sperrens und der Bekämpfung des sozialstaatlichen Anspruchsdenkens aus, da erreicht die lächerliche GAL-Politik die komplette Lächerung dieses Aufbaus widerspruchsvoller Gräber. Das Problem, daß auch innerhalb der SPD etliche Strömungen von einem moderierten Sanierungskurs überfragt sind, wie ihn der Wirtschaftspräsident als Sprachrohr der Industrie gerade propagiert, existiert in der grünen Sichtweise nicht mehr. Die Politik der GAL kann sich darauf konzentrieren, die SPD die Regierungsmacht zu lassen und dann ihren antizyklischen Gewinn nachzuheulen. Die Fakten sprechen fröhlich eine andere Sprache.

Der Senat rechnet für 1982 mit einem Wachstum des Sozialprodukts von 0,5-1%. Nachdem das erste Halbjahr 1982 praktisch gegenüber 1981 stagniert hat, ist eher die Frage, ob für 1982 überhaupt noch die Stagnation gehalten werden kann. Alles andere ist Zweckoptimismus, aus dem wir dann bei der nächsten Steuerschätzung, die wiederum „nicht zu erwartende“ Steuerausfälle bringt, herausgerissen werden. Für 1983 wird mit 2,5% gerechnet — selbst die Bundesregierung geht „nett“ mittlerweile von maximal 1,5% aus.

Es steht fest, daß die Projektionen des Senats über die Steuereinnahmen

zu hoch und über die Ausgaben zu niedrig liegen. Es ist bekannt, daß der Senat an seiner Devise festhält: „Mittel-frühe Zeit bleibt der Ausgleich des Haushalts auf dem niedrigeren Niveau der Einnahmewachstum“, d.h. wenn weniger hereinkommt, muß mehr gespart werden, und wir brauchen nicht lange zu rufen, auf wessen Kosten gespart werden soll, wenn im nächsten Jahr die sozialen Probleme drängen, die bei durchschnittlich 70.000 Arbeitslosen entstehen werden. Schon jetzt ist vorzusehen, daß Hamburg für 1983 mit 105.000 Arbeitslosen rechnen muß.

Wenn das alles bekannt ist, dann muß jede Unterstützung des SPD-Senats durch die GAL daran gemessen werden, ob seine Politik langfristig auf Gegenmaßnahmen zu dieser Entwicklung angelegt ist. Die Begründung dafür, der Senat gehe in eine solche Richtung, wird den grünen Dialektikern sicher noch einfallen — wir haben es derweil an Tatsachen:

- Während noch Festerriden gehalten werden über einen „Frostangriff gegen die Arbeitslosigkeit“, über steigende Investitionsausgaben in 1983, ist für 1984 und die Jahre darauf schon jetzt die Rücknahme der Investitionen um jährlich 150 Millionen DM geplant.
- Das Betreiben von Korrekturen bei der Sozialhilfe wird in derselben Berichterstattungssache, die auch der GAL wegen der Kreditvorgabe vorlag, offen ausgesprochen.
- Die „Offensive gegen die Arbeitslosigkeit“ beschränkt sich darauf, daß hauptsächlich im Rahmen von ABM-Maßnahmen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit locker gemacht werden sollen.

Wie mit Arbeitsbeschäftigungs-Maßnahmen eine Offensive gegen die Arbeitslosigkeit gestartet werden soll, muß noch erklärt werden. Das Vertrauen in einen von der SPD eingeschlagenen Kurs, den man habe honorieren wollen, ist auf Sand gebaut — die Frage ist, ob die, die das so begründen, selber überhaupt daran glauben. Nicht die schlechte kammerte Pose, wie der SPD-Senat sich unter Ausnutzung der Basisdemokratie von der GAL einen langfristigen Kredit von mehr als einer halben Milliarde DM holte, ist der politische Skandal. Der Skandal liegt in dem sichtbar gewordenen Ansatz der Politik.

Wie kann in einer sich weiter verschärfenden Krise die Sozialdemokratie aus der Hegemonie der Wirtschafts-



interessen herausgebrochen oder neu strukturiert werden? Wie ist innerhalb der vorgegebenen Formen der Politik für größere Bevölkerungsziele die Möglichkeit und Realisierbarkeit einer wirklichen Antikrisenpolitik deutlich zu machen?

Etwa indem die Wirtschaftsinteressen faktisch tabuisiert werden? (siehe die Grünen-Forderung zur 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich) Indem alte Strukturen der Ökonomie fortgeschrieben werden und jensei über die Umstrukturierung der staatlichen Haushalte eine ökologische Revolution

angestoßt wird? Indem man auf den guten Willen und das soziale Gewissen der SPD setzt, ihren politischen Handlungsspielraum per Blankoscheck erweitert und schließlich als Blutsauger und Mehrheitsbeschaffer ein paar Brosamen vom gedeckten Tisch abverlangt? Oder indem in der politischen Auseinandersetzung für Antikrisenpolitik gegen die Kapitalinteressen und gegen bestimmte politische Strömungen in der SPD gekämpft wird? Indem wir verdeutlichen, daß die wichtigsten Gegenpositionen zum „Totparasiten“ in der SPD noch lange

keine alternative zur Sanierungspolitik sind — daß es dazu weit größerer Initiativen bedarf, die auch nicht mehr allein über Kredite und Staatsverschuldung getragen werden können, sondern radikale Eingriffe in bestehende Einkommens- und Vermögensstrukturen erfordern?

Indem die Umsetzung und Vergabe von Krediten und weiterer Staatsverschuldung also an bestimmte politisch-soziale Interessen gebunden wird?

308T



## Presseerklärung: Betr.: Die Hamburger Polizei beweist, daß sie die Jugendlichen der Stadt in jeder erdenklichen Situation im Griff hat

Wenn es in Hamburg um die Jugend geht, so hat der Jugendämter schon lange nichts mehr zu melden. Der Polizeiamt bestimmt, was zu geschehen hat:

- Schon seit 1966 oder noch früher baut die Hamburger Polizei ein Netz von politischen Maßnahmen gegen Jugendliche auf. Eine der tragenden Säulen dieses Systems sind die politischen Jugendwachtrupps in ganz Hamburg. Mindestens 40 Beamte schleichen heute durch die Stadtteile, um überall Jugendliche zu überwachen, zu bespitzeln und heranzugreifen, um Kinder oder Jugendliche als „Informanten“ zu gewinnen. In jeder der vier Polizeidirektionen leistet ein sog. „Jugendwachtrupps“ seine „Informations- und Kontrollarbeiten“ seine „Jugendwachtrupps“. Wenn Senator Pawelczyk bei jeder ungenutzten Gelegenheit seinen Spruch abläßt, das Einsehen rechts/links keine Rolle sei, so, dann wollen wir Sozialarbeiter vom Senat eine Antwort auf die Frage bekommen, ob es mit dem Jugendwachttruppgesetz ist, das Jugendwachtrupps als Aufgabe der Jugendämter beschreibt.

Aber in Hamburg haben sich die Jugendämter aus dem Jugendwachtrupps nahezu vollständig zurückgezogen. Das Landesjugendamt darf nur noch die „Fortbildungsausschüsse“ für die politischen Jugendwachtrupps in Reibek bezeichnen, wo sich diese Leute dann als „Sozialarbeiter der letzten Instanz“ bezeichnen.

- Am 31.5.1977 schon informierte der Hamburger Senat die Bürgerchaft darüber, daß er schon einige Jahre zuvor erkannt habe, daß Jugendämter, Schulen und Jugendverbände insbesondere wegen ihrer personellen Situation nicht in der Lage seien, sich

zurechtfinden um gefährdete Jugendliche zu bemühen (Drucksache 8/2605). In der Tat, eine weise Erkenntnis. Ein analoger Schluß, und ein von Pädagogen, Soziologen und auch Kriminologen während eines vom damaligen Innenminister Staack durchgeführten Tagessymposiums zum Thema Kinder- und Jugendkriminalität wissenschaftlich dargelegt und bewiesener Schluß wäre, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt vernichtet zu schaffen und so zu fordern. Doch nein, der Senat benutzt diese Erkenntnisse, um die politischen Maßnahmen in der Jugendarbeit immer weiter auszubauen.

- Seit Frühjahr 1982 arbeitet die Hamburger Polizei denn auch „flächendeckend“ an Hamburger Schulen. Nach einem „Modellversuch“ zur „Präventiven Arbeit der Polizei in Hamburger Schulen“ der Polizeidirektion West, hat sich der Senat entschlossen, dieses Programm auf ganz Hamburg auszuweiten. Einmal hat er 60 Polizeibeamte für diese neue Aufgabe besonders „ausgebildet“. Der dem AUFSCHREI zugespitzte Zwischenbericht dieses damaligen (1977) Modellversuchs treibt jeden aufrichtigen Lehrer und Pädagogen beim Lesen die Haare zu Berge. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Schulbehörde läßt der Senat jetzt an allen Hamburger Schulen Kinder und Jugendliche bespitzeln und anhören und sie zu Demonstrationen erziehen.

Tausende von Lehrern und Sozialarbeitern stehen arbeitslos auf der Straße, während der Senat, auch getrieben und unterstützt von der CDU, Kinder und Jugendliche in die Kriminalität treibt. Auf seine Jugendwachtrupps in der Senat besonders stolz. Nahezu in

jeder bürgerschaftlichen Anfrage zum Thema Punks, die übrigens auch schon im Archiv der Bürgerchaft unter „Jugendkriminalität“ abgeheftet und, und zum Thema Kinder- und Jugendkriminalität in einzelnen, beruft sich der Senat auf diese Truppe. So z.B. in der Drucksache 9/1943 vom 25.11.81: „Eine Punk-Szene, wie sie im Herbst des vergangenen Jahres zu beobachten war (u.a. im Karolinenviertel), gibt es in Hamburg nicht mehr.“ Und weiter: „Lediglich bei bestimmten Konzentrationen treten noch kleinere Punkerguppen auf. Auch bei diesen Anlässen bewährt sich nach wie vor der Einsatz der Jugendwachtrupps.“ Dann geht es in der gleichen Drucksache weiter mit dem Hinweis auf „den erfolgreich erprobten Modellversuch“ der PD West „Jugendprogramm West - ein Präventivmodell“ usw. uaf.

Die im AUFSCHREI zusammenarbeitenden Sozialarbeiter und engagierten Menschen sind jetzt nicht mehr länger bereit, dabei zuzusehen, wie unverantwortliche Politiker die Jugend zum Staatsfeind Nr. 1 abstampfen. Mit 15.000 Jugendlichen ohne Arbeit und meist ohne Ausbildung allein in Hamburg haben die da oben hinlänglich bewiesen, wie unfähig sie sind, der Jugend ihre Zukunft zu nehmen, in eine Sache, sie gleichzeitig noch ständig zu bespitzeln, zu überwachen und, wo es auch immer paßt, sie einzusammeln und nachts um zwei Uhr mit dem Pkw nach Pinnberg oder sonst wohin zu fahren und dort rauszusetzen, die Jugendlichen und Kinder fertigzumachen, das ist eine andere Sache.

Wir werden jetzt damit beginnen, all das, was uns an wahrhaftigen Schwere-



Fortv. von voriger Seite

Wien in dieser Stadt bekannt ist und bekannt wird, zusammenzufassen und zu dokumentieren. Wenn die Herren da oben auf ihrer Strategie und Linie beharren, so werden sie mit unserem sozialen Widerstand zu rechnen haben.

Vor dem Hintergrund, daß die meisten Einrichtungen offener Kinder-, Jugend- und Stadtecken kurz vor ihrem Zusammenbruch stehen und angesichts unseres Wissens um die Strategie der Polizei in dieser Stadt, und unsere Forderungen klar und deutlich:

1. Unsere Einrichtungen (Jugendzentren, Jugendclubs, Stadtecken, Abenteuerplätze usw.), in denen wir Kinder und Jugendlichen und deren Eltern dabei helfen wollen, ihre Zukunft selbst in den Griff zu bekommen, diese Einrichtungen sind verstärkt zu fördern. Und in den Stadtecken, in denen es noch nichts gibt, wo Kinder und Jugendliche lernen und Erfahrungen selbst sammeln können, dort sind neue Einrichtungen zu schaffen.

Die Bereitstellung von erheblich mehr öffentlichen Mitteln für unsere Arbeit ist berechtigt und erforderlich, um die Gefährdungen des demokratischen Gemeinwesens durch ansteigende Probleme und Konflikte in der Jugendarbeit, durch wachsende Zerstörung, Zerstörung, Zerstörung und zunehmende rassistische, ausländerfeindliche und rechtsradikale Tendenzen abzuwehren zu können.

2. Alle politischen Maßnahmen, Programme, Modellversuche, Jugendstrukturreformen und was es sonst noch gibt, sind sofort zu streichen und umzuwandeln in reine sozialarbeiterische Maßnahmen in der Hand von freien Initiativen und Jugendern.

Hamburg, 13.9.1982, get. J. Mang

## Anmerkung der Antifa-Kommission

Ein Schlaglicht auf die Prioritäten staatlicher Jugendpolitik in Hamburg wirft ein Vergleich zwischen den oben vom „Aufschrei“ genannten Maßnahmen auf der einen Seite und einer ausdrücklichen Unfähigkeit der Hamburger Behörden gegen rechte Tendenzen und Aktivitäten organisierter Gruppen unter Jugendlichen auf der anderen. Wichtigster Schauplatz ist dergleichen das Karolinenviertel: nachdem durch politische „Säuberungsmaßnahmen“ vor zwei Jahren die Punks brutal aus dem Viertel vertrieben wurden, haben sich „Antifa-Kräfte“ als „böse“ politische „Säuberungsmaßnahmen“ vor zwei Jahren die Punks brutal aus dem Viertel vertrieben wurden, haben sich inzwischen dort rechte Jugendliche – ausgehend von der in Hamburg vor ein paar Monaten berichtigten „Savage Army“ und alten „Hansa-Banden-Faschisten“ (siehe AK 220) – unter dem Augen der Polizei festgesetzt. Sie haben das linke Publikum durch gezielte Schlägerüberfälle aus dem Sankt-Kino „Klick“ vertrieben und beherrschen jeden Freitag mit einem Kern von 30-40 Leuten das Kino-Einlaß (konkret: sie machen den Karten-Abriß - ihre Leute gehen unisono rein, die übrigen werden einer Gesichtskontrolle und ggf. Schlägererei usw. ausgesetzt). Sie ziehen, Nazi-Sprüche hörend, durchs Viertel, terrorisieren die angrenzenden Kiepe und Plätze.

Dieselbe Polizei-Wache, die verantwortlich für die Brutalität gegen die Punks vor zwei Jahren war, greift selbst nach ausdrücklichen Aufforderungen nicht bzw. offensichtlich verpatet ein. Das wurde erst neuerlich auch spektakulär deutlich, als ein GAL-Mitglied im Kino mit dem Ruf „Da, ein grünes Schwein“ krank-

hausreif geschlagen wurde: die herbeigerufene Polizei kam nicht! Später stellte sich heraus, daß in der „Stören-Kartei“ der Polizei zwar jede Menge Punks, aber nicht die schlimmsten bekannten Nazi-Schläger zu finden waren. Auf Anfrage erklärte der Kino-Berater hilflos und resigniert, daß die Polizei sich schon seit längerem so verhalte.

Auch als eine ca. sechsköpfige Bande aus Nazis, Skinheads, rechten HSV Fans („Die Löwen“) und rechten Akt-Rockern die Punks auf dem Altonaer Spritzenplatz überfiel, glänzte die Polizei, die sonst jeden Punks dort bespuckt und neuert, zunächst durch Abwesenheit und Inaktivität. Erst als die Punks den Angriff mit eigenen Kräfte zurückschlugen, konnten tauchte Polizei auf, die „die Parteien trennen“.

Politisch abgedeckt durch Innenminister Pawlitzky (SPD) höchstpersönlich, der zwar keinen „rechtsfreien Raum“ am Spritzenplatz dulden will, aber die Nazi-Umtriebe konsequent herunterspielt: Es gebe in Hamburg nicht mehr als ca. 30 Neo-Nazis ohne „Führerfigur“, die bei unpolitischen Gruppen Einfluß zu gewinnen suchten. Besonders Gefahr liege darin, daß sie durch „Aktionen linker Gruppierungen“ erst in die rechte Ecke getrieben werden könnten...



23

Metach wird den Verdacht nicht los, daß die Duldung und Verharmlosung rechter Jugendbanden und organisierter Nazis Bestandteil des polizeilichen Konzeptes zur Einschüchterung und Zerschlagung von linksen oder mündigen „linken-fälligen“ Protestpotenzial unter den Jugendlichen ist. Vorfälle wie in Dortmund, wo jüngst sogar Polizisten in Zivil zusammen mit rechten Schlägern gegen Hausbesetzer vorgingen, weisen darüberhinaus darauf hin, daß dies keine Hamburger Besonderheit ist. Gegen die Zusammenrottung von rechten Banden und Neo-Nazis im „Klick“ (und anderen) und gegen die Duldung der Nazi-Umtriebe durch das SPD-Senat, gegen die Jugendpolitik mit dem Polizeikolossal, findet am 1.10. im „Klick“ und im angrenzenden Viertel eine „antifaschistische Jugend Nacht“ statt unter der Parole „Erhebt ihr uns den Klick zurück“.

Antifa-Kommission KB/Hamburg

## Bielefeld: Bunte-Liste-Fraktionsvorsitzender wegen Hausbesetzung und versuchter Nötigung verurteilt

Am 14.9.82 fand der Prozeß gegen den Fraktionschef der Bunten Liste Bielefeld und zwei weitere Angeklagte statt.

Am 16. April 1982 hatten Bielefelder Sanierungsgegner ein Haus besetzt, das einem Brückenpfeiler der Stadtautobahn weichen sollte. Die Besetzung hatte zum erklärten Ziel, daß das Haus nicht sofort abgerissen werden sollte, da sich der Bau des Brückenpfeilers noch einige Monate hinziehen würde. Außerdem sollte die Diskussion um Alternativen zur Stadtautobahn (z.B. 2-spurige statt 4-spurige Weiterbau) eröffnet werden.

Die Stadt Bielefeld, vertreten durch ihren Oberstadtdirektor Munster, sah ihren Hauptstreifen gestört und fühlte sich zur Diskussion „gezwungen“. Sie stellte einen Antrag, „gezwungen“ sie stelle einen Antrag und ließ das Haus bars darauf räumen und abreißen. Auftritte erregte nicht die Hausbe-

setzung an sich, sondern die Beteiligung und Federführung von Bunte-Liste-Parlamentariern, namentlich Reinhard Krüger.

Der jetzt stattgefunden Prozeß, der unter starker öffentlicher Aufmerksamkeit stattfand, endete mit einem von den bürgerlichen Medien so bezeichneten „salomonischen“ Urteil, das den „Rechtsfrieden“ wiederherstellte: Die Beteiligung an und/oder Unterstützung von Hausbesetzungen ist strafbar. Die drei Angeklagten wurden zu Geldstrafen „unter Strafverbot“ verurteilt, so etwas ähnliches wie Bewährung, verurteilt (je 50 Tagessätze) und haben jetzt 1 Jahr lang die „Möglichkeit“ sich zu „bessern“.

Im nächsten AK wollen wir uns ausführlicher mit dem Hintergrund dieses Prozesses beschäftigen.

## 23.10.82: Aktionstag gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Mit den Operationen '82 und '83 sowie der Gemeindefortschrittsinitiative (dem sog. „Beschäftigungsprogramm“ der Bundesregierung) seien „wichtige Schritte in richtiger Richtung“ unternommen worden, schreibt Otto Graf Lambsdorff in einem „Konzept zur Überwindung der Wachstumschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, das in aller Deutlichkeit die Richtung der Sozialpolitik zu Lasten der Arbeitslosen und sozial Schwachen benennt. Teilt die SPD auch nicht alle Forderungen Lambsdorffs, so ist sie doch ein Gesteil des Weges in Lambsdorffs Richtung gegangen.

Von den Gewerkschaften war bisher wenig Widerstand zu spüren. Wenn sich jetzt Aktivitäten regen, so ist dies weniger eine Einsicht, denn Reaktion auf Aktivitäten von unten. Augenfälliges Beispiel: Bei Juni mobilisiert die „Initiative Soziale Sicherheit“ zu einer bundesweiten Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung für den 23. Oktober nach Gelsenkirchen. Inzwischen beschloß der DGB-Bundesvorstand, just diesen Tag zum Aktionstag gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zu machen. Da in Dortmund eine NRW-weite DGB-Demonstration angesetzt wurde, beschloß die „Initiative Soziale Sicherheit“, die eigene Demo zu verschieben und sich an der DGB-Aktion zu beteiligen.

Daß die „Initiative“ damit auf keinen Fall überflüssig geworden ist, belegen die bisherigen DGB-Aktivitäten gegen die staatliche Sozialpolitik.

Anfang Juli verordnete die Bundesregierung den abhängigen Beschäftigten im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt '83 neue Zusatzenleistungen im Sozialbereich. Anhebung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um nochmals 0,3 %, aufwendet Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner, Verringerung der Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose durch den Arbeitsentzug, Anhebung der Rezeptgebühr, Einführung einer Eigenbeteiligung bei den Krankenkassenkosten und Kuren.

Der DGB kritisierte diese Beschlüsse als „beschäftigungspolitisch verfehlt und sozial unangemessen“, er richtete einen Brief an alle Abgeordneten des Bundestages mit der Bitte, „sich einer solchen Politik zu widersetzen“. Der SPD-Abgeordnete Pöhl antwortete in einer Antwort, daß der Brief des DGB „zu spät kam“.

„Der Brief kam zu spät“, heißt es im Prozeß bereits geschlossen ist und die Chancen für eine Veränderung des Kompromisses im Nachhinein geringer und als Druck während der Verhandlungsphase“ („Die Neue“, 6.8.).

Zur Funktion des DGB-Briefes kommentierte die „FAZ“ gestern: „Der Brief an die Abgeordneten mit der Anhebung von Gehältern kann die Entscheidung über Protestveranstaltungen im Herbst noch etwas verschärfen“ (10.8.).

Daß der DGB nicht viel weitergehen wolle, bekräftigte auch die Vorstands-Breit. Auf die Frage der „FR“ (24.7.), was der DGB tun wolle, wenn die Abgeordneten seiner Aufforderung nicht folgten, antwortete er: „Dann müssen wir versuchen, noch mehr Leute zu gewinnen, um die Abgeordneten beeinflussen zu können, mit öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen, etc.“. Wenn wir weitergehen würden, wäre das Gegenstück gegen das Parlament. Das geht nicht.“

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß Kanzler Schmidt widersprochen erklären konnte: „Ich sehe keinen entschulten Widerspruch der Gewerkschaften gegen den Haushaltsentwurf“ („FAZ“, 28.8.).

Tatsächlich hat sich der DGB in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf nicht grundsätzlich gegen eine Sozialpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, sondern nur gegen eine „staatliche“ Belastung einzelner Personengruppen ausgesprochen. Kritisiert wird, daß „den sozial Schwachen unverhältnismäßig viel zugemutet wird“. Die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner wird sogar gerechtfertigt: „Die ... wegen der sinkenden Löhne der Bruttoeinkommen als der Nettoeinkommen wird ... ausbleiben. Dies läßt sich nach unserer Meinung deshalb vertreten, weil in dieser wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeit vornehmlich stärkere Rentenerhöhungen als Nettoeinkommenserhöhungen ... sicher problematischer sind.“ Mit einer Veränderung, bei der die Rentenerhöhungen um jenen Teil gekürzt werden, um den die Abgabenden an Arbeitslosen zur sozialen Sicherheit steigen, hat sich der DGB bereits zu früheren Zeiten verhalten erklärt. Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner kann den Instrumenten hierzu sein.“

Man muß diese Äußerungen vor dem Hintergrund bewerten, daß fast 45 % aller Versicherten unter 600 DM liegen. („Die Neue“, 6.8.).

Als Ergebnis eines Gesprächs zwischen SPD-Fraktionsführung und

DOB-Bundesvorstand wurde kürzlich übereinstimmend festgestellt: „daß in Zeiten geringeren Wachstums auch der Sozial-Etat nicht von normativen Kürzungen ausgenommen werden kann. Aber es müßte eine ausgewogene Verteilung der Lasten erreicht werden“ („FAZ“, 3.9.). „Wenn Eingriffe nötig sind, dann muß das ausgewogen sein“, erklärte auch IGM-Chef Loderer in einem „Welt“-Interview (21.8.).

Was ist also der Hintergrund der jüngsten DGB-Einschüßung, Demonstrationen gegen die „Operation 83“ der Bundesregierung durchzuführen? Eines Hinweis gab Loderer im erwähnten „Welt“-Interview: „Ein Protest, der seine Wirkung nicht verfehlen soll, muß die Proteste einer organisierten Kraft sein. Das kann man nicht Einzelkämpfern überlassen und auch nicht unorganisierten Kampfgruppen.“

Noch deutlicher äußerte sich die „Welt“: „Die Gewerkschaften befürchten aber auch, wenn sie auf Protest gegen die eigenen Parteigenossen in der Regierung ganz verzichten würden, wieder einmal einer Bewegung hinterherlaufen, wie es bei der „Friedensbewegung“ der Fall gewesen ist“ (24.8.). Die Befürchtung, die Grün-Alternativen und Buntisten könnten „den politischen Sprengstoff Arbeitslosigkeit“ entzünden (Döding), die Warnung vor „Eruptionen“ statt geordneten Protests (Loderer) sind der Hintergrund dafür, daß die DGB-Führung etwas mehr auf Distanz zur SPD-Regierung geht. Damit bereitet sich diese Kräfte bereits auf eine künftige glaubwürdige Oppositionsrolle zur Sozialpolitik einer CDU-Regierung vor.

Der Taktikmanöver der DGB-Führung zeigt, daß eine eigenständige Organisation von Aktivitäten gegen die Sozialpolitik notwendig ist, ohne in falsche Frontenbildung zu verfallen. Gewerkschaften organisieren Aktivitäten zu gestalten.

Innerhalb der „Initiative Soziale Sicherheit“ ist diese Auseinandersetzung noch nicht ausgestanden. Auf dem 2. Kongreß der Initiative im Juni konnten die „Falken“ durchsetzen, daß die Demonstration vom 13.11., dem Tag, an dem die SPD in Dortmund ihren traditionellen Familienfest durchführt, weggelegt werde. Der dort vereinbarte Demonstrationstermin (21.10.) war nach dem Beschluss des DGB, an diesem Tag in Dortmund zu demonstrieren, nicht mehr zu halten. Die „Initiative Soziale Sicherheit“ wird sich nun im eigenen Block an die Dortmunder Demonstration beteiligen. Für den März 83 ist eine Demonstration der Initiative an-

lich der Verabschiedung des Bundeshaushalts in Bonn geplant.

Kommission Betrieb &amp; Gewerkschaft

## REVIER

Siegstr. 15, 4100 Duisburg  
Tel. 0203/340083

Seit nunmehr vier Jahren versucht die REVIER linke Politik in Betrieb und Gewerkschaften zu unterstützen. REVIER diskutiert jeweils die zentralen und aktuellen Probleme fortschrittlicher Betriebe- und Gewerkschaftsarbeit – und darüber hinaus. Die REVIER ist unentbehrlich für jeden, der hier auf dem laufenden bleiben will. Die September-Ausgabe hat folgende Schwerpunkte:

- Stahlkrise, Stahlkonkurrenz und die Perspektive des BRD-Stahlkapitals
- Betriebsberichte von Opel, Greetz, Duisburger Kupferhütte, Girardet, Mannesmann, Alu-Hütte Essen u.a.
- AEG-Vergleich: Erpresser am Werk
- OTV am Scheideweg
- Alternativer Linksblick: Diskussion und Leserbrief zur Strategiedebatte innerhalb der Linken
- Bausteine gegen Ausländerfeindlichkeit
- Filz und Kugel im Revier u.v.a.

"Revier" ist

- Filz und Kugel im Revier u.v.a.

- Die REVIER erscheint monatlich im Umfang von 40 Seiten. Sie kostet 2 Mark, im Abo 24 Mark im Jahr (incl. Versand).
- Ich möchte die REVIER kennenlernen. Schickt mir bitte ein kostenloses Probeexemplar.
- Schickt mir bitte die September-Ausgabe der REVIER (2 Mark in Briefmarken anbei).
- Ich bestelle ein Abo ab .... zum Bezugspreis von 24 DM.
- Gegen Rechnung
- Verrechnungsscheck anbei.

(Name)

(Adresse)

(Unterschrift)

bitte einenden an Margret Jäger REVIER-Verlag, obige Adresse, dort werden auch Abos telefonisch entgegen genommen.

## ...neu!...neu!...neu!...neu!...neu!...neu!...

Nicht nur in Hamburgs Stadtecken gibt es, nicht nur hier, in Jugendzentren, Freizeithäusern und Kiepen prallen rechte und linke Jugendliche aufeinander. Überall in den Großstädten versuchen Nazis, mit der zunehmenden Gewerkschaften und Zukunftslage von Jugendlichen Politik zu machen.

- Am Beispiel Hamburg dokumentiert diese Broschüre, was von dem, was sich in letzter Zeit an Nazi-Umtrieben ereignet hat, so u.a.:

- gedort
- Aktionsfront Nationaler Sozialisten
- Deutsche Aktionsgruppen in Hamburg
- Dazu Nachdrucke wichtiger Arbeiterkampf Artikel zum Thema „Was macht die Neo-Nazi attraktiv?“
- Wegen ihres beispielhaften Charakters interessant – auch über Hamburg hinaus – für alle Antifaschisten, Sozialarbeiter, Erzieher und Lehrer. Zu beziehen über die Redaktionsadresse

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



# Kracht es in der FDP?

Lambdorffs Papier hat die FDP vor eine neue Zersplitterungsprobe gestellt. Kurz vor der Hesse-Wahl wird damit der Sammel- und Ausrichtungspunkt der Partei wieder weniger einig. Wahrheitsgemäß will man damit auch einer drohenden Wahlniederlage in Hessen vorbeugen. Es ist aber hinter die politischen Aussagen dieses Dokuments kann sich jeder, der die Linke in der Partei stellen, der sich als Linker oder Liberaler versteht. Sie alle haben guten Grund, das Lambdorff-Papier als direkte Kampfansage zu bezeichnen. Somit scheint eine Spaltung unvermeidlich, es sei denn, der linke Flügel ließe sich durch faire Kompromisse und Einschüchterung des liberalen Rückgrats brechen.

Die Linken in der FDP sind dem rechten Kurs in Richtung CDU/CSU bisher nur uneinheitlich und eher defensiv entgegengetreten. Ihre Initiativen, soweit vorhanden, haben sich zu Genscher als Zielscheibe ausgesucht (Steglitzer Initiative zur Abwahl von Genscher, hinter der nach eigenen Angaben 10 % der Delegierten stehen); z.T. wünschen sie sich Baum als neuen Vorsitzenden. Vielen Linken der FDP geht es als Minimalprogramm nur noch darum, daß die FDP zu ihrem Koalitionspartner SPD bis zum Ablauf der Legislaturperiode steht. Das scheint der kleinste gemeinsame Nenner zu sein, der andererseits aber ihren politischen Spielraum sehr einengt und eine von vielen geforderte Neubestimmung des Liberalismus in den Hintergrund treten läßt. Insgesamt befindet sich die FDP-Linke wohl erst am Anfang einer gemeinsamen Diskussion um neue Inhalte und um die Ziele sozialliberaler Politik, es wird von ihrer Seite alles unterlassen, was eine Spaltung fördern könnte, abgesehen von einigen mutigen Äußerungen des Judo-Vorsitzenden.

## Der Streit um die Jugendverbände

### Der Streit um die Jugendverbände

Seit einiger Zeit versucht der Genscher-Flügel, durch den Aufbau einer eigenen Jugendorganisation (Junge Liberale) ein Gegengewicht gegen die deutlich linksorientierten Jungdemokraten zu schaffen. Nach der großzügig unterstützten Gründung des neuen Verbandes geht es für die Rechten darum, die Jungen Liberalen in der Partei satzungsgemäß zu verankern und ihnen finanzielle Zuschüsse zukommen zu lassen. Dies alles soll zu Lasten der Jungdemokraten geschehen.

Im Frühjahr des Jahres spitzte sich der Streit zu. Der Bundesvorsitzende beschloß, den Jungdemokraten die ausstehenden 50.000 DM nicht auszu zahlen. Dieser Beschluß wird von vielen Rechten benutzt, um die Jungdemokraten aus der Partei zu drängen. In Niedersachsen beschloß der Landesverband, künftig beide Jugendorganisationen finanziell zu unterstützen, ohne die ausstehende Bundesentscheidung abzuwarten. Ein hannoverscher Bundestagsabgeordneter der FDP forderte sogar: „den Judo gleich alle Mittel zu entziehen und sie auf die Jungs zu übertragen“ („FAZ“, 20.8.82). Sehr unter Beschuß genommen wird der Judo-Vorsitzende Lutz. Er hatte u.a. in einem Interview vertreten, „daß Herr Genscher ein Unglück für die Partei ist“ („FR“, 19.8.82). Der zum rechten Flügel zählende Bundestagsabgeordnete Jürgen Möllemann forderte, Lutz' „partei-schädigendes Verhalten“ sollte durch eine Abwahl aus dem Parteivorstand geahndet werden. Für ihn sollte Otto, Vorsitzender der Jungen Liberalen, hineingenommen werden. Erfolgreicherweise gibt es auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Mitgliedern, die nach dem Finanzierungsstopp ihre Beiträge nicht an die Bundeszentrale, sondern an die Judo überweisen haben.

Anfang September hob der Bundesvorstand die Sperre für die Gelder bis zum Parteitag im November wieder auf. Gleichzeitig beschloß er, daß der Parteitag entscheiden soll, wie zukünftig die beiden Jugendorganisationen behandelt werden. Für eine Satzungsänderung bedürfen die Rechten allerdings zwei Drittel aller Delegiertenstimmen.

Zwischen den beiden Verbänden ist keine Lösung in Sicht, beide Gruppen repräsentieren zu unterschiedliche politische Vorstellungen, vor allem mit Blick auf den sich anbahnenden Koalitionswahl. Es sind gerade die Jungdemokraten, die am stärksten gegen den Genscher Kurs opponieren.

### Jungdemokraten-Vorsitzender unter Beschuß

Vor dem Hintergrund einer weiteren

Schwächung seines Verbandes durch die Parteirechten hatte Lutz Genscher „hart angegriffen“. „Was Genscher im Augenblick macht, ist nicht weiter, als die Partei immer weiter runterzuwürgen“, schrieben „(FAZ“, 18.8.). „Die FDP ist aus vier Landtagen geflogen, in Hessen möglicherweise bald aus dem fünften. Das ist ein Indiz dafür, daß Herr Genscher ein Unglück für die Partei ist“ („FR“, 19.8.).

Als Nachfolger für Genscher an der FDP-Spitze hat Lutz den Bundesinhaber mit Baum für am besten geeigneten. Mit seinen Äußerungen erreicht Lutz wütende Proteste. Selbst Helga Schuchardt distanzierte sich. Baum selber wies die Forderungen zurück, betonte aber, es gehe in der FDP um neue inhaltliche Herausforderungen, denen man sich stellen müsse.

### Überregionale Projekte der Partei-Linken

Durch mehrere Initiativen versuchen die Linken innerhalb der Partei an Einfluß zu gewinnen. Wichtige Schritte dazu sind die durchgeführten oder geplanten Tagungen/Kongresse und die Ankündigung einer eigenen Zeitschrift.

Anfang September fand in Frankfurt der Kongreß „Liberaler für Frieden und Abrüstung“ statt, der an den „Kölner Kongreß“ anknüpfte und zugleich zur Vorbereitung auf den Bundesparteitag diente. In ihrer Abschlusserklärung forderten die Kongreßteilnehmer Genscher auf, sich für den sofortigen Stopp der Vorbereitungen für die Stationierung der Mittelstreckenraketen einzusetzen. Sie sprachen sich darüber hinaus für ein atomwaffenfreies Europa aus und forderten eine erkennbar defensiv ausgerichtete konventionelle Bewaffnung der Bundeswehr. Eindeutig bekannten sich die Teilnehmer als Teil der Friedensbewegung und kündigten an, daß notwendig gewordene personelle Konsequenzen zur Durchsetzung dieser Politik auf dem Bundesparteitag gezogen werden müßten. („FR“, 5.9.).

an, das notwendig gewordene personelle Konsequenzen zur Durchsetzung dieser Politik auf dem Bundesparteitag gezogen werden müßten. („FR“, 5.9.). Am 25.9., einen Tag vor der Hesse-Wahl, soll ein weiterer Kongreß in Nordstedt (Schleswig-Holstein) stattfinden. In dem von William Borm, Helga Schuchardt und dem selbstverordnenden Landesvorsitzenden Heiner Bremer unterzeichnetem Aufruf heißt es: „Wir wollen der sich auf allen Ebenen vollziehenden konservativen Gegenreformation die Grundsätze des sozialen und demokratischen Liberalismus entgegenhalten“ („Welt“, 24.8.). Der Judo-Landesvorsitzende erklärte zur Lage in der Partei: „Viele wollen einfach nicht mehr mit Koalitionsweckern, technokratischen Haushaltsgeräten und Anti-Reformen identifiziert werden und trennen deswegen aus der Partei aus oder stellen zumindest ihre Arbeit ein.“ („Welt“, 8.9.).

Dem linken FDP-Flügel geht es um diese Konferenz auch darum, ein Zeichen für eine sozialliberale Koalitionssatzung zu setzen. Die Koalitionssatzung zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 13.10.82 zu setzen zu erwähnen bleibt noch, daß sich der Landesvorsitzende der FDP, Rönneburger, von diesem Kongreß distanzierte.

Kürzlich wurde von linken Jungdemokraten eine neue Zeitschrift vorgestellt, mit der sie zur Erneuerung des Liberalismus in der Bundesrepublik beitragen wollen. Die Zeitung nennt sich „Liberaler Drucksachen“ und trägt den Untertitel „Zeitschrift für freimütige Politik“. In einer Pressemitteilung heißt es, es gehe darum, ein Kommunikationsorgan zu schaffen, damit sich ein Teil der Liberalen wieder zu Gehör bringen könne. „Die Darstellung liberaler Politik dürfe nicht allein dem Bonner Parteihauptquartier überlassen werden.“ („FR“, 11.9.).

### Der Konflikt in Baden-Württemberg

Am Wochenende nach den Wahlen in Hessen wird es im Südwesten einen Sonderparteitag der FDP geben. Das erechneten die Anhänger der sozialliberalen Koalition, nachdem sie über 100 Zusammenschlüsse von Delegierten erhielten. Der Landesvorsitzende Morlok hatte die Delegierten in einem persön-

lichen Schreiben vorgeladen vor so einem Schritt gewarnt. Der Hintergrund:

Noch im Januar dieses Jahres hatte Morlok von „unüberbrückbaren Differenzen zwischen seiner Partei und einer liberalen, obrigkeitlichen Unionspolitik“ („FAZ“, 8.9.) gesprochen. Durch die Umorientierung der Bundeszentrale und durch die Kehrwendung der hessischen FDP zur CDU hat auch Morlok schnell die Kurve genommen. Morlok, der als zukünftiger Vertreter von Genscher gehandelt wird, hat die politische Kursänderung in seinem Verhalten so schnell und deutlich vollzogen, „daß man bei der CDU schon den Eindruck hat, er werfe sich ihr geradezu an die Brust“ („FAZ“, 8.9.). Z.B. betont er jetzt den „grundsätzlichen ökologischen Diskurs zwischen SPD und FDP in der Gesellschaft“, Sozial-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik, „gibt aber gleichzeitig die Parade aus, es dürfe derzeit über die Koalitionsfrage auf Seiten der FDP nicht öffentlich diskutiert werden“ („FAZ“, 8.9.).

Klar, daß diese unüberbrückbare Wende nicht unüberbrückbar hingenommen werden konnte. In Heidelberg bildete sich ein Gesprächskreis „Karl-Hermann Flach“, der die Initiative für einen Sonderparteitag ergreift. Der Vorstand des Bezirks Nord-Schwarzwald forderte sogar den Rücktritt Genschers und erklärte, die FDP-Mitglieder seien nicht die „Leibigen des Parteivorstandes“ (in Abwandlung eines Ausspruchs von Genscher gegen die SPD).

Die Heidelberger, die unterdessen auch ihre anfängliche Unterstützung für die hessische FDP zurückgezogen haben, wollen mit dem Sonderparteitag ein Signal setzen, damit nicht noch vor dem Bundesparteitag im November mit einem Rückzug der FDP-Mitglieder vollendete Tatsachen geschaffen werden.

### „Lieber unter 5 %“

Kaum eine andere Entscheidung hat die Polarisierung innerhalb der FDP so

„Lieber unter 5 %“

Keine andere Entscheidung hat die Polarisierung innerhalb der FDP so vorantreiben, wie die Koalitionssatzung der hessischen FDP zugunsten von Dräger. Gleich nach diesem Beschluß erklärte ein Teil der FDP-Linken, sie würden keinen Straßen- oder Veranstaltungswahlkampf führen. Die hessischen Jungdemokraten gingen noch weiter und forderten ihren Bundesvorsitzenden zum Nachdenken über die Gründung einer „sozialliberalen Partei“ auf (nach: „Die Neue“, 23.7.82).

Unterdessen haben sich die Auseinandersetzungen weiter verschärft. Einen Anlaß dazu gaben Äußerungen von hessischen wie auch von Bundespolitikern der FDP zur Bedeutung der Hesse-Wahl. So hatten der derzeitige hessische Wirtschaftsminister Hoff, der Landesvorsitzende und derzeitige hessische Innenminister Ortes sowie außerhalb Hessens besonders Lambdorff und Möllemann in Interviews und Veranstaltungen einen Modellcharakter der hessischen Koalitionssatzung für die Bundespolitik in die Diskussion eingeführt und zum Teil auch offen propagiert. Die um „Großener Kreis“ organisierten Vertreter der linksliberalen Partei erklärten dazu: „Die in Darmstadt unterlegene Minderheit hat die mehrheitliche Entscheidung für die Koalitionssatzung zugunsten der CDU in Hessen loyal hingenommen. Durch die Verfestigung der hessischen Entscheidung zu einem Modell und Testinstrument gegen die Bonner Koalition wurde die Grundlage unserer Loyalität in Frage gestellt. Unsere Versuche, eine Klarstellung in unserem Sinne zu erreichen (es folgen die einzelnen Initiativen, Ansetzung des Vell) waren nicht erfolgreich. Nunmehr können wir nicht länger schweigen. Wir fordern Präsidium und Landesvorstand auf, unverzüglich und eindeutig klarzustellen, daß das Wahlziel der hessischen FDP ausschließlich auf Mandate im hessischen Landtag gerichtet ist. Ohne diese Klarstellung muß befürchtet werden, daß Wahlstimmen für die hessische FDP nach dem 26. September in Bonn gegen die Politik der FDP im Bund und gegen den Wahlkampf von 1980 mißbraucht werden. Solange diese Mißbrauchsmöglichkeit nicht ausgeschlossen ist, können wir einen „Wahlkampf“ der hessischen FDP nicht trachten.“ („FR“, 14.9.). Im gleichen Sinne hatte sich schon dann im Interview der „faz“ vom 7.9. der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Theo Schiller, geäußert. Gleichzeitig hatte er von vielen Austritten berichtet, die sowohl motiviert seien durch die Ablehnung einer Koalition mit der CDU als auch durch „so etwas wie verletzten Stolz, Verabschiedung der offenkundigen Opportunismus“ („faz“, 7.9.).

## JuDo's vor dem Absprung?

Für die hessischen Jungdemokraten sind schwere Zeiten gekommen. In Berlin toleriert die FDP-Fraktion einen CDU-Sensat und in Bonn bereitet sich der Wechsel zur CDU vor. Was sich da so an Politik entfaltet, ist für aufrechte Linksliberale kaum noch erträglich. Was wird aus den Jungdemokraten, wenn der Wechsel vollzogen ist. Fragen an das Mitglied im Landesverband der Jungdemokraten Guido Bomblich.

**S:** Die Jungdemokraten und die Jugendorganisation der FDP. Wie sieht speziell das Verhältnis der Berliner Jungdemokraten zur FDP aus?

**A:** Das Verhältnis der Jungdemokraten zur FDP war eigentlich schon immer gespannt. Wir haben uns auch nie als der Jugendverband der FDP verstanden, sondern als ein der FDP naher Jugendverband. Wir sind in wesentlichen Fragen anderer Auffassung als die FDP. Aktuell ist dabei die Sicherheitspolitik zu nennen, wo wir gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß und aktuell ist auch die Sparpolitik, wo wir besonders die FDP kritisieren, die die SPD immer dazu zwingt, weitere Mittel im sozialen Bereich zu kürzen.

Die Kernenergiepolitik der FDP, der Mangel an der Durchsetzung grundrechtlicher und ökologischer Programmpunkte und seit jeher zentrale Kritikpunkte der Jungdemokraten an der Partei. Die Berliner FDP sieht in dieser Hinsicht programmatisch eine gewisse Ausnahme dar, weil hier jahtlang ein linksliberaler Flügel dominierte. Angesichts des Tolerierungskurses der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist jedoch die Umsetzung fortschrittlicher Positionen auf absehbare Zeit

im Abgeordnetenhaus ist jedoch die Umsetzung fortschrittlicher Positionen auf absehbare Zeit nichts zu erwarten.

**S:** In Berlin toleriert die Mehrheit der FDP-Fraktion den CDU-Sensat. In Hamburg ist die FDP bei den letzten Wahlen nicht wieder in die Bürgerschaft gekommen, in Hessen hat man sich für eine Koalition mit Dräger entschieden. Auch in Bonn reden eigentlich alle davon, daß über kurz oder lang der Wechsel zur CDU fallig wird. Wie bewertet Sie diese Situation?

**A:** Man kann sagen, daß wir den Koalitionswahl in diesem Jahr erwarten. Wir wären nicht erstaunt, wenn nach der Hesse-Wahl ein solcher Wechsel in Bonn vollzogen würde, oder wenn es im nächsten Jahr auch in Berlin formal zu einer Koalition kommt. Inhaltlich ist diese ja ohnehin schon vollzogen. Wir haben uns auf diesen Schritt vorbereitet. Wir werden uns im Falle des Bonner Koalitionswechsels von der FDP abkoppeln, zumindest als Landesverband. Nicht in erster Linie weil sich dann die Politik der FDP stark nach rechts entwickeln würde, die ist schon jetzt untragbar, sondern weil dies der Staatschutz dafür wäre, möglich ist linksliberale FDP-Mitglieder aus der Partei herauszuwickeln und dann gemeinsam auf eine andere politische Gruppierung zu orientieren.

**S:** Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Abspaltungen von den etablierten Parteien als wenig aussichtsreich gelten müssen. Wie schaut Ihr Eure Aussichten nach einer Trennung von der FDP an?

**A:** Es ist bei den Jungdemokraten Konsens, daß man sich zumindest mittelfristig wieder auf eine parlamentarische Ansprechpartner hin orientieren muß. Wir werden nach einem Absprung von der FDP weiterhin eine Zeitlang eher eine Sammelbewegung sein. Danach werden wir uns aber nach einem neuen parlamentarischen Ansprechpartner umsehen müssen.

**S:** Die Berliner Situation ist davon gekennzeichnet, daß die Jungdemokraten außerparlamentarisch wie parlamentarisch immer wieder Gemeinsamkeiten mit der Alternativen Liste haben. Schon

heute ist eigentlich die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus nicht die Gruppe für linksliberalistische oder linksliberale Forderungen, wie sie die Jungdemokraten formal ein. Seit ihr eher inhaltliche Gemeinsamkeiten mit der Alternativen Liste?

**A:** Das kann man so beschreiben. Inhaltlich stehen wir der AL näher als der FDP, so wie sie sich aktuell darstellt. Damit ist aber natürlich noch nicht das organisatorische Problem gelöst. Es ist ja bekannt, daß der Bundesverband der FDP den Jungdemokraten die Mittel gestrichen hat, bekannt ist auch, daß es Bestrebungen gibt, die Jungdemokraten durch die Jungen Liberalen zu ersetzen. Damit gibt es für uns auch ein organisatorisches, finanzielles Problem unseren Verband aufrecht zu erhalten.

**S:** Werden die Jungdemokraten bei einem Absprung von der FDP alleine hinhängen oder rechnen Sie Euch Chancen für Austritte auf dieser Front aus?

**A:** Bei der Aufgabe, im Falle eines Koalitionswechsels linksliberale FDP-Mitglieder aus der Partei herauszuwickeln, darf man zwei Schwierigkeiten nicht übersehen. Einmal ist es schwierig, alle Linksliberalen auf einen Zeitpunkt hin zu orientieren; man muß verhindern, daß alle einzeln

Linksliberalen auf einen Zeitpunkt hin zu orientieren; man muß verhindern, daß alle einzeln

abspalten, was heute schon teilweise passiert. Es ist schlecht, wenn heute immer mehr Leute individuell die Partei verlassen und sich dann verlaufen. Die zweite Schwierigkeit ist, bevor dies exponierte Persönlichkeiten der Partei auf diesen Punkt anzusprechen. Die linksliberalen Funktionäre haben verschiedene Reaktionen, um sich in der Partei zu begründen. Einmal wird angeführt, man müsse sich nicht um jeden Parteimitglied kümmern, um zu verhindern, daß diese Position von Rechten eingenommen werden. Zum anderen heißt es, man müsse selbst unter einer CDU-Regierung versuchen, verschiedene Freiräume etwa im Schulbereich oder Rechtsbereich zu erhalten, um auf parlamentarische Bewegung zu unterstützen. Für mich sind dies nur Rechtfertigungen für opportunistisches Verhalten. Aber dies macht es sehr schwierig, linksliberale aus der FDP herauszuwickeln. Trotzdem sind wir insgesamt zuversichtlich.

**S:** Wenn es so wie viele meinen in jedem Fall zu dem Wechsel kommen wird, wie sieht dann in der Liste aus?

**A:** Wir werden erst einmal die Hesse-Wahl abwarten. Wir werden eine FDP in Hessen unterstützen. In Hamburg bei Linksliberalen nicht nur bei Jungdemokraten, sondern auch bei anderen, wenn es auf den Bundesparteitag Anfang November. Wir werden dort mit anderen Linksliberalen zusammenkommen und nach der Wahl sehen. Auch eine Abwahl Genschers wird von einigen linksliberalen Vertretern der FDP angestrebt, was im Hinblick auf den Bundesparteitag noch nicht entschieden ist.

**S:** Wenn es so wie viele meinen in jedem Fall zu dem Wechsel kommen wird, wie sieht dann in der Liste aus?

**A:** Wir werden erst einmal die Hesse-Wahl abwarten. Wir werden eine FDP in Hessen unterstützen. In Hamburg bei Linksliberalen nicht nur bei Jungdemokraten, sondern auch bei anderen, wenn es auf den Bundesparteitag Anfang November. Wir werden dort mit anderen Linksliberalen zusammenkommen und nach der Wahl sehen. Auch eine Abwahl Genschers wird von einigen linksliberalen Vertretern der FDP angestrebt, was im Hinblick auf den Bundesparteitag noch nicht entschieden ist.

**S:** Wenn es so wie viele meinen in jedem Fall zu dem Wechsel kommen wird, wie sieht dann in der Liste aus?

**A:** Wir werden erst einmal die Hesse-Wahl abwarten. Wir werden eine FDP in Hessen unterstützen. In Hamburg bei Linksliberalen nicht nur bei Jungdemokraten, sondern auch bei anderen, wenn es auf den Bundesparteitag Anfang November. Wir werden dort mit anderen Linksliberalen zusammenkommen und nach der Wahl sehen. Auch eine Abwahl Genschers wird von einigen linksliberalen Vertretern der FDP angestrebt, was im Hinblick auf den Bundesparteitag noch nicht entschieden ist.



## Das Militärregime kommt nicht zur Ruhe

Am 31. August 1980 wurde in Gdansk das Abkommen zwischen den streikenden Arbeitern und dem Staat unterzeichnet, mit dem der polnischen Arbeiterklasse soziale Reformen und politische Rechte zugestanden wurden. Der mit diesem Abkommen unterzeichnete Versuch eines historischen Kompromisses in Polen scheiterte vollständig und führte zu dem Militärputsch vom 13. Dezember 81. Der zweite Jahrestag des Abkommens von Gdansk wurde zu einer Kraftprobe zwischen Solidarnosc und dem Staat. Zum ersten Mal kam es im Namen der Solidarnosc zu militärischen Auseinandersetzungen.

Im Hintergrund steht die totale Unfähigkeit des Militärregimes zur Lösung der ökonomischen Krise, die sich weiter zu spalten und eine „Nationale Verständigung“, wie sie von Staat und Kirche propagiert wird, unmöglich

Anfang August rief das im Untergrund agierende Solidarnosc-Präsidium dazu auf, friedliche Demonstrationen für den 31. August vorzubereiten und den Jahrestag des Gdansk-Abkommens zu einem nationalen Protesttag gegen das Kriegsrecht zu machen. Dabei war von Anfang an klar, daß der politische Staatsapparat, anders als bei den früheren Demonstrationen, keineswegs friedliche Demonstrationen zulassen würde. Jaruzelsky erklärte kurzschneidend vor Parteifunktionären aus über 200 Großbetrieben: „Der neue Angriff der politischen Gegner muß und wird gebrochen werden!“ (FAZ und „Mittb. Abendblatt“, 23.8.) Der Innenminister Kucinski ließ verlauten, der Untergrund bereite „blutige Zwischenfälle“ vor („Welt“, 26.8.); für Beteiligung an den Demonstrationen wurden lange Haftstrafen angedroht.

Daß es der Staat ernst meinte, demonstrierte er durch recht rigides Vorgehen gegen kleinere Aktionen. Am 1. und 2. August begannen einige hundert Katholiken auf dem Siegesplatz in Warschau, Blumenkreuze für den im letzten Jahr verstorbenen Kardinal Wysinski zusammenzulegen (eine „Widerstandsform“, die wohl nur in Polen möglich ist). Wochenlang versuchte die Polizei dies zu unterbinden. Tränengas und Wasserwerfer konnten nicht verhindern, daß das Kreuz fast täglich wieder aufgebaut wurde. Schließlich zog der Staatapparat eine Holzmauer um den Siegesplatz. Die harte Reaktion auf die Aktion hat letzterer überhaupt erst Gewicht gegeben. Dies ist insoweit wichtig, als der Staatapparat offenkundig die relativ weiche Linie aufgegeben hatte und dazu überging, jeglichen Ansatz des Protestes zu unterdrücken. Am 13. August in mehreren polnischen Städten gegen das Kriegsrecht demonstriert wurde, wurden die Demonstrationen gewalttätig aufgelöst (auf den Werften in Gdansk, in Warschau, Breslau und Krakau). Es war also lange vor dem 31. August klar, daß es nicht zu friedlichen Demonstrationen kommen konnte.

### Die Aktionen am 31. August

Am 31. August waren die angekündigten Versammlungsorte von massiv eingesetzten Polizeikräften besetzt. Den Kern bilden anscheinend die ZOMO-Einheiten, motorisierte Truppen der Miliz, von denen es immerhin 49 Regimenter mit je 1500 Mann gibt („Spiegel“, 29/82), d.h. über 70 000. Den „Verhaftungspfad“ der massiv eingesetzten Polizeikräfte besetzt. Den Kern bilden anscheinend die ZOMO-Einheiten, motorisierte Truppen der Miliz, von denen es immerhin 49 Regimenter mit je 1500 Mann gibt („Spiegel“, 29/82), d.h. über 70 000. Trotz der Drohungen und des Milizaufmarsches kam es in vielen polnischen Städten zu Demonstrationen, die in mehreren Städten zu stundenlangen Straßenschlachten führten. Die Milizeinheiten waren mit Wasserwerfern, Tränengaswerfern und Panzerwagen ausgestattet. In einem Bericht der „Iz“ aus Warschau heißt es: „Ganze Kolonnen von Miliz fahren kreuz und quer durch die Stadt, decken die Fußwege rechts und links mit Tränengas ein — unabhängig davon, ob und welche Menschen sich dort aufhalten. (...) Die Miliz setzt auch Blindgranaten und — als betörender Gag — Wasserwerfer mit Farbspray ein, um Demonstranten später identifizieren zu können.“ (Iz, 8.9.)

In Lublin und Breslau eröffnete die Miliz das Feuer auf Demonstranten, wobei mehrere (offiziell fünf) getötet und etliche verletzt wurden. Insgesamt wurden mehr als 4000 Menschen festgenommen (FAZ, 4.9.), binnen einer Woche 931 verurteilt („Welt“, 7.9.).

Über den Widerstand der Demonstranten gibt es sehr unterschiedliche Darstellungen. Glaubt man den polnischen Medien, dann haben einige tausend Rowdys und Kriminelle — angeführt von Konterrevolutionären und dem Ausland — systematisch die Miliz angegriffen. Dem „Iz“-Bericht nach waren die Demonstrationen in Warschau „sehr vorsichtig“ und „weitgehend unbewaffnet“ (was immer das heißen mag). Tatsächlich sind die Auseinandersetzungen von seiten der Demonstranten wohl eher schlecht vorbereitet ge-

den Erwartungen der Solidarnosc-Führung zurückblieb und gemessen an der Stärke der Solidarnosc eher gering war. Ein Grund dafür liegt sicherlich in dem Terror der „Sicherheitskräfte“ und darin, daß am 31. August unter Bedingungen demonstriert werden mußte, die friedliche Aktionen ausschlossen. Das ist allerdings nicht der einzige Grund für die Zurückhaltung der Bevölkerung. Der entscheidende Grund liegt in der totalen Niederlage der polnischen Volksbewegung. Das Militärregime hat nicht nur sämtliche politischen Rechte beseitigt, sondern geht jetzt in aller Härte daran, das Wirtschaftsprogramm in das Tat umzusetzen, an dem sich die Streikwelle 1980 entzündete: von den sozialen Errungenschaften des Gdansk-Abkommens ist nichts mehr übrig.

Diese Niederlage ist nicht nur eine taktische, sondern eine historische Niederlage der reformistischen Strategie, die eine friedliche und reformistische Umwälzung der „realsozialistischen“ Gesellschaft vollziehen wollte und will (z.B. Kurok). Diese Niederlage der in der Solidarnosc vor dem Putsch vorherrschenden Vorstellungen und Überzeugungen ist keineswegs überwunden, und es wird sehr lange dauern, eine neue Einheit auf neuer Grundlage zu schaffen. Die bisherigen Diskussionen in der Solidarnosc haben noch keine realitätsfähige Strategie hervorgebracht, die den Verhältnissen des Kriegsrechts und der Weltkriege gerecht würde (vgl. AK 222, Strategie-debatte in der polnischen Opposition).

Das Militärregime, unfähig zur Überwindung der ökonomischen Krise und zu einer Änderung der Situation, versucht auch den Zustand der Solidarnosc auszunutzen zu machen und diese zu zerschlagen, noch bevor sie sich auf neuer Grundlage reorganisiert.

Innerhalb der Solidarnosc gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Form unter den jetzigen Bedingungen zu arbeiten sei, wobei ein nicht unerheblicher Teil eine Strategie des Überwinterns verfolgt, d.h. Aufbau der Betriebsgruppen, Vermeidung von Konfrontation usw. Auf der anderen Seite steht eine Radikalisierung, die durch die Repression und das wachsende Elend genährt wird und die zu offenen Aktionen drängt, die unter den gegebenen Umständen notwendig Konfrontation miteinschließen.

Die Solidarnosc-Führung hat sich jetzt nach den ersten größeren Auseinandersetzungen mit der Miliz keineswegs distanziert, sondern Fraymuk erklärt, „daß der Kampf für die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheit weitergeht“ und bezeichnet es als „äußere wichtige Aufgabe, die Betriebsgruppen wiederzubeleben und Vorbereitungen für einen möglichen Generalstreik zu treffen“ (nach „Welt“, 7.9.). Auf der anderen Seite erklärte Urban für den Militärregime, „nach den Unruhen vom 31. August könne es keinen Dialog mehr (7) geben zwischen der Regierung und den Überlebenden der Krawalle“ (FAZ 7.9.); eine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Solidarnosc bestand allerdings noch nie von seiten des Regimes. Es werden in dieser Situation Differenzen zwischen (zumindest einem großen Teil) der Solidarnosc und der katholischen Kirche sichtbar, die eine Art Scheitelpunkt verfolgt. Einerseits bietet sich die katholische Kirche dem Staat als bremsende Kraft an, warnt vor dem „Dialog auf der Straße“ etc. pp.; andererseits solidarisiert sich die Kirche mit den Forderungen nach Wiederrücknahme der Solidarnosc, Freilassung der Internierten. Selbstverständlich weiß auch die Kirche, daß die von ihr propagierte Versöhnung, ein historischer Kompromiß in Polen unmöglich ist. Ihre Politik zwischen den Stühlen dient dem Ausbau der eigenen Macht, daß sie diese nicht für tatsächliche Volksmacht einsetzen wird, zeigt schon die enge Zusammenarbeit mit dem Vatikan, der nicht gerade Bestandteil der demokratischen und Arbeiterbewegung ist. Glaubt man angeblich, „der festen Überzeugung“, daß selbst die Kriegsrechtsregierung Jaruzelskys eine gewisse Duldung verdiene, wird jede spätere Regierung noch schlimmer für Arbeiter und Nation sein (FAZ, 4.9.). Diese Sichtweise deckt sich zwar mit Kräften in der Solidarnosc, die in Jaruzelsky das kleinere Übel gegenüber den

„Falken“ in der PVAP sehen, einer solchen Politik wird jedoch zunehmend der Boden entzogen durch die politische und ökonomisch untragbare Situation.

Eine „gewisse Duldung“ des Militärregimes beschwört die Spaltung der Solidarnosc herauf. Dieses Regime zu dulden, heißt darauf hinaus, den Widerstand gegen soziale Verelendung und politische Unterdrückung aufzugeben. Dennoch ist es offenbar so, daß große Teile der polnischen Opposition in Konfrontationen keinen Ausweg sehen, sondern — wie auch Bujak — darin eher die Gefahr eines weiteren Niedergangs sehen.

Indem das Militärregime friedliche Aktionen brutal unterbindet und damit Konfrontationen erzwingt, hofft es auf eine Spaltung der Solidarnosc, eine Isolierung der radikaleren Teile und deren Ausschaltung. Zu dieser Taktik mußte jedoch gehören, den sanfteren Teil der Opposition Zugeständnisse zu machen (wie es die Kirche ja auch fordert) — und für diese fehlt der Spielraum. Eine Befriedung Polens wird nicht gelingen. J., Hamburg

### Solidarnosc plant Giftkrieg!

Hat Walek die Neutronenbombe?

Vom Giftgas zur politischen Gewerkschaft Solidarnosc sprach der hier dokumentierte Kommentar aus der DKP-Zeitung „IZ“ des Pagan. Wie weit die Niederlage der Massenprotesten in Polen durch die Polizei stellt sich vor diesem Hintergrund im kommenden Übermarsch dar. Erwähnenswert ist, daß diese Notiz nicht etwa auf der Seite 1 („Die Welt der Realpolitik“) abgedruckt wurde, sondern auf der Titelseite, direkt neben dem Hauptartikel („IZ“, 9.9.82).

### Zum Tage

### Solidarnosc-

164

### Zum Tage

### Solidarnosc-Gift

Unser Leser Ulrich Strobel hat geschrieben:

Wer noch an der tatsächlichen Rolle der Solidarnosc zweifelt, kann sich in Mannheim ganz einfach und durch Augenschein davon überzeugen, wessen Geschichte diese sogenannte Gewerkschaft betreibt. Anlässlich einer Fahrrad-demonstration zu den Nervengasdepots der US-Armee im kaiserlichen Wald am letzten Sonntag kamen wir auch am Standort der sich großenteils aus Exilpolen rekrutierenden Bewachungseinheiten, die der US-Armee unterstehen, vorbei. Angehörige dieser „Fremdenlegion“ posierten sich, mit Pistolen bewaffnet, vor einem „Solidarnosc“-Schild an ihrer Unterkunft und beschimpften die Demonstranten.

„Solidarnosc“-Anhänger als Bewacher der Nervengasdepots der US-Armee, die ja nicht nur die Bevölkerung der Bundesrepublik gefährden, sondern gegen die sozialistischen Länder, ganz besonders auch gegen Volkspolen, gerichtet sind! Nachdem der DGB Rheinland-Pfalz gegen die Stationierung von Nervengas durch die US-Armee Verfassungsklage erhoben hat, sollten auch die letzten Gewerkschafter, die sich aus falsch verstandener Solidarität mit Solidarnosc verbünden, die Frage vorlegen, in wem zweifelhafte Gesellschaft sie damit kommen

## Polens Ökonomie steht vor dem Kollaps

Die Lage der polnischen Wirtschaft hatte sich bereits im letzten Jahr drastisch verschlechtert und nähert sich unter dem Jaruzelski-Regime dem vollständigen Kollaps. Die DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ („UZ“) titelt den polnischen Wirtschaftszustand Kiercynski: „Polen leidet sehr lange unter seinen Verhältnissen, jetzt erfolgt eine drastische Senkung des Lebensstandards“ (17.7.82). Nach offiziellen Angaben betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten 1981 25 %, was unterliehen sein dürfte, und die Lohnsteigerung ebenfalls 25 % (HWWA-Studie). Ebenfalls nach offiziellen Angaben betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten in den ersten sechs Monaten unter Kriegsrecht 103,9 %, bei einem Wachstum der Löhne um 45,4 % (FAZ, 20.7.82). Was die DKP-Zeitung lapidar „schmerzhafteste Korrektur“ nennt, heißt in der Praxis. Ende 1980 lebten in Polen 16 Prozent der Bevölkerung am Rande des sogenannten Sozialminimums; für dieses Jahr nun schätzt die HWWA-Studie 30 - 40 Prozent! („Die wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten sozialistischen Ländern Osteuropas zur Jahreswende 1981/82“, Hrsg.: Kl. Boltz, HWWA-Veröffentlichungen). Die Behauptung des polnischen Militärregimes und der DKP, daß die Wirtschaftskrise auf „ausgesprochen konterrevolutionäre Umtriebe“, wie z.B. „Dauerstreiks“, zurückzuführen sei, ist nach der HWWA-Studie Blödsinn! Von der regulären Arbeiterschaft pro Beschäftigten (1981) von 1961 Stunden wurden real 1711 Stunden gearbeitet, von den nichtgearbeiteten 250 Stunden entfielen lediglich 6 (noch!) Stunden auf Streiks, d.h. im Klartext: Durch Streiks gingen lediglich 0,3 % der Arbeitszeit verloren, was wohl Staatsdecker aller Art verneinen, aber keine Wirtschaftskrise auslösen kann.

Nach offiziellen Angaben betrug der Rückgang des Nationaleinkommens 1981 real ca. 13 % gegenüber 1980. Das HWWA allerdings kommt zu dem Schluss, daß ein Rückgang des Nationaleinkommens um real ca. 20 bis 25 % der Wirklichkeit eher entspricht und prognostiziert für 1982 einen weiteren Rückgang um etwa 5 Prozent. Dabei tritt die HWWA-Studie mit recht einleuchtenden Argumenten der von der FAZ bis zur „Iz“ verbreiteten These einer Ausbeutung Polens durch die UdSSR entgegen. Es sei eher so, „daß es die UdSSR war, die die polnische Volkswirtschaft jahrelang subventioniert“ habe. So hat die UdSSR Polen Rohstoffe erheblich unter dem Weltmarktpreis überlassen; die Kreditbedingungen sind außerordentlich günstig. „Zum Beispiel sieht das sowjetische Erdgasvertragsgesetz so aus: ...“

„...daß es die UdSSR war, die die polnische Volkswirtschaft jahrelang subventioniert“ habe. So hat die UdSSR Polen Rohstoffe erheblich unter dem Weltmarktpreis überlassen; die Kreditbedingungen sind außerordentlich günstig. „Zum Beispiel sieht das sowjetisch-polnische Handelsprotokoll für 1982 ein polnisches Defizit von 1,2 Mrd. Transferrubeln ... vor, das durch einen ab 1983 rückzahlbaren Kredit mit einem Zinssatz von 5 v.H. finanziert wird. Zum Vergleich: Polen mußte für die letzten ein Eurogeldmarkt aufgenommenen Kredite bereits einen Zinssatz von nahezu 18 v.H. akzeptieren.“ Im Gegensatz zu den imperialistischen Staaten muß die SU die polnische Misere nicht zur verstärkten Ausbeutung Polens, sondern leistet reale Hilfe (daß es dies aus eigenem Nutzen tut, ist eine andere Frage).

Die wirklichen Ursachen für die Verschärfung der polnischen Wirtschaftskrise liegen erstens in der Verlängerung der abenteuerlichen Importpolitik bzw. ihrer Folgen (vgl. AK 188 Außenhandel 5. Entspannungspolitik), zweitens in der Embargo- und Kreditpolitik der imperialistischen Staaten und drittens in der „polnischen“ Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahre, die alle Reformen verwarf, bzw. unter dem Kriegsrecht die zarten Ansätze realer Reformen wieder liquidierte.

1. Der massive Import westlicher Technologie in den 70er Jahren konnte nicht durch entsprechenden Export kompensiert werden und führte zu einer wachsenden Verschuldung Polens, wodurch der Zwang zu wachsendem Export verfestigt und der Binnenmarkt aufgrund mangelnder Produktionssteigerung geschrumpft wurde. Da gleichzeitig zwei Befriedung rentierender Teile der Arbeiterschaft (Streikwellen 1970/71 und 1976) die Sozialausgaben und die Löhne erhöht wurden, wuchs sich das ganze zu einer chronischen Unterverwertung des Binnenmarktes aus. Die Folgen waren Inflation, Schwarzmarkt, Schiebererei; der Dollar wurde zur polnischen „Zweitwährung“. Die polni-

sche Regierung hat für das zweite Halbjahr 82 eine weitere Kürzung von Waren um 96 Mrd. Zloty angekündigt (FAZ, 14.6.82).

2. Die US-amerikanischen Embargos trafen die polnische Landwirtschaft, indem sie Futtermittel reduzierten und damit die Produktion tierischer Erzeugnisse, was wiederum den Lebensmittelmarkt belastet. Die hochhaltende und um zusätzliche Profite feilschende Taktik der westlichen Banken, die von Polen eine Art Risikobonus verlangen, verschlechtert die Zahl ungabedingungen erheblich, was wiederum zu Lasten der dringend benötigten Importe geht. Insgesamt scheint es, als wäre der „freie Westen“ Polen an der Schwelle des Bankrotts halten, um zusätzliche Profite zu erwirtschaften. Dem Sprachgebrauch nach gehört Polen bereits zu den Untergeordneten des Imperialismus. „NATO will Polen noch unzufrieden“ und ähnliche Schlagzeilen scheint man hierzulande schon als normal anzusehen.

Die bislang geführten Umwälzungsverhandlungen reichen gerade eben aus, um Polen vor der erklärten Zahlungsunfähigkeit zu retten, bringen jedoch keine grundsätzliche Änderung der Situation, und die polnischen Schulden wachsen in astronomische Höhen. Die von den Herrschenden Polens aus dieser Situation gezogenen Konsequenzen verschärfen die innere Krise erheblich.

3. Polen hat seine Importe aus dem Westen erheblich reduziert. Dies mag zwar auf den ersten Blick vernünftig scheinen, da es einer weiteren Verschuldung entgegenzuwirken scheint, hat jedoch katastrophale Folgen für die polnische Industrie. „Besonders betroffen sind davon die Elektromaschinenindustrie und die Leichtindustrie, in denen die Auslastung der Produktionskapazitäten zur Zeit bei nur 40 v.H. bis 50 v.H. liegen. Da diese Industriezweige ungefähr die Hälfte der Industrieproduktion erstellen“, sei ein weiterer Rückgang der Industrieproduktion um mehr als zehn Prozent für 1982 zu erwarten (HWWA-Studie). D.h. die polnische Wirtschaftskrise ist wesentlich verursacht worden durch die seit Anfang der 70er Jahre verfolgte Importpolitik bzw. die Folgen ihres Scheiterns. Die Streiks, soweit sie ökonomische Fragen betreffen, waren nicht Ursache der Krise, sondern eine Antwort auf den Versuch, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Daran ist nicht zu rütteln, auch wenn die Streiks bzw. die durchgesetzten Verbesserungen für die Bergleute zu dem Rückgang des Kohleexportes beitrugen, der die polnische Verschuldung vergrößerte (HWWA).

Die Wirtschaftskrise in Polen nähert sich dem ökonomischen Zusammenbruch, und der Militärputsch hat die Bedingungen für ihre Lösung beseitigt. Die Abwälzung der Krise auf die Bevölkerung geht einher mit der Beseitigung der bereits erreichten Reformen, insbesondere der sog. Arbeitsmarktverwaltung. Unter den Bedingungen der politischen Unterdrückung und der sozialen Verelendung wird es kaum gelingen, die Arbeiterklasse für „Produktionseschichten“ zu mobilisieren. Eben-

sowenig ist es unter diesen Bedingungen möglich, die ursprünglich auch von der PVAP für nötig befundene Reform eines Abbaus der staatlichen Eingriffe und einer Stärkung der betrieblichen Autonomie zu erreichen, weil diese auf einer Mitarbeit der Belegschaften basieren müßte.

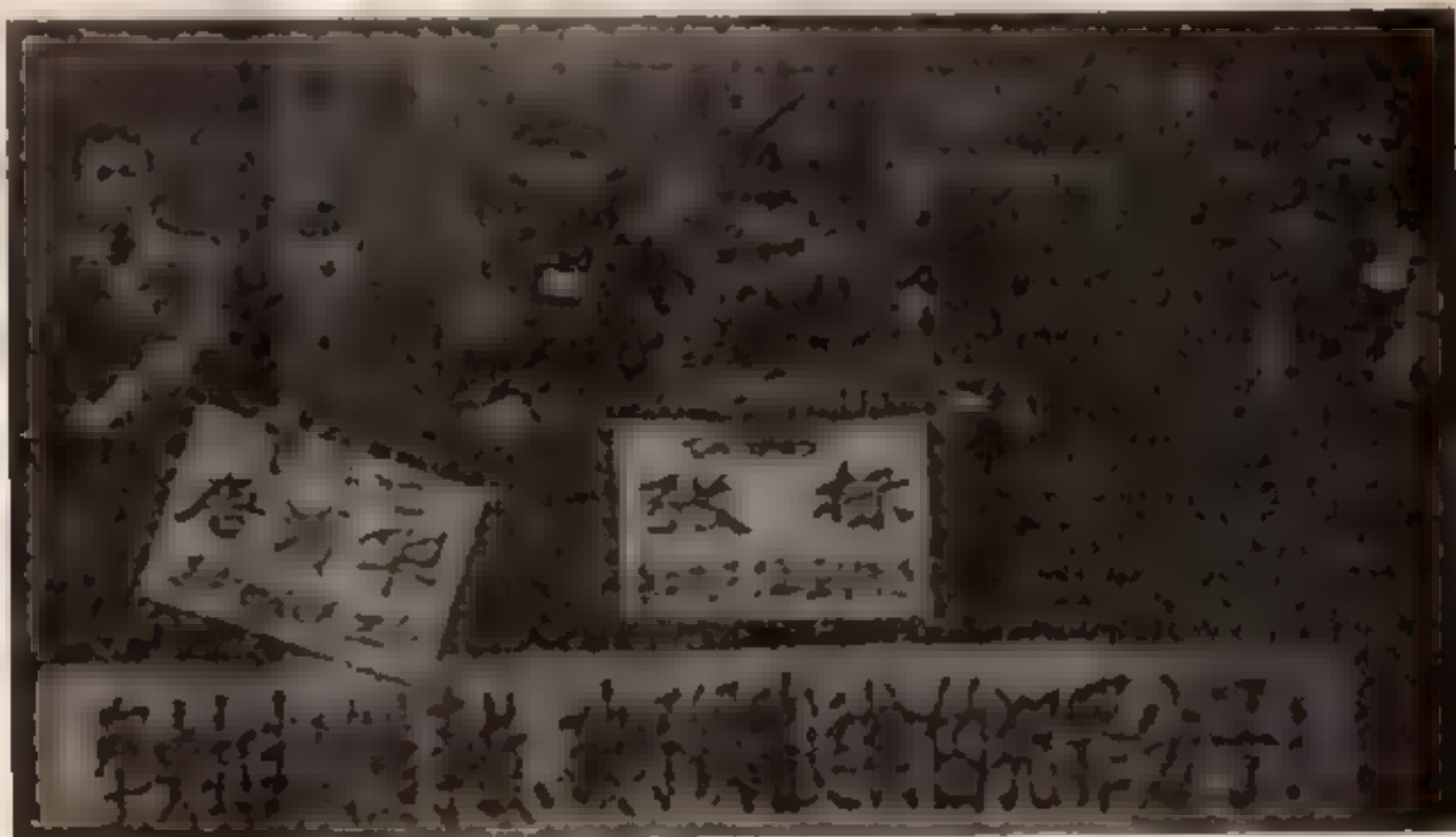
Auch wenn es bislang der SU gelang durch günstige Importe nach Polen und billige Kredite den Zusammenbruch Polens zu verhindern, so fehlen alle Voraussetzungen einer grundlegenden Änderung der Situation. D.h. die Krise wird mehr oder minder geschickt verwaltet, von ihrer Lösung ist man weiter entfernt denn je. Und eben deshalb kann der Militärputsch gar nicht freiwillig zurücktreten, er kann nicht die Solidarnosc wieder legalisieren, weil schon allein für soziale, ökonomische Zugeständnisse jeder Spielraum fehlt. Und gleichzeitig ist es richtig, daß bei Beibehaltung des Kriegsrechts an ernsthafte Reformen gar nicht zu denken ist. Die Krise der polnischen Gesellschaft wird also fortgeschrieben; eine wie auch immer geartete Lösung ist nicht in Sicht.

J., Hamburg



# Rebellion ist gerechtfertigt!

## Zur chinesischen Kulturrevolution



Wir setzen hier die Darstellung der Ereignisse in China im Jahre 1967 fort. Im Teil 4 dieser Artikelserie war geschildert worden, wie mit dem sogenannten »Januar-Sturm« eine revolutionäre Massen-Mobilisierung ganz China erfaßte. Die Welle von Aktionen zum »Sturz der Machthaber auf dem kapitalistischen Weg« und zur »revolutionären Machtergreifung« (nach ihrem Höhepunkt in der allerdings nur kurzlebigen Kommune von Shanghai. Dem »Rebellenturm« vom Januar 1967 folgte nach eine Gegenbewegung der rechten und mittleren Kräfte des Parteiapparats, um die Verhältnisse wieder in den Griff zu kriegen. Im folgenden werden die Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen in der KP Chinas im Hintergrund der Ereignisse von 1967 dargestellt. (Vorgangene Artikel zur Kulturrevolution sind zu finden in AK 201, AK 202, AK 204 und AK 224).

### Der Linienkampf in der KP Chinas

Dem Anschein nach stand hinter dem Rebellenturm ebenso wie hinter der darauf folgenden Konsolidierungspolitik geschlossen die gesamte Führungsspitze der KPCh. Wichtige Dokumente wurden im Namen der vier höchsten

Politikorgane (Politbüro, ZK, Staatsrat, Militärkommission des ZK und KRG (Gruppe für Kulturrevolution beim ZK). Tatsächlich aber kann man (grob) von drei Fraktionen in der KPCh-Führung sprechen.

— Die harte Rechte um Liu Shaoli und Deng Xiaoping hatte ihren Einfluß im Politbüro und ZK schon im Herbst 66 eingebüßt (Namentlich kritisiert wurden Liu und Deng in der Parteipresse erst ab April 67). Ihre Anhänger in den Provinz- und Regionalparteiorganen waren bevorzugte Angriffsziele des Rebellenturms im Januar gewesen.

— Die Pekinger Ministerial- und Planungsbürokratie (1) mit dem Staatsratsvorsitzenden Zhou Enlai an der Spitze, der auch über gute Kontakte zu den Kommandeuren der wichtigsten Großen Militärregionen (Huang Yongsheng in Guangzhou, Xu Shiyu in Nanking und Chen Xilian in Shenyang) verfügte. Auch Xie Fuzhi, Chef des chinesischen Sicherheitsapparats und faktischer Oberbefehlshaber der Pekinger Militärregion, muß dieser Fraktion zugerechnet werden.

— Die Parteilinke um Chen Boda und Jiang Qing, die nach dem Ausschluß Tao Zhous (2) in der KRG klar dominierte und den Propagandaapparat beherrschte. Sie hatte mit Lin Biao einen wichtigen Verbündeten und somit Einfluß im politischen Apparat der VBA, der von der Militärkommission des ZK geleitet wurde.

Mao Zedong spielte die Rolle der alles überragenden Integrationsfigur. Er war der Bezugspunkt für die Roten Garden und die Rebellienbewegung, aber auch die (Liu-treuen) Schwarzharden und selbstverständlich die Kräfte um Zhou brachen ihre Verehrung für den großen Vorsitzenden bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck. Bei dem massanten Autoritätsverfall der staatlichen und Partei-Strukturen war er ein Symbol (bzw. wurde dazu auch gezielt aufgebaut)

nicht nur für den revolutionären Prozeß, sondern fast noch mehr für die staatliche Einheit und Souveränität Chinas: eine übergreifende Klammer für die vielfältigen, sich gegenseitig bekämpfenden Fraktionen und neuen und alten Machtzentren im ganzen Land. Maos öffentliche Äußerungen waren stets hinsichtlich grundsätzlicher Natur und für die konkrete Situation mehrdeutig auslegbar, so daß sie diese Konstruktion nicht gefährdeten (3).

Die Parteilinke und die Fraktion um Zhou hielten während der ganzen Zeit der Kulturrevolution eine Art Nichtangriffspakt ein. Es gab zwar immer Machtkämpfe hinter den Kulissen (und das nicht zu knapp); nach außen hin aber wurde die Einheit der Partei gewahrt — sowohl gegenüber der barten Rechten als auch gegenüber der Massenbewegung. (Auf Kundgebungen beispielsweise sprachen oft Zhou mit Chen Boda oder Jiang Qing gemeinsam zu den Roten Garden.)

Beide Fraktionen sahen offenbar Chancen, ihre Konzeption innerhalb der KPCh durchzusetzen, und scheuten vor dem Risiko einer offenen Spaltung der Partei und eines möglichen Bürgerkrieges zurück. So wackelte die Grundlage dieses schwachen Bündnisses war, sie hielt doch bis 1976, als nach dem Tode Maos die Rechte (wieder vereint) endgültig die Verhältnisse in ihrem Sinne geklärt wissen wollte.

### Die Fraktion um Zhou Enlai

DE GRASSE WISSEN WOLLE

### Die Fraktion um Zhou Enlai

In der Zeit des Rebellenturms hatte der linke Flügel um die KRG praktisch alle die »Rechte« in der Parteipolitik geprägt. Gegen Ende Januar verschoß sich das Kräfteverhältnis; das linksdominante der Kulturrevolution und der »Rechten« (die »Rechte«) hatten einen Tiefpunkt ihrer Macht erleben müssen: Finanzminister Li Xiangnan, Außenminister Chen Yi, Erdölminister Yu Quli, Landwirtschaftsminister Tan Zhenlin und andere waren massiven Angriffen der Rebellien ausgesetzt, ihre Ministerien wurden belagert, besetzt und durchsucht. Jetzt wurden sie wieder ionangeben in der Pekinger Politik.

Zhou Enlai war es gewesen, der schon ab Mitte Januar immer wieder von den Rebellien gefordert hatte, die Steigerung der Produktion in der Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. »Der Premier bildet mit Li Xiangnan, (Planungschef) Li Fuchun, Qu Mu (Infrastrukturexperte) und Yu Quli eine schwarze Front, in der es darum geht, die Schwierigkeiten in der Produktion hochzuspielen, um so die Revolution zurückzudrängen.« (4)

So wie diese Kräfte die Parole von der »Förderung der Produktion« angewandt wissen wollten, bedeutete sie die In der Partei und die Kräfte der VBA, der von der Kulturrevolution angegriffenen Produktionsverhältnisse.

Der Meinung der »Experten«, der (in kapitalistischen Managementmethoden) erfahrenen Betriebs- und Wirtschaftsexperten und der Verwaltungsbürokratie in der »Rechten« (die »Rechte«) hatten einen Tiefpunkt ihrer Macht erleben müssen: Finanzminister Li Xiangnan, Außenminister Chen Yi, Erdölminister Yu Quli, Landwirtschaftsminister Tan Zhenlin und andere waren massiven Angriffen der Rebellien ausgesetzt, ihre Ministerien wurden belagert, besetzt und durchsucht. Jetzt wurden sie wieder ionangeben in der Pekinger Politik.

Zhou stand für den »Reformflügel« der herrschenden chinesischen Staatsbourgeoisie. Solange die Strukturen der Pekinger Ministerialbürokratie und der großen Industriekomplexe arbeitsfähig blieben und ihre Verbündeten im Offizierscorps der VBA nicht angetastet wurden, war diese Fraktion durchaus bereit, unter recht weitgehenden Zugeständnissen mit der KRG eine nach außen hin gemeinsame Politik zu vertreten. Auf Betriebs- und Abteilungsebene bedeutete diese Kompromißbereitschaft, daß den Arbeitern eine reisse Mitbestimmung eingeräumt wurde, vor allem, wo es um die Förderung der Produktivkräfte ging. Auf der politischen Ebene versuchte die Zhou-Fraktion, den größten Teil der Rotgardien und Rebellienverbände in die neuen Machtstrukturen zu integrieren (5) und nicht, wie es Deng und Liu vorgeschlagen hätten, sie mit massiver Gewaltanwendung zu unterdrücken.

### Die Politik der Parteilinken

Während das Taktieren der Kräfte um Zhou Enlai noch einigermaßen durchschaubar ist, wirft das Verhalten der Parteilinken Fragen auf, die wohl erst nach einer neuen revolutionären Entwicklung in China und einer Öffnung und Auswertung der geheimen Parteilinkarchive endgültig zu beantworten sein werden. War das Zurückweichen eine nur nach außen vorgetragene, zeitweilige taktische Entscheidung? Oder stand dahinter die Position, den Parteiapparat doch wesentlich von innen heraus reformieren zu können (mit der Massenbewegung als unverzichtbarer Unterstützung, die sich jedoch dem Kalbül der innerparteilichen Kräfteverhältnisse anpassen hätte)? Oder führte die

Rechte (die »Rechte«) hatten einen Tiefpunkt ihrer Macht erleben müssen: Finanzminister Li Xiangnan, Außenminister Chen Yi, Erdölminister Yu Quli, Landwirtschaftsminister Tan Zhenlin und andere waren massiven Angriffen der Rebellien ausgesetzt, ihre Ministerien wurden belagert, besetzt und durchsucht. Jetzt wurden sie wieder ionangeben in der Pekinger Politik.

Zhou Enlai war es gewesen, der schon ab Mitte Januar immer wieder von den Rebellien gefordert hatte, die Steigerung der Produktion in der Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. »Der Premier bildet mit Li Xiangnan, (Planungschef) Li Fuchun, Qu Mu (Infrastrukturexperte) und Yu Quli eine schwarze Front, in der es darum geht, die Schwierigkeiten in der Produktion hochzuspielen, um so die Revolution zurückzudrängen.« (4)

Welche Einschätzung der Lage die KRG selber hatte, und welche Einschätzungen sie aus taktischer Zurückhaltung oder Rücksichtnahme auf die »Rechte« (die »Rechte«) hatten einen Tiefpunkt ihrer Macht erleben müssen: Finanzminister Li Xiangnan, Außenminister Chen Yi, Erdölminister Yu Quli, Landwirtschaftsminister Tan Zhenlin und andere waren massiven Angriffen der Rebellien ausgesetzt, ihre Ministerien wurden belagert, besetzt und durchsucht. Jetzt wurden sie wieder ionangeben in der Pekinger Politik.

So wie diese Kräfte die Parole von der »Förderung der Produktion« angewandt wissen wollten, bedeutete sie die In der Partei und die Kräfte der VBA, der von der Kulturrevolution angegriffenen Produktionsverhältnisse.

Der Meinung der »Experten«, der (in kapitalistischen Managementmethoden) erfahrenen Betriebs- und Wirtschaftsexperten und der Verwaltungsbürokratie in der »Rechten« (die »Rechte«) hatten einen Tiefpunkt ihrer Macht erleben müssen: Finanzminister Li Xiangnan, Außenminister Chen Yi, Erdölminister Yu Quli, Landwirtschaftsminister Tan Zhenlin und andere waren massiven Angriffen der Rebellien ausgesetzt, ihre Ministerien wurden belagert, besetzt und durchsucht. Jetzt wurden sie wieder ionangeben in der Pekinger Politik.

So wie diese Kräfte die Parole von der »Förderung der Produktion« angewandt wissen wollten, bedeutete sie die In der Partei und die Kräfte der VBA, der von der Kulturrevolution angegriffenen Produktionsverhältnisse.

die gutbezahlten Facharbeiter sowie die Techniker, Meister etc. standen der Januarrevolution skeptisch bis militant feindlich (Schwarzharden) gegenüber. In den ökonomischen und politischen Verwaltungsapparaten war es nur gelegentlich gelungen, einen Teil der unteren Verwaltungsangestellten zu gewinnen. Die Bauernbewegung war auf einem politisch-ideologischen und organisatorischen Stand, der — von Ausnahmen im Umkreis der Metropolen abgesehen — ein koordiniertes und politisch gezieltes gemeinsames Vorgehen auf absehbare Zeit ausschloß. Mit einem Wort, die gesellschaftliche Basis für eine wirkliche Umwälzung war viel zu schwach.

Das Fehlen von klar definierten politischen Zielen und die organisatorische Zersplitterung der Rebellien verminderte die unbedingt notwendig gezeigte Verbreiterung und Verstärkung der Stoßkraft der Bewegung. Die diversen Claqueurkämpfe dorthin auf bis dahin Unentschiedenes auch nicht gerade Überzeugend gewirkt haben.

Der mit großem Enthusiasmus begonnene Rebellenturm war aufgelaufen; er drohte in völlig perspektivlosen Kleinkriegen auf der Ebene einzelner Betriebe, Verwaltungen und Stadbezirke, in der allgemeinen Zerrüttung des Wirtschaftslebens und im sukzessiven Verfall jeglicher politischer und staatlichen Autorität zu enden. Die archaische Gewalt der Bauernrebellien, deren letztlich politische Stoßrichtung noch völlig offen war, und der drohende Zusammenbruch der Lebensgrundlage der Bevölkerung zu einem archaischen Gewalt der Bauernrebellien, deren letztlich politische Stoßrichtung noch völlig offen war, und der drohende Zusammenbruch der Lebensgrundlage der Bevölkerung zu einem

Bei der weiteren Paralyse der Produktion und der Ausbreitung chaotischer Verhältnisse mußte mit Putschversuchen rechter Kräfte des Partei- und Staatsapparats mit massiver Unterstützung von regionalen Militärkommandanten gerechnet werden. Die Folge wäre nicht nur eine blutige Niederschlagung der Rebellienbewegung in den jeweiligen Zentren gewesen. Eine Spaltung der VBA und damit offener Bürgerkrieg im ganzen Land, die Entwicklung konterrevolutionärer Bestrebungen auf dem Land, die Lomung einzelner Provinzen und Militärbezirke von Peking und das Wiederaufleben »unabhängiger Reiche«, das heißt der Zerfall der staatlichen Souveränität Chinas, waren nicht auszuschließen. In einer Zeit, wo der Vietnamkrieg eskalierte, Taiwan und die USA immer aggressiver Töne gegenüber der VR China anschlugen und auch die Spannungen mit der Sowjetunion sich verschärften, mußten solche Überlegungen für die Parteilinke eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Die Bewegung einfach so weiterlaufen zu lassen oder gar zu versuchen, durch weiteres Anheizen in der Parteipresse das noch wegradikulierende Seckenbleiben der Rebellienoffensive zu negieren, wäre über alle Maßen riskant und in der Tat unverantwortlich gewesen. Die Parteilinke konnte also gar nicht anders, als zum Rückzug zu blasen. Es konnte nur darum gehen, diesen Rückzug einigermaßen geordnet zu vollziehen und bestimmte Positionen zu erhalten; Zeit zu gewinnen für ein neues Sammeln der Kräfte und die Vorbereitung eines Ansturms, der die Machtfrage zugunsten der Rebellien eindeutig entscheiden konnte.

Für die politische Klarheit der Massenbewegung hatte die konkrete Taktik der Parteilinken und die Art und Wei-

se, wie sie ihre Politik begründete, allerdings sehr negative Konsequenzen: Die falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses Anfang Januar und die gewaltige Selbstüberschätzung der Rebellien hatten ihren Grund nicht nur in deren allgemeiner Unerfahrenheit, sondern auch in dem von der KRG geschürten Gefühl, als vollberechtigten mit ihren Aktionen dem Willen Maos und (zumindest der großen Mehrheit) der KPCh-Führung. Nachdem es nicht gelungen war, die Stellungen der Partei- und Staatsbürokratie im ersten Anlauf zu überrennen, konnte die KRG nicht sagen: »Wir haben uns verschätzt, die Rechten waren stärker, als wir dachten; wir müssen uns zurückziehen, um einen neuen Anlauf vorzubereiten.« Das wäre eine offene Kampfanziehung an die Zhou-Fraktion gewesen, der die Januar Aktion wohl schon viel zu weit gegangen waren und für die klar war, daß es keine Wiederholung geben durfte. Der Rückzug mußte im Gegenteil, das forderte die verquerte Logik der politischen Kräfteverhältnisse, als der genau richtige Schritt zur Festigung der revolutionären Errungenschaften und als großer Sieg verkauft werden.

Bei der breiten Masse der Bewegung mußte das zu einer kranken Desorientierung führen; bei den politisch bewußten und radikalen Teilen zu Resignation und Verblüffung, die s.T. so weit ging, daß die KRG schließlich von ultralinken Gruppen in Peking quasi als Hauptfeind angesehen wurde (7).

Die neue (von der Parteilinke mitvertraten) Kaderpolitik erklärte plötzlich, was auf »Kulturrevolution« von ultralinken Gruppen in Peking quasi als Hauptfeind angesehen wurde (7).

Die neue (von der Parteilinke mitvertraten) Kaderpolitik erklärte plötzlich die eingefleischten Bürokraten zu revolutionären Kader, mit denen die Rebellien nicht nur zusammenarbeiten, sondern deren Führung sie auch anerkennen sollten. Notwendig wäre es hier gewesen, breit die Frage der Beurteilung dieser Kader und einer möglichst effektiven Kontrolle von der Basis her zu diskutieren, also das schiere Gegenteil von vertrauensvoller Zusammen-

»Wer sind unsere Feinde? Wer sind unsere Freunde? Das ist die entscheidende Frage jeder Revolution, in der auch die entscheidende Frage der großen Kulturrevolution«, schrieb Mao (8). Aber weder er selbst noch die KRG konnten darauf eine Antwort geben, die über Parteilinken hinausging. Statt einer Übernahme der alten, längst überholten Kategorien aus der Zeit des Bürgerkrieges — »Volksfeinde« sind: Bourgeois, Grundbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre, schlechte Elemente und Goummandang-Agenten — hätte eine Klärung der Frage nach Freund und Feind eine Analyse der Klassenverhältnisse im gegenwärtigen China vorausgesetzt. Sie hätte auch den Abschied von dem Dogma bedeutet, die Kulturrevolution sei »eine Revolution unter der Diktatur des Proletariats«, in der ganzen Zeit der Gründung der Volksrepublik habe die Linie Maos (und nicht Dengs und Lius) geherrscht, und es seien lediglich einige Organe der Diktatur des Proletariats von Rechten usurpiert worden (9). Die Propaganda der KRG ließ die neue Staatsbourgeoisie als Hauptträger der kapitalistischen Restauration im Dunkeln und verneinte die Tatsache, daß für eine wirkliche Machtübernahme der Arbeiter und Bauern diese Klasse erst noch gestürzt werden mußte, daß also mit der Absetzung einiger hoher Funktionäre und einer Umgestaltung der Ideologie der Menschen die Sache keineswegs getan war.



Aus der Logik ihrer Rolle in Partei und Staat heraus allerdings mußte die Parteilinke solche Positionen vertreten. Sie konnte sich nicht offen gegen die von Zhou repräsentierten Kräfte wenden und gleichzeitig die Einheit der Partei aufrechterhalten, die schließlich die Grundlage für ihren eigenen Einfluß als unbezweifelnder Mentor der Kulturrevolution war. In diesem Dilemma steckte die Parteilinke, und sie konnte daraus nicht entkommen, solange sie nicht die Vorteile ihrer Rolle als „Mantelträger der Partei“ aufgeben wollte. Ihr Handlungsspielraum war dadurch eng begrenzt. (Neben diesem Zwang zu weitgehenden taktischen Zugeständnissen scheinen allerdings auch eigene falsche Vorstellungen, was den Umfang, die Schärfe und die Unversöhnlichkeit der bestehenden Klassenwidersprüche angeht, eine wesentliche Rolle gespielt zu haben.)

Vielleicht hätte es die Möglichkeit gegeben, über Geheimkontakte zu Rebellengruppen (theoretische Anstöße zu geben und den politischen Kampfrangprozess in der Rebellengruppe voranzutreiben. Denn „Corps des 16. Mai“ um die KKR-Mitglieder Wang Li und Chi Benyu wurden solche Geheimkontakte zu „unabhängigen“ Gruppierungen nach ihrem Ausschuß aus der KKR (Herbst 67/Anfang 68) vorgenommen. Viel geflüchteter scheinen sie jedenfalls nicht zu haben. Zumindest für Anfang 67 waren die Schriften von Verbänden des III. und IV. Rotgardistenhauptquartiers (um Jiang Qing bzw. Wang Li und Chi Benyu) plus Wiedergaben der KRG-Stellungnahmen und -politik. Diese Gruppen wurden zwar mit Parteilinken mit Material gegen einzelne Rechte - auch aus der Zhou-Fraktion - versorgt. Aber dieses Material, z.B. Zitate aus den 30er und 40er Jahren, die den „revolutionären“ Charakter des Befreiungskrieges „von Anfang an“ beweisen sollten, waren kaum geeignet, den Blick für die konkreten Klassenverhältnisse zu schärfen, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hatten. Ein weiteres Problem trat hinzu: Die Parteilin-

ken herausgebildet hatten. Ein weiteres Problem trat hinzu: Die Parteilinke konnte natürlich nicht nur verbale Zugeständnisse an den rechten Flügel machen, sondern mußte - wollte sie ihre Position nicht einbüßen - auch die Rotgardisten- und Rebellengruppe dazu bringen, entsprechend zu handeln. Und gerade die radikalen Kräfte unter den Rebellen zeigten für die Politik der Konsolidierung nicht viel Verständnis. Die Möglichkeit, (im Sinne eines zeitweiligen, taktischen Rückzugs) offen zu argumentieren und zu überzeugen, stand der KRG nicht offen. Also wurde versucht, die Rebellen mit allgemeinen Phrasen über die Schädlichkeit von „Egoismus, Chiquenmentalität, Ultrademokratismus, Gleichmacherei“ etc. und unter Einsatz der persönlichen Autorität Maos und der KRG-Größen auf Kurs zu bringen.

Natürlich, Anlässe für solche Kritiken gab es mehr als genug. Aber was sollten denn die Rebellen mit der immer wieder propagierten Parole „Schließt ein großer Bündnis!“ anfangen, wenn als politische Grundlagen für dieses Bündnis lediglich die „Ideas Mao Zedongs“ angeboten wurden - auf die sich schließlich die rechten Schutztruppen der Parteilinien und die Parteilinken selber allesamt ganz genauso beriefen.

Für die oft anarchoide angehauchten Rebellen dürften solche Pauschalurteile nicht sehr überzeugend gelungen haben, und „Anweisung zum Handeln“ konnten sie schon gar nicht sein. Insofern war wohl der Einsatz der VBA als jeweilige Interpretin und konkrete Durchsetzerin der Konsolidierungspolitik an Ort und Stelle der einzige Ausweg. (Wobei offen bleiben muß, wie weit die Linke das Ob und Wie des Militäreinsatzes überhaupt bestimmte, oder inwieweit sie diesem Einsatz vor allem zugestimmt hat, um die VBA allmählich in das politische Geschehen mit einzubeziehen, die Einheiten an der Basis mit der Diskussion in der Massenbewegung zu konfrontieren und damit möglichsten massiven Interventionen einzelner Befehlshaber auf eigene Faust so gut es ging einen Riegel vorzuschieben.)

Jedenfalls mußte der Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen eine weitere Entfremdung der KRG von den radikalen Teilen der Bewegung mit sich bringen. Die KRG vertiefte sich, und dadurch verringerten sich die (schon sehr begrenzten) Möglichkeiten einer politisch-ideologischen Einflußnahme der KRG. Weiter darüber hinaus trägt hier die Parteilinke einen Teil ihrer eigenen Blais bzw. einen wichtigen Bündnispartner ab - ein Vorgang, der sich später mit der Verdammung der Hunaner „Linien“, des „Corps des 16. Mai“, Chen Boda und Lin Biao wiederholte und schließlich die Ausschaltung der übrigen Ebenen „Vierverbände“ relativ glatt über die Bühne gehen ließ.

Die Erfolge des taktischen Vorgehens der Parteilinken waren demgegenüber die Spaltung der Rechten und die schrittweise Ausschaltung der Hauptprotagonisten des „kapitalistischen Weges“. Vor allem aber hatte es (bei allen Beschränkungen im Einzelnen) der Massenbewegung einen „legalen“ Spielraum eröffnet, der noch einhalb Jahre vorher völlig undenkbar gewesen wäre. Ohne die Instrumentalisierung der Autorität der Partei durch die Parteilinke wäre eine Bewegung wie die Kulturrevolution unmöglich gewesen, jeder Widerstand hätte sich unter sehr viel schwereren Bedingungen entwickeln müssen. Daß auch im Frühjahr 67 die Parteilinke noch in der Lage war, Beschlüsse durchzusetzen, die der Massenbewegung ein Stück weit den Rücken freimachten, zeigt die Anordnung der Zentralen Militärkommission vom 6.4.67. Darin wurde den Armeekommandanten gewalttätiges Vorgehen gegen Massenorganisationen und Verhaftungen von Rebellenführern verboten (10).

Für die Zukunft der Kulturrevolution würde alles davon abhängen, ob es in den folgenden Monaten gelang, die politische Klarheit über Freund und Feind in der Rebellengruppe zu stärken und allmählich zu einer nicht als taktische Rückschritte gebundenen Führung der separatistischen linken Bewegung zu gelangen.

Der Januar/Februar 67 war eine Wendemarke in der Kulturrevolution. Aber die endgültige Entscheidung über ihr weiteres Schicksal fiel erst im Sommer und im Herbst. Damit wird sich ein weiterer Artikel im AK beschäftigen.

Ein Genosse aus Freiburg

## Anmerkungen

- 1) Mindestens 300 Personen waren 1968 im Rang von Ministern oder Vizeministern. Der Zentralrat der KRG unterstand 90 Ministerien und Kommissionen direkt, der Rang von Ministern oder Vizeministern. Der Zentralrat der KRG unterstand 90 Ministerien und Kommissionen direkt, der Rang von Ministern oder Vizeministern. Der Zentralrat der KRG unterstand 90 Ministerien und Kommissionen direkt, der Rang von Ministern oder Vizeministern. (Vgl. Edgar Snow: Die lange Revolution, München 1975, S. 25)
- 2) Tao Zhu war als Chef des Südkomitees des ZK der KPCh einflussreiches Mitglied der KRG gewesen, bis er unter nicht ganz klaren Umständen am 20. Januar 1967 herum als „Rechter“ „entlarvt“ und gestürzt wurde.
- 3) Das Eingreifen Maos in die Tagespolitik beschränkte sich auf die Unterstützung und das Propagieren lassen bestimmter Lösungen, Ereignisse oder Dokumente, die allerdings im Einzelnen wichtige Anstöße oder Rückendeckung für die Bewegung waren. (So erhielten z.B. die Pekinger Wandposten vom Mai 68, die Shanghai Januarrevolution oder auch die Parole „Rebellion ist gerechtfertigt“ durch Maos ausdrückliche Unterstützung ein gewisses Gewicht). Ansonsten soll Mao eine große Zahl von Gesprächen mit Vertretern der KRG und der Rotgardisten- und Rebellengruppen geführt haben. Berichte von diesen Gesprächen sind aber stets um drei Wochen herum überliefert und machen es schwer, eine zusammenhängende politische Position darin zu erkennen. Längere analytische Texte über Ziele, Verlauf und Ergebnisse der KP von Mao gibt es nicht (oder sie wurden zumindest nie veröffentlicht). Angesichts dessen, daß Mao immer als der Überwiegende der Führer der KRG aufgetreten wurde, eine ziemlich bemerkenswerte Tatsache.
- 4) Wu Guang, zit. nach Hoffmann, Rebellen, S. 98. Eine GDR-Quelle behauptet, im Jahre 1967 habe eine Gruppe von Mitgliedern des Politbüros des ZK der KP Chinas, das unter Yan Zhenxin, Zhu De (Jüdisch-Armeeführer), Yu Qian, Chen Yun (Planungsminister), Nie Ruochen (Stellvertreter des ZK), ... die Rehabilitierung abgelehnt. Funktionäre und die Beendigung der Kulturrevolution gefordert („Kommentierte Chronik“ S. 170).
- 5) Mit dem sogenannten II. Hauptquartier der Hauptstädtischen Roten Garden (deser Hauptbasis an den Fachhochschulen) regierten kontrollierten Zhou und Li. Neben einem Teil der Bewegung umschloß die Überwachungsorgane konnten sie dadurch von innen heraus auf die Bewegung im ganzen Land Einfluß nehmen, wenn auch wenig nicht in dem Ausmaß, wie Jiang Qing mit dem III. Hauptquartier.
- 6) Hoffmann, Rebellen, S. 67.
- 7) Vgl. Hoffmann, Rebellen, S. 143-148.
- 8) Ramin Ribco, 1987, zit. nach Jerome Chen (Hg.): Mao Papers, München 1978, S. 184.
- 9) Aus dieser Einschätzung heraus soll Mao den Schritt gezogen haben, die Lösung „Die Natur des Proletariats gründlich verbessern“ sei reaktionär als Ziel auf den Kurs der proletarischen und die Aufklärung einer bourgeois Diktatur. Ideologisch könnte die Diktatur des Proletariats nur partiell verbessert werden. Diese Äußerungen Maos plätierte Chang Zhongqian in einer Rede anlässlich der Demonstration der Shanghai Kommune (SLM Nr. 4147 S. 2). Egal ob Mao das wirklich gesagt hat, oder ob Chang das nur unterstellt, es schlug doch der alte (und richtigen) Aussage ins Gesicht, die KRG sei eine Revolution, in der eine Klasse eine andere Klasse stürzt. (S. CCP Documents, S. 408-411)

# 8 Jahre Knast für KPD/ML-Leute in der DDR

Daß es in der DDR nicht ganz so demokratisch zugeht wie das zweite „D“ im Kürzel verspricht, ist kein Geheimnis. Wie brutal und total dort aber auch die einfachste oppositionelle Aktivität kriminalisiert wird, erweist sich gelegentlich doch noch. So etwa, wenn im Juni und Juli dieses Jahres zwei angebliche Mitglieder der KPD/ML zu jeweils 8 Jahren Knast verurteilt wurden.

Die KPD/ML unterhält seit Mitte der 70er Jahre eine „Sektion DDR“. Dieses Gebilde, das zunächst vorwiegend in der Phantasie existierte, scheint in den letzten Jahren konkrete Gestalt angenommen zu haben. In Verbindung mit den Massenunruhen und der Oppositionsbewegung in Polen schien das kleine ML-Häufchen dem Staatssicherheitsdienst der DDR jedenfalls so argwöhnisch, daß zum großen Schlag ausgeholt wurde. Insgesamt wurden von Oktober 1980 bis Oktober 1981 mindestens 10 Männer und Frauen verhaftet. Konkrete vorgeworfene Verbrechen waren Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und Plakaten, Mitarbeit an und Verbreitung der KPD/ML-Zeitung „Roter Morgen“, propagandistische Aktivitäten für die KPD/ML.

Im Oktober 1981 fand der erste Prozeß statt. Ein Oudertiner wurde zu 44 Monaten Knast verurteilt, seine Freundin zu 22 Monaten. In späteren Prozessen gab es Urteile von 3 Jahren und 10 Monaten, 4 Jahren und 10 Monaten und von 6 Jahren. Die bisher härtesten Urteile wurden im Juni und Juli dieses Jahres gegen Manfred Wilhelm (Betriebsbuchhalter) und Andreas Bortfeldt (Mathematiker) aus Oudertin verhängt: 8 Jahre Knast!

Beht man die Publikationen, die zu denarteten Urteilen führten (in einer von der KPD/ML herausgegebenen Solidaritätsbrochure sind einige Texte fakultativ), so kann man über deren Harmlosigkeit nur staunen. Im Wesentlichen handelt es sich um dieselbe

aufgeblasene Phrasendrescherei, mit der die KPD/ML hierzulande keinen Blumentopf gewinnen kann. Daß ausgerechnet die DDR-Bevölkerung auf ML-Phrasen im Stil von „Ewiger Ruhm dem Genossen Stalin!“ oder „Vorwärts mit der KPD/ML!“ positiv reagiert, wird (außer der KPD/ML selbst) wohl niemand vermuten wollen. Umso deutlicher wird an der brutalen Unterdrückung und Verfolgung von KPD/ML-Sympathisanten in der DDR, daß es den Herrschenden der DDR in erster Linie um ein Prinzip geht: Politische Opposition, einmal wenn sie organisiert aufzutreten versucht, ist absolut unzulässig. Dieses generelle Verbot muß permanent und exemplarisch angewendet werden, um größerer Einbrüche in die vorherrschende Einheitschörigkeit gar nicht erst zuzulassen.

Die von der KPD/ML herausgegebene Solidaritätsbrochure enthält aufschlußreiche Details über Justiz und Strafvollzug in der DDR. Hier einige Zitate:

„Untersuchungshaft für politische Gefangene in der DDR bedeutet Isolationshaft. Der Gefangene darf keinerlei persönliche Dinge in der Zelle haben. Dazu gehören auch Papier und Schreibzeug. Das Ausschmücken der Zelle ist verboten. Es gibt keine Spiegel, kein Radio. Der Gefangene sieht und hört wochenlang niemanden außer dem Gefängnispersonal und den Vernehmungsbeamten des Staatssicherheitsdienstes. Ein ausgebildetes System in den Haftanstalten sorgt dafür, daß der Gefangene auf den Gängen des Gefängnisses niemals einen der Mitgefangenen sieht. Der sogenannte „Hofgang“ - auf einer Fläche von ca. 20 qm - wird nicht gemeinschaftlich, sondern einzeln durchgeführt. Besuch ist nur von Verwandten ersten Grades gestattet, einmal im Monat. Auch der Briefkontakt, den der Gefangene un-

terhalten darf, ist auf Verwandte ersten Grades beschränkt.

Seinen Rechtsanwalt bekommt der Gefangene in der Regel erst wenige Tage vor seinem Prozeß zu sehen. Von einer Verteidigung des Angeklagten kann auch schon deshalb keine Rede sein, weil der Gefangene keinerlei Unterlagen über das gegen ihn laufende Ermittlungsverfahren in die Hand bekommt. Stattdessen und Beschluß über die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens werden ihm vorgelesen. Er selbst bekommt diese Schriftstücke nicht in die Hand. Ein Recht auf Akteneinsicht existiert in der DDR nicht. Der Gefangene bekommt sie (die Anklageschrift) erst wenige Tage vor dem Prozeß und auch dann nur für eine halbe Stunde zu sehen. Und dazu kommt je noch, ... daß der Gefangene kein Papier und Schreibzeug in der Zelle haben darf, sich also überhaupt keine Notizen zu seiner Verteidigung machen kann...

Die Gerichtsverhandlung ist faktisch nie öffentlich...

... So wurden die Angehörigen der verhafteten kommunistischen Oppositionellen - Ehepartner, Eltern, Geschwister - zum Teil mehrmals zu Verhören beim Staatssicherheitsdienst vorgeladen. In einem Fall dauerte ein solches Verhör 15 Stunden! Zum Teil kam es auch bei Angehörigen der Verhafteten zu Hausdurchsuchungen. Der Mutter von Manfred Wilhelm, einer Rentnerin, wurde sofort nach der Verhaftung ihres Sohnes der Fuß entzogen...

Kontaktadresse: Solidaritätskomitee für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR. Horn Dieter Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund.

## Dokumentation

# Einladung zu einem Kongreß revolutionärer Studenten am 4./5. Dezember in Mannheim

Am 24./25. 7. 1982 haben sich in Mannheim im BWRK, den kommunistischen Hochschulguppen, den kommunistischen Studenten (Studentenrat der KPD) und in der Freien Arbeiterbewegung (FAU) organisierte Studenten sowie andere revolutionäre Studenten getroffen und über die Situation und die Aufgaben an den Hochschulen diskutiert. Wir, die dort anwesenden Studenten, wenden uns nun mit dieser Einladung an andere revolutionäre Organisationen und Studenten. Heute arbeiten revolutionäre Organisationen an den Hochschulen sehr zersplittert. Wir meinen, daß dieser Zustand gerade angesichts des ideologischen Vormarsches der Reaktion geändert werden muß. Revolutionäre Theorien werden wieder ganz offen an den Hochschulen vertrieben und selbständig gemacht, was sich z.B. in der Verabschiedung des Heidelberger Manifestes zeigt. Insbesondere die GDMUS hat ein Programm für die Hochschulpolitik der achtziger Jahre entwickelt. Darin wird die Festlegung von Lehrinhalten und wissenschaftlicher Beilegung auf die Grundlage der PDQ verlegt. Hinzu kommt die Propagierung der Elitenuniversität und die direkte Auftragsforschung für Kapitalisten. Eine theoretische und ideologische Basis für die Kampfspläne des BRD-Imperialismus und die Entlassung von Reaktion und Faschismus zur Unterdrückung der Arbeiterklasse soll geschaffen werden und wird geschaffen.

Als revolutionäre Studenten haben wir ein Interesse daran, auf Basis gemeinsamer Grundsätze dieser Profile der Reaktion wirksam als bisher entgegenzustehen. Solche Grundsätze müssen erarbeitet werden und sollten die folgenden Positionen abdecken. „Die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat, die Notwendigkeit der gewalttätigen Zerschlagung dieses Staatssystems und seine Ersetzung durch demokratische Bindungen, die in sich selbst den ersten Schritt zum völligen Absterben des Staates beinhalten muß, die absolute Ablehnung einer Verteidigung des imperialistischen Vaterlandes, die Notwendigkeit einer Organisation der Revolutionäre als vorkommende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen, die Orientierung auf die Arbeiterklasse als Hauptträgerin des revolutionären Prozesses.“ (Arbeiterkampf 217)

Über die Positionen herrscht Konsens bei den Halbes, ... die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen Absterben des Staates beinhalten muß. Die FAU (Anarchisten) ist der Auffassung, daß nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die breite soziale Revolution die Fülle, die sich im Laufe des revolutionären Prozesses bilden, die Macht, die sie als Basisorganisation der breiten Massen dabei bestimmen, zu behalten und sich zu verhalten etc. Die Halbes müssen von unten nach oben organisiert und strukturiert sein. Eine so entstandene Arbeiterbewegung kann und darf nicht Staat sein. Für uns (FAU) besteht ein

Unterschied zwischen Arbeiterbewegung ohne Staat und Arbeiterbewegung mit Staat. Bei letzterem wird unsere Errichtung die Arbeiterbewegung vom Staat bzw. seinem Apparat aufgegeben, d.h. die Räte kommen zu zweit, zugehörigen Aktionsorganen - entsprechende Beschlüsse aus der jüngeren Geschichte sind teilweise bekannt. Deshalb lehnen wir einen Staat nach der Revolution ab und treten für eine Arbeiterbewegung ohne Staat ein, wobei die Räte als arbeitende Organe noch so etwas wie Staatsfunktionen wahrnehmen müssen. Auf diesem Weg scheint uns (FAU) ein direkter Übergang zur freien Gesellschaft angelegt zu sein.

Unter Zeit ist eine wissenschaftlich fundierte Position gegen die Reaktion aufzubauen. Wir zu stärken. Wir denken, daß dazu die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und Studenten nötig ist. Das Ziel sollte ein einheitlicher Studentenverband sein. Ein solcher Studentenverband soll mit seiner Politik den Kampf für die Verteidigung und die Verbesserung der sozialen Lage und der Studienbedingungen der Studenten, sowie den Kampf um Erhalt und Ausbau der politischen Rechte der Studenten unterstützen und dafür Festlegungen erarbeiten.

Wir wollen über diese Vorstellungen mit allen weiteren Interessierten diskutieren und laden zu diesem Zweck zu dem Kongreß am 4./5. Dezember in Mannheim ein.

Wir haben die folgenden Tätigkeiten bereits jetzt beschlossen, weil sie nötig und natürlich im Kampf gegen die Reaktion sind und der Diskussion und Zusammenarbeit dienen.

1. Herausgabe eines gemeinsamen Materials als Beitrag zur Widerlegung reaktionärer Theorien, insbesondere des Heidelberger Manifestes zu Beginn des Wintersemesters. Durchführung örtlicher Veranstaltungen zu diesem Thema.
2. Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema Sozialabbau, u.z. zu den Plänen der bürgerlichen Parteien und Kapitalisten in Bezug auf Studienfinanzierung.
3. Gemeinsame Herausgabe eines Nachrichtendienstes über Verhältnisse an den einzelnen Hochschulen.

Zur Durchführung dieser Tätigkeiten wurde ein Koordinationsausschuß gebildet und beschlossen, daß die anwesenden Organisationen und Studenten auf örtlicher Ebene Kontakt aufnehmen, um gemeinsame politische Schritte zu ergreifen. Der Koordinationsausschuß soll gegenüber Interessierten und der Öffentlichkeit die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Kongresses sicherstellen. Zusätzlich zu der Einladung zum Kongreß fordern wir alle revolutionären Organisationen und Studenten dazu auf, mit uns zusammen den Kongreß vorzubereiten und durch gemeinsame Zusammenarbeit und Diskussion Schritte in Richtung einer gemeinsamen Or-

ganisierung von Revolutionären an den Hochschulen zu machen. Mannheim, den 25. 7. 1982 (einstimmig mit 20 Stimmen beschlossen)

## BUNTE HILFE - STARTBAHN WEST

„Alle, denen geht, dem Staat aus. Widerstand gegen den Staat der Part.“ (Hilf mit in Zusammenarbeit mit) Seite Seite 18. DM 1,50

EINIGKEIT + SPECHT + FREIHEIT Ein politisches Bilderbuch in Sachen Startbahn-West 80 Seiten 14. DM (incl. Porto)

Zu beziehen gegen Vorauszahlung auf das Sonderkonto Barbara Krebs 18072 603 Postfach Frankfurt

## Schulungs-Info Nr. 8

Arbeitsmaterial des zweiten Teils der Schulung Entwicklung des Imperialismus seit 1945 und die Rolle der BRD in diesem Zusammenhang. Inhalt des Infos - Bericht über den 1. Schulungsteil der K B-Gruppe Nürnberg - Einführungsreferat zum 2. Teil - Struktur eines Referats zur Geschichte der BRD - Protokolle der AGs und des Plenums

- Wegweiser für den Umgang mit den Texten dieser Schulung - Zusatzpapiere zur ökonomischen Expansion der BRD an Beispielen. Bestellungen nur gegen Vorauskauf (DM 5,00) an die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19. Einsendung auf Postcheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 27175 - 203



# Anmerkungen zum Artikel „Linkssozialisten in Europa“ (AK 224, S. 36)

1. Wir kritisieren an Gossens KI (NL-Kommission) die Art und Weise, in der er seine offensichtliche Kritik an Programm und Aufmachung des Buntbuch-Verlags vorbringt. Diese Kritik ist an der Stelle fast am Platz, weil sie inhaltlich mit der folgenden Buchbesprechung nichts zu tun hat. Darüberhinaus haben wir in dieser Passage eine neue Qualität der Auseinandersetzung im AK, die es so bisher nicht gegeben hat. Die Form, in der diese Fundamentalkritik in einem Nebensatz vorgebracht wird, verhindert einen offenen Streit über die Einschätzung des Buntbuch-Verlags oder soll dies sogar.

2. Wir haben nicht die Absicht, unsererseits eine Debatte über das Kulturverständnis von KI vom Zaun zu brechen, obwohl es allemal einer Diskussion wert wäre, da es im Widerspruch zum Kulturbeschluss des 2. KB-Kongresses zu stehen scheint. Wir würden eine entsprechende Stellungnahme von KI begrüßen, gleichwohl wir damit nicht rechnen. Es bedürfte seinerseits schon einer gehörigen Portion revolutionären Mutes, seine Thesen etwas ausführlicher darzustellen und damit diskutierbar zu machen.

K. HH

Wunderbar, so etwas gab's noch nie! Bravo, da capot! So viel lächerliche Feinheiten in einem Vorspann, der vermuten läßt, daß sich im folgenden mit den unpolitischen Verlagen auseinandergesetzt wird. Aber nein, der liebe, konsequente AK-Leser wird auch diesmal enttäuscht ... Es ist wirklich traurig, daß es noch Leute gibt, die so einen Schwachsinn erzeugen, bravo! Wo lernt man diese Form vom Lumpenjournalismus? Es scheint, daß dieser Schreiberling ein fleißiger Leser ist. Nur kommt er wohl über den Buchrücken nicht hinweg. Macht sich ja auch so gut im Regal. Und auch, der unpolitische Buntbuchverlag ändert im Laufe der Zeit sein Emblem. Und nun ist da keine Faust mehr hinten drauf, also auch keine Faust im Inhalt! So einfach ist das. Vielleicht meditieren die Verlagsleute in diesem heimatlichen Haus? Ich glaube eher, daß der Autor zu viel in seinen politischen Abhandlungen meditiert, oh Faust komm raus! Hast Du irgendwelche persönlichen Schwierigkeiten mit diesem Verlag? Dann schreib das doch. Vielleicht kann man Dich dann ernst nehmen. Aber doch nicht so einfach in den Vorspann reinfallen, wer macht denn so was? Vielleicht irgendwelche Boulevardblattschreiber, und der AK soll doch kein solches Blatt werden, nicht wahr, liebe Redaktion?

Zum Schluß frag' ich mich dann eigentlich nur noch, wer diesen Vorspann geschrieben hat. Wenn es nur K. war, dann ist vielleicht E.'s und Kt.'s Unterstützung zu weit gegangen? Oder wie oder was?

Be., Hamburg

Zum Schluß frag' ich mich dann eigentlich nur noch, wer diesen Vorspann geschrieben hat. Wenn es nur K. war, dann ist vielleicht E.'s und Kt.'s Unterstützung zu weit gegangen? Oder wie oder was?

Be., Hamburg

Da es Anfragen und Spekulationen gegeben hat, wieviel einzelne Personen oder gar „der KB“ hinter dem in dem Artikel enthaltenen Seitenhieb gegen den Buntbuch-Verlag stehen, ist eine Klärung notwendig.

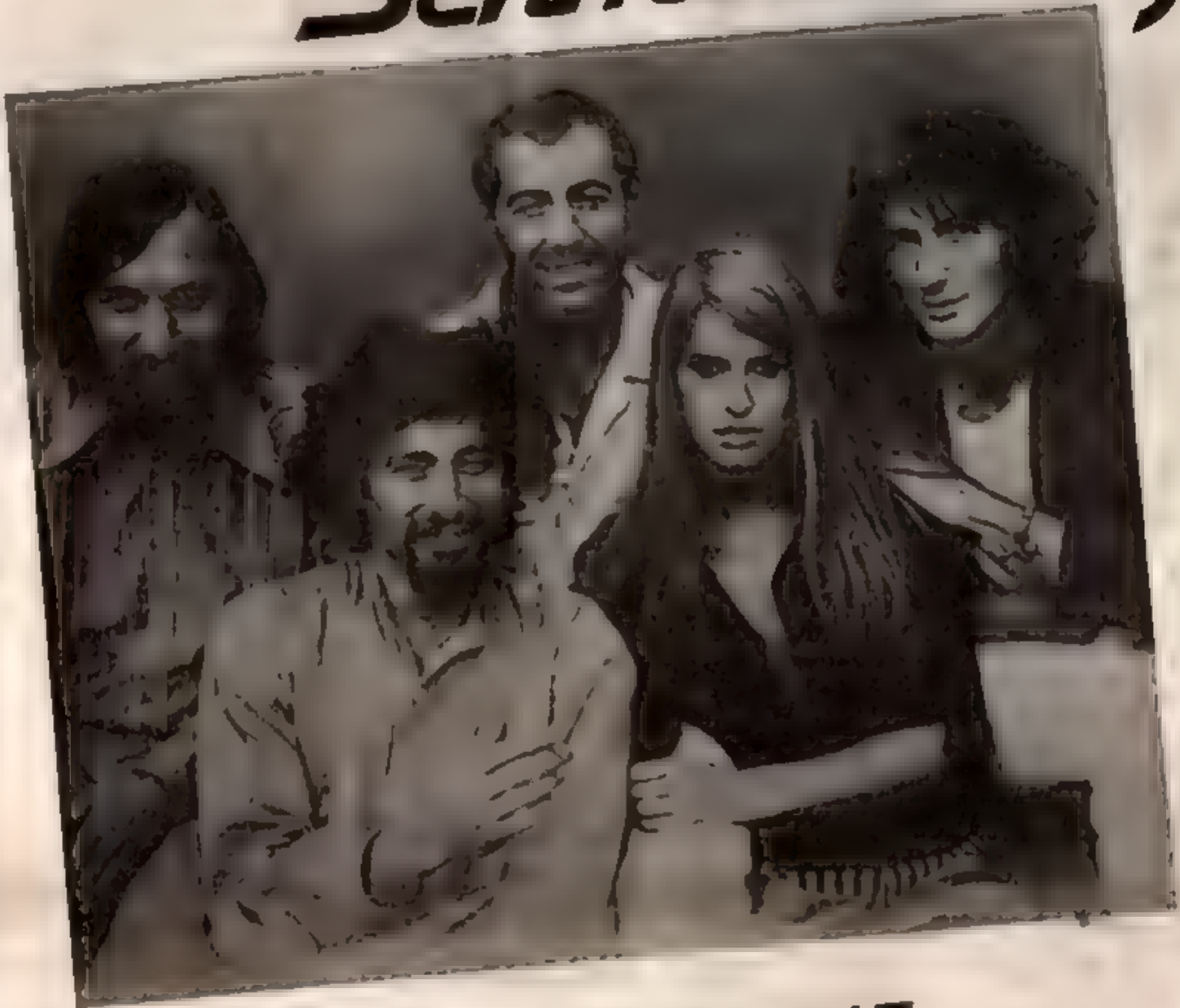
1. Namentlich gezeichnete Artikel geben im AK wie überall auf der Welt die Meinung der Autorin/des Autors wieder. Wesentlich deshalb gibt es im AK überhaupt namentliche Artikel-Zeichnungen.

2. Artikel, die als kollektive Leistung und Meinungsäußerung gemeint sind, sind entsprechend gekennzeichnet, etwa im Namen einer Kommission, mit den Initialen von mehreren Autorinnen/Autoren o. s. Wenn beispielsweise seitens der AK-Redaktion wesentliche Umarbeitungen, Ergänzungen usw. zu einem Artikel gemacht werden, dann lautet die Zeichnung etwa: „Kommission u. d. AK-Redaktion“.

3. Autor des Artikels „Linkssozialisten in Europa“ ist, wie aus der Zeichnung hervorgeht, allein K., NL-Kommission.

4. E., Frankfurt, und Kt., Hamburg, haben den Autor unterstützt. Diese Unterstützung bestand konkret darin, daß E. von dem besprochenen Buch das Frankreich-Kapitel, Kt. die Kapitel Italien und Portugal durchgesehen und bewertet haben. Eine inhaltliche Zustimmung zum Artikel, namentlich der Buntbuch-Passage, ist daraus nicht abzuleiten. Andererseits wäre für den Artikel die Unterstützung: K., NL-Kommission, E., Frankfurt und Kt., Hamburg gewählt worden.

# Schmetterlinge



## DIE LETZTE WELT

druck und ausdrucksvolle Stimmen.

geschichte. Reichtum bedingt Armut. Wir nehmen uns vor, das „Geflecht“ zu ...

Reiter": Hunger, Profit, Krieg und Tod. Der Hunger, ein großes Gespenst, von Menschen erlitten, von Menschen ...

Die Wiener Gruppe „Schmetterlinge“ hat im Herbst letzten Jahres eine neue Produktion herangebracht, die jetzt auch als Doppel-LP erhältlich ist.

Bekannt wurden die „Schmetterlinge“ innerhalb der deutschen Linken v.a. mit ihrer „Protestmusik“, die den gelungenen Versuch einer musikalisch-textuellen Geschichtsbeobachtung von unten dokumentiert. Geschichte aus der Sicht der Unterdrückten und Beherrschten, der Tradition unserer Kämpfe folgend: Bonaparte-Kriege — französische Revolution — Pariser Commune — russische Oktoberrevolution — heutige Kämpfe.

Die zweite hier bekannte Produktion, die „Herbstreise“, befaßt sich mit der Zeit des 3. Reichs und v.a. mit der neuerlichen Faschisierung in Deutschland und mit den Freigangsmusik im Deutschen Repressionsberaubt 1977.

Die Schmetterlinge sind eine Gruppe, die seit vielen Jahren in gleicher Weise zusammenarbeitet. Die Texte ihrer Lieder stammen zum größten Teil von dem Wiener Schriftsteller Heide R. Lager, der darüber hinaus auch eigene Lyrik und Theaterstücke produziert. Die Qualität der Produktionen der „Schmetterlinge“ beruht auf einem gemeinsamen Zusammenspiel des poetischen, dicht gedragten, ausdrucksreichen Textes von Heide R. Lager und der passenden, äußerst vielfältigen musikalischen Interpretation für ernsthafte ebenso wie für ironisch-sarkastische Aussagen werden entsprechend klassische oder volkstümliche Vorlagen verwendet, neue Lieder komponiert, Filmmusik, Punk etc. herangezogen. Dazu kommt noch das Unterstreichen des Inhalts durch entsprechende Kostüme.

Mimik und ausdrucksvolle Stimmen, die unter die Haut gehen.

Anführen möchte ich hier noch, daß die „Schmetterlinge“ in Wien längst zu einer Institution für alle fortschrittlichen Regungen geworden sind, (so z. B. bei der Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des österreichischen Kernkraftwerkes Zweimondel maßgeblich am Zustandekommen des „Nein“ beteiligt waren), und auch in der BRD nicht für den luftigeren Raum produzieren, sondern immer dort zu finden sind, wo Widerstand sich regt, so z. B. auch bei der Bonner Großdemo am 10.6.

Die „Schmetterlinge“ sind durch einen eigenen Plattenvertrieb und ein eigenes Studio unabhängig von den Plattenkonzernen.

Das neue Programm entstand aus dem Vorsatz, das Thema „Dritte Welt“ zu behandeln. Während der Arbeit von den immer offensichtlicher werdenden Kriegsvorbereitungen und Kriegsdrohungen eingeholt, ist daraus ein Anti-Kriegs-Programm geworden, das jedoch immer noch im wesentlichen auf die Widersprüche zwischen den Industrieländern und Dritte-Welt-Ländern eingeht. Die innerimperialistischen Widersprüche ebenso wie die Rolle der Sowjetunion werden nicht behandelt. Die Platte konzentriert sich auf die Schilderung der Geschichte und Wirkungsweise des Imperialismus, zeigt die Zusammenhänge dieses Wirtschaft- und Beherrschungssystems und die daraus entspringende Kriegsgeschichte auf.

Im Vorwort zum Arbeitsbuch heißt es: „Alles hängt mit allem zusammen. Die Verhältnisse in Europa stehen in einem direkten Zusammenhang mit allem, was in den Entwicklungsländern ...“

geschichte. Reichtum bedingt Armut. Wir nehmen uns vor, das „Geflecht“ zu schildern, das ganze Netzwerk der Zusammenhänge, den Wahnsinn, die Irrationalität eines Systems, das überlebt, indem es tötet ... Der „Doppelhaushalt“, Schmidt's „damit siehst und fühlst du“, „Halb's ...“, es gibt Wichtigeres als den Frieden und die Reaktionen der Menschen, die immer drückender begraben mußten, daß sie auf zukünftigen „Schlachtfeldern“ leben“ brachten uns „zum Kern unserer Aufgabe. Es gibt nur eine Welt, die einzige, die wir haben. Und es gibt nur eine Möglichkeit, in ihr zu überleben — nämlich die Tendenzen zu ihrer Vernichtung zu bekämpfen. Denn eins ist klar, es ist ...“

### DIE LETZTE WELT

Die Tendenzen zur Vernichtung unserer Erde werden auf dieser Platte bekämpft durch eine präzise Darstellung der Systematik dieser Tendenzen.

#### 1. Teil In den Gärten des Wahnsinns

Die Darstellung beginnt von außerhalb, mit einem Blick auf die Erde vom All aus, mit einem Blick auf einen Planeten mit blauen Ozeanen, grünem fruchtbarem Land. Die Voraussetzungen unserer Erde, den Menschen Heil und Nahrungsspende zu sein, werden in ihrer Schönheit sichtbar. Doch beim Näherkommen entsuppt sich das Erde als von der „Schwarzen Pest“ zerfressen.

Der globale Zugriff auf die Erde blüht totalen Vernichtung wird dargestellt im Lied der „4 Apokalyptischen ...“

Reiter": Hunger, Profit, Krieg und Tod. Der Hunger, ein großes Gespenst, von Menschen erlitten, von Menschen gemacht, hält in seinem Klammergriff zwei Drittel der Erde umspannt. Die Seiten schließen die Augen: „Nichts sehen, nichts hören, die Schreie nicht hören!“

Der zweite apokalyptische Reiter, ein Sechswang namens Profit, hat auf seinem Sturmbanner stehen: „Die Welt wird geplündert, solange es geht ...“

Der dritte Reiter, der Krieg, kommt mit der Wucht seines profligierten Zerstörungskrafts. „Da wird um die letzten Reste gerufen!“ „Ihm Hunger der Hoffnung, den gibt es nicht mehr, denn dieser Krieg gleicht keinem vorher.“

Der vierte Reiter ist die Endzeitvision von der globalen Vernichtung der Erde, das Letzte.

#### Wahnsinnswahn

In den Gärten des Wahnsinns wachsen die Bäume von oben nach unten, fließen die Flüsse zur Quelle hinauf. In den Gärten des Wahnsinns ist alles ganz anders. Der Wahnsinn ist Methode — ist logisch und vernünftig. Vernunft — ein verdächtiges Element.

2. Teil So gut ist es uns noch nie gegangen ... segnen die Götter kurz vor Weihnachten

oder



## Wie in den Ländern der Satten die verschiedenen Menschen unterschiedlich auf Krisen reagieren.

Da gibt es das Wutlied in harter Punkmusik, das auf Arbeitslosigkeit, Schulden, Law-and-Order-Demokratie, Bullen und Opern-Kultus nur eine Antwort kennt: „Ich brauche keine Strategie, ich habe nur noch Zorn!“ Da gibt es das wunderschön sarkastische Lied des Gurus, der das Wahre innen sucht und fordert: „Leute kriecht in euch hinein mit kosmischer Gelassenheit!“ ... „Klopf bei dir an und laß dich ein“ im Ashraa-Weekend für 1000 Mark.

Oder das Lied der Missionarwörter, ein frisch-fröhlicher Gospelsong, für Leute, die mit ein paar Mark Spenden ihr Gewissen bezüglich der 30 Millionen jährlich verhungenden Menschen beruhigen.

In diesen Liedern kreiert die Musik die Flucht nach innen, indem sie sich der in diesen Gruppen gebräuchlichen Formen bedient. Das Punklied dagegen wirkt wie eine kräftige, wenn auch perspektivlose Form, sich zu wehren und ist mit viel Sympathie vorgetragen.

### Innenpolitik

Die Logik des Gleichgewichts des Schreckens und des Propagandamarchen des reinen Verteidigungsstaates werden im „Lied des Offiziers“ vor Augen geführt. Da heißt es u.a.

Wer den Frieden liebt, der muß rüsten, sonst ist ihn der Feind überlistet, da darf man sich dann nicht entziehen zusammen mit den Kommunisten.



Welt, von der gewaltig gesteigerten Kraft der Maschinen und vom Elend der eigenen Länder.

Raffig breitet sich aus bis in die entferntesten Winkel, den Pionieren folgen die Händler, die Soldaten, die Eisenbahnen, die Missionare. Die alten Strukturen, die alten Kulturen zerbrechen, die vergewaltigte Erde wird zäh und dürr, läßt sich nur widerwillig erpressen von Macht und Chemie; ohnmächtige Menschen haben keine Wahl, als jenen fetten Tisch jenseits des Meeres verschwenderisch zu decken mit den Früchten ihrer Not.

Wird die Konkurrenz so groß ja, dann ist der Teufel los, dann muß mein Staat nie meine Kriege führen. Dann verdien' ich noch, wenn's geht, an dem gesamten Kriegsgüter und an Granas mit Lizenzgebühren.

Ich wache über mein Land hinaus, es wurde mir so eng rumher, ich bin ein Mann von Welt und nicht von gestern. Ich warf mich gierig auf das Öl — Exxon, Gulf, Texaco, Shell — Ich trieb es toll mit einem sieben Schwütern. Heut' steht unter meiner Führung in vielen Ländern die Regierung. Ich stecke meine Finger, fein behand — halt, in so manchen Staatsorgan, und in jeden Rüstungsplan, und in fast alles, was man auch so antut.

Manchmal stellt mir wer ein Bein, manchmal schlupft mich wer ein Schwert, da wollen welche nicht, daß es so bleibe ... Doch steh, wenn wer besonders schlupft, erkläre ich: Ich bin gelupft, und was ich je auch tu, I did it my way.

Die Auswirkungen der Weltherrschaft des Kapitals werden auch in den „rhetorischen“ Liedern exemplarisch vor Augen geführt: „Ketchup aus Mexiko“ und „Goldener Weizen“. Tomaten, gedüngt mit giftigem Organophosphat aus Deutschland zur „Verbesserung“ der Ernte, die zu Ketchup verarbeitet und exportiert werden, reiche Ernten, gepflückt von hungrigen Menschen.

Noch auffälliger sind die Widersprüche beim Weizenexport: Die monopolistische Stellung der USA als Weizenexporteur, die — mächtiger als Raketen — zur Unterdrückung und Bestimmung der Politik ganzer Länder eingesetzt wird. Durch Einfuhr von geschenktem Weizen wurden die Bauern z.B. in Ägypten oder Japan ruiniert. Jetzt wächst dort auf den Mono-Feld-Kulturen Baumwolle, die exportiert wird, um Geld für die Einfuhr von Weizen zu erhalten. Zusammenhänge, die auch aus dem Film „Septembertagen“ bekannt geworden sind.

Der Wind, der durch den Weizen pfeift, weiß, daß da mehr als Weizen rafft. Börsenkurs, Weltmarktpreise wachsen hier und Macht und Mühe, hier wächst aus fetten Bodenschätzen fremder Länder Wohlverhalten, wachsen Krieg und Hungernot. Goldener Weizen — weißes Mehl — blondes Brot.

### 4. Teil Krisen, Krieg und Mordkrawall

#### 4. Teil Krisen, Krieg und Mordkrawall

Der 4. Teil bündelt die vorher aufgezeigten Widersprüche zwischen den Satten und den Hungrigen, den Industrie- und den agrarischen Ländern, die Widersprüche zwischen der Oberklasse und den Arbeitlosen und Verarmten in den Industriestaaten, die Verschärfung auf dem Weltmarkt zusammen zur Weltkriegsgefahr und zur zunehmenden inneren Faschisierung

Nur heimlich und fein verlistet sind die Wurzeln des Widerstands. Diese Geschichte und Entwicklung des Imperialismus wird zusammengefaßt im Lied „Mister Kapital“, der aufruft wie der Muskel, Sex, Männlichkeitssymbol und Machtprotz Dr. Frankfurter in der Rocky-Horror-Picture-Show.

#### Mister Kapital

Ich strich mir in der Bibel an: Mach dir die Erde untertan! So machte ich's, und zwar in allen Zeiten.

Aus dem Dunkel der Geschichte traten Sagen und Berichte über meine ersten Transaktionen. Das war der 1-Punkt der Idee: die Rohstoffe aus Übersee führen billig ein in die Fabriken, und was die Maschine schlechts kam heraus als Endprodukte, die nun waren Geld die Welt beglückten.

Die Kolonien mußten spüren auf die Mono-Feld-Kulturen, das Land gab nur Kaffee und jenes Zucker, es war Europas Frühstückstisch stets gedeckt und immer frisch, und das galt sogar für arme Schlechter. Die Zivilisation, die vordrang, hatte absoluten Vorrang, wo die Doppelgänger der Eisenbahn entlang ziti. Ich bin der Vater der Proleten, die entstanden in den Städten. — Ohne mich hätte sich Karl Marx gelangweilt!

Und ich sprach zu meinem Staat: Hör mal zu, wer hat, der hat, beschütze mich vor meinen Konkurrenten, mit Schutzzoll und mit Einfuhrsperren, und schütze' mit Repetiergewehren die Kolonien auf allen Kontinenten.

den um („Krisensong“, „Lied des Rüstungsarbeiters“, „Krähenlied“).

In diesem Zusammenhang gefällt mir das „Krähenlied“ besonders gut, weil es mit dem an das so harmonische Weihnachtsfest anklingenden Satz „Fröhliche Zwischenkriegszeit“ genau unsere schizophrene Situation des Wohlstands-Wirtschaftswunder-Nachkriegsdeutschland beschreibt, unseren sauren Lebensstandard auf dem Pulverfaß.

#### Das Krähenlied

Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen, eine blind, eine bleich, eine federlos: »Der nächste Krieg in Deutschland wird uns eine Nummer zu groß!«

Der nächste Krieg in Deutschland begann schon im Frieden vorher, als die den ersten Schießel machten für's neue Militär. Man schafft sich doch keine Soldaten so mit Helm und Fahnenfeld, nur daß die dann nicht scheitern sollen ... »Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Den nächsten Krieg in Deutschland, den gibt es ja schon lang, seit im Mai aufmarsch verstaubte, der Nie-Wieder-Kriegs-Genoss.

Man schämt sich doch nicht für den Frieden schon in der Nachkriegszeit, wenn du nicht war an Kriegsdenkt, »Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen, eine arm, eine alt, eine abgewetzt: »Der nächste Krieg in Deutschland wird gigantisch und unerbötlich!«

Der nächste Krieg in Deutschland begann, als der Kanzler sprach: »Wir rüsten zwar jetzt nicht mehr auf, jedoch wir rüsten nicht!« Man rüstet doch nicht um so viel Geld mit aller Rüstigkeit, nur daß man es dann in die Ecke stellt ... »Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen, eine schwarz, eine schwarz, eine schwarz: »Der nächste Krieg in Deutschland der reißt uns noch allemit mit!«

Für den nächsten Krieg in Deutschland sind Raketen stationiert, getrennt und sie von anderswo, doch in Deutschland sind sie postiert. Man läßt doch nicht fremde bestimmen, den Tod und die Abschluszeit, wenn das kein Schlachtfeld werden soll: »Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Drei krächzende Krähen, die kämpfen wenn das kein Zwischenkriegszeit ist: »Fröhliche Zwischenkriegszeit!«

Drei krächzende Krähen, die kämpfen nach Größenmaß im eigenen Wind, aber was machen all die andern, die dageblieben sind?

Schluß Ja, zum Schluß nicht fehlen darf natürlich unser Widerstand gegen die Tendenzen zur Vernichtung unserer Erde.

## »Hungrige noren nur auf die, die ein Stück Brot haben.«

Ehemaliger US-Landwirtschaftsminister Earl Butz, 1974

»Japanische Schulkinder, die in USA gespendeten Schulspeisungsprogrammen Milch und Brot schätzen gelernt haben, halfen seither mit, daß Japan unser bester Dollarzahler für Landwirtschaftsprodukte wurde. Die Menschen, denen wir heute helfen, werden morgen unsere beste Kundschaft sein ...«

Hubert Humphrey

»Die Sattgefressenen sprechen zu den Hungernden von den großen Zeiten, die kommen werden.«

Bracht

### Trotzlied

Das Lied am Schluß, das muß von Optimismus überlaufen ... Von solchen Lichtblicken gibt's schon große Haufen. Wir singen nicht noch aus dem zum Drüberstreuen, wir brauchen unsere Atem — der wird nötig sein.

Es ist nötig, das Dagegenstehn, es ist nötig und es ist auch schön. Es ist schön, seinen Kindern in die Augen schauen zu können, es ist schön, sich rebellisch und trotzig zu nennen, es ist schön, nicht in den Speicher des Computers zu passen, es ist schön, den Wahnsinn nicht geschehen zu lassen, es ist schön, dagegen zu stehen, es ist nötig und es ist auch schön.

Wir singen nicht vom strahlend hellen Morgen, denn was da strahlen könnte, macht uns große Sorgen. Es macht sich machtvoll die Tendenz des Todes breit, wir stehen dagegen und wir haben nicht viel Zeit.

Es ist nötig, das Dagegenstehn, es ist nötig, und es ist auch schön ...

Das Lied am Schluß soll allen Freunden auf die Schulter klopfen und hoffnungsvoll der Zukunft ihre Löcher stopfen, wir haben für Morgenroten nicht mehr sehr viel Zeit, denn morgen kann's noch dunkler sein, dunkler als heute. Wir dürfen uns vor Angst nicht gehen lassen und den Wahnsinn nicht geschehen lassen. Der Widerstand muß wachsen, oh unsere Zeit verfliehet, weil ja noch wir Tendenz — Tendenz des Lebens sind.

Es ist nötig, das Dagegenstehn, es ist nötig und es ist auch schön. Es ist schön, hand im Getriebe der Vernichtung zu sein, es ist schön, den Kampf gegen präzise Macht nicht zu scheuen, es ist schön, die Verkäufer des Hauses zu hassen, es ist schön, den Wahnsinn nicht geschehen zu lassen.

### Schlußbetrachtung

Wer hätte nicht angesichts der Zahlen der hier und anderswo angekauften Waffen, des gelagerten Vernichtungspotentials, angesichts der Kriegsdrohungen und der stattfindenden Kriege im Libanon, auf den Malvinen, etc. apokalyptische Visionen, Vorstellungen vom Weltuntergang, von der totalen, globalen Vernichtung unserer Erde und der Vernichtung jeglichen Lebens? Wer könnte sich der lähmenden Angst entziehen, die diese Vorstellungen aus-

lösen? Ich vom Weltuntergang, von der totalen, globalen Vernichtung unserer Erde und der Vernichtung jeglichen Lebens? Wer könnte sich der lähmenden Angst entziehen, die diese Vorstellungen aus-

lösen? Mir gefällt an dieser Platte, daß sie die apokalyptischen Visionen aufgreift, die Irrationalität, den Wahnsinn und die Tödllichkeit dieses Systems darstellt. Aber eben dabei nicht stehen bleibt, sondern den Versuch unternimmt, in kurzen Umrissen das Entstehen und die Wirkungsweise des Imperialismus an der Macht zu schildern: eine Macht, aus der die Kriegsgefahr zwangsläufig erwächst. Die Widersprüche, die empörende Ungleichheit zwischen den Hungerigen und den Satten, den verarmten Ländern und den reichen Räubern, zwischen den Machthabern und den Beherrschten werden tiefer, anreißender gefaßt als es in einer theoretischen Abhandlung möglich wäre. Diese Platte geht einem an die Nieren und schlägt auf den Magen.

Mir gefällt auch, daß auf dieser Platte unsere Möglichkeiten und Chancen, den nächsten Weltkrieg zu verhindern, nicht verschönt werden. Die letzten Illusionen bezüglich eines Lebens und Überlebens im kapitalistischen System werden hier gründlich zerstört. „den Hunger der Hoffnung, den gibt es nicht mehr“ und „Fünf vor Zwölf schlägt die Bahnhofsdohr“. Und dennoch ist trotz des Totalität an den Schluß geklatscht und ich finde, so paßt es!

„Wir dürfen uns vor Angst nicht gehen lassen und den Wahnsinn nicht geschehen lassen.“

Der Widerstand muß wachsen, oh unsere Zeit verfliehet. Und diese Produktion ist ein Beitrag dazu, den Widerstand wachsen zu lassen und die Angst in unsere Hände zu nehmen und produktiv werden zu lassen.

H., Tübingen

1) Das folgende sind Zitate aus dem Lied „Wir sind keine Krähen“ — Arbeitsbuch S. 31 ff. Schwenkungs. Die letzte Welt. Das Arbeitsbuch. Wien 1991.



Wir sind eine reine Verteidigungsarmee

Nur heimlich und fein verlistet sind die Wurzeln des Widerstands

Wir sind eine reine Verteidigungsarmee mit einem feinem Verteidigungsschmuck: wir üben nur den Verteidigungspunkt und - verteidigen den Nato-Verteidigungspunkt, und wir sagen bei jeder Beleidigung: »Angriff ist die beste Verteidigung!«

Eine freie Welt, in der Waffenproduktion zur Sicherung von Arbeitsplätzen dient, eine freie Welt, die mit atombestückten Raketen beschützt werden muß — zur Verteidigung selbstverständlich!

Und in Zeiten der Wirtschaftskrise tanzen Politiker und Unternehmer gemeinsam den Tanz der Politik der kleinen Schritte: Bescheidenheit, Gürtelenger-schnallen, sozialer Raubbau, Gesundheitskrumpfen ist die Devise.

### 3. Teil Die Hungerigen und die Satten

Was auf der Platte im Vergleich zu Programm und Arbeitsbuch leider wegfällt, ist die Darstellung der Geschichte des Kolonialismus, das Eindringen des weißen Mannes in blühende Kulturen in Südamerika, Afrika, Indien etc., die erbarmungslose Ausbeutung dieser Länder bei gleichzeitiger Vernichtung ihrer eigenen Geschichte und Kultur, Ausbeutung der Menschen in diesen Ländern und Sklavenhandel in die USA. Dazu noch Entwicklung der Schifffahrt, Eisenbahn, Transportwege, um den Reichtum der reichen Räuber zu mehren.

Wie das Saucen' wuchert die Oier der Reichen nach den Reichtümern des Planeten. Der schatzsamme Drache, das Monster nährt sich von den Rohstoffen und der Arbeitskraft der arm gemachten Länder der sog. Dritten





# missing.

## Leserbrief

Und wir  
tanzten bis  
zum Ende

(K)ein Beitrag  
zur NDW-  
Diskussion

Zum zweiten Jahrestag des Putsches in Chile kommt ein neuer Film darüber in die Kinos: VERMISST („Missing“). Er trägt gleich drei Vorschußlorbeeren vor sich her: Costa Gavras hat ihn gedreht, Ronald Reagan hat gegen ihn protestiert. Die Festspiele von Cannes haben ihn prämiert.

### Kein Spielfilm

Wie schon bei seinen Meisterwerken „Z“ und „Der unsichtbare Aufstand“ beruht Gavras Drehbuch wieder auf einer wahren Geschichte: 1972 ließ sich der junge New Yorker Charles Edmund Horman zusammen mit seiner Frau auf einem Südamerika-Trip in Santiago de Chile nieder. Horman „verschwand“ während des Militärputsches im September 1973. Seine Frau macht sich nun zusammen mit dem Vater Horman, einem arrivierten New Yorker Industriellen, auf die Suche nach Charles Edmund. Mr. Horman verlangt von der US-Botschaft in Chile Unterstützung bei seinen Recherchen. Hinter der Maske scheinbarer Hilfsbereitschaft entdeckt Mr. Horman allmählich die blutige Fratze der neuen Diktatur und die ausgezeichneten Beziehungen der USA zu den Gorillas. Als er die Mitverantwortung der US-Diplomaten an der Ermordung seines Sohnes nachweisen kann, wird Horman endlich auch von offizieller Seite über die „versehentliche“ Liquidierung von Charles Edmund unterrichtet.

Der JUNIOR UNTERWELDEN-SAMSTAG, WILLY Horman endlich auch von offizieller Seite über die „versehentliche“ Liquidierung von Charles Edmund unterrichtet.

### Ein toller Spielfilm

Costa Gavras kleidet diese Story nicht nur in einen spannenden Polit-Krimi. Jack Lemmon in der Rolle des Vater Horman macht daraus auch noch eine überzeugende Darstellung (und Demontage) speißbürgerlicher Weltbilder. Der Alte kommt in Santiago an voller Vertrauen in die amerikanische Rechtschaffenheit im allgemeinen und seine guten gesellschaftlichen Verbindungen im besonderen. Für seinen misstrauischen Sohn hat er nur Geringschätzung übrig: „Was hat er eigentlich ausgefressen?“ — „Wäre er da geblieben, wo er hingebört, wäre das nicht passiert.“

Als „christlicher Wissenschaftler“ spuckt er alle dummen Sprüche über Politik, Moral und „die Jugend“ ab, die wir nur allzugenut selber kennen. Doch gleichzeitig hat er — ebenfalls als überzeugter Christ — zwei Eigenschaften, die ihn für die Militärs gefährlich werden lassen: Erstens liebt er seinen Sohn. Und zweitens liebt er die Wahrheit.

Dass er von den US-Diplomaten hinterhältig und verschaukelt wird, ist ihm bald klar. Er versucht das zunächst unpolitisch zu lösen: „Ich will nur meinen Sohn zurück, alles andere ist mir egal“. Als er bei diesem Versuch ebenfalls auf Granit stößt und vor allem immer mehr die chilenischen Realitäten zu Gesicht bekommt, wird er wütend. Er will seine Rechte als Amerikaner einklagen. Das Problem ist nur: Die amerikanische Botschaft will genau das nicht. Die Kooperation mit der Gorilla-Diktatur ist ihr wichtiger.

Wie hat „Z“ (in der Person des Untersuchungsrichters) wird das ganze Ausmaß der Schweigerei von einer Person aufgedeckt, die im Prinzip völlig systemkonform ist und außer der Wahrheitsliebe keine aufrührerischen Tugenden besitzt.

### Ein bedrückender Film

Selten habe ich besser nachvollziehen können, was Terror und Faschismus heißt. In Rückblenden zeigt Costa Gavras den Einbruch der Gorillas in das Alltagsleben der Menschen. Dabei geht es ihm nicht um die chilenische Bevölkerung, sondern um die Erlebnisse amerikanischer Bürger in Chile. Es sind Leute zwischen 20 und 30, aufgewachsen in und geprägt durch die konfliktarmen Verhältnisse in den Metropolen zur Zeit der Prosperität. Unterdrückung und Gewalt kennen sie nur aus Büchern, das Leben bestand für sie bislang aus Wohngemeinschaften, politischer Aktivität und schönen Urlaubserlebnissen. Kurz: Menschen wie Du und ich, charakterlich vergleichbar, politisch noch harmloser. Allerdings nicht harmlos genug: Sie schreiben für eine liberale Zeitung. Grund genug, sie nach dem 11. September 1973 festzunehmen. Durch ihre Augen erlebt man Massenverhaftungen, Panzer, Straßensperren, das Fieber-Studio in Santiago. Ihre Illusion in die Friedfertigkeit des Imperialismus hält bis zum bitteren Ende: Als einer von Horman's Freunden aus der Gefängniszelle zur Exekution abgeführt wird, macht er lockere

Sprüche: Er denkt, jetzt wird er freigelassen, da er ja schließlich amerikanischer Staatsbürger ist ...

### Ein revolutionärer Film

Eigentlich ja nicht. Die Kritik am Putsch läuft über die Perspektive von Vater Horman, und der ist moralisch und humanitär empört, mehr zunächst nicht. Über die wirtschaftlichen Hintergründe der Ereignisse, über den Imperialismus, werden nur Andeutungen gemacht. Der bewaffnete Widerstand gegen die Diktatur taucht nur als Staffage auf.

Und doch: Der Film wird gedreht in einer Zeit, in der die USA in ihrem Hinterhof wieder Interventionen planen. Der Film stellt klar, daß die USA das schon einmal in Chile getan haben. Der Film transportiert dies über Charaktere, mit denen sich auch recht unpolitische Leute identifizieren können: Der ehrliche Geschäftsmann, der an Gesetz, Wahrheit und Christentum glaubt. Und der Jugendliche, der einfach nur die Freiheit liebt. Kein Wunder, daß VERMISST in den USA ein Publikumschlager ist. Politik, die

wirklich Massen und nicht nur Eliten mitreißen will, muß die Leute dort abholen, wo sie stehen. Ob das ein Film, ein Flugblatt oder eine Kampagne ist.

Freilich gibt es da ein Problem: Bei der Agitation gegen Faschismus und Kriegsgefahr an dem Bewußtseinsstand (humanitär, reformistisch) der Menschen anzusetzen, aber nicht dabei stehenzulassen.

Costa Gavras kriegt diese Kurve. In „Z“ zerbricht am Schluß der Militärputsch die Illusion, daß ein mutiger Anwalt mittels der Gesetze ein faschistisches Komplott entlarven und anschließend die Linke im Parlament eine Wende einklagen könnte. In VERMISST verklagt Vater Horman am Schluß die gesamte US-Diplomatie inklusive Henry Kissinger wegen Mittäterschaft an der Ermordung seines Sohnes. Sein Argument: Chile ist eine Diktatur und eine Schweigerei. Aber in den USA haben wir unsere Gesetze. Doch auch hier scheitert reformistische Gutgläubigkeit: Horman verliert den Prozeß und muß ungeheure Prozeßkosten bezahlen. Wenn es an das Eingemachte geht, zählen eben demokratische Spielregeln nicht mehr. Bis eines Tages die Panzer rollen ...

Jürgen

## Gemeinsame Presse-Erklärung zu

## Gemeinsame Presse-Erklärung zu

# »Mein heimliches Auge«

Im Konkursbuch-Verlag, Tübingen, erschien im Juli 1982 das Buch „Mein heimliches Auge“, herausgegeben von Claudia Gehrke und Uve Schmid. Auch wir haben zu diesem Buch Beiträge geliefert, auf der Grundlage des ursprünglichen Buchkonzepts. Als wir jedoch das fertige Produkt in die Hände bekamen, haben wir die Abdruck-Erlaubnis unserer Beiträge für jede weitere Auflage des Buches zurückgezogen, denn in diesem Konzept möchten wir uns nicht weiter gedruckt sehen. Wir bitten darum, diese gemeinsame Presseerklärung mit unseren beiden Begründungen vollständig und ungekürzt abgedrucken. Kritiker, Buchhändler, Buchvertriebe, beteiligte Autor(innen) und Leser(innen) fordern wir auf, sich in die Diskussion über die Inhalte dieses „Werkes“ einzumischen und sich öffentlich dazu zu äußern.

Hamburg, den 16. August 1982  
Svende Merian  
Norbert Ney

Svende Merian  
Das Konzept des Buches gefiel mir, als ich zur Mitarbeit eingeladen wurde. Jeder sollte seine erotischen Lieblingsbilder einschicken und im Text dazu begründen, warum das seine erotischen Lieblingsbilder sind. Daß mir das Buch aus überhaup nicht gefiel, liegt vor allem daran, daß sich die meisten Autoren, einschließlich der Herausgeber, nicht an dieses Konzept gehalten haben.

Als erstes Beispiel möchte ich den Beitrag von Uve Schmid nennen, der zu den Herausgebern des Buches gehört. Frauenrische strecken sich mir wie in schlechtesten Pornobüchern ent-

gegen und im nebenstehenden Text erfahre ich, daß George Simonen sich „unentwegt während der Arbeit im Haus über Dienstmädchen und Sekretärinnen hermacht — brüsk, stumm und am liebsten von hinten“.

Ich erfahre auch noch, daß Uve Schmid dieses Zitat dem „Spiegel“ entnommen hat. Was ich nicht erfahre, ist, warum der Herausgeber diese inhaltlichen Formas als neue erotischen Lieblingsbilder ausgewählt hat. Kann ich also nur zwischen den Zeilen vermuten, daß Uve Schmid sich ebenfalls gerne über Dienstmädchen und Sekretärinnen hermacht würde — brüsk, stumm und am liebsten von hinten.

Da ist Simonen Traston schon ehrlicher: „Ich weißte, dieser hingestreckte Arsch, gekoppelt mit klaffender Vagina, ist die reinste Form des Nuregickwerdens, das äußerst weibliche Element“ — und: „... ihre Stellung war die verkörperte Willenlosigkeit, erotische Hinneigung, grenzenloses Aufgeben, nur Fleisch, nur Vagina, nur Loch. Ich fühlte, das Sichhinknien des Weibes zum Empfang des Schwanzes ist die Demut des Nichts vor der Kraft“.

Im Textbeitrag von Gerd Wolter finde ich drei Fotos. Als ich zu Gerd am Telefon sage, daß ich die beiden letzten am schönsten finde, sagt Gerd mir, die habe er gar nicht eingeschickt, die seien einfach in seinem Text gelandet. Ich bin froh, daß der Herausgeber Uve Schmid nicht meinen Textbeitrag zusätzlich illustriert hat!

Sam Wood bereichert die Debatte mit rassistischen, tätowierten Genialen, fotografiert wie auf dem Operationstisch. ( Erotische Lieblingsbilder ...?). Im Text erfahre ich, daß Sam Wood sich einer eigenen Stellungnahme, ob er

das schön findet, lieber enthalten möchte. Was das mit dem Buchkonzept zu tun hat, affahre ich nicht.

Zum Konzept des Buches gehörte ebenfalls, Männer und Frauen zu Wort kommen zu lassen. Ob es dann als gelesene zu bezeichnen ist, wenn von den 55 Beiträgen ganze 16 von Frauen kommen?

Es gibt auch Beiträge von Paaren. Einer davon ist von Simone Eigen und Wulf Goebel. Die Fotos scheinen Pornobüchern älteren Datums entnommen. Im Text von Simone und Wulf heißt es: „... während eines Sommergewitters habe ich dann im zerbrochenen Pflasterhülsen ... für zehn gebrauchte Grammophonplatten zum ersten Mal einen richtigen Mädchenarsch gesehen ... Die ersten Pustzen, die ich selber zeichnete, waren auf die Spitze gestellte stachelige Romben mit einem ankrachten Strich durch und einem runden Punkt in der Mitte ...“.

Ich lese den Text zweimal, ich lese ihn dreimal, viermal, suche verzweifelt nach einem Satz, in dem Simone zu Wort kommt, denn als Überschrift stehen da die Verfasser-Namen: Simone Eigen und Wulf Goebel. Ich suche vergeblich.

Ernest Bornemann, der ein Vorwort für das Buch zugesagt hat, zog diese Zusage mit folgender Begründung zurück: „... Die Mehrzahl dieser Beiträge bezieht entweder in Wort oder Bild geratig geringe Achtung für das eigene oder das andere Geschlecht ... daß ich in ihnen ein totales Scheitern der sexuellen Revolution sehe“.

Dem möchte ich nichts mehr hinzufügen.

Svende Merian

... ist interessant, sondern der Masseninfluß, den diese Musik hat. Gerade das gilt es zu untersuchen, um herauszufinden, was NDW ist, welche Funktion sie hat.

Um dies genauer aufzuzeigen, nennt man zur Entstehung der NDW: Der eine der bewußten Verwerfung und Perspektivlosigkeit entstandene Punk erlebte — wie viele Musikrichtungen — eine experimentelle Phase (höre Clash: „London calling“ und „Sandinistas“). Einzelne Musiker versuchten, stilistische Elemente aus anderen Musikrichtungen einzubringen. Ein Ergebnis davon war die Übernahme von Disco-Elementen zur antirhythmischen Textunterstützung (h. Fehlfarben). Dies ergab sich durch Vermischungen aus Schlager- und ebenfalls als Mittel der Ironie. Der Erfolg: Die Musik wurde (teilweise unabhängig vom Text) für einen größeren Kreis von Jugendlichen zugänglich. (Gebrauchsanweisung: Gehe in eine 66/15-Disco und höre laut dröhnend „Es geht voran“ von Fehlfarben).

Erfolg, unter anderem, dieser Gruppe brachten die Plattenindustrie endgültig auf den Geschmack. Die letzten kritischen Analysen wurden verdrängt, die unpolitische Neue Deutsche Schlagermusik (das ist eigentlich, was wir unter NDW verstehen), entstand (h. UKW, Falke ...). Die Verkaufszahlen schneit in die 100.000.

Und genau hier wird es interessant: Eben genau das unpolitische — der großen Masse der NDW — und nicht die wenigen fortschrittlichen oder reaktionären Lieder ist das Charakteristische dieser Musik. Genau dies unpolitisch Betreffende ist das wirklich Politische an der NDW.

Die bewußte Perspektivlosigkeit der Punkbewegung setzt sich als unbewußte Perspektivlosigkeit in der NDW und deren Hörerkreis fort. Die sozialen Mißstände, die zum Punk führten, werden beim dumpfen Rhythmus der NDW mit im Neonlicht schwebenden Körpern verdrängt, der Geist betäubt. Und genau hier gilt es anzusetzen.

U. und rei aus Baden-Baden



Fortz. von voriger Seite

### Presseerklärung »Mein heimliches Auge«

„... die Mehrheit dieser Beiträge bezeugt entweder im Wort oder Bild demart gelinge Achtung für das eigene oder das andere Geschlecht und derartige Neigung zur Unterordnung oder Demütigung des eigenen oder anderen Geschlechts, daß ich in ihnen ein totales Scheitern der sexuellen Revolution sehe ...“

Ernest Bornemann an die Herausgeber Claudia Gehrke und Ute Schmidt

Mit diesen Worten lehnte Bornemann es ab, zu dem geplanten Buch „Mein heimliches Auge“ ein Nachwort zu schreiben, „nachdem er die ersten schlechten Fotokopien einiger Bilder und Texte erhalten hatte“, merkt Claudia Gehrke sauer an und behauptet, „daß diese Beschreibung so kaum auf unser Buch insgesamt zutrifft“. Ein starkes Stück, wenn man sich das „Werk“ nun vollständig vor Augen führt und einmal davon absieht, daß es hier und da Beiträge gibt, die auf Bornemanns Beschreibung tatsächlich nicht zutreffen; aber die sind rar, bei immerhin 210 Seiten! Mich hat das Projekt gereizt, zumal ich an der Frage, was für mich erotisch ist, was nicht, sehr langem arbeite. Einige Serien von Collagen und Fotomontagen belegen das, sind beispielsweise in Büchern veröffentlicht. Beim erstmaligen Aufschlagen des Buches fühlte ich mich wie vom Blitz getroffen: Was mir da an billigem Porno, gewöhnlichem Sex und unansehnlicher Hardware entgegen schlug, ließ mich blaß werden. Auf Rammeln, Bumsen, Zustößen reduzierte männliche Geschlechtsteile, Frauenarzt-„Erotik“, erniedrigte, benutzte Frauenkörper, zerhackt in Öffnungen, Arische, Brüste, Schamhaare, kalte Reduktionen, vergewaltigende und vergewaltigte Objekte — aber keine Menschen, denen Sinnlichkeit, Lust, Verliebtheit ausstrahlen, all das, was ich unter Erotik verstehe! In meinen eigenen Beiträgen schrieb ich nicht ohne Grund (S. 106-110): „Mein privates Auge wird jedem Tag zugeschnitten ... zugeschnitten von Hochglanz-Tittenbildern, aufklappbaren Vierfarb-Schönheiten und aufpolierten Gegenlichtpapos. Aber ob Normallicht oder Gegenlicht: erotisch unterbelichtet sind sie für mich alle ... Wenn ich mir diese immerwiederkehrenden drei oder vier Stellungen betrachte, weiß ich auch wieder, woher in der Männerprache Worte wie Tüte, Möse, Schwanz, Rammeln, Bumsen, Pocken kommen. Wie soll — bei dieser Bilderwelt im Kopf — eine erotische Sprache zustande kommen? Aufgerissene Schenkel, die wie schreckgeweitete, leere Augenhöhlen aussehen, krampfhaft ver-

im Kopf — eine erotische Sprache zustande kommen? Aufgerissene Schenkel, die wie schreckgeweitete, leere Augenhöhlen aussehen, krampfhaft verdrehte Hüften wie im Schmerz. Eingetragene Bauchkurven, die wie jede Frau ausgemustert, die nichts als Schlankheitsraster paßt, — die dramatische Form des ästhetischen Existenzkampfes. Ruckhaft aufgerissene Mäuler, wie unter Folter — wenn diese Körperkulturen überhaupt einen Kopf behalten dürfen. „Geköpfte“ Frauen sind nicht selten. Schmutzblätter, die's mir warm und weich summe werden lassen könnten, habe ich bisher gefunden wie Stecknadeln im Heuhaufen ...“ Sicher — in diesem Buch finden sich einige dieser „Schmutzblätter“, doch ansonsten liegt sich mein Textbeitrag wie eine Vorab-Rezension zu eben diesem Buch!

Abgesehen davon, daß ich den Großteil der Beiträge als billigen Schund aus der niedrigen Pornochefade empfinde, gibt es Beiträge, die ich als geradezu ekelhaft und gewalttätig aufnehmen muß. Und das hat mit ästhetischen Geschmacksfragen nichts zu tun, sondern mit der Haltung, die männliche (und weibliche) Beiträge hier dokumentieren. Ich bin schockiert und erschrocken über dieses Konglomerat entwürdigender, erotisierender Bilder und Texte, die meinen Vorstellungen von Erotik diametral entgegengesetzt sind. Ich finde es deshalb angebracht, mich vom Umfeld, in dem mein eigener Beitrag erschien, öffentlich zu distanzieren und mich dem Urteil Bornemanns hiermit anzuschließen. Diese Bilder machen keinen „Appetit“, sie sind für mich schlichtweg zum Kotzen. Ich hoffe nur, daß aus dieser Diskussion endlich wirklich erotische Bücher entstehen. Nach dieser „Lektüre“, meine ich, haben wir sie bitter nötig!

Norbert Ney  
16.8.82

## Aus dem Land der unbegrenzten Tödllichkeiten

Zur Einstimmung: frische, junge Schwesternhelferinnen und blonde, starke und natürlich junge Männer in feldgrauer Uniform mit weißem Wehrmachtshelm auf der Leinwand: „Auch beim Katastrophenschutz gibt es für die freiwilligen Helfer der Johanniter Unfallhilfe viel zu tun“. Ein paar Sekunden später, nachdem die Leichen geborgen sind, die „ganze Abteilung aufsteht!“ Platz genommen hat: Lagerfeuer, Flamme empor, Klampfe raus und kochen lassen: „Am schönsten sind die gemächlichen Stunden danach“. Na dann nicht wie rein in die Katastrophe ... Den Werbefilm der Johanniter („Der schönste Lohn ist ein dankbarer Blick“) findet das Kinopublikum einigermaßen langweilig. Nicht das „d a n a c h“, sondern die Katastrophe selbst interessiert, und weil in der freien Marktwirtschaft der Wunsch der Zuschauer Befehl für die Produzenten der Filmgiganten ist, haben sich gleich zwei darum bemüht, den nächsten großen Kriegsfall in Sex, Blut und Farbe zu verpacken und in 4-Kanal-Dolby-Stereo über die Leinwand dröhnen zu lassen.

### ... gegen den Rest der Welt/Megaforce

„Mit Raketenautos, Laser und fliegenden Motorrädern gegen den Rest der Welt“, wird in Zeitungen und auf graulich-bunten Plakaten für Hal Needhams Schinken „Megaforce“ geworben. In einem in „Apropos Film“ am 12. Juli im ZDF gewandten Interview macht Hal Needham, der Regisseur des Films, deutlich, worum es ihm tatsächlich geht: „Wir brauchen sowas, was ich in meinem Film sehe. Wir sind wieder reif für einen Sieg, wir sind zu viel und es schließt getreten werden.“ Die Pose zum Ton mit Sonnenbrille vor strahlend blauem Himmel auf einer Klippe, hinten tost das Meer. So werden Feldherren gemalt und seien es solche, die Medienwelten schlagen. Aber auch darin ist Hal Needham nur eine eher kleine Nummer: plump, grob — aber mit dem Blick nach vorn (und Birne Kohl deshalb immer etwas voraus ...). Die Story von „Megaforce“ belegt das überzeugend: es gibt nämlich keine. Zumindest keine, die es schafft, am Anfang zu beginnen und mit dem Ende aufzuhören. Es beginnt mittendrin und hört erst zehn Minuten nach Schluß auf. Hier aber die Story komplett: Ein Land in der Wüste wird regelmäßig von bösen Guerrilleros über-

Wie das Drehbuch so spielt, verlieben sich der Commander der „Megaforce“ (blond, groß, langer Pimmel!) und die Tochter des Präsidenten, die außerdem zeigt, wie toll auch Frauen küssen können: „Bei mir zu Hause sind alle Frauen gleichberechtigt.“ Merke: Nicht alle Frauen sind blond und gehören an den Herd, nur die meisten.

Am nächsten steht die große Schlacht auf der Tagesordnung. Nachts überfällt „Megaforce“ die Guerrilleros an deren Standort (früher nannte man das Angriffskrieg), tötet dank technologischer Überlegenheit alle, bis auf den Chef Guerrero und seinen sowjetischen Berater, nieder. Ersterer, der nur für schönen Mammoo kämpft, flieht erstmal, seinen Freund aus früheren Tagen, den Commander der „Megaforce“, zu besuchen, letzterer holt eine zweite Guerrilla-Division zu Hilfe. Während die „Megaforce“ aufbricht, um den Bösen endgültig den Garaus zu machen, spinnen die Politiker rum und entscheiden sich gegen den großen Krieg. Dadurch lassen sie unsere Helden in der Ferne im Stich. Die sind aber so raffiniert, den Waffenstillstand nicht einzuhalten (Sharon?!!) und die zweite Guerrilla-Division zu vernichten. Der Commander heiratet die Tochter des Präsidenten. Ende.

„Die US-Regierung“, verkündet Needham stolz im bereits erwähnten Interview, „hat zu den Dreharbeiten ein Team der US-Armee abgestellt, die sich anschauen sollten, was wir an neuen Waffen und Strategien entwickelt haben. Was wir zeigen, sind also zwar Zukunftswaffen, aber weit entfernt ist diese Zukunft für uns nicht mehr.“

### Stolz und Totschlag

Anlaß für Needhams Gewalt- und Kriegspantastien, die in den Kinos vermutlich Rekordbesuchszahlen verzeichnen werden, war die Frankrie, die der Hollywoodregisseur ganz anders gelöst hätte: „Wäre ich in der Zeit US-Präsident gewesen (und die USA sind bekanntermaßen ja das Land der unbegrenzten Möglichkeiten für Hollywood-Stars aus der zweiten Reihe, F.), hätte ich eine B-52 Bomberstaffel mit mehreren Megatonnen Bomben losgeschickt und gesagt: entweder kommen unsere Leute sofort frei, oder ich jage die ganze Stadt in die Luft. Und das hätte ich auch gemacht, selbst wenn unsere Leute dabei auch draufgegangen wären. Aber nach meinem System hätte ich die da rausgekriegt.“ Die Frankrie war auch Anlaß für

wenn unsere Leute dabei auch draufgegangen wären. Aber nach meinem System hätte ich die da rausgekriegt.“

Die Frankrie war auch Anlaß für den zweiten, sehr viel raffinierteren Kriegsfall, der derzeit in den Kinos anläuft: „Sie sind Spezialisten. Keiner kennt ihre Namen. Keiner kennt ihren Auftrag. Keiner ist sie verantwortlich. Ihre Nr. 1: Code Name Der Soldner.“ Am Anfang steht brutaler Mord: Eine Gruppe von vier mutmaßlichen KGB-Agenten, die anscheinend vom Weißen Haus einer Staatskarosse auslauern, werden aus dem Hinterhalt von einem fünfköpfigen Todeskommando (ein Engländer, ein Franzose, ein Schwarzer, zwei weiße Araber) zusammengeschossen, in einen Wagen gepackt und irgendwo verscharrt. Gerechtfertigt werden die „Todeschüsse in putativer Notwehr“ eine Stunde später: die KGB-Agenten hätten an dem Tag bereits drei Kinder umgelegt ...

Gezündet wurde die direkt dem CIA-Chef unterstehende Soldnertruppe nach der Frankrie. Ihre neue Aufgabe ist freilich unglaublich diffizil: KGB-Agenten (die es in den USA bekanntlich wie Sand unter dem Pflaster gibt ...) haben einen Plutoniumtransport überfallen, eine Stange Plutonium geklaut und über Kanada nach Saudi-Arabien gebracht, wo sie auf den Offizern von Ghawr eine Bombe damit gebaut haben, die in 96 Stunden detonieren soll, wenn die Israelis sich nicht ruckzuck von den Westbanken zurückziehen. Das tun die natürlich nicht, und die eher dummen US-Politiker planen nun einen Angriff gegen Israel. „Wenn nämlich“, so der Präsident, „die Offiziere von Ghawr in die Luft fliegen, sind 30 % der Ölreserven der freien Welt zerstört und in das dadurch entstehende Chaos hinein stoßen die Sowjets mit ihrer Armee und unterjochen Westeuropa.“ An diesem Punkt hakt sich das Geheimkommando ein, nimmt Kontakt mit dem israelischen

Mit Raketenautos, Laser und fliegenden Motorrädern gegen den Rest der Welt

KINO 1

KEN WAHL · KLAUS KINS  
DER SÖLDNER  
THE SOLDIER

ALADIN

GRINDEL

Geheimdienst Mossad auf und beginnt ein gefährliches Spiel, das von niemandem mehr kontrolliert werden kann.

ren Technik-Fetischismus auszeichnet. Auffällig ist, daß sowohl bei „Megaforce“ als auch in „Der Soldner“ in-

Geheimdienst Mossad auf und beginnt ein gefährliches Spiel, das von niemandem mehr kontrolliert werden kann, weil der CIA-Chef gerade von einem KGB-Mann in die Luft gesprengt wurde. Die „Soldner“-Truppe hat sich den letzten Amtstagen Nixons einen Zugang zum Strategic Air Command und damit zu den Nuklearwaffen der USA. Originalton Film: „Nixon hat in seinen letzten Amtstagen einen Atomschlag auslösen wollen und wir vom CIA haben gedacht, der ist verrückt. Damit sowas nicht nochmal passiert, haben wir uns dann die Möglichkeit verschafft, selbst Zugang zu den Atombomben zu bekommen.“ Das Air Command wird nun von drei Soldnern heimgesucht und eine auf Moskau gerichtete Atombombe wird in Bereitschaft gebracht. Unterdessen hat der „Soldner“ zusammen mit der Mossad-Chefin (wieder die einzige Frau im Film: schön, schlank, braune Augen) 1. eine Nacht im Bett verbracht und 2. im Porsche die Berliner Mauer durchbrochen, um in Ostberlin den KGB-Chef zu besuchen. Dialog: „Wenn ihr die Bombe auf den Ghawr-Offizern zündet, lasse ich Moskau hochgehen.“ — „Das ist doch nicht Ihr Ernst!“ (Lachen). — „Wenn Sie meinen, bitte“ (Lachen). Der KGB-Chef erbleicht, rennt zum Funkgerät, die Plutoniumbombe wird entschärft, die auf Moskau gerichtete Bombe fährt zurück. Ende. Die Abschreckung hat wieder funktioniert ...

Glickenhau's Film ist im Gegensatz zu „Megaforce“ spannend und gut gemacht. Viel action, ganz passable Schauspielereinstellungen und ein ziemlich ins Detail gehender (Schein-)Realismus (bis hin zur Rassendiskriminierung in einer Südstaaten-Bar). Dadurch läßt sich die Ideologie von Krieg mit Abenteuer für die Freiheit auch wesentlich wahrscheinlicher vermitteln, als durch die geballte Gewalt in „Megaforce“, die sich wesentlich durch ih-

ren Technik-Fetischismus auszeichnet.

Auffällig ist, daß sowohl bei „Megaforce“ als auch in „Der Soldner“ international zusammengestellte Eingetruppen (die allerdings eher in der Art von Todeschwadronen oder USO 9, als in der Art einer Rapid Deployment Force aufgebaut sind) ziemlich beliebig in der Welt herumkutschieren, um dort ihre Schlachten zu schlagen, Leute abzuknallen und so für die Freiheit zu sorgen. Die Politiker in beiden Filmen sind entweder hilflos, kommen mit ihren selbstfabrizierten Problemen überhaupt nicht zu Rande und überlassen die Initiativen ihren nice guys vom Geheimdienst, oder sie verhindern (wie in „Megaforce“) einen erfolgreichen Abschluß der Aktion. Den Zuschauern wird klar, daß am meisten Verlaß auf die (US-)Mili. ... ist. Der Feind steht auf jeden Fall im Osten, ist entweder völlig blöde wie Luis de Funes oder zynisch-brutal. Die Großmacht Sowjetunion hat ihre Finger überall drin; in „Der Soldner“ zeichnet der KGB sogar lockenlos alle Gespräche, die im Weißen Haus geführt werden, auf. Trotzdem gelingt es der Freien Welt aufgrund einzelner überlegener Helden, die wissen, wo's lang geht, immer wieder, den Feind zu besiegen. Dieser Sieg wird um jeden Preis erkämpft. Bemerkenswert ist vielleicht noch, daß James Glickenhau sich bereits vor einem Jahr mit seinem Film „Exterminator“ als durchtriebener Anhänger und Promoter des CIA ausgewiesen hat. Wer weiß, was er uns als Nächstes bieten wird? Vielleicht 'ne heiße Story, wie der CIA in Afrika Rohstoffvorkommen vor den Russen retten muß? Oder vielleicht mal eine Unterwasseraktion, um klar zu machen, daß die US-Konzerne auf ihre Schürfrechte in allen Weltmeeren wirklich großen Wert legen?

Fomenham



## Hessenwahl: Rot für Grün

Fortg. von S. 1

Sie hat es den Kapitalisten so ungeheuer bequem gemacht, je nach Bedarf und politischer Zweckmäßigkeit jeweils die eine oder andere Variante des Regimes auszuwählen, indem man sie entweder zur CDU oder zur SPD hinschiebt. Sie ist klein und billig, was meint, daß nur Wenige „bespender“ werden müssen. Nun aber können es passieren, daß sie zum Jubel der Volksmassen zu klein ist, und dann ist sie weg. Keine die FDP in Hessen unter 1 %, so ergäbe sich auch in Bonn die lästliche Situation, Genacher zu beobachten, wie er springen will, aber nicht kann. Deshalb: Geht zur Wahl, Leute! Denn je höher die Wahlbeteiligung, desto schwieriger wird es für die FDP.

Es bleiben die Grünen und die linken Magenachsern mit ihnen. Vielleicht haben sie vor einem halben Jahr eine historische Chance verpasst. Damals gab es noch die Situation, daß die SPD bereits abwärts, aber die CDU noch nicht davon profitierte. Es schien nicht ausgeschlossen, Seite an Seite mit denen, die gemeinsam an der Startbahn gekämpft hatten, die das erste Volksbegehren in der BRD und die größte Demonstration in Hessen seit Kriegsende in Gang gesetzt hatten, einen Sprung nach vorn zu wagen. Ein solches Bündnis von Grünen und Alternativen hätte es möglicherweise geschafft, die Initiative, die jetzt bei Dräger liegt, an sich zu reißen, und die Friedens- und Ökologiebewegung in diesem Wahlkampf ganz anders zu mobilisieren, als es jetzt der Fall ist. Die Grünen lehnten ab. Sie taten dies sehr brüsk. Alexander Schubert, dem nach dem 26. September der Prozeß gemacht werden soll, wurde von der Kan-

didatenliste gestrichen; die Demokratischen Sozialisten und die Alternative Liste wurden beschimpft und beleidigt, wo sich eine Gelegenheit bot. Es wird sich später herausstellen, ob das klug und weise war.

Doch immer noch bleibt eine Rest-Chance, daß die CDU die 5 % verfehlt. Dann wäre die SPD gezwungen, ohne Startbahn, WAA und Bibis C weiterzumachen oder aber eine große Koalition einzugehen (was den Grünen wie auch der außerparlamentarischen Opposition ziemlich den Aufstieg geben würde). In dieser Situation gibt es keine andere Alternative, als grün zu wählen. „Hamburger Verhältnisse“, d.h. eine numerische Mehrheit von sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten im Parlament, sind heute die einzige Möglichkeit, einen Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges (oder noch weiter) zu verhindern und eine Perspektive zu finden, die weiter nach vorn geht. Wenn auch die SPD-Führung sich mit Händen und Füßen gegen ein solches Ergebnis erhebt, wobei gerade Börner wie bassen um sich schlägt, und die Grünen nicht den Mut und die Klarheit besitzen, genau das als Wahlziel anzustreben, so wissen wir doch, daß sich viele Wähler beider Parteien genau das wünschen.

Die Grünen sind keine Raketenpartei, sie sind keine Startbahnpartei, sie sind keine Atompartei und auch keine Unternehmerpartei. Im Vergleich zu den anderen drei sind sie sogar basisdemokratisch. So oder so werden sie ein neues und fortschrittliches Element in die hessische Landespolitik bringen. Und das wird Zeit.

KB/Hessen

## Aufruf der »Revier«-Gruppe zur Bildung einer Wahlpartei von Grünen, Alternativen und Sozialisten

### Mögliche Träger eines Wahlbündnisses

Da bei der Bildung einer solchen Wahlpartei mit massivem Widerstand von Teilen der Grünen zu rechnen ist, sollte die IDS möglichst schnell die Bildung einer breiten „Initiative für ein bundesweites Wahlbündnis“ anregen.

Angesprochen werden sollte für eine solche Initiative:

- die alternativen, bunten und grün-alternativen Listen im Bundesgebiet;
- die versprengten, auf verschiedenen Gruppen verstreuten Sozialisten (GLM, SB etc.);
- Einzelpersonlichkeiten aus der DKP;
- Einzelpersonlichkeiten aus der autonomen Frauenbewegung, disidenten Kirchenkreisen, linksunabhängigen Gewerkschafter und Wissenschaftler etc.;
- Einzelpersonlichkeiten der Grünen, die sich schon öffentlich für ein solches Bündnis ausgesprochen haben, wie der Abgeordnete Hasecler;
- die Landesverbände Hamburg und NRW der Grünen.

Beide dürften aus teilweise unterschiedlichen Motiven ein Interesse an einem solchen Wahlbündnis haben. Die Hamburger haben sich schon im Frühjahr aus prinzipiellen Erwägungen für ein Wahlbündnis ausgesprochen; prominente Vertreter, wie Thomas Ebermann, haben diese Position auch in der Zwischenzeit mehrfach betont. Bei den NRW-Grünen ist ein solches Projekt aus zwei Gründen — möglicherweise — mehrheitsfähig. Einerseits sprechen sich auch hier eine Reihe profilierter Partei-Mitglieder wie Eckhard Stratzmann und Klaus Timpe für eine möglichst enge Kooperation mit der IDS aus, andererseits stehen die NRW-Grünen unter dem schlichten Zwang der Tatsachen: In den Industrieregionen NRW benötigen sie für die Kommunalwahl 1984 die Land-

2. Einer bundesweiten Unterschriften-sammlung in der systemoppositionellen Bewegung, um dem Willen der Basis einen Ausdruck zu verleihen.

Die inhaltlich-organisatorischen Bedingungen können durch die Benennung von plural zusammengesetzten Kommissionen zu den einzelnen Programmbereichen, zu den organisatorischen Modalitäten geschaffen werden. Die Vorlagen sollten so rechtzeitig erstellt werden, daß Korrekturen „von unten“ noch möglich sind.



Zum Vorgehen der IDS

Da dieser Vorschlag den verschiedenen Strömungen in der IDS Rechnung trägt und zudem dem Kompromiß von Gießen entspricht, bräuchte der Bundeskoordinierungsausschuß ein Votum des Parteigründungskongresses nicht abwarten. Von seiner Seite können von daher folgende Schritte zur Realisierung eines bundesweiten Wahlbündnisses eingeplant werden:

- Benennung einer Verhandlungskommission, in der die wesentlichen Strömungen der IDS vertreten sind, mit dem Arbeitsauftrag
- 1. den Textvorschlag für eine solche Unterschriftensammlung in Anlehnung an den Gießener Beschluß zu erarbeiten,
- 2. die oben aufgeführten Gruppen und Personen zu einer ersten Gesprächsrunde einzuladen,
- 3. mit den Grünen Hamburg und NRW schon im Vorfeld gesonderte Gespräche aufzunehmen,
- eine Aufforderung an die IDS-Gruppen, lokale Veranstaltungen unter Berücksichtigung aller linken Kräfte zum Wahlbündnis durchzuführen;
- die Organisation von geeigneten Materialien in die Wege zu leiten;
- Vorbereitung eines bundesweiten Treffens der IDS Mitte Oktober / Anfang November, auf dem geklärt wird, in welcher Form und mit welcher Stoßrichtung die Demokratischen Sozialisten sich auf die kommenden Bundestags-Wahlen beziehen;
- über das Bundesbüro einen entsprechenden Referatendienst organisieren.

So könnte neben der Arbeit in der IDS an einem weiteren Punkt der viel beklagte Binnenzug der DSler gebrochen werden, die DS als politischer Faktor in der Linken sichtbar werden.

### Bundesweite Wahlpartei von Grünen, Alternativen und Sozialisten

Seit dem Gießener Kongreß läuft in der Initiative Demokratische Sozialisten (IDS) — mehr schlecht als recht — eine Debatte um das „Wie, wo und wann“ einer Wahlbeteiligung. Während es sich auf den ersten Blick um eine rein taktische Fragestellung, wann man den Aufstieg rechtswidrigerweise plant, handelt, prüfen stattdessen — ähnlich wie bei der Terminierung der Parteigründung — die unterschiedlichen strategischen Orientierungen und Politik-konzeptionen unvermittelt und teilweise unausgesprochen aufeinander.

Mit unserem Vorschlag verfolgen wir für die IDS zwei Interessen:

1. Innerhalb der Demokratischen Sozialisten durch einen praktischen Konsens, der die Interessen verschiedener Strömungen berücksichtigt, die Kontroversen zu entspannen und so den Raum für eine argumentative Lösung zu schaffen.
2. Die IDS in der Wahlfrage nach außen handlungsfähig zu machen.

Zwei in der bisherigen Debatte dominanten Streitpunkte — Sollenwert einer Wahlbeteiligung für die Partei DS und Zeitpunkt einer Erstbeteiligung sind ob eingeleitet.

Drei weitere Problemfelder wären bei einem konsensfähigen Vorschlag jedoch noch Rechnung zu tragen:

- Ist die politisch-organisatorische Eigenständigkeit der Partei DS gesichert?
- Ist eine ideologisch-organisatorische Dominanz der Grünen ausgeschlossen?
- In welcher Form wird die DKP beteiligt?

Deshalb schlagen wir, die Redaktion REVIER zur Diskussion innerhalb der IDS vor:

1. Die IDS ergreift die Initiative zur Gründung einer bundesweiten Wahlpartei aus Grünen, Alternativen und Sozialisten. Diese Wahlpartei wird direkt nach der Bundestagswahl, ähnlich wie die ADF 1969, wieder aufgelöst.

Begründung:

Die organisatorische Existenz und die politische Eigenständigkeit der Partei DS ist gesichert, ebenso wie eine Wahlbeteiligung ermöglicht wird.

2. Dem Namen dieser Partei muß entweder zu entnehmen sein, daß es sich um ein Bündnis von Grünen, Alternativen und Sozialisten handelt, oder er ist so zu wählen, daß sich alle Kräfte auf einen anderen übergeordneten Begriff einigen (Linksbündnis etc.).

Begründung:

So ist gesichert, daß bei einer Wahlbeteiligung die Partei DS nicht als ein Anhängel der Grünen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zudem trägt eine solche Namensfindung den wirklichen Kräfteverhältnissen in der Linken Rechnung. Ohne das kontinuierliche Engagement von unabhängigen Sozialisten würden die meisten alternativen Listen nur über einen Bruchteil ihres Einflusses verfügen.

3. Die Beteiligung von Kommunisten wird abgesichert, die Berücksichtigung der DKP als politischer Organisation offengelassen.

Begründung:

Damit ist ebenfalls der Gießener Beschlüßfassung Rechnung getragen, die auch das Verhältnis zur DKP offenläßt. Politisch signalisiert die DS zwei-erlei: Daß sie den bürgerlichen Antikommunismus nicht in seiner linken Variante — wie Teile der Grünen — pflegt und daß sie sich der besonderen Problematik eines Bündnisses mit der DKP bewußt ist.

### Initiative für eine bundesweite Wahlpartei

Diese „Initiative für eine bundesweite Wahlpartei“ hätte im wesentlichen zwei Aufgaben zu lösen:

- den Monopolspruch der Grünen auf die parlamentarische Vertretung der Systemoppositionellen wirksam zu widerlegen;
- die inhaltlichen und organisatorischen Bedingungen zur Konstituierung einer solchen Wahlpartei zu schaffen.

Der Monopolspruch der Grünen, der auf kommunaler Ebene schon wirksam zurückgewiesen wurde, kann u.a. durch zwei Mittel widerlegt werden.

1. Eine Serie kommunaler Veranstaltungen zum Thema „bundesweites Wahlbündnis“, die in der Bildung lokaler Listen ihren Abschluß finden können.

Apropos Apo...  
Wieso Apo?  
Na ja, das  
A und O  
ist die Apo!  
Aber Opa...!  
Ich glaub  
Du brauchst ein  
Abo!  
Oha...

Abosender: .....

An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4  
Postfach 7665  
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/Wir wollen den ANBESTANDSKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 33,—
- ☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—
- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der  
Hamburger Satz- und Verlagskooperative  
Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 23, Konto 27 175-203
- ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

#### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

Kto. Nr.

Kto.-Inhaber

bei der  
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)